

Auf, zur Revolution - 1918

Sozialisten übernehmen die Macht

Ein Friede um jeden Preis

Meinungsgegner werden unterdrückt

Sozialisten sehen Wilsons und englische Vorschläge als realistisch

Österreichs geheime Verhandlungen mit der Entente

**Der österreichische Hofrat Lammasch vertritt die These, daß ein Frieden möglich sei,
wenn Österreich sich von Deutschland trenne**

**Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, deutscher Botschafter in London von 1912
bis 1914, von Sozialisten in Schweden veröffentlicht, sorgt für Munition der Entente
gegen Deutschland –
bis heute**

**Frankreichs Pichon zitiert aus einer deutschen Diplomaten-Note, die zu keinem
Zeitpunkt veröffentlicht oder realisiert wurde**

Was ist denn überhaupt der sogenannte „preußische Militarismus“, was sind seine „Sünden“ in den Augen unserer Feinde? Nichts anderes ist es, als die straffe Organisation einer Nation, die sich bewußt ist, daß der heutige Weltkrieg entweder zu ihrem Untergang oder zur Weiterbetätigung in der Weltwirtschaft und Weltpolitik führen muß. Dieser Militarismus ist geschichtlich in einer Zeit geboren, als Preußen ganz ähnlich wie heute das Deutsche Reich vor der völligen Vernichtung seines Daseins durch Napoleon stand.

Deutsche Zeitung - Nr. 143 – Dienstag, 19. März 1918 - Der preußische Militarismus und der englische Marinismus. - Von Admiral z. D. von Grapow.

Ausspruch Kitcheners, britischer Kriegsminister: „Nicht der Kanal, sondern die Maas ist die Grenze des britischen Weltreichs.“

Deutsche Zeitung – Nr. 112– Samstag, 02. März 1918 – Tirpitz über Belgien.

In England hat man es voll begriffen, daß es sich jetzt um einen Daseinskampf handelt, dort weiß man, daß ein selbständiges und unabhängiges Belgien gegenüber den vorliegenden größeren Interessen ein Unding ist. Schon 1914 schrieb die „Times“: „Calais - das ist eine englische Sache“ und nicht minder ist man sich darüber klar, daß Belgien entweder von Großbritannien oder von Deutschland abhängig sein wird und muß, und daß ein Drittes gar nicht möglich ist.

Tägliche Rundschau - Nr. 144 – Dienstag, 19. März 1918 - Brauchen wir Flanderns Küste?- Von Geh. Adm. Rat a. D. P. Koch.

Der frühere Lordkanzler Haldane: „....., daß uns eine große Gefahr von Deutschland drohe, nicht in erster Linie eine Kriegsgefahr, sondern eine Gefahr, die auf Deutschlands organisatorischer Kraft und auf seinem Unterricht beruht. Die kriegerische Kraft Deutschlands, eine Folge seines Unterrichtssystems

Der Tag – Nr. 196 – Donnerstag, 18. April 1918 – S.7 - England war zum Kriege bereit. - Telegraphische Meldung.

Damals war Wien der Vergasungsherd für den Willen zum Durchhalten auch in Deutschland, und die berüchtigte Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli ist Wiener Ursprungs. Die Vermittlung übernahm Herr Erzberger

Tägliche Rundschau – Nr. 188 – Samstag, 13. April 1918 – S.2 - Der Wortlaut des angeblichen Briefes Kaiser Karls. -
Eine Wiener Gegenerklärung.

Kaiser Karl an seinen italienischen Schwager Sixtus:bitte ich Dich, geheim und nichtamtlich Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.

Tägliche Rundschau – Nr. 188 – Samstag, 13. April 1918 – S.2 - Der Wortlaut des angeblichen Briefes Kaiser Karls. -
Eine Wiener Gegenerklärung.

Aber wahrlich, wir Deutsche sind wenig besser, wenn wir uns terrorisieren lassen von einem kleinen Klüngel sozialdemokratischer Demagogen, die das große vaterländische Interesse dem kleinen Partei-Interesse opfern wollen. Kurssichtiger kann man nicht sein, als sie es sind.

Der Reichsbote – Nr. 179 – Donnerstag, 11. April 1918 – S.1- Das auswärtige Amt.

Die Julientschließung des Reichstags ist, wenn auch nicht verursacht, so doch mit zustande gekommen unter dem Einfluß der sogenannten Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Deutsche Zeitung – Nr. 182 – Donnerstag, 11. April 1918 – S.1 - Herrenhaus gegen Reichstag

Seit die englische Verleumdung Deutschland die Kriegsschuld aufgeladen und unser Volk aller Greuel und Barbarei bezichtigt hat, gilt gerade in den Kreisen der Freunde des ewigen Friedens die Zertrümmerung des Deutschen Reiches und seiner Macht für die oberste sittliche Pflicht, und in dieser moralischen Umhüllung predigen sie auf allen Kanzeln aus Ueberzeugung den Kreuzzug gegen Deutschland.

Tägliche Rundschau – Nr. 162 – Freitag, 29. März 1918 – S.1 Deutschlands „ehrllicher Name“. - Prof. Dr. Th. Axenfeld, Freiburg i. Br.

Nach Fürst Lichnowsky soll Ehrlichkeit, die jeden Lug und Trug grundsätzlich verachtet, die Haupttugend der englischen Staatskunst sein. Woraus sich schon genügsam erkennen läßt, wie er betrogen werden konnte.

Deutsche Zeitung – Nr. 142 – Dienstag, 19. März 1918 – S.2 - Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Der Reichstagsbeschluß bedeutet für unsere Feinde eine Prämie auf Verlängerung des Krieges, wenn diesem Beschluß unbegrenzte Gültigkeitsdauer beigelegt wird; sie haben dann die Gewißheit, immer noch zu erträglichen Bedingungen Frieden schließen zu können, wenn ihre militärischen Erfolge ihnen nicht günstigere Ergebnisse verschaffen können.

Der Tag – Nr. 58 – Samstag, 09. März 1918 – S.1 - Quousque tandem? - Wie lange endlich? - von Staatsminister a. D. von Borries.

„Eine politische Dummheit ist schlimmer als ein Verbrechen.“

Der Tag – Nr. 58 – Samstag, 09. März 1918 – S.1 - Quousque tandem? - Wie lange endlich? - von Staatsminister a. D. von Borries.

Was ist Barbarei? Einfach alles, was die Deutschen tun und sagen!

Was ist Zivilisation? Alles was die weißen, gelben, braunen und schwarzen Engländer und Franzosen tun und sagen!

Was sind demokratische Kriegsziele? Wiederum einfach, was Franzosen, Engländer, Italiener, Serben, Japaner usw. vom Kriege erhoffen!

Und was sind imperialistische Kriegsziele? Sonst nichts, als was die Deutschen und ihre Freunde wünschen und hoffen!

Michel will nur in Ruhe gelassen werden? Welch ein abscheulicher Imperialist! John Bull, Jacques Bonhomme und Pantalone wollen ihm sein Hab und Gut wegnehmen?

Edle Demokraten! Evviva il sacro – Democratismo!

Der Tag – Nr. 66 – Dienstag, 19. März 1918 – S.3 - Demokratie und Imperialismus.

Was ist z. B. der abscheuliche Militarismus, der jetzt ausgerottet werden muß? Zeigt er sich daran, daß er die Menschen in die Armee steckt? Dann wütet er am schrecklichsten in Frankreich, allwo die gesamte Mannschaft drei Jahre diente und alles genommen wurde, das sich ungefähr auf zwei Beinen halten konnte.

Der Tag – Nr. 66 – Dienstag, 19. März 1918 – S.3 - Demokratie und Imperialismus.

Seit die englische Verleumdung Deutschland die Kriegsschuld aufgeladen und unser Volk aller Greuel und Barbarei bezichtigt hat, gilt gerade in den Kreisen der Freunde des ewigen Friedens die Zertrümmerung des Deutschen Reiches und seiner Macht für die oberste sittliche Pflicht, und in dieser moralischen Umhüllung predigen sie auf allen Kanzeln aus Ueberzeugung den Kreuzzug gegen Deutschland.

Tägliche Rundschau – Nr. 162 – Freitag, 29. März 1918 – S.1- Deutschlands „ehrlicher Name“.

Diese Verankerung des Deutschen Hasses im religiösen Bewußtsein unserer Feinde beschwichtigte dort auch die Gewissen, die für Eroberungen und für einen wirtschaftlichen Raubkrieg, wie ihn in Wahrheit unsere Feinde führen, nicht zu haben waren; sie ließ Munitionslieferungen und jede Art von Kriegsunterstützung als gottwohlgefällig erscheinen, und nichts ist falscher, als solches bei allen nur als bewußte Heuchelei zu bewerten. So wurde der Krieg gegen uns noch volkstümlicher und gewann eine besondere Tiefe, Dauer und Opferbereitschaft.

Ja, der deutsche Name ist geschändet weithin in der Welt. Bis in die fernsten Winkel der Erde hat man seinen Namen verfeimt und mit dem Kainszeichen behaftet. Man hat Deutschland jede Berechtigung bestritten, an der Erziehung des Menschengeschlechts in Zukunft teilzunehmen, hat seine Missionare und Pflanzler verjagt und vor den Farbigen in den Kot gezogen. Ja, die kirchlichen Genossenschaften der feindlichen Länder haben den Deutschen jede christliche Gemeinschaft und das Recht zum Beten gekündigt, so die römische Kirche Frankreichs den deutschen Katholiken, so die englischen und amerikanischen Missionsgesellschaften den deutschen.

Tägliche Rundschau – Nr. 162 – Freitag, 29. März 1918 – S.1- Deutschlands „ehrlicher Name“.

Professor Lammasch soll in seinem Elaborat auseinandergesetzt haben, daß der Bestand des Bündnisses sehr viel Mißtrauen erzeuge und der Friedensschluß daher wesentlich erleichtert würde, wenn wir der Entente mitteilten, daß wir gewillt seien, es nach dem Kriege aufzulösen. Die Auflösung des Bündnisses wäre also einer der Preise oder der Preis für den Friedensschluß. Professor Lammasch soll auch den Rat erteilt haben, zur Wahrung der Loyalität Kaiser Wilhelm von dem Vorhaben zu verständigen.

Fremden Blatt – Nr. 73 – Sonntag, 17. März 1918 - Wien, 17. März.

Fast möchte man annehmen, daß Professor Lammasch die Reden der feindlichen Staatsmänner ebenso wenig liest, wie Balfour die Reden der unsrigen. Der Unterschied liegt nur darin, daß Balfour unbesehen und unentwegt behauptet, Graf Czernin und Graf Hertling wollten keinen Frieden, während unser Völkerrechtslehrer von der Voraussetzung auszugehen scheint, daß die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens herzlich gern Frieden schließen möchten, wenn sie nicht den Absichten der Mittelmächte mißtrauten. Die Reden Sonninos, Clemenceaus, Lloyd Georges und der anderen bleiben unberücksichtigt. Das hartnäckige Verlangen nach Triest, Pola und Trient, der hysterische Schrei nach dem Besitz von Elsaß-Lothringen, die Forderung Englands nach der Herrschaft über den Orient, all dies übersieht und überhört er.

Wenn ein führender Pazifist einen so gewaltsamen Optimismus zeigt und zur Herbeiführung des Friedens nichts anderes zu empfehlen weiß, als Selbstentwaffnung durch Abkehr vom Verbündeten, dann dürfen sich die Pazifisten nicht beklagen, daß man sie als ausgeschaltet betrachtet aus der ernsthaften Politik.

Fremden Blatt – Nr. 73 – Sonntag, 17. März 1918 - Wien, 17. März.

Förster [München] trug seine Ideen über die Organisation des völkerbindenden Pazifismus und die Sprengung des deutsch-österreichischen Bündnisses in dieser Gesellschaft vor und versuchte durch die Unterstützung von Lammasch mit seinen Ansichten den höchsten und maßgebendsten Kreisen Boden zu gewinnen. Eine durch Lammasch nachgesuchte Audienz für Förster bei Kaiser Karl erwies sich als undurchführbar. Da wurde die Angelegenheit denn in einer Denkschrift niedergelegt, die durch den Kanzleidirektor v. Polzer, über dessen Hofintrigen halb Oesterreich sich empörte, Kaiser Karl persönlich überreicht wurde. Graf Czernin, der für derartige außenpolitische Fragen Verantwortliche, erfuhr erst durch den Mund des Monarchen von dem Vorhandensein dieser Hetzschrift.

Der Inhalt dieser Denkschrift ist für den österreichischen Pazifismus höchst charakteristisch. Er richtet sich natürlich gegen die Bündnispolitik und liebäugelt mit Herrn Wilson und der Entente. Die mitteleuropäischen Zukunftspläne, die Aufrichtung eines festen wirtschaftlichen und politischen Bundes in der Mitte des kontinentalen Europas sei der Entente ein Dorn im Auge und bilde das stärkste Friedenshindernis.

Tägliche Rundschau – Nr.135 – Donnerstag, 14. März 1918 - Wiener Pazifismus.

Nicht allein der Großadmiral von Tirpitz hielt damals die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, und zwar gerade damals, für notwendig und sah den Zeitpunkt als einen solchen von nicht wiederkehrender Gunst an, sondern außer ihm vertraten den gleichen Standpunkt: der Admiralstab der Marine, die Hochseeflotte und vor allem auch die damalige Oberste Heeresleitung selbst. Zu Beginn des Jahres 1916 fand man in der Tat die ganze Marine in der Ueberzeugung der Notwendigkeit sofortigen uneingeschränkten U-Boot-Krieges einig

Deutsche Tageszeitung – Nr.127 – Sonntag, 10.März 1918 - Vorgänge 1916.

Die eigentlichen Gründe Bethmann Hollwegs für diese seine schwere Verfehlung gegen das Lebensinteresse des kämpfenden Deutschen Reiches waren neben seiner Unentschlossenheit, Verzagtheit und Unfähigkeit, zu leiten, die alte krankhafte Sehnsucht nach Verzicht und Verständigung mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten; ohne seine Kartenhäuschen konnte Herr von Bethmann Hollweg nicht existieren.

Deutsche Tageszeitung – Nr.127 – Sonntag, 10.März 1918 – S.1 - Vorgänge 1916.

Herr von Bethmann-Hollweg und seine Gehilfen, seine Gefolgschaft und seine führenden Ratgeber haben den Kampf gegen den U-Boot-Krieg unentwegt fortgesetzt, Bethmann Hollweg bis zu seinem Rücktritte, alle anderen bis heute; wahrscheinlich arbeitet Herr von Bethmann Hollweg ebenfalls heute noch „nach besten Kräften“.

Deutsche Tageszeitung – Nr.127 – Sonntag, 10.März 1918 – S.1 - Vorgänge 1916.

Nachdem im Februar 1915 jene „Kriegsgebietserklärung“ den U-Boot-Krieg eröffnet hatte, wurde – das ist hier während der letzten Jahre häufig dargestellt worden – ihre Durchführung unter dem amerikanischen Drucke sofort eingeschränkt: die neutrale Flagge dürfte unter keinen Umständen von den U-Booten angegriffen werden. Damit war dem Flaggenschwindel Großbritanniens und seiner Bundesgenossen Freibrief und sicheres Geleit gegeben, die Kriegsgebietserklärung selbst zur tauben Nuß geworden. Auf dieser Einschränkung und auf noch anderen, nicht aber darauf, daß die Zahl der U-Boote zu gering gewesen wäre, beruhten die verhältnismäßig geringen Ergebnisse.

Deutsche Tageszeitung – Nr.128 – Montag, 11.März 1918 – S.1 - Die Bedeutung der Vorbereitung.

Man hat keine richtige Vorstellung davon, wie furchtbar ernst die Durchdringung Rußlands durch Deutschland gemeint ist. Die öffentliche Aufmerksamkeit scheint hauptsächlich darauf gerichtet zu sein, ob Deutschland imstande ist, aus der Ukraine Lebensmittel zu bekommen oder nicht. Ich weiß nicht, ob es dazu imstande sein wird. Das ist es auch nicht, was Deutschland erstrebt. Seine Politik ist nichts weniger, als der riesenhafte Plan einer Welteroberung.

Deutsche Tageszeitung – Nr.128 – Montag, 11.März 1918 – S.2 - Lord Cecil über die Ostfragen.

Die achte Kriegsanleihe steht vor der Tür! Und ausgerechnet wenige Tage vorher läßt die Regierung es zu, daß die Sozialdemokratie aus Vorgängen bei einem industriellen Werk, das immerhin einigen, mit Geld nicht aufzuwiegenden, Verdienst um unsere Stellung im Weltkampf hat, einen Skandal inszeniert.

Deutsche Zeitung – Nr.127 – Montag, 11. März 1918 – S.1 - Wohin lassen wir uns drängen?

Anläßlich der Elsaß-Lothringenfeier am 1. März d.J. teilte Pichon eine Weisung des Berliner Auswärtigen Amtes an den Botschafter von Schoen vom 31. Juli 1914 mit. Er nannte es „ein Aktenstück, das die deutsche Reichskanzlei, nachdem sie es verfaßt hatte, sorgfältig in dem tiefen Geheimnisse ihrer Archive verborgen hält. Wir kennen es erst seit kurzer Zeit. Es ist unbedingt echt und trägt die Unterschrift Bethmann Hollwegs, sowie das Datum des 31.Juli 1914“.

Hier stimmt irgend etwas nicht. Die fast gleichzeitigen Erklärungen des „Figaro“ und des „Berliner Tageblatts“, die Dechiffrierung sei erst jetzt gelungen, ist unglaublich.

Die Ausdrucksweise „verborgen hält“, die Betonung „es ist unbedingt echt“, die ausdrückliche Mitteilung „wir kennen es erst seit kurzem“ machen die Annahme, es handle sich wie bei den amerikanischen Dokumenten vielleicht um aufgefangene Drahtungen, sehr unwahrscheinlich; das Schriftstück muß auf anderem Wege, möglicherweise aus Deutschland nach Paris gekommen sein. In diesem Zusammenhang gehen dem Beobachter allerhand Gedanken durch den Kopf.

Deutsche Zeitung – Nr.128 – Montag, 11. März 1918 – S.1 - Sonderbar, sehr sonderbar!

Die Uebernahme sämtlicher Kriegskosten auf unsere eigenen Schultern bedeutet nicht nur unseren wirtschaftlichen und außerpolitischen, sondern auch unseren innerpolitischen Zusammenbruch, sie bedeutet unserer Auffassung nach schlechthin: Die Revolution

Deutsche Zeitung – Nr.128 – Montag, 11. März 1918 – S.3 - Der Bankrottfrieden. Von Dr. Paul Franz.

Ohne Kriegskostenentschädigung in irgend welcher Gestalt gehen wir zugrunde. Der „Verzichtfrieden“ ist der wirtschaftliche und politische Bankrottfrieden. „Deutschlands Außenhandel und Valuta wäre dann nicht der Rede wert, über Rohmaterialien würde es nicht verfügen und die unmittelbare Folge wäre der Bankrott. Die größte Not und Verzweiflung würde im ganzen Deutschen Reiche herrschen.“

Dann würden die Sozialdemokraten den Thron beseitigen und zur Herrschaft kommen. So stellt sich der deutsche Bankrottfrieden als der englische Sieg dar!

Deutsche Zeitung – Nr.128 – Montag, 11. März 1918 – S.3 - Der Bankrottfrieden. Von Dr. Paul Franz.

Am deutschen Siege über England zweifelt kein Verständiger, wenn der deutsche Wille zum Sieg nicht durch Verrat gehemmt wird.

Deutsche Zeitung – Nr. 125 – Samstag, 09. März 1918 – S.1 - 188. Kriegswoche.

So bringt uns der siegreiche Abschluß des Krieges im Osten eine Umformung der Welt. Unsere Feinde verstehen die Zeichen der Zeit. Der Sieg im Osten spielt uns den sicheren Sieg im Westen und, über den japanischen Druck, den Triumph über Amerika in die Hand. Der Verzicht auf den Sieg im Westen wäre mehr als dies, wäre der Versuch zur gewaltsamen Rückwärtsdrehung des Schicksalsrades zugunsten unserer Feinde England und Amerika, deren möglichste Ausschaltung als Weltmacht wir anstreben müssen, weil sie die Herrschaft der Welt üben und uns zu Vasallen des anglo-amerikanischen Kapitalismus machen wollen.

Deutsche Zeitung – Nr. 125 – Samstag, 09. März 1918 – S.1 - 188. Kriegswoche.

Herr Dr. Struve und seine Hintermänner, die Leute mit den sonderbaren Zahlenkenntnissen,, waren damals und sind heute Gegner des Ubootkrieges, weil ihre Weltanschauung den deutschen Sieg über England nicht verträgt, weil sie an die Weltmission des Anglo-Amerikanismus glauben und diesem Glauben den Sieg wünschen.

Deutsche Zeitung – Nr. 125 – Samstag, 09. März 1918 – S.1 - 188. Kriegswoche.

Die Offensive gegen die deutsche Offensive, der Kampf gegen die „Militärkaste“. Im Inlande und im Auslande man es erfährt. Geheime Staatsdepeschen und reichsgefährdende Schriftstücke von Diplomaten spielen in ihm eine Rolle. Es wird nicht nur von Ausländern geführt.

Deutsche Zeitung – Nr. 125 – Samstag, 09. März 1918 – S.1 - 188. Kriegswoche.

In Deutschland ist man etwas schneller fertig geworden. Der Staatssekretär Wallraff hat in der vorletzten Sitzung des deutschen Reichstages erklärt, er habe Beweise in Händen, daß dieser Streik nicht ohne Einfluß der Entente eingeleitet wurde.

Fremden-Blatt – Nr. 57 – Freitag, 01. März 1918 – S.3 - Herrenhaus.

Man sieht in der „Militärkaste“, gegen die Wilson und Lloyd George so gut wie Erzberger, Scheidemann und Haase Attacke reiten, das Hindernis für die deutsche Unterwerfung unter Englands Willen und preist Herrn v. Kühlmann als den Mann, der ohne Giftgasoffensive und ohne Blut die Verzeihung Englands erzielen könnte

Deutsche Zeitung – Nr. 112– Samstag, 02. März 1918 – S.1 - 187. Kriegswoche.

Die drohende Vernichtung ist unseren Feinden so sicher, daß allein die Tatsache der Bereitschaft zum Instrument eines alles verheißenden Machtfriedens in der Hand großer Staatsmänner werden könnte. Aber die international-kapitalistisch orientierten Politiker ermutigen durch ihr anmaßendes Verbot des deutschen Machtfriedens die Feinde und zwingen uns immer wieder die blutige Entscheidung auf. Das Volk wird sie bald erkennen, die den Krieg verlängern, weil sie den Frieden deutscher Vasallenschaft erstreben.

Deutsche Zeitung – Nr. 112– Samstag, 02. März 1918 – S.1 - 187. Kriegswoche.

Indem Tirpitz die Versuche Englands und Frankreichs schildert, Belgien in das System König Eduards einzureihen, erinnert er an den Ausspruch Kitcheners: „**Nicht der Kanal, sondern die Maas ist die Grenze des britischen Weltreichs.**“

Deutsche Zeitung – Nr. 112– Samstag, 02. März 1918 – S.1 - Tirpitz über Belgien.

„Die französische Regierung hat vom ersten Tag der Krisis an im engen Einvernehmen mit den längst entlarvten Kriegstreibern Sasonow, Suchomlinow und Januschkiewitsch die kriegerischen Entschlüsse Rußlands gefördert und sie durch ihre lebhafteste Unterstützung überhaupt erst möglich gemacht.“

Der Tag – Nr.125– Samstag, 09. März 1918 – S.2; Pichons „Enthüllungen“.

Der Ausspruch eines geistreichen Franzosen: eine politische Dummheit ist schlimmer als ein Verbrechen

Der Tag – Nr. 58 – Samstag, 09. März 1918 – S.1, Quousque tandem? - Wie lange endlich? - von Staatsminister a. D. von Borries.

Die Entente hat schon vor Jahr und Tag beschlossen, uns sofort zu vernichten; wenn es also mit Beschlüssen zu machen wäre, so wäre der Krieg längst vorbei – allerdings mit uns wäre es dann auch vorbei.

Der Tag – Nr. 141– Montag, 18. März 1918 – S.1 - Politische Mittel und Wege.

Wir Deutsche haben einen ruhenden, unerschütterlichen Pol in unserer Obersten Heeresleitung, die der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff verkörpern. Die beiden großen Generale haben in diesen Tagen zu uns gesprochen, Kaiser Wilhelm steht hinter ihren Worten und Taten. Ihr Weg ist unser Weg. Wer die beiden Männer kennt, die der lange Krieg über das Feldherrntum hinaus in die ernste und tiefe Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten geführt hat, ist von unbeirrbarem Vertrauen in sie erfüllt.

Der Tag – Nr. 141– Montag, 18. März 1918 – S.1 - Politische Mittel und Wege.

Wir befinden uns in diesem Kriege auch wirtschaftlich in der Defensive. Der Krieg ist uns durch die Einkreisungspolitik der Entente im wesentlichen zu wirtschaftlichen Zwecken aufgenötigt worden. England hat den Krieg von Anfang an so geführt, um den deutschen Handel und die deutsche Industrie zu vernichten. Daß beweist die Beschlagnahme der deutschen Vermögen in England, die Ausdehnung der Bannware auf alles deutsche Gut von einigem Wert, die Unterdrückung der deutschen Geschäfte in den Kolonien, alles Maßnahmen, denen wir nur langsam und widerwillig zur Vergeltung gefolgt sind.

Der Tag – Nr. 134 – Donnerstag, 14. März 1918 – S.1 „Minister Sydow über Englands Kriegsziele.“

Nach so vielen fehlgeschlagenen Hoffnungen, die man auf notre Joffre, auf die russische Dampfwalze, auf die Nations Soeurs von Italien und Rumänien, auf ein nach Frankreich zu sendendes japanisches Heer, auf die sechs Monate nach der Kriegserklärung Wilsons in Flandern zu erwartende Million amerikanischer Soldaten, auf die Aushungerung und drei Dutzend andere Pläne aus Pandoras Schachtel gesetzt hatte, ist es nicht verwunderlich, wenn der den Franzosen angeborene Skeptizismus schließlich überhandnimmt. Wahrscheinlich glaubt heute kein Mensch in Frankreich mehr wirklich an den französischen Sieg, viel wahrscheinlicher ist, daß eine sehr starke Minderheit bereits den deutschen Sieg zu fürchten anfängt.

Der Tag – Nr. 75 – Freitag, 29. März 1918 – S.7 „Deutschlands Sieg“

Was ist Barbarei? Einfach alles, was die Deutschen tun und sagen!

Was ist Zivilisation? Alles was die weißen, gelben, braunen und schwarzen Engländer und Franzosen tun und sagen!

Was sind demokratische Kriegsziele? Wiederum einfach, was Franzosen, Engländer, Italiener, Serben, Japaner usw. vom Kriege erhoffen!

Und was sind imperialistische Kriegsziele? Sonst nichts, als was die Deutschen und ihre Freunde wünschen und hoffen!

Michel will nur in Ruhe gelassen werden? Welch ein abscheulicher Imperialist! John Bull, Jacques Bonhomme und Pantalone wollen ihm sein Hab und Gut wegnehmen?

Edle Demokraten! Evviva il sacro – Democratismo!

Der Tag – Nr. 66 – Dienstag, 19. März 1918 – S.3

Die Ernennung des Generals Foch zum Generalissimus der gesamten Ententestreitkräfte mag den stolzen Engländern nicht besonders behagt haben, vor allem dem Marschall Haig nicht. Daß sie sich fügen spricht für ihren Wirklichkeitssinn, der begreift, daß Einheit in der Kriegführung mit die Grundlage des Erfolges bildet.

Unsere Feinde hatten jedoch nach dieser Richtung hin von Hause aus den Vorteil einer politischen Einheitsfront, insofern sie die Vernichtung Deutschlands als gemeinsames Kriegsziel aufstellten. England verstand im Rahmen desselben dort die wirtschaftliche Abschnürung Deutschlands einschließlich des Raubes seiner Kolonien, Frankreich die Eroberung Elsaß-Lothringens mit dem was drum und dran hängt, Rußland die Eroberung Galiziens und Ostpreußens als „Mindestforderung“, Italien erstrebte Südtirol, Dalmatien und Illyrien, Japan endlich Kiautschou.

Deutsche Zeitung – Nr. 209 – Donnerstag, 25. April 1918 – S.1

Unsere Feinde aber sind weder wahrheitsliebend noch gerecht. Sie haben ein lebhaftes Interesse daran, die Wahrheit zu bemänteln.

in: Deutschlands Heldenkampf 1914-1918, Vorwort, Friedrich von Bernhardt, 1922

Czernin war überzeugt, dass ein Friede angesichts der italienischen und französischen Eroberungsgier nicht zu erreichen war. Deshalb ging er zu den zahlreichen Friedenssondierungen – Penfield/Czernin, Revertera/Armand, Lammasch/Herron, Mensdorff/Smuts (auf die er noch am ehesten Hoffnungen setzte), Pacelli/Kaiser Karl, Skrzyński/Kerr – auf Distanz. Das war aus seiner Sicht konsequent, denn er konnte und wollte den Partnern auf der anderen Seite nichts bieten. Es war aber umgekehrt auch klar, daß es den Verhandlern auf westlicher Seite nur um einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn ging, während Czernin den Weg für allgemeine Friedensverhandlungen eröffnen wollte.

Helmut Rumpler, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis (1965)
https://www.austriaca.at/0xc1aa5576_0x00178c0e.pdf

Kriegsberichterstatteter Katsch meldet aus dem Großen Hauptquartier: Die bisher in den Kampf geworfenen und übel zugerichteten feindlichen Truppen bestanden aus 28 bis 30 englischen, zwei französischen Divisionen nebst kleineren amerikanischen Abteilungen. Es handelte sich also um die Hälfte des in Frankreich stehenden Engländerheeres, die in drei Tagen die schwerste Niederlage erlitt. Der Stellungskrieg ist beendet oder, wie Hindenburg auf das berühmte Wort Lloyd Georges anspielend am Abend der Schlacht sagte: „Die Kaninchen sind aus ihren Löchern herausgekommen.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 157 – Dienstag, 26. März 1918 – S.1

Wir haben es mit dem entschlossensten und stärksten Gegner zu tun, der seine dreihundert jährige Weltherrschaft bedroht sieht und alles versuchen wird, uns den Sieg so schwer wie möglich zu machen. Die Bedeutung der Schlacht am 21., 22., 23. März liegt darin, daß sie gewonnen wurde

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 157 – Dienstag, 26. März 1918 – S.1

Lloyd George richtete an die Premierminister Kanadas, Australiens, Südafrikas, Neuseelands und Neufundlands ein Telegramm, worin er auf die Notwendigkeit der Truppenverstärkung und auf die Schritte, die die Britische Regierung in dieser Beziehung im Parlament zu tun gedenkt, hinweist und die Regierungen der Dominions auffordert, ihre Kontingente ebenfalls so rasch wie möglich zu verstärken, da alles bis auf den letzten Mann in diesen Kampf geworfen werden müsse.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 166 – Dienstag, 02. April 1918 – S. 2

Das englische Kriegsministerium hatte demzufolge schon vor dem 2. August vormittags den bestimmten Entschluß zur Kriegserklärung an Deutschland gefaßt. Der Einmarsch der Deutschen in Belgien war deshalb für England nur ein erwünschter äußerer Vorwand, nicht aber die Ursache seiner Kriegserklärung an Deutschland

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 175 – Samstag, 06. April 1918 – S. 2

Armand machte unrealistische Zugeständnisse, wie die Angliederung Bayerns, Schlesiens und Polens an die Habsburgermonarchie, um Österreich für einen Separatfrieden zu gewinnen. Das Staatengebilde sollte den Namen „Confédération Danubienne“ unter habsburgischem Szepter führen

Friedrich Engel-Janosi: Die Friedensbemühungen Kaiser Karls mit besonderer Berücksichtigung der Besprechungen des Grafen Revertera mit Comte Armand. In: Comité International des Sciences Historiques (Hrsg.): XIIe Congrès International des Sciences Historiques. Rapports IV, Wien 1965, S. 279-296.

Lloyd George hat uns am 5. Januar in der Tat ein Friedensangebot gemacht, aber wie sah es aus? Rumänien, Serbien und Montenegro sollen wieder hergestellt und auf Grund des „Selbstbestimmungsrechtes“ mit Teilen Oesterreich-Ungarns vergrößert werden, Oesterreich-Ungarn soll ferner das Trentino aus demselben Rechtstitel an Italien und Galizien an das neue Polen abtreten, dem sich auch Posen anzuschließen hätte.

Frankreich soll Elsaß-Lothringen erhalten, Belgien wieder bedingungslos hergestellt werden, wogegen über die deutschen Kolonien die Friedenskonferenz entscheiden soll. Der Türkei endlich soll Aegypten, Arabien, Mesopotamien, Syrien und Palästina abgenommen werden; die Mittelmächte sollen hinsichtlich des Rohstoffbezuges nach dem Kriege auf das Wohlwollen Englands verwiesen werden, und endlich durch eine ausgiebige Kriegsentschädigung seitens der Mittelmächte der Friede zu einem Frieden der allgemeinen Völkerversöhnung abgerundet werden.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10506 – Samstag, 06. April 1918 – S. 1

Die „Frankfurter Zeitung“ meinte damals, die Entwicklung gehe mehr und mehr zum demokratischen Internationalismus, und man müsse diese Entwicklung im Auge behalten, um nicht Gefahr zu laufen, schließlich isoliert für einen Macht- und Siegfrieden einzutreten. Die „Frankfurter Zeitung“ meinte also, man müsse den im Einverständnis mit der Wiener Regierung sich vordrängenden Stimmungen gegen einen deutschen Siegfrieden nachgeben.

Deutsche Zeitung – Nr. 176 – Montag, 08. April 1918 – S.3

Im Laufe des Jahres 1917 wurden von Oesterreich-Ungarn mehrere Versuche gemacht, offiziöse Gespräche mit Persönlichkeiten der Entente einzuleiten. Insbesondere wurde im Juni 1917 von der Zweiten Abteilung gemeldet, daß eine österreichische Persönlichkeit, der Graf Revertera, durch Vermittlung eines Schweizers zu wiederholten Malen darauf gedrungen habe, eine private Unterredung mit einem entfernten Verwandten von ihm, dem Major Armand, Offizier in der Zweiten Abteilung, zu haben

Deutsche Zeitung – Nr. 176 – Montag, 08. April 1918 – S.3

Im Juli 1917 wurde Graf Revertera von einer neutralen Mittelsperson im Namen der französischen Regierung aufgefordert, mitzuteilen, ob er in der Lage wäre, Eröffnungen dieser Regierung an jene Oesterreich-Ungarns entgegenzunehmen. Als Graf Revertera diese Anfrage nach eingeholter Genehmigung noch im Juli 1917 bejahte, traf am 7. August 1917 im Auftrage des damaligen französischen Kriegsministers Painlevé und mit Genehmigung des damaligen französischen, Ministerpräsidenten Ribot der Major Graf Armand bei dem mit ihm weitläufig verwandten Grafen Revertera in Freiburg ein.

Deutsche Zeitung – Nr. 176 – Montag, 08. April 1918 – S.3

Richtig ist, daß in der Schweiz zwischen dem Botschafter Graf Mensdorff und dem General Smuts eine von der englischen Regierung im Unterhaus zugegebene Unterredung stattgefunden hat, die aber nicht einige Minuten, sondern in mehreren Zusammenkünften einige Stunden dauerte

Deutsche Zeitung – Nr. 176 – Montag, 08. April 1918 – S.3

Wie seine Vorredner legt auch er Verwahrung gegen die Mächeleien der Herren von der berühmten Reichstagsmehrheit mit den Polen, die mit ihnen sogar über die künftigen Grenzen verhandelt haben, ein. Er geht über sie hinaus, indem er sich Herrn Erzberger besonders vornimmt, „diesen Herrn, der schon so viel auf dem Kerbholz hat, und an einem Diebstahl beteiligt gewesen ist“.

Deutsche Zeitung – Nr. 182 – Donnerstag, 11. April 1918 – S.1

Zunächst ist sicher, daß der edle Brite den „Schutz“, den er schon während des Krieges den kleinen Nationen auf dem Wasser gewährt, indem er deren Schiffe, wo er sie auf dem Erdenrund nur greifen kann, stiehlt, auch weiter und in noch ausgiebigerer Form gewähren wird.

Deutsche Zeitung – Nr. 185 – Freitag, 12. April 1918 – S.1

Nach dieser längeren Rede in vorgerückter Stunde wollte außer der Rednerreihe Herr Adorf das Wort zu tatsächlichen Berichtigungen nehmen, wogegen die sozialdemokratischen Kriegsbeschädigten aber einen wüsten Lärm erhoben. Sie brüllten: Lügner! Lügner! Runter mit dem Kerl!

Die Haltung der sozialdemokratischen Kriegsbeschädigten wurde so drohend, daß der überwachende Polizeioffizier dem Leiter anheimgab, die Versammlung zu schließen, um sie nicht aufzulösen. So mußte kurzerhand in dem Toben der Schluß erfolgen.

Deutsche Zeitung – Nr. 185 – Freitag, 12. April 1918 – S.1

Bethmann Hollweg übertrug an Matthias Erzberger zu Beginn des Krieges Vollmachten so unbegrenzter Art, daß sie in der Hand dieses geistig undisziplinierten Mannes zum Unheil für unsere Sache ausschlagen mußten. Bethmann und Erzberger haben von Anfang an dem Kriege gegenüber die gleiche Politik getrieben, und enge politische Sympathien fesselten den Kanzler an Herrn Erzberger. Beide hatten denselben leitenden Gedanken, und dieser Gedanke war nicht, wie Deutschland diesen Krieg siegreich durchführen, sondern wie der Kanzler diesen „gräßlichen“ Krieg wieder los werden könne.

Tägliche Rundschau – Nr. 186 – Freitag, 12. April 1918 – S.1

„La Croix“ behauptet, daß der Kaiser Karl und seine Gemahlin für einen Sonderfrieden Oesterreichs, Bulgariens und Bayerns (!) einen Plan ausgearbeitet gehabt hätten. „Es war namentlich die Kaiserin Zita, die die Initiative zu den Unterhandlungen über einen Sonderfrieden ergriffen hatte und diese Unterhandlungen mit Herz und Seele förderte

Tägliche Rundschau – Nr. 186 – Freitag, 12. April 1918 – S.1

Wir alle bewundern rückhaltlos die staunenswerte traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Opfermut des gesamten französischen Volkes. Ebenso ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obwohl wir augenblicklich Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit der Ansichten oder Ansprüche mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich in Verbindung mit denjenigen, die in der ganzen Monarchie herrschen, ganz und gar auf immer die Rückkehr des Kriegszustandes verhindern werden, für welchen keine Verantwortung auf mir ruht. In Anbetracht dessen und, um diesen Empfindungen einen bestimmten Ausdruck zu geben, bitte ich Dich, geheim und nichtamtlich Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde. [Kaiser Karl]

Tägliche Rundschau – Nr. 188 – Samstag, 13. April 1918 – S.2

Damals war Wien der Vergasungsherd für den Willen zum Durchhalten auch in Deutschland, und die berüchtigte Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli ist Wiener Ursprungs. Die Vermittlung übernahm Herr Erzberger, auf dessen Wiener Reisen und Berichte wir damals eingehend hinwiesen

Tägliche Rundschau – Nr. 188 – Samstag, 13. April 1918 – S. 2

Briefe an die Brüder der Kaiserin von Oesterreich, an ihre Mutter. Die Brüder gehören bekanntlich dem belgischen (!) Roten Kreuz als Offiziere an. Sie sind, wie uns seit langem bekannt ist, wiederholt in Wien oder der Umgegend gewesen zum Besuche ihrer Kaiserlichen Schwester, und dann durch Kaiserliche Automobile an die italienische Grenze zurückgebracht worden.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 187 – Samstag, 13. April 1918 – S. 1

Man bedenke, was es bedeutet, wenn der Abg. Erzberger mit einem Briefe des Grafen Czernin an den Kaiser von Oesterreich und vom Grafen Czernin „autorisiert“ diesen Brief im Deutschen Reichstage bekannt macht, um die Verzichtsresolution durchzudrücken, damit Wohlgefallen in Wien zu erregen und in weiterer Folge eine Woge von Kleinmut, Mißvergnügen und Zweifel am Siege, ein steigendes Mißtrauen gegen die Oberste Heeresleitung, kurz eine Stimmung zu verbreiten, welche noch immer, wenn dauernd, der Vorbote des Zusammenbruchs und der Niederlage gewesen ist.

Der Abg. Erzberger und seine politischen Gesinnungsgenossen, wie Herr Scheidemann u. a. m. und damals auch Herr von Payer, aber machten nicht halbe Arbeit, sondern erklärten frisch weg weiter, man müsse jeden irgendwie gearteten Frieden – der offizielle Euphemismus dafür war die „Verständigung“ – annehmen und erstreben: der U-Boots-Krieg sei ein Fehler, die Kriegsführung verfüge nicht mehr über die nötigen Rohstoffe, der Hinzutritt Amerikas zu unseren Feinden bedeute den Zusammenbruch usw. Nachher hat der Abg. Erzberger verschiedentlich erklärt: die Resolution habe „gut gewirkt“.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 189 – Sonntag, 14. April 1918 – S. 2

„Der Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Oesel beschließt:

2. den Wunsch auszusprechen, daß aus Livland, Estland, Kurland, den vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlich geschlossener monarchisch konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet und an das Deutsche Reich durch Personalunion mit dem König von Preußen angeschlossen werde, und den Deutschen Kaiser zu bitten, diesen Wunsch der baltischen Bevölkerung huldvoll zu genehmigen und dessen Verwirklichung herbeizuführen

Deutsche Tageszeitung – Nr. 188 – Sonntag, 14. April 1918 – S. 1

Es ist nicht zu leugnen, daß die Familie, der die Kaiserin Zita entstammt, mit ihren Neigungen nicht auf der Seite des deutsch-österreichischen Bündnisses steht, sondern daß sie durch ihre verwandtschaftlichen Beziehungen mit den Entente-Staaten diesen auch politisch sehr nahe steht. Dieser Umstand hat sich in dem Falle, um den es sich hier handelt, als geradezu verhängnisvoll erwiesen. Die Familie Parma dürfte wohl auf dem Standpunkt stehen, daß die Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen nicht unbegründet seien, und sie wird vielleicht auch ein Interesse haben, dieser Ansicht Ausdruck zu geben und zu wünschen, daß Oesterreich-Ungarn sich diesen Standpunkt zu eigen mache.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 188 – Sonntag, 14. April 1918 – S. 1

Schmerzerfüllt muß das edle Blatt – Berliner Tageblatt – konstatieren, daß „jede ruhige und gesunde Politik durch die militärischen Ereignisse unmöglich gemacht wird“. Ja, das verdamnte Gesiege!

Deutsches Volksblatt – Nr. 10518 – Donnerstag, 18. April 1918 – S. 1

Für die Mittelgroßmächte und Japan gibt es aber nur eines: Sieg oder Tod. Ein Drittes gibt es nicht.

Deutsche Zeitung – Nr. 423 – Dienstag, 20. August 1918 – S. 1

Nun hat aber der Blockademinister Lord Robert Cecil gelegentlich einer mündlichen Antwort im Unterhause, wie aus dem offiziellen Parlamentsbericht (vgl. 107, Nr. 66, Seite 690) hervorgeht, am 24. Juli Mitteilungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß dieser Vertrag einer militärischen Hilfeleistung zwischen Frankreich und England tatsächlich bestanden hat.

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S. 1

Zwischen Vertretern dieser entgegengesetzten Standpunkte kann keine Verständigung erzielt werden. Dies sieht man auch in Deutschland ein, wo im Hinblick auf Gedanken und Gefühle eine tiefe Kluft zwischen den Alldeutschen und dem einsichtigen Teil des Volkes besteht, der verstanden hat, den Geist der Zeit zu erfassen und die mittelalterlichen Ideen zu verwerfen

Berliner Tageblatt – Nr. 438 – Mittwoch, 28. August 1918 – S. 1

Dr. Solf hat erklärt, daß Deutschlands Feinde keinen Frieden durch Unterhandlungen wünschen; er hätte hinzufügen müssen, solange die Deutsche Politik von mittelalterlichem Geist diktiert wird.

Berliner Tageblatt – Nr. 438 – Mittwoch, 28. August 1918 – S. 1

Gerade weil Deutschland so stark, weil es militärisch nicht zu überwinden ist, kann es diesen Weg gehen den Weg wahrer Staatskunst und wahrer Menschlichkeit.

Berliner Tageblatt – Nr. 438 – Mittwoch, 28. August 1918 – S. 1

Schickt eure kaiserliche Regierung in den Ruhestand und laßt die Sozialisten ihre Demokratie machen, dann können wir über Frieden reden. – Die Forderung der Engländer für einen Friedensschluß.

Berliner Tageblatt – Nr. 438 – Mittwoch, 28. August 1918 – S. 1

Kriegspsychose zeigt sich daher bei sämtlichen am Kriege beteiligten Völkern, aber sie tritt je nach der Eigenart der letzteren verschieden auf. Bei unseren Feinden tritt sie auf in Form eines an Wahnsinn grenzenden Hasses gegen die Zentralmächte, vor allem gegen Deutschland, ein Haß, der durch eine ununterbrochene Kette der ungeheuerlichsten Verleumdungen genährt wird und sich in Schmähungen alles dessen Luft macht, was uns wert und heilig ist.

Berliner Tageblatt – Nr. 445 – Samstag, 31. August 1918 – S.2

„Es ist unsere Absicht, Deutschland in buchstäblichem Sinne des Wortes an die Kette zu legen.“

Posener Tageblatt - Nr. 443 - Samstag, 21. September 1918 - S.1

....in diesen Wochen, in denen die Welt daran arbeitet, uns zu zermalmen

Wiener Abendpost - Nr.225 – Dienstag, 1.Oktober 1918 [S.19]

... sich der Kaiser für den Weg der Demokratie entschieden hat.

Wiener Abendpost - Nr.225 – Dienstag, 1.Oktober 1918 [S.19]

... die Friedensnote als Bittgang des deutschen Volkes und meint, die deutschen Demokraten haben die linke Wange hingehalten, damit Wilson, der sie auf die rechte Wange geschlagen, sie streiche. Sie werden einen Schlag erhalten, der in der ganzen Welt zu hören ist und den deutschen Verständigungswahn tödlich trifft, den Wahn wohlverstanden, daß die Feinde zu einer Verständigung zu bewegen seien.

Wiener Abendpost - Nr. 230 - Montag, 7. Oktober [S.1]

... die deutsche Regierung und die Majorität des Reichstages das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.

Wiener Abendpost - Nr. 231 - Montag, 7. Oktober, S.8

Die „Deutsche Zeitung“ bringt einen so scharfen Artikel gegen die Reichsleitung, daß ihr Erscheinen auf drei Tage verboten worden ist.

Posener Tageblatt - Nr. 483 - Dienstag, 15. Oktober 1918 - Morgen[S. 2]

Die Firma Krupp hatte seit 1873 in London mit englischen Firmen einen Gesellschaftsvertrag über gemeinsamen Bezug von spanischen Erzen. Diesen Vertrag haben jetzt die englischen Gerichte in allen Instanzen für aufgelöst erklärt mit der Begründung, sein Fortbestehen würde dem Zwecke des von England geführten Krieges, den feindlichen Handel zu krüppeln, zuwiderlaufen und dem Feinde die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen nach dem Kriege erleichtern.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 462 – Dienstag, 10. September 1918 – S. 3

Ein unentschiedener Krieg, ein Verständigungsfrieden ist zwar an sich schon eine Niederlage Englands, aber noch keine entscheidende, vor allem nicht die entscheidende. England und die Angelsachsen werden eine solche Verständigung in demselben Augenblicke, trotz aller Verträge, trotz aller Versprechungen und gleißnerischen Worte brechen, wo sie überzeugt sind, daß sie sie nicht mehr halten müssen. Sie werden dann sofort den Kampf um die Weltherrschaft erneut beginnen, bis die endgültige Entscheidung herbeigeführt ist. Ein Verständigungsfrieden wird im besten Falle also eine Vertagung der Entscheidung sein und nur den Keim neuer Weltkriege bilden. Auch wenn Deutschland niedergeworfen würde, würde nur der erste Weltkrieg zu Ende sein, da das Angelsachsentum sich bald gegen den zweiten großen und kräftigen Staat wenden wird, der dann noch der Alleinherrschaft der Angelsachsen im Wege steht, gegen Japan.

Deutsche Zeitung – Nr. 423 – Dienstag, 20. August 1918 – S.1

Für die Mittelgroßmächte und Japan gibt es aber nur eines: Sieg oder Tod. Ein Drittes gibt es nicht. So lange wird der Krieg dauern, gleichviel ob ihn ein „Friedensvertrag“ unterbricht oder nicht. Der Weltkrieg ist erst dann wirklich zu Ende, wenn entweder die angelsächsische Weltherrschaft für absehbare Zeit hergestellt ist, oder aber mit und neben dem siegreichen Deutschland friedliche und wirklich gleichberechtigte Völker die Welt bewohnen. Das aber kann der Angelsachse nicht dulden. Ist er nur einer unter wirklich Gleichberechtigten, d.h. beherrscht er nicht mehr die See, die Hochstraßen des Wirtschafts-, des Kulturlebens, dann muß auch er arbeiten: und das kann und will er nicht. Der Angelsachse ist entweder der geborene Herrscher, der rücksichtslos alle anderen ausbeuten und betrügen kann, oder er ist nichts. Darin liegt die Lösung des Weltkriegegräuels.

Deutsche Zeitung – Nr. 423 – Dienstag, 20. August 1918 – S.1

Nun hat aber der Blockademinister Lord Robert Cecil gelegentlich einer mündlichen Antwort im Unterhause, wie aus dem offiziellen hervorgeht, am 24. Juli Mitteilungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß dieser Vertrag einer militärischen Hilfeleistung zwischen Frankreich und England tatsächlich bestanden hat. Dem Blockademinister ist dieser Vertrag etwas so Selbstverständliches gewesen, daß ihm diese Bemerkung gelegentlich der mündlichen Antwort im Unterhause entschlüpft ist, ohne sich darüber klar zu sein, daß damit das ganze, von England mühsam aufgebaute Kartenhaus vom Schutz der belgischen Neutralität zusammenstürzte. Ja, Cecil ist in seinen Erklärungen sogar noch weiter gegangen, indem er hinzufügte, daß der Vertrag ohne Austausch von Ratifikationen wirksam wurde.

..... daß nicht der Scheingrund der Verletzung der belgischen Neutralität England zu diesem Krieg getrieben hat, sondern das Militärabkommen mit Frankreich, auf Grund dessen es zur Hilfeleistung an Frankreich verpflichtet war.

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1

Polnische Mindestforderungen: Sicherung der Erhaltung der jetzigen Westgrenze Polens, Anerkennung der Bug-Linie als Grenze im Osten, Zuteilung von gewissen litauischen Territorien an Polen gegen eventuelle Abtrennung von drei Bezirken im Gouvernement Suwalki an Litauen, der Zutritt zur Ostsee durch Neutralisierung des Weichselunterlaufs und der entlang dieses Unterlaufs führenden Eisenbahnlinie, sowie die Anerkennung Danzigs als Freihafen

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1

Die „New York Times“ schreibt: „Deutschlands Beteuerung, daß es nicht die Absicht hat, Belgien zu behalten, hat weder Interesse noch Wert. Die Alliierten werden Deutschland aus Belgien und Frankreich vertreiben.“

Hierzu sagt Lord Northcliffe („Evening News“ vom 16. Juli 1918):

„Wir sind hocherfreut, eine so klare und klingende Stimme aus Amerika zu vernehmen. So soll man sprechen: Deutschland soll vernichtet werden, im Sinne der „New York Times“. Wir meinen vernichtet durch blutige und absolut unheilvolle Niederlage auf dem Schlachtfelde, so daß von Deutschland nichts übrig bleibt, als die Knochen seiner toten Soldaten in Frankreich und Belgien. Es gibt keinen anderen Weg.“

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1

Das Problem der Fremdvölker, ja, das ganze russische Problem wird von England ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Erleichterung des englischen Krieges betrachtet

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1

Jede Verfassung ist England recht, die Rußland als Kriegsmaschine tauglich erhält. Und würde Iwan der Schreckliche auferstehen und Rußland zu neuem Kampfe zusammenschweißen, würde er den Engländern ein willkommener Bundesgenosse im Kreuzzug für Freiheit und Recht sein.

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1ff

Wir haben unser Gebiet ausgedehnt, wir haben Deutschlands Kolonien genommen ... Soll man Deutschland die Kolonien zurückgeben und dadurch Deutschland Unterseebasen auf allen großen Handelsstraßen der Welt und dadurch den Welthandel zu Deutschlands Verfügung stellen?

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1ff

Die Befreiergeste, mit der die Annexion der deutschen Kolonien als ein gottgewolltes Werk plausibel gemacht wird, ist Blasphemie.

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1ff

Es erscheint Balfour etwas Selbstverständliches, den Raubinstinkt der englischen Imperialisten moralisch zu rechtfertigen. Es ist ihm so selbstverständlich, daß er nicht merkt, wie lächerlich es wirkt, in einem Atem das Streben Deutschlands nach der allgemeinen Vorherrschaft zu brandmarken und für sein Land ein offenes Bekenntnis zur unverschiebten Annexionspolitik in Afrika und Asien abzulegen

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1ff

...Zitat aus Kants Schrift zum ewigen Frieden anführen, Worte, die wie ein schwerer Vorwurf auf der ganzen Welt lasten:
„Irgend ein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrig bleiben, weil sonst auch kein Friede abgeschlossen werden könnte und die Feindseligkeiten in einen Ausrottungskrieg ausschlagen würden.“

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1ff

Die Feinde wollen keinen Frieden durch Verhandlungen

Deutsche Zeitung – Nr. 424 – Mittwoch, 21. August 1918 – S.1ff

Man sucht durch das „Berliner Tageblatt“ und andere Organe die Frage des inneren Zusammenschlusses unter dem Gesichtspunkt zu behandeln, sich dem kaudinischen Joch einer Anerkennung der Friedensresolution zu fügen.

Deutsche Zeitung – Nr. 483 – Samstag, 21. September 1918 – S.1

Der deutsche Zeitungsleser, der am Sonntag morgen wie gewöhnlich sein Blatt aufschlug, ist nicht wenig erstaunt gewesen, von einer neuen Friedensoffensive Oesterreichs zu lesen. Zwei Fragen: Hat die deutsche Regierung darum gewußt? Die Oesterreicher sagen: ja, die Deutschen sagen: nein. ---

Die Antwort ist geradezu eine restlose Bestätigung unserer Ansicht, daß dieses Friedensangebot einer politischen Katastrophe gleichkommt. Man lese die Rede Clemenceaus, die von einem Siegesbewußtsein getragen ist, wie wir es in den 50 Monaten des Krieges kaum in der französischen Oeffentlichkeit angetroffen haben. Man lese die unerhörte Antwort Amerikas, die frechen Kommentare Englands, und man muß erkennen, wenn man nicht Scheuklappen vor den Augen trägt, daß das gesamte feindliche Ausland heute einmütig der Ueberzeugung ist, daß dieses Friedensangebot der Ausfluß des Zusammenbruchs der Mittelmächte sei und daß es nur darauf ankomme, noch in einem letzten Sturm den letzten Widerstand zu brechen, um Deutschland den Frieden zu diktieren.

Deutsche Zeitung – Nr. 483 – Samstag, 21. September 1918 – S.1

Um so eifriger wütets und gährts im Dreimännerkollegium Scheidemann, Erzberger und Richthofen. Denen scheint die Zeit gekommen, was sie im Juli 1917 begonnen, zu vollenden. Ueber den Verzicht zu halbparlamentarischer Regierung, über den militärischen Rückzug zur vollparlamentarischen Regierung, das ist das Kriegsziel dieses Kleeblattes, das noch heute ungestraft und ungehindert sein Wesen treiben darf

Deutsche Zeitung – Nr. 483 – Samstag, 21. September 1918 – S.1

Wilsons nachdrückliche Ablehnung der österreichischen Vorschläge am Abend des 16. September brachte der frühere Präsident Taft eine Entschließung ein ...: „An einer Besprechung mit einem uneroberten Deutschland teilzunehmen, käme dem Eingeständnis gleich, daß unser Vorhaben mißglückt ist.“

Deutsche Zeitung – Nr. 484 – Sonntag, 22. September 1918 – S.1

Bis vor kurzem betrug die durchschnittliche Belastung des Einkommens für Reich, Staat und Gemeinden etwa 13,3 v. (vor dem Kriege war sie noch geringer). In Zukunft würde die Belastung auf über 60 v.H. steigen.

*

Wären wir besiegt und kommandierte der Feind im Lande, so würde der Deutsche neben allem anderen Unglück auch die wirtschaftliche Erdrosselung als unabwendbares Schicksal tragen. Einem nicht besiegt Deutschland aber, dem noch heute das siegreiche Ende von zuständigster Seite zugesichert wird, als Lohn aller Siege, Opfer und Nöte den finanziellen Ruin und das Schicksal des Galeerensklaven auferlegen, das heißt den Kampf aller gegen alle entfesseln oder wie sich die „Freisinnige Zeitung“ im November 1917 ausdrückte: Anarchisten zu züchten, eine erbitterte und verhetzte Revolutionsmehrheit zu züchten“

*

Die Zukunft wird zeigen, daß sogar der Payersche Verständigungsfrieden nur von einem besiegt Feinde zu erreichen wäre, daß die Entente nur zu einem angelsächsischen Frieden bereit ist, der nur nach völliger Besiegung Deutschlands überhaupt denkbar ist.

Deutsche Zeitung – Nr. 484 – Sonntag, 22. September 1918 – S.1

Allein die Idee, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und eine Friedenslinie zu finden, wird entschieden von den Alliierten abgelehnt und zurückgewiesen.

Wiener Zeitung – Nr.215 – Donnerstag, den 19. September 1918 – S.6

Unser Ziel, fuhr Lord Derby fort, und unsere beste Absicht ist, den deutschen Militarismus zu vernichten, der eine Bedrohung nicht nur für die Welt, sondern auch für Deutschland selbst darstelle.

Wiener Abendpost – Nr.218 – Montag, den 23. September 1918 – [S.6f]

Nun, die Berliner sind Kühlmann ja glücklich los geworden dafür treibt er jetzt sein Unwesen hierzulande, natürlich ganz im Sinne seiner geistig politischen Sippschaft in der Presse und im Reichstag. Er wandert umher und redet auf die Leute ein, daß wir den Krieg nicht gewinnen könnten; wir müßten sehen, um jeden Preis Frieden zu schließen. - Aber weiß man in Berlin, was Kühlmann hier fest als Bazillus der Entmutigung anrichtet?

*

Von Erzberger braucht man nicht mehr zu reden; man kennt ihn hinreichend und wundert sich nicht, wenn man ihn im schrecklichen Berlin einmal wieder zu sehen bekommt, daß er einer der wenigen ist, der in solcher Zeit an Gewicht nichts einbüßt, vielleicht noch zunimmt, das ist freilich auch ein diplomatischer Befähigungsnachweis, aber mehr persönlich-egoistischer Natur, auf welchem Gebiete der Biedere ja nie rückständig gewesen ist. Aber sonst - politisches Todesahnen überkommt einen bei dem Gedanken, daß dieser sehr südliche Süddeutsche noch höher steigen werde.

Deutsche Zeitung - Nr. 486 - Montag, 23. September 1918 - S. 1

Gott ist mein Zeuge, daß wir alles versucht haben, was möglich war, um die neue Offensive zu vermeiden. Die Entente hat es nicht gewollt. Herr Clemenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hierzu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Wahl mehr.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr. 168 - Mittwoch, 03. April 1918 - S. 1

Lloyd George richtete an die Premierminister Kanadas, Australiens, Südafrikas, Neuseelands und Neufundlands ein Telegramm, worin er auf die Notwendigkeit der Truppenverstärkung und auf die Schritte, die die Britische Regierung in dieser Beziehung im Parlament zu tun gedenkt, hinweist und die Regierungen der Dominions auffordert, ihre Kontingente ebenfalls so rasch wie möglich zu verstärken, da alles bis auf den letzten Mann in diesen Kampf geworfen werden müsse.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr. 166 - Dienstag, 02. April 1918 - S. 2

In der Sitzung nun vom 21. Februar 1914 standen sich offenbar zwei Meinungen gegenüber: Die eine vertrat Krieges die Anschauung, daß im Falle eines europäischen Krieges das Schicksal Konstantinopels und der Meerengen durch die Entscheidungen auf dem westlichen Kriegsschauplatz, also im Kampf gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestimmt werde; die militärischen Teilnehmer an der Konferenz forderten deswegen die Konzentrierung aller Streitkräfte auf die Westgrenze.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr. 175 - Samstag, 06. April 1918 - S. 1

Schon vor der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland, nämlich am Montag, 3. August 1914, des Vormittags traf im Bundeshause in Bern eine Depesche des schweizerischen Gesandten in London, Carlin, ein mit dem Wortlaut:

„England wird Deutschland den Krieg erklären.“

Das englische Kriegsministerium hatte demzufolge schon vor dem 2. August vormittags den bestimmten Entschluß zur Kriegserklärung an Deutschland gefaßt.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr. 175 - Samstag, 06. April 1918 - S. 2

Der letzte Sprung des alten Löwen. - von Bernhard Shaw

Was soll aus der englischen Presse noch werden, wenn sie in dem ganzen französischen Gelbbuch nichts weiter zu entdecken weiß, als ausgerechnet den einzigen Schmutzfleck, der das Dokument verunziert? In der ersten Hitze und Hast des Kriegsausbruchs war es vielleicht noch zu verstehen, wenn man jenen Erlaß hinnahm, worin der Kaiser, in der deutschen Sprache keinen zulänglichen Ausdruck findend, seine Armee einfach ermahnte, sich nicht um die französischen und russischen Millionen zu bekümmern (sic!), sondern ihre ganze Wut auf General Frenchs verächtliches kleines Heer zu konzentrieren. Doch wäre eine journalistische Verwertung verständlich gewesen gegenüber dem „amtlichen und geheimen Bericht aus sicherer Quelle“, den M. Etienne am 2. April 1913 an M. Jonnart schickte. Ueber die Aufnahme dieses Berichts bei M. Jonnart schweigt sich die Chronik des Gelbruchs aus. Ich will aber gleich sagen, daß ich nicht darauf hereingefallen bin, und daß die Leser meines Artikels keine weiteren Kommentare hierüber zu befürchten haben.

Und doch ergibt sich aus dem authentischen Teil dieses Gelbbuchs ein so hinreißendes Bild, daß ich nicht genug staunen kann, warum sich noch kein Engländer gefunden hat, der dieses Bild aus den Hüllen des amtlichen Schriftwechsels herausgeschält hätte. Denn in dem Bilde ersteht vor uns der alte Löwe, der Löwe von Waterloo, der Löwe von Blenheim, der Löwe von Trafalgar, wie er sich zu seinem letzten, furchtbarsten und

sieghaften Sprung anschickt. Ungeschwächt seht Ihr die alte Verschlagenheit, den alten Mut, die alte Kraft, auch das alte erstaunliche Glück, die alte Richtung auf das eine Ziel, den alten tiefverborgenen und subtilen Instinkt, der in Gefahr ohne große Männer mehr erreicht, als seine Feinde mit solchen.

Seit Jahrhunderten schon sinnt der Löwe auf das eine Ziel: niemand soll größer sein zu Lande als England, niemand so groß wie England zur See. Ob ein Rivale besser oder schlechter sei als England, war dem Löwen immer nichts, Als Waterloo geschlagen und gewonnen war, schrieb Byron: Tut mir verflucht leid“. Die Schwärmer für Freiheit und Menschlichkeit sahen entsetzt, wie englische Waffen auf den Trümmern von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Inquisition wieder aufrichteten und den Thron einer unheilvollen, abgelebten Dynastie restaurierten. Was schert's den Löwen! Englands Gegner lag im Staube; England war Herrin der See; Englands Heerführer (zwar nur ein Irländer, aber was macht's?) war Herr von Europa; Könige wagten in seiner Gegenwart nur wie verängstigte Schulbuben zu flüstern; **England, gleich viel ob zu Recht oder zu Unrecht, jedenfalls ganz und gar England, in seiner angeborenen Verderbtheit und Gewalttätigkeit, wie auch in seiner angeborenen Größe und seinem Ruhm, war echt englisch aus dem Kampf hervorgegangen und hielt das Gleichgewicht der Macht in seiner Hand. Hundert Jahre lang wußte kein Engländer mehr, was es heißt, vor der Möglichkeit eines feindlichen Einfalls zu erbleichen. Zwei Generationen hindurch lag der Löwe, sonnte sich und witterte keinen Feind, den ein Schlag seiner Tatze nicht hätte niederschlagen können.**

Da erhob sich ein neuer Rivale. Furchtbarere Schlachten denn Waterloo wurden gegen den gleichen Feind geschlagen; aber nicht England war der Sieger. Der Löwe richtete sich auf und begann zu lauschen. Jener alte Instinkt wurde wieder in ihm wach. Aus weiter Ferne schlug der Klang an sein Ohr „Deutschland, Deutschland über alles“, und in seinem Innern sprach er: „Nicht bei meinen Lebzeiten!“ Der Rivale baute ein Kriegsschiff, baute noch ein Kriegsschiff und dann noch eins; offene Herausforderung der Beherrscherin der Meere! Da war es aus. Von dem Augenblick an fragte es sich nur noch, wann der Löwe zuspringen würde. Denn ein Löwe, der von jener einen, einzigen Idee erfüllt ist, dem seine Lebensinteressen so tief in den Eingeweiden sitzen, muß verschlagen sein er muß unter allen und jeden Umständen gewinnen, und wenn er noch solange lauern mußte bis zum rechten Augenblick.

Diesen seht Ihr nun in dem französischen Gelbbuch kommen. **Den Finger am Drücker pirschen sich Deutschland und Oesterreich, Rußland und Frankreich aneinander heran. Frankreich geht dem Kampf aus dem Wege, Rußland übt und rüstet sich schon, und Oesterreich rechnet damit; aber allen, auch Oesterreich, ist bange vor des Löwen Rivalen, vor Deutschland. Frankreich stellt sein Manöver wegen zahlenmäßiger Unterlegenheit immer wieder auf den Frieden ein. Deutschlands Haltung Frankreich und Rußland gegenüber ist zwar trotzig, mit einem Stich ins Verächtliche, weil es nämlich nur zu gut weiß, daß es den einen Feind mit seinem rechten Arm, den anderen mit dem linken erdrücken kann. Aber den Löwen fürchtet es doch; wenn der Frankreich und Rußland zu Hilfe kommt, dann wird die Uebermacht selbst für den Sieger von Sedan zu furchtbar. Frankreich sondiert den Löwen: der Löwe, grimmig und vorsichtig, hat nichts dagegen, daß seine leitenden See- und Heeresleute mit den französischen Generalen sprechen und mit ihnen eingehend erörtern, was da passieren und welchen Lauf man dann den Dingen geben könnte.**

Da brüskiert Frankreich unversehens Deutschland, heißt Deutschland sich aus Marokko scheren und zwar sofort. Deutschland blickt auf den Löwen und sieht ihn sprungbereit, mit zitterndem Schweif. Die Uebermacht ist zu groß: Kränkung im Herzen geht Deutschland zurück, zum ersten Mal brüskiert seit Aufgang seines Sternes.

Dem Löwen ist's ein Strich durch die Rechnung. Noch ein paar Jahre abwarten? Der britische Steuerzahler könnte es müde werden, jener wachsenden Flotte vorzubleiben. Der alte Instinkt raunt: „Jetzt los, jetzt, ehe der Rivale zu stark ist.“

Man sagt es laut in den Straßen Londons. Aber neue Kräfte sind im Spiel, die der Löwe in seine Rechnung stellen muß wenn der andere nicht kämpfen will, ist es nicht so einfach, ihn anzugreifen. Und Deutschland will nicht kämpfen, wenn es den Löwen nicht von Frankreich und Rußland loslösen kann; fühlt sich aber wund nach der Demütigung und Brüskierung; es weiß, daß nur eines sein Ansehen wiederherstellen und seinen verletzten Stolz heilen kann, nämlich eine Züchtigung der Brüskierer. Doch bleibt ihm nichts übrig, als die Wut hinunterzuwürgen; denn bei jeder Drohung weist Frankreich auf den Löwen und rettet so den nur Frankreich erwünschten Frieden. Jedesmal wenn Deutschland eine Demütigung hinnimmt, ist's dem Löwen ein Strich durch die Rechnung; Oesterreich verschiebt seine Balkanpläne, und Rußland weiß nicht recht, ob seine Absichten durchkreuzt oder nur vertagt sind.

Der Löwe brütet und brütet; tief in seinem Unterbewußtsein regt sich die Erkenntnis, daß Deutschland überhaupt nicht kämpfen will, außer wenn – wenn – wenn – der Löwe weiß nicht recht, wenn Was, will auch gar nicht wissen, Was; aber unbeteiligte Zuschauer ergänzen den Satz so: außer wenn man

Deutschland einreden könnte, daß der Löwe plötzlich von Liebe zu ihm entbrannt ist, daß er unter die Pazifisten gegangen ist und nicht kämpfen will.

Da bringt ein glücklicher Stern, der dem Löwen fast immer geleuchtet hat, den Fürsten Lichnowsky als deutschen Botschafter nach London. Es war nichts Böses, wenn man ihm sehr freundlich tat, denn der Fürst ist ein charmanter Mann mit einer sehr charmanten Frau. Da war denn auch unser Sir Edward Grey, auch ein charmanter Mann, stets bereit auf Teegesellschaften ganz offen über den Frieden zu sprechen, mit ganz Europa, wenn's sein mußte. Der Löwe wußte in seinem Herzen, daß Grey keine Ahnung von Löwenmoral hatte, sie nicht billigen würde, wenn er etwas davon wüßte. Grey hatte nämlich Ideen, statt jener einen einzigen Idee: **Und Lichnowsky hatte noch so viel weniger Ahnung von Löwenmoral, daß er meinte, Grey selbst sei der Löwe.** Der Löwe dachte: „Ich bin's nicht gewesen; Englands Schicksal hat Grey und Lichnowsky hierher gesetzt. Noch steht Englands Stern im Zenith“. **Dem Fürsten Lichnowsky erschien Grey täglich größer als Staatsmann und charmanter als Mensch; täglich wurde er fester in seiner Ueberzeugung, daß des Löwen Herz sich von Grund auf gewandelt hatte, und daß der Löwe allgemach wirklich und richtig freundlich wurde. Und Grey hielt Lichnowsky vielleicht für einen Toren, war aber deshalb nicht weniger nett zu ihm.**

Nun kommt Asquith, der leuchtende Mann des Rechts, der Mann, der sich weder an Vergangenes erinnern noch Zukünftiges vorhersehen kann; doch immer der echte Yorkshire-Mann, der unter spiegelglatter, leuchtender Oberfläche uralte englische Tiefgründigkeit verbirgt, und in dem etwas von des Löwen Verschlagenheit stecken könnte, ohne die spiegelglatte Oberfläche zu trüben. Asquith findet sich also urplötzlich im tiefsten Innern von einem unerklärlichen, aber völlig unwiderstehlichen Trieb beseelt, der ihn veranlaßt, jene Absprachen mit den leitenden französischen Generalen, die Deutschland erschreckt hatten, zu verschleiern und in Abrede zu stellen. Er sagt zu Grey: „Sie müssen zu den Franzosen gehen und ihnen sagen, daß wir zu nichts verpflichtet sind“. Der liebenswürdige Friedensfreund Grey war entzückt. Er geht, und die Franzosen, höflich wie immer, merken sich die Mitteilung. Schon finden sich Asquith und Grey, beide mit gutem Gewissen, emsig beschäftigt, die Welt davon zu überzeugen, daß der Löwe nicht verpflichtet sei, Frankreich und Rußland zu helfen, wenn der große Tag des Weltenschicksals käme. **Sie überzeugen tatsächlich das englische Volk; sie überzeugen das Unterhaus; sie überzeugen ihr eigenes Ministerium und endlich – endlich – überzeugen sie auch Deutschland. Und der Löwe kauert zum Sprung. Fast noch ehe er ganz fertig ist, läßt der Teufel von günstigem Geschick den Erzherzog von Mörderhand fallen, und Oesterreich sieht Serbien endlich in seiner Hand. Oesterreich stürzt sich auf Serbien, Rußland auf Oesterreich, Deutschland auf Frankreich; und nun endlich stürzt sich auch der Löwe mit mächtigem Gebrüll auf seine Beute und gräbt im Nu seine Fänge und Pranken in den Leib seines Rivalen. Nicht für alle Pazifisten und Sozialisten der ganzen Welt läßt er den jetzt wieder los, bis er selbst entweder tot am Boden liegt oder aber wieder auf seinem Piedestal von Waterloo.**

Da habt Ihr das Epos des Gelbbuchs, Ihr Herren von England! Das war das Gebrüll, das Eure Krämer nicht gehört haben wollten, weil sie vor lauter Angst den Deutschen beteuerten, es sei nur das Geblök einer friedlichen Schafherde, über die der Wolf gekommen sei. Wie werdet Ihr von alten Verträgen schwatzen, Ihr Herren, und sorgen, daß nur ja verbreitet werde, Ihr seiet der Niedertracht nicht fähig, das Brüllen des Löwen mit einem Hurra aus Eurem eigenen Herzen zu erwidern; nicht fähig, die elenden Geschichten zu erfinden gerade wie früher: Bonaparte frißt kleine Kinder; nicht fähig, all die wahnsinnigen Lügen und die schamlosen Verleumdungen wider den Feind zu erfinden, den Ihr doch nur mit Eurem Schwert bekämpfen solltet, und den Ihr selber darum vor jeder Waffe heilig bewahren solltet, gemeiner als Euer Schwert.

Was mich anbelangt, ich begreife die Geschichte; mein Ich wird von ihr fortgerissen; ich erfasse die Gewalt und das Mysterium, das darin liegt; und alle möglichen Saiten in meinem Innern klingen mit in der Forderung, daß des Löwen letzter Kampf auch sein allerbesten, und daß Deutschland sein letzter besiegtter Widersacher sein möge. Aber ich bin Sozialist und weiß wohl, daß die Tage des Löwen gezählt sind, und daß auch der tapferste Löwe zuguterletzt zur Strecke gebracht wird. Ich sehe voraus, daß ihm sein Sieg dieses Mal nicht wie frühere Siege ein Jahrhundert der Sicherheit bringen wird: Ich weiß vielmehr, daß dieser Sieg eine noch gefährlichere Lage schaffen wird, als die vor einem halben Jahr daß diese Lage nur dann gemeistert werden kann, wenn jede einzelne Nation der Westmächte auf jeden Traum von Vorherrschaft verzichtet. Nun ist ein Löwe innerhalb von Grenzen schließlich nur ein Löwe im Käfig, und die kommenden Zeiten haben keine Verwendung für eingekäfigte Löwen, die nur zur Verteidigung ihrer eigenen Fesseln kämpfen. In der Zukunft müssen wir also nicht nur für England, sondern für das Wohl der ganzen Welt kämpfen. Schadet nichts, der Löwe ist doch eine vornehme alte Bestie; er hat glänzende Zeiten hinter sich, seine Brut ist heutzutage tüchtiger als je, wirklich viel zu tüchtig, um nur „*Albion contra mundum*“ zu spielen. Ich nehme vor dem Löwen meinen Hut ab und schwenke ihn, trotz alles Piepsens der erschrockenen Hühnchen.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 138 – Samstag, 16. März 1918 – Seite 1 - Ein klassischer Zeuge. – Bernhard Shaw

Die Sixtus-Mission im März 1917

Es besteht kein Zweifel darüber, dass Kaiser Karl gewillt war, einen Kurswechsel zu vollziehen. Es bedurfte dazu weder des Fronterlebnisses noch des Einflusses seiner Gemahlin Zita von Bourbon-Parma [???]. Karl hatte schon als Thronfolger Einblick in das politische Tagesgeschäft gewonnen und die Zusammenhänge im Hinblick auf die Existenz seines Staates voll erkannt. Er trug sich von Kriegsbeginn an mit dem Gedanken einer Verfassungsreform, und **er war insbesondere entschlossen, so rasch und so gut wie möglich zu einem Frieden für die Monarchie zu kommen**. Als ihm im Herbst 1914 eine der Denkschriften über Kriegsziele und Interessensabgrenzungen zu Deutschland zur Kenntnis gelangte, formulierte er zum ersten Mal seine Ansichten sowohl über die Außen- wie die Innenpolitik:

„Wir sind einerseits, der Kultur nach, ein deutsches Land, und, den Bewohnern nach, ein halbslawisches Land. Schon aus diesem Grunde wäre ein Bündnis mit Deutschland allein gefährvoll, da wir sonst leicht ein „größeres Bayern“ würden.“

Der Satz in seinem ersten Manifest: *„Ich will alles tun, um die Schrecknisse und Opfer des Krieges in ehester Frist zu bannen, die schwer vermissten Segnungen des Friedens Meinen Völkern zurückzugewinnen, sobald es die Ehre unserer Waffen, die Lebensbedingungen Meiner Staaten und ihrer treuen Verbündeten und der Trotz Unserer Feinde gestatten werden,“*

Nach dem Friedensschritt der Mittelmächte vom 12. September [Dezember] 1916 und dem Vermittlungsversuch Thomas Woodrow Wilsons vom 18. Dezember 1916 waren die Wege der offiziellen Diplomatie erschöpft. Kaiser Karl und sein Außenminister und Vertrauensmann, Graf Ottokar Czernin, waren aber entschlossen, die Friedensaktion fortzusetzen. Czernin hatte schon im Sommer 1916, noch als Botschafter in Bukarest, zu einem Kompromissfrieden geraten, auch um den Preis bedeutender Opfer. Die Friedenspolitik Wiens verstärkte sich, als die Ententemächte am 10. Jänner 1917 in ihrer Antwort auf den Friedensappell Wilson vom 10. Dezember 1916 die Lösung der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie zu einem der offiziellen Kriegsziele erklärten.

Es war Kaiser Karl, der die Initiative zu den Friedensgesprächen mit Frankreich ergriff, indem er seine Schwiegermutter Maria Antonia von Braganza ersuchte, ihre Söhne Sixtus und Xavier nach Wien einzuladen. Schon am 5. und 16. Dezember 1916 sprach die Herzogin diese Einladung aus, am 13. Februar 1917 trafen die Prinzen den Grafen Tamás Erdödy als Beauftragten des Kaisers in Neuchâtel, am 22. März 1917 reisten die beiden Brüder nach Verhandlungen mit den Pariser Politikern nach Wien. Die Details der Absprachen sind dokumentarisch gesichert bzw. rekonstruierbar. Die Position des Kaisers lässt sich auf der Grundlage des Vergleichs zwischen jenem Entwurf, den Sixtus zu den Gesprächen mitgebracht hatte („Projet de Note“, 17. März 1917), und der daraus entstandenen Endfassung des Briefes Kaiser Karls an Sixtus vom 24. März 1917 sehr gut rekonstruieren.

Der Kaiser versprach, **mit allen Mitteln** und unter Anwendung seines **ganzen persönlichen Einflusses** beim Verbündeten Deutschland **die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen** zu unterstützen. Neue Quellenfunde, eine genaue Textanalyse sowie die dramatischen Begleitumstände der Entstehung des Textes lassen mit einiger Sicherheit eine Deutung zu, die in der älteren Forschung unbeachtet blieb. Nach dem Zeugnis des Redaktors, des kaiserlichen Beichtvaters und Beraters Alois Musil, stand im ersten der 14 Textentwürfe **les aspirations justes** anstatt **les justes aspirations**.

Der Kaiser anerkannte also keineswegs die Rückforderungsansprüche Frankreichs als grundsätzlich gerecht. Die schlussendlich absichtlich unbestimmt stilisierte Formulierung **les justes revendications relatives à l'Alsace-Lorraine** ist so zu verstehen, dass Kaiser Karl die Ansprüche Frankreichs gegenüber dem Bundesgenossen Deutschland unterstützen wollte, sofern und soweit sie gerechtfertigt waren.

Überdies hatte es große Anstrengungen des Prinzen bedurft, um Kaiser Karl überhaupt zur Aufnahme dieses Passus zu bewegen. Nicht schriftlich belegbar, aber aus dem Verhandlungszusammenhang argumentierbar ist die Vorstellung des Kaisers, das umstrittene Territorium nach sprachnationalen Kriterien zu teilen. Damit waren natürlich weder Paris noch Berlin einverstanden, und doch war es ein Versuch, aus der Sackgasse **des deutschen bzw. französischen Maximalismus** herauszukommen. **Der Sixtusbrief war daher, wörtlich genommen, kein Angebot an Frankreich auf Kosten Deutschlands, daher auch nur begrenzt ein Verrat.** Die viel diskutierten Details sind allerdings nachrangig im Hinblick auf die zentrale Frage, die Hugo Hantsch schon lange vor der Flut von Untersuchungen über Kriegsziele und Friedenspolitik auf den Punkt gebracht hat: Das Wesen des Problems aber war: Sonderfriede oder allgemeiner Friede.

In der Interpretation von Außenminister Czernin hat Kaiser Karl ausdrücklich einen Sonderfrieden nicht angeboten, sondern nur die Bereitschaft erklärt, bei Annahme seiner Vorschläge die Besprechungen fortzusetzen und sich geneigt erklärt, für einen ehrenvollen Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Weltfrieden anzubahnen.

Die Parmas waren jedenfalls davon überzeugt, dass über einen „Sonderfrieden“ verhandelt wurde. Auf Grund der Vorgeschichte hegten sie darüber keinen Zweifel. Im August 1914 waren sie sich in Gesprächen mit dem Thronfolgerpaar in Wien darüber einig geworden, dass **ein Anwachsen der preußischen Militärmacht für die Sicherheit Frankreichs wie für die Selbständigkeit des Habsburgerreiches in gleicher Weise bedrohlich sei**, und dass eine **politische Neuordnung der Monarchie, eine Loslösung von Deutschland und eine Verbindung mit Frankreich anzustreben sei**.

Die politische Neuordnung der Monarchie und die Trennung Österreich-Ungarns von Deutschland waren auch bei den Gesprächen von Jänner bis März 1917 die eigentlichen Verhandlungsziele.

Ein Brief Karls an Czernin vom 1. Mai 1917 bezeugt nicht nur die diesbezügliche Haltung des Kaisers, sondern auch, dass der Außenminister über diese Zielrichtung informiert war:

„So wie ich jede Militärkonvention mit Deutschland auf das Entschiedenste zurückgewiesen habe, so muß ich auch jeden Handelsvertrag, der uns in intimere Beziehungen zu Deutschland bringt, perhorreszieren. [...] Ein eklatanter militärischer Sieg Deutschlands wäre unser Ruin. Deutschland hat immer den Hintergedanken, dass es, wenn es schlecht geht, immer noch Österreich als Kompensationsobjekt hat. Der Friede [...] auf dem status quo wäre für uns das allerbeste, denn wir hätten es uns mit den Westmächten, die eigentlich gar nicht unsere Feinde sind, nicht ganz verdorben. [...] Ein Zugrundegehen mit Deutschland aus reiner Noblesse wäre Selbstmord und würde mit dem bisherigen Verhalten Deutschlands nicht in Einklang zu bringen sein.“

Einige Monate später präzisierte der Kaiser anlässlich der Friedensgespräche zwischen Czernin und Kühlmann seine Position:

„Ich hoffe, Sie werden dem Kühlmann jetzt wieder energisch sagen, dass wir den Frieden brauchen. [...] Wir müssen uns klar sein und den Deutschen auch klar machen, dass dies, nachdem wir ihnen früher schon eine Provinz (Galizien) angeboten haben, die unwiderruflich letzten Konzessionen sind und wir – lehnen sie ab – uns freie Hand sichern.“

Was er unter der freien Hand verstand, sprach er offener in einem Privatentwurf zu „Außenpolitischen Direktiven“ aus; darin ergänzte er:

„Wird unser Vorschlag angenommen, so wollen wir bis zum letzten Blutstropfen für Deutschland eintreten. Wird er nicht angenommen, so behalten wir uns freie Hand, eventuell Sonderfrieden.“

Czernin war überzeugt, dass ein Friede angesichts der italienischen und französischen Eroberungsgier nicht zu erreichen war. **Deshalb ging er zu den zahlreichen Friedenssondierungen – Penfield/Czernin, Revertera/Armand, Lammasch/Herron, Mensdorff/Smuts (auf die er noch am ehesten Hoffnungen setzte), Pacelli/Kaiser Karl, Skrzyński/Kerr – auf Distanz.** Das war aus seiner Sicht konsequent, denn er konnte und wollte den Partnern auf der anderen Seite nichts bieten. Es war aber umgekehrt auch klar, dass es den Verhandlern auf westlicher Seite nur um einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn ging, während Czernin den Weg für allgemeine Friedensverhandlungen eröffnen wollte.

Helmut Rumpler, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis (1965)
https://www.austriaca.at/0xc1aa5576_0x00178c0e.pdf

	Deutschlands Heldenkampf 1914-1918, Vorwort, Friedrich von Bernhardt, 1922
	<i>Friedrich Engel-Janosi: Die Friedensbemühungen Kaiser Karls mit besonderer Berücksichtigung der Besprechungen des Grafen Revertera mit Comte Armand. In: Comité International des Sciences Historiques (Hrsg.): Xlle Congrès International des Sciences Historiques. Rapports IV, Wien 1965, S. 279-296.</i>
	Helmut Rumpler, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis (1965)
	Reichstagsprotokolle 1917-1918 - Verhandlungen des Reichstags XIII. Legislaturperiode. II. Session. Band 311. – Berlin 1918

verwendete Presseerzeugnisse	
BAP	Berliner Abendpost
BBZ	Berliner Börsen Zeitung
BNN	Berliner Neueste Nachrichten
BTB	Berliner Tageblatt [Die Tagespresse des „Berliner Tageblattes“ ist vom 1. März bis 30. April 1918 nicht verfügbar.]
DRB	Der Reichsbote
DT	Der Tag
DTZ	Deutsche Tageszeitung
DVB	Deutsches Volksblatt (Österreich)
DZ	Deutsche Zeitung
Excelsior	Excelsior (Frankreich)
FDB	Fremdenblatt (Österreich)
KHZ	Königsberger Hartungsche Zeitung
KOL	Kolmarer Kreiszeitung
Le Temps	Le Temps (Frankreich)
NAZ	Norddeutsche Allgemeine Zeitung
NFP	Neue Freie Presse (Österreich)
POS	Posener Tageblatt
TR	Tägliche Rundschau
VOS	Vossische Zeitung
VOW	Vorwärts
WAP	Wiener Abendpost (Österreich)
WZ	Wiener Zeitung (Österreich)

Affäre Lichnowskyy

Affäre Pichon

Affäre Lammasch

Auf zur Revolution - 1918 - Sozialisten übernehmen die Macht

1918 - 1919

Rückblick auf die Friedensdiskussion im JANUAR 1918

Die Sixtus-Mission im März 1917 von Österreich

Die Sixtus-Mission im März 1917 –
Helmut Rumpler, Kaiser Karl, die
Friedensprojekte und das deutsch-
österreichische Bündnis (1965)

Karl hatte schon als Thronfolger Einblick in das politische Tagesgeschäft gewonnen und die Zusammenhänge im Hinblick auf die Existenz seines Staates voll erkannt. Er trug sich von Kriegsbeginn an mit dem Gedanken einer Verfassungsreform, und **er war insbesondere entschlossen, so rasch und so gut wie möglich zu einem Frieden für die Monarchie zu kommen - „Wir sind einerseits, der Kultur nach, ein deutsches Land, und, den Bewohnern nach, ein halbslawisches Land. Schon aus diesem Grunde wäre ein Bündnis mit Deutschland allein gefährlich, da wir sonst leicht ein „größeres Bayern“ würden.“**

Es war Kaiser Karl, der die Initiative zu den Friedensgesprächen mit Frankreich ergriff, indem er seine Schwiegermutter Maria Antonia von Braganza ersuchte, ihre Söhne Sixtus und Xavier nach Wien einzuladen. Schon am 5. und 16. Dezember 1916 sprach die Herzogin diese Einladung aus, am 13. Februar 1917 trafen die Prinzen den Grafen Tamás Erdödy als Beauftragten des Kaisers in Neuchâtel, am 22. März 1917 reisten die beiden Brüder nach Verhandlungen mit den Pariser Politikern nach Wien. Die Details der Absprachen sind dokumentarisch gesichert bzw. rekonstruierbar.

- Der Kaiser versprach, **mit allen Mitteln** und unter Anwendung seines **ganzen persönlichen Einflusses** beim Verbündeten Deutschland **die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen** zu unterstützen.

- Der Kaiser anerkannte also keineswegs die Rückforderungsansprüche Frankreichs als grundsätzlich gerecht. Die schlussendlich absichtlich unbestimmt **stilisierte Formulierung *les justes revendications relatives à l'Alsace-Lorraine* ist so zu verstehen, dass Kaiser Karl die Ansprüche Frankreichs gegenüber dem Bundesgenossen Deutschland unterstützen wollte, sofern und soweit sie gerechtfertigt waren.**

- Damit waren natürlich weder Paris noch Berlin einverstanden, und doch war es ein Versuch, aus der Sackgasse **des deutschen bzw. französischen Maximalismus** herauszukommen. Der Sixtusbrief war daher, wörtlich genommen, kein Angebot an Frankreich auf Kosten Deutschlands, daher auch **nur begrenzt ein Verrat'.**

- Ein Brief Karls an Czernin vom 1. Mai 1917 bezeugt nicht nur die diesbezügliche Haltung des Kaisers, sondern auch, dass der Außenminister über diese Zielrichtung informiert war: „**So wie ich jede Militärkonvention mit Deutschland auf das Entschiedenste zurückgewiesen habe, so muß ich auch jeden Handelsvertrag, der uns in intimere Beziehungen zu Deutschland bringt, perhorreszieren. [...] Ein eklatanter militärischer Sieg Deutschlands wäre unser Ruin. Deutschland hat immer den Hintergedanken, dass es, wenn es schlecht geht, immer noch Österreich als Kompensationsobjekt hat. Der Friede [...] auf dem status quo wäre für uns das allerbeste, denn wir hätten es uns mit den Westmächten, die eigentlich gar nicht unsere Feinde sind, nicht ganz verdorben. [...] Ein Zugrundegehen mit Deutschland aus reiner Noblesse wäre Selbstmord und würde mit dem bisherigen Verhalten Deutschlands nicht in Einklang zu bringen sein.**“

--- Czernin war überzeugt, dass ein Friede angesichts der italienischen und französischen Eroberungsgier nicht zu erreichen war. **Deshalb ging er zu den zahlreichen Friedenssondierungen – Penfield/Czernin, Revertera/Armand, Lammasch/Herron, Mensdorff/Smuts (auf die er noch am ehesten Hoffnungen setzte), Pacelli/Kaiser Karl, Skrzyński/Kerr – auf Distanz.** Das war aus seiner Sicht konsequent, denn er konnte und wollte den Partnern auf der anderen Seite nichts bieten. Es war

		aber umgekehrt auch klar, dass es den Verhandlern auf westlicher Seite nur um einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn ging, während Czernin den Weg für allgemeine Friedensverhandlungen eröffnen wollte.	
DT-12- 15. Januar 1918	Verständigungsfriede und Machtfriede	. In den neutralen Ländern hat sich nur ein Teil der Presse das unbefangene Urteil bewahrt, daß Lloyd-Georges und Wilsons Friedensreden in Wirklichkeit Kriegsansagen sind. Selbst der „Vorwärts“ liebäugelt, obwohl er die einzelnen Friedensbedingungen Wilsons selbst für indiskutabel erklärt, doch mit dem Gedanken von Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge. Zur Beschönigung wird darauf hingewiesen, daß Wilson erklärt, dem deutschen Volke nicht schaden zu wollen. Dieser Satz erscheint allerdings in eigentümlichem Lichte, wenn man damit die konkreten Friedensvorschläge Wilsons vergleicht; Vorenthaltung unserer Kolonien, Abtrennung nicht nur des Reichslandes sondern auch der ehemals polnischen Landesteile einschließlich Danzigs. Denn nur so ist Wilsons These betreffs Polens zu verstehen. Schließlich die internationale Abschnürung der Nordsee vom freien Meerverkehr, sofern das Deutsche Reich deren Freiheit nicht mit dem völligen Verzicht auf Seegeltung insbesondere auf den U-Bootkrieg erkaufte. Der Widerspruch jenes allgemeinen Satzes mit speziell formulierten Friedensforderungen ist so groß, daß man sich die durch die Pronunziamientos Lloyd-Georges und Wilsons hervorgerufene Stimmung der offiziellen Sozialdemokratie vergegenwärtigen muß, um zu verstehen, wieso sie sich trotzdem an jeden allgemeinen Ausspruch Wilsons klammert. Der unter skrupelloser Ausnützung der Kriegsnotwendigkeiten im Reichstage und bedingungsweise auch bei der Regierung durchgedrückte Scheidemannfriede ist ihr A und O. Die Friedensvorschläge der angelsächsischen Machthaber versetzen sie nun in die Lage des Lohgerbers, der seine Felle fortschwimmen sieht. Von einem Verständigungsfrieden kann zurzeit nur in bezug auf Rußland die Rede sein, nicht aber gegenüber unseren anderen Feinden, namentlich nicht gegenüber England und den Vereinigten Staaten. - Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß das Organ der Scheidemann-Sozialdemokratie sich, dem Ertrinkenden vergleichbar, an den Strohalm einer Verhandlungsmöglichkeit an der Hand der Wilsonschen Botschaft anklammert. - daß vom Deutschen Reiche die Auslassungen Lloyd-Georges und namentlich Wilsons nicht als Friedensangebot, sondern allein als Kriegsansage angesehen und behandelt werden können, ist so unerläßlich wie dringlich; den nötigen Resonanzboden bietet der Hauptausschuß des Reichstages oder auch das Herrenhaus. Wollte man mit dem „Vorwärts“ in der Wilsonschen Botschaft, die hierbei allein in Betracht kommt, weil ja England uns nach der Bezeugung Churchills seine Friedensbedingungen aufzwingen will, wirklich eine Einladung zu Friedensverhandlungen erblicken, so würde es sich inhaltlich seiner formulierten Vorschläge doch nur um die Einladung zu Verhandlungen unter der Voraussetzung und auf der Grundlage bedingungsloser Unterwerfung unter die angelsächsische politische und wirtschaftliche Weltherrschaft handeln können. Denn Deutschland, das den in angelsächsischer Auffassung als Crimen laesae majestatis [das Verbrechen der Majestätsbeleidigung] anzusehenden Anspruch auf politische und wirtschaftliche Weltgeltung neben jenen Weltmächten erhob, wieder unter die angelsächsische Weltherrschaft zu beugen, ist von Anfang das wirkliche Ziel dieses Krieges bei diesen unseren Feinden. Zu dessen Erreichung ist ja wenigstens von England der Krieg auch von langer Hand vorbereitet, und zwar nicht bloß diplomatisch, sondern auch militärisch. --- Gegenüber Feinden mit solchem Kriegsziel ist der Natur der Sache nach ein Verständigungsfriede ausgeschlossen, hier kann nur von einem Machtfrieden als Frucht unseres	

		Sieges die Rede sein. - Ebenso bedarf es der näheren Darlegungen nicht, daß völliges Einvernehmen zwischen Reichs- und oberster Heeresleitung die unerläßliche Vorbedingung des Erfolges ist.	
Februar 1918			
25. Februar 1918, Montag			
TR-102	Friedensbedingungen der Londoner Sozialistenkonferenz	Bezüglich Belgiens heißt es: Die erste Bedingung für den Frieden ist die Wiederherstellung Belgiens unter der Kontrolle eines internationalen Ausschusses. Deutschland müsse alle Schäden, die es in Belgien angerichtet habe, gutmachen. Belgien müsse als vollkommen unabhängiger Staat wiederhergestellt werden. Dem belgischen Volke ist die Entscheidung über seine zukünftige Gestaltung und Politik allein zu überlassen. Ueber Elsaß-Lothringen heißt es, dies sei keine territoriale Frage, sondern eine Frage des Rechtes und somit ein internationales Problem, dessen Lösung notwendig sei, wenn der kommende Friede gerecht und dauerhaft sein solle. Der Frankfurter Vertrag sei verstümmelt, und das Recht der Bevölkerung Elsaß-Lothringens, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, verletzt worden. Dieses Recht habe die Bevölkerung wiederholt für sich beansprucht. Der neue Friedensvertrag müsse zum Ausdruck bringen, daß Deutschland den Friedensvertrag von 1870 durch seine Kriegserklärung von 1914 gebrochen habe und deshalb aller Vorteile der brutalen Eroberung und der Gewalt dem elsäß-lothringischen Volke gegenüber verlustig gegangen sei. Frankreich könne, wenn es im Besitze dieser Anerkennung Deutschlands sei, einer neuen Abstimmung des elsäß-lothringischen Volkes zustimmen. - Ferner soll ein unabhängiges Polen mit einem freien Zugang zum Meere geschaffen werden.	
TR-102	Die giftigen Gase	Wir wollen den Streit über die Urheberschaft des Gaskampfes nicht aufwärmen, vielmehr nur kurz erinnern an die Ausplauderei der französischen Presse, die sofort nach Beginn des Krieges – teilweise auch schon vorher – den fürchterlichen Erfindungen des Herrn Turpin über giftige Sprengstoffe zu berichten wußte, sowie von den offiziellen Anweisungen des französischen Kriegsministeriums über Gas-Handgranaten, die im Herbst 1914 und Winter 1915 der deutschen Heeresleitung bekannt wurden.	
TR-103	Dr. Davidsohn – der deutsche Trotzki Davidsohn lehnt einen Sicherungsfrieden auf Entschädigung und Landerwerb schlankweg ab, da er, wie aus seinen ganzen Ausführungen hervorging, auf dem sonderbaren Standpunkt steht, es sei besser, wenn wir die Lasten des Krieges zu tragen hätten, als wenn unseren Feinden auch nur ein Härchen gekrümmt werde. Denn diese seien doch auch Menschen und verdienten unser höchstes Mitleid. Die Vorschläge D. zeigen ihn als gelehrigen Schüler der Bolschewisten und ihres geistigen Vaters (Proudhon), von dem das vielgenannte Wort „Eigentum ist Diebstahl“ ja stammt.	- Der Genannte stellte an den Hauptredner die Frage, wie er sich bei einem entschädigungslosen Frieden, die Deckung der Reichsschulden und die Ausbringung von jährlich 13 Milliarden Mark laufender Ausgaben denke und insbesondere, wie die unbedingt erforderliche Entschädigung der Kriegsbeschädigten, der Kriegswitwen und -weisen bewerkstelligt werden solle. - Er schlug zur Ausbringung der nötigen Mittel für die Kriegsbeschädigten folgenden Ausweg vor: 1) Alle flüssigen Gelder werden für die Kriegsbeschädigten, Kriegs Witwen und Waisen verwendet. 2) Das Reich stellt die Auszahlung der Zinsen der Krieganleihen so lange ein, bis die sämtlichen Ansprüche der Kriegsbeschädigten befriedigt sind. 3) Alle Kriegsgewinne über einen gewissen, noch näher zu bestimmenden Betrag hinaus, werden bis zum letzten Pfennig enteignet und unter die Kriegsbeschädigten verteilt. 4) Der Schmuck, die Kostbarkeiten und die Sonstigen Wertgegenstände der besitzenden Klassen, insbesondere auch hoher, höchster und allerhöchster Damen, werden zum Staatseigentum erklärt und zur Befriedigung der Kriegsbeschädigten veräußert. 5) Alle Vermögen, soweit sie über 1 Million hinaus betragen, werden vom Staate konfisziert. Davidsohn lehnt einen Sicherungsfrieden auf Entschädigung und Landerwerb schlankweg ab, da er, wie	

		aus seinen ganzen Ausführungen hervorging, auf dem sonderbaren Standpunkt steht, es sei besser, wenn wir die Lasten des Krieges zu tragen hätten, als wenn unseren Feinden auch nur ein Härchen gekrümmt werde.	
Reichstagsprotokolle 1917-1918	133. Sitzung Rede des Reichskanzlers Graf v. Hertling	Zu wiederholten Malen ist von dieser Stelle aus gesagt worden, daß wir nicht daran denken, Belgien zu behalten, den belgischen Staat zu einem Bestandteil des Deutschen Reichs zu machen, daß wir aber, wie das ja auch in der Papstnote vom 1. August v. J. ausgeführt wird, vor der Gefahr behütet bleiben müssen, daß das Land, mit dem wir nach dem Kriege wieder in Frieden und Freundschaft leben wollen, (bravo!) zum Gegenstände oder zum Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften würde. - Indem ich mich hierzu anschicke, gebe ich gerne zu, daß die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 11. d. M. vielleicht einen kleinen Schritt zur gegenseitigen Annäherung darstellt. Ich übergehe daher auch die vorausgeschickten überlangen Ausführungen, um mich sogleich zu den vier Grundsätzen zu wenden, welche nach Ansicht des Herrn Wilson bei einem gegenseitigen Meinungs-austausch Anwendung finden müssen. Der erste Satz besagt, daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird. Wer wollte hier widersprechen? - Der zweite Satz verlangt, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelte, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist. - Der dritte Satz, wonach jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß, — ist nur eine Ausführung des vorhergehenden nach einer bestimmten Richtung oder auch eine Konsequenz aus demselben und daher in die diesem erteilte Zustimmung mit eingeschlossen. Endlich der vierte Satz. Er verlangt, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald stören würden, aufzunehmen. - Die Kriegsziele Englands, wie sie in den Reden Lloyd Georges neuerdings zutage treten, sind noch immer durchaus imperialistischer Natur und wollen der Welt einen Frieden nach Englands Gefallen aufzwingen. Wenn England von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es dabei nicht daran, den Grundsatz auf Irland, auf Ägypten oder Indien anzuwenden. - Wenn ich in diesem Zusammenhange ein Wort über Polen sage, für das sich neuerdings die Entente und auch Herr Wilson ganz besonders zu interessieren scheinen, so ist das Land bekanntlich durch die vereinten Kräfte von Deutschland und Österreich-Ungarn aus der drückenden Abhängigkeit von dem zaristischen Rußland befreit worden, mit der Absicht, einen selbständigen Staat ins Leben zu rufen, der in der ungehemmten Entfaltung seiner nationalen Kultur zugleich ein Pfeiler für den Frieden Europas werden solle. - ist die Aussicht auf den Frieden an der gesamten Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere in greifbare Nähe gerückt, (bravo!) und die des Krieges übersatte Welt, insbesondere auch in den neutralen Ländern, fragt sich in fieberhafter Spannung, ob damit nicht auch der Zugang zum allgemeinen Frieden eröffnet sei.	

		Aber noch scheinen die Leiter der Entente, scheint man in England, Frankreich und Italien völlig abgeneigt, der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. Im Gegensatz zu den Mittelmächten hat die Entente von Anfang an Eroberungsziele verfolgt. Sie kämpft für die Herausgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Ich habe dem früher hierüber Gesagten nichts hinzuzufügen. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt keine elsass-lothringische Frage im internationalen Sinne, (stürmischer Beifall) wenn es eine solche Frage gibt, so ist es eine rein deutsche Frage. - Die Entente kämpft für den Erwerb österreichisch-ungarischer Gebietsteile durch Italien. Sie kämpft für die Abtrennung von Palästina, Syrien und Arabien vom türkischen Reiche. Insbesondere auf die türkischen Gebietsteile hat England sein Augenmerk gerichtet, es hat plötzlich ein Herz für die Araber entdeckt und hofft durch den Vorspann der Araber, vielleicht durch Schaffung eines von englischer Herrschaft abhängigen Schutzstaates dem englischen Reiche neue Gebietsteile anzugliedern. Daß die kolonialen Kriegsziele Englands auf Mehrung und Abrundung des gewaltigen englischen Besitzes, namentlich in Afrika gerichtet sind, ist von englischen Staatsmännern wiederholt ausgesprochen worden. Und angesichts dieser durch und durch aggressiven, auf Aneignung fremder Gebiete gerichteten Politik wagen es die Staatsmänner der Entente noch immer das militaristische, imperialistische, autokratische Deutschland als den Störenfried hinzustellen, der im Interesse des Weltfriedens in die engsten Schranken verwiesen, wenn nicht vernichtet werden müsse. - Gegenüber einem Intriguenspiel, wie es neuerdings wieder in der Schweiz betrieben wird, ergreife ich die Gelegenheit, vor aller Welt zu erklären, daß wir nie einen Augenblick daran gedacht haben, noch daran denken werden, die schweizerische Neutralität anzutasten. - Fortsetzung des Krieges bis zum Äußersten, das war, soviel davon verlautet hat, die jüngst von der Konferenz in Versailles ausgegebene Parole, und in den Reden des englischen Premierministers findet sie immer wieder ein lautes Echo. Daneben haben sich allerdings in England neuerdings auch andere Stimmen hören lassen. - Denn die Welt steht jetzt vor der größten schicksalsschweren Entscheidung: Entweder die Feinde entschließen sich, Friede zu machen, unter welchen Voraussetzungen wir bereit sein würden, in Verhandlungen einzutreten, wissen sie; oder aber sie meinen, den verbrecherischen Wahnsinn des Eroberungskrieges weiter fortsetzen zu sollen.	
26. Februar 1918, Dienstag			
Reichstagsprotokolle 1917-1918	134. Sitzung Rede des Abgeordneten Scheidemann, SPD	Wir kämpften zur Verteidigung unseres Vaterlandes gegen den Zarismus; wir kämpften noch gegen die Eroberungspläne der Entente; wir kämpften aber so wenig für die Zerstückelung Rußlands wie für die Unterdrückung der belgischen Unabhängigkeit oder für Longwy und Briey. Wir halten es für notwendig, vor aller Welt zu bekunden, daß die Politik, die gegen Rußland getrieben worden ist, nicht unsere Politik ist. - nachdem, was wir eben gehört haben, scheint die Loslösung der russischen Randländer von Rußland ja unvermeidlich. Ob damit für die Zukunft des deutschen Volkes etwas Nützliches erreicht ist, bezweifeln wir. - Wenn wir in der Ostpolitik nicht mit unserer Auffassung durchgedrungen sind, wenn gegen unseren Rat ein Weg beschritten worden ist, der nach unserer Überzeugung nicht zum Wohle unseres Volkes führt, so hat zu dieser Entwicklung der Dinge der russische Bolschewismus sein redlich Teil beigetragen. Er hat Rußland, nachdem der Zarismus seine Schlachten verloren hatte, vollständig entwaffnet und er hat, wenigstens in der ersten Zeit, für die Erhaltung des russischen Reichs nicht das geringste	

		Interesse gezeigt. Damit hat er allen Abtrennungsplänen geradezu in die Hände gearbeitet. <u>Wenn er jetzt verlangt, [der Bolschewismus] wir sollten durch eine Revolution den entstandenen Schaden wieder gut zu machen suchen, so verlangt er zu viel von uns.</u> - Aber wir wünschen nicht, unter Umständen zur Macht zu gelangen, die uns zwänge, mit der Entente einen Frieden zu schließen, wie ihn jetzt Trotzki und Lenin mit dem Vierverband schließen. - Ein Teil von Ihnen, meine Herren, ist nun der Ansicht, der Westen werde zu einem Verständigungsfrieden bereit sein, wenn er nur selber leidlich gut dabei fahre, er nähme kein Interesse mehr an Rußland. Ich wünsche aufrichtig, daß Sie damit recht behielten. Voraussetzung ist aber, daß die deutsche Regierung dann zu einem wirklichen Verständigungsfrieden, wie ihn die Reichstagsmehrheit will und wie ihn der Herr Reichskanzler doch auch will, bereit bleibt und nicht etwa zu einem Frieden, wie er jetzt mit Rußland geschlossen werden soll. - Der Herr Reichskanzler hat nun gestern rundheraus erklärt, daß er die von Wilson vorgeschlagenen vier Punkte für die allgemeinen Friedensverhandlungen annimmt, daß er also bereit ist, auf der von Wilson vorgeschlagenen Basis in Friedensverhandlungen einzutreten. Diese Erklärung begrüßen wir aufrichtig. - <u>Die Politik, die in diesem Hause gemacht wird, wird doch nicht von ein paar Leuten gemacht, sondern sie wird von der Reichstagsmehrheit gemacht, zu der sich der Herr Reichskanzler bekannt hat.</u> - Der Herr Reichskanzler hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine Aussprache über Belgien in engerem Kreise zustande kommt. Dem schließen wir uns an mit der Erwartung, daß den Gegnern eine Brücke gebaut wird, die tatsächlich zum Frieden führt. - Sollte ihr ganzes imperialistisches Programm nach Osten und Westen durchgesetzt werden, so wäre die Voraussetzung dafür, daß der Westen zu einem gleichen Grade der bedingungslosen Friedensbereitschaft gezwungen würde wie Rußland. In dem Versuch, einen solchen Zwang auszuüben, würde ich eine Kraftprobe sehen, die auch für Deutschland gefährlich ist: gefährlich, wenn sie mißlingt, gefährlich aber auch, wenn sie gelingt. Denn dann wäre wirklich das Unwahrscheinliche vollbracht und der Welt ein Friede, nicht nach unserem, aber nach dem Willen der militärischen Macht- und Gewalthaber aufgezwungen. Ich sehe diesen Frieden nicht. Aber das weiß ich: Käme er, so würde er die Welt aufs neue in ein furchtbares Militärlager verwandeln. Um einen solchen Frieden zu erhalten, müßte unser ausgeblutetes und kriegsmüdes Volk sich aufs neue unter die Last der ungeheuerlichsten Rüstungen beugen. - In Österreich-Ungarn herrscht über das neue militärische Vorgehen gegen Rußland, das Österreich nicht mitmacht, tiefe Verstimmung, und die Mehrzahl der Bevölkerung in Österreich-Ungarn ist schon ganz offen uns geradezu feindlich gesinnt. Vielleicht wird mir nachher geantwortet: unsere militärische Lage ist so glänzend, daß wir auch das ertragen können. Ja, es wird aber eine Zeit geben — manche sehen ihr vielleicht mit großem Mißvergnügen entgegen —, wo es überhaupt keine militärische Lage mehr gibt. Wollen wir in diese Zeit hinein den ganzen Haß der Welt, mit dem wir heute belastet sind, weiter tragen? Wahrhaftig, es wäre an der Zeit, daß aus unserem Lande von entscheidender Stelle aus andere Worte in die Welt hinausgingen als Worte der Einschüchterung und des Bekenntnisses zum Evangelium der Macht, Worte, die Vertrauen wecken, den zerbrochenen Glauben an die Menschheit und Menschlichkeit aufrichten, die an eine nahe, bessere Zukunft der Welt glauben machen. - Wir wollen keine Demütigung des Gegners, wir wollen	
--	--	---	--

		keinen Machtfrieden, der nur durch die Macht der Minenwerfer und Gasgranaten aufrecht erhalten werden könnte. Wir wollen einen Frieden, der auf der Freiheit, der Freundschaft und dem gegenseitigen Vertrauen der Völker beruht, und wenn uns einmal das Volk die entscheidende Kraft geben sollte, die wir heute noch nicht haben, so werden wir alles tun, um einen solchen wirklichen Frieden herbeizuführen. - Meine Herren, wenn Sie sich nicht sehr — ich finde keinen geeigneten Ausdruck, ich will sagen — wenn Sie sich nicht der ganzen Welt gegenüber lächerlich machen wollen, reden Sie niemals davon, daß bei dem Ausbruch dieses Streiks etwa ausländisches Geld eine Rolle gespielt hätte! - Die seit Jahren währende Ernährungsschwierigkeit ist aber nur eine der Ursachen der Streikbewegung gewesen. Es gab deren mehrere. Die Unruhe über das Treiben der Machtpolitiker und Vaterlandsparteiler, die Abneigung gegen eine, wie man glaubt, vermeidbare Kriegsverlängerung, die Empörung über die Wahlrechtsverschleppung, die geradezu aufpeitschende Wirkung der Kämpfe um die Rechte der Fürsten im Herrenhause in einer Zeit, wo das Blut des Volkes in Strömen stieß, und wo selbst die Regierung das gleiche Wahlrecht für das Volk gefordert hat, das alles hat mitgewirkt. - Die Arbeiter wollten demonstrieren für Frieden, Freiheit und Brot, weil sie andere Möglichkeiten, ihre Stimme zu erheben, nicht mehr hatten, nachdem, man ihre Presse gefesselt und ihre Versammlungen verboten hatte. Die Arbeiter konnten sich nicht versammeln, wie es die Vaterlandspartei konnte; die Arbeiter konnten nicht in ihrer Presse schreiben, wie es die Vaterlandspartei konnte. - diese parteipolitische Hetze sah in dem Streik nichts anderes, als eine erwünschte Gelegenheit, um über die Arbeiter und ganz besonders über die sozialdemokratische Partei herzufallen, über unsere Partei, von der drei Vorstandsmitglieder auf Wunsch der Arbeiter, die der sozialdemokratischen Partei angehörten, in einen Aktionsausschuß eingetreten waren; wohl gemerkt: nachdem der Streik bereits im Gange war, nachdem die Forderungen der Arbeiter bereits aufgestellt waren, nachdem der Arbeiterrat bereits zusammengetreten war, nachdem dieser Arbeiterrat bereits einen Aktionsausschuß gewählt hatte. - Die Sozialdemokratische Partei hat sich während des ganzen Krieges rückhaltlos zur Landesverteidigung bekannt. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einsichtslosigkeit derer, die den Krieg zu kriegsverlängernden, vom Volke nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volk versprochene Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinigen, um eine Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsterhaltung unseres Volkes und eines baldigen gerechten Friedens. - Hätte Herr Wallraf so verständig gehandelt wie sein Nachfolger in Cöln, Herr Adenauer, oder gar der Cölner Regierungspräsident, Herr v. Strack, so hätte er drei bis vier Streittage in Berlin erspart (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und Hunderte von braven Arbeitern vor dem Zuchthaus bewahrt. <u>Herr Adenauer</u>, Wallrafs Nachfolger, hat mit den Cölner Streikenden verhandelt. Herr von Strack, der Cölner Regierungspräsident, ist sogar in die Versammlung der Streikenden gegangen. In München, in Nürnberg, in Cassel, in Kiel, in zahlreichen anderen Städten sind Vertreter der Behörden mit den Streikenden sofort in Verbindung getreten. In Mannheim, wo seit einigen Wochen nach einer stürmisch verlaufenen vaterlandsparteilichen Versammlung alle Versammlungen generell verboten waren, wurde die Versammlungsfreiheit sofort wieder eingeführt, als der Streik einsetzte.	
--	--	---	--

		- Exzesse wie in Berlin sind während der gesamten Streikbewegung nirgend im Reich vorgekommen. Wo man den Arbeitern die Bewegungsfreiheit gelassen hat, wie in Kiel, Cassel, Mannheim, Magdeburg, Nürnberg, München usw. usw., überall verhielten sie sich musterhaft; wo man ihnen diese Freiheit nahm, konnten sie Ausschreitungen der Straßenjugend nicht verhüten. Die Arbeiter in ihrer Masse trifft für das Geschehene keine Verantwortung. - Wir legen diesem Kampf entscheidende Bedeutung bei. Wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht kommt, wenn der Belagerungszustand fällt, wenn das Volk bei den Wahlen Sie so behandelt, wie Sie es tausendfach verdient haben, dann haben Sie verspielt; und erst dann, wenn Ihre Herrlichkeit zu Ende ist, wird die Bahn frei sein für ein freies Deutschland, das sich im Innern friedlich entwickelt und nach außen mit seinen Nachbarn in Freundschaft leben wird. - Wir deutschen Sozialdemokraten vertrauen darauf — und das ist das einzige feste Vertrauen, das wir hegen —, daß das deutsche Volk gereifter und freier aus dieser ungeheuren Prüfung hervorgehen wird, daß es die Schlacken der Vergangenheit von sich schleudern, daß es einen Staat des Rechts, der Freiheit und der sozialen Wohlfahrt schaffen wird, allen Widerständen zum Trotz. Der Schwierigkeiten unserer Aufgaben sind wir uns ebenso bewußt wie der Tatsache, daß eine Politik der Verzweiflung uns auch nicht dem nächsten ersehnten Ziel, dem allgemeinen Frieden, näherbringen könnte. Es gibt keine Politik, die sich rühmen kann, ohne Rückschläge immer nur von Erfolg zu Erfolg geschritten zu sein. Es gibt kein Allheilmittel, das uns binnen kürzester Frist den Frieden und das allgemeine Volksglück bringt. Es gibt nur eins: die unermüdliche Arbeit, den zähen Kampf für das als richtig Erkannte. Diese Arbeit setzen wir fort mit jedem, der uns hilft, gegen jeden, der uns stört, in der festen Überzeugung, daß die treibenden Kräfte der Weltgeschichte unsere besten Bundesgenossen sind. <u>Die Zukunft, die hinter diesem ungeheuerlichen Weltkriege liegt, gehört in Deutschland und in der ganzen Welt der Demokratie, den Arbeitern und dem Sozialismus.</u>	
Reichstagsprotokolle 1917-1918	134. Sitzung Rede des Staatssekretärs des Innern Wallraf	In den Augen des Herrn Abgeordneten Scheidemann ist der Streik gewissermaßen elementar entstanden aus berechtigter Unzufriedenheit der Massen. Darauf hat Ihnen gestern schon der Herr Stellvertreter des Reichskanzlers die Antwort gegeben. Er hat Ihnen gesagt, daß diese Streikbewegung das ungeeignetste Mittel war, den Krieg zu verkürzen, die Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen und den Wunsch der Reichsleitung, daß auch in Preußen das allgemeine Wahlrecht eintrete, zur Erfüllung zu bringen. Mit einer vornehmen Handbewegung hat Herr Scheidemann den Gedanken von sich gewiesen, daß auch Einflüsse des Auslandes zu dieser weittragenden Streikbewegung beigetragen haben. - Die Arbeiter aber konnten unmöglich wissen, ob das Feiern in manchen Betrieben unserer Kriegführung hinderlich wäre oder nicht. - Im April vorigen Jahres kam zu der Reichsleitung die Nachricht, daß es in der deutschen Arbeiterschaft gäre, und daß es vermutlich bald zu Ausständen kommen werde. Der damalige Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg richtete infolge dessen ein Rundschreiben an die Bundesregierungen, das auch veröffentlicht wurde und in dem die Arbeiterschaft ermahnt wurde, sich von der Streikbewegung fernzuhalten, weil sie sonst schwere, gesetzlich festgelegte Strafen zu gewärtigen habe. Das Rundschreiben hatte keinen Erfolg. Der Streik brach aus. Er knüpfte an gewisse Ernährungsschwierigkeiten an. Aber er erlangte keine große Bedeutung und war nach wenigen Tagen wieder beseitigt. Auch einige andere Streiks, die vor Ende des Sommers vorigen Jahres eintraten, haben eine Bedeutung	

		über den Ort hinaus nicht gewonnen. Gegen Ende des Sommers 1917 trat zum erstenmal — mindestens für die Augen der Reichsverwaltung erkennbar — zutage, daß internationale Einflüsse sich geltend machten, um eine Ausstandsbewegung auch im deutschen Vaterlands zu entfachen. — Das erste Flugblatt, das diese Zusammen hänge verriet, wurde in Dresden im August 1917 gefunden. Es war gedruckt in der Unionsdruckerei in Zürich und hatte folgenden Wortlaut: Am 2. und 3. September ruft die sozialdemokratische Jugend aller Länder ihre Klassengenossen zu gewaltsamen Kundgebungen gegen das herrschende System infamer Entrechtung und schmachvoller Unterdrückung auf. Ob alt oder jung, Männer, Frauen und Mädchen, es gilt die Tat. Jeder agitiere dafür, daß am 2. und 3. September alle Betriebe ruhen und die streikende Arbeiterschaft sich zu Demonstrationsveranstaltungen versammelt. Meine Herren, einen Erfolg hatte auch dieses Flugblatt im Augenblick nicht. Die Bestrebungen fanden vor allem ihre Stütze in den Konferenzen von Stockholm und Zimmerwald. - Sie kamen in vermehrtem Maße zur Geltung, seit am 7. November vorigen Jahres die neue russische Regierung ans Ruder kam. Das bolschewistische Zentralkomitee erließ damals an die Proletarier aller Länder einen Aufruf, der unter anderem folgende Sätze in sich begreift: Um Euere Lebensinteressen, Proletarier aller Länder, um Euer Blut geht es. Schließt Euch der russischen Revolution an; (hört! hört!) nicht zu Sympathiekundgebungen, zum Kampfe rufen wir Euch auf! Steht auf, geht auf die Straße, laßt die Fabriken stehen, übt mit allen Mitteln aus allen Kräften Druck, bildet überall Arbeiter- und Soldatenräte als Organe Eures Kampfes um den Frieden! Eilt zur Hilfe der russischen Arbeiter, der Revolution! Die Zeit der Worte ist vorüber. Bedenket, daß Ihr Proletarier seid. - Dieses Blatt enthält Aufrufe Trotzki's, fordert die Schaffung einer einheitlichen Front der arbeitenden Massen zum Kampfe gegen Bourgeoisie und Kapitalismus. Den gleichen Zweck verfolgt ein zweites gleichfalls in deutscher Sprache erscheinendes Petersburger Blatt „Der Völkerfrieden“. Seine Tendenz ist dadurch gegeben, daß an der Spitze des Blattes der von Bebel bereits gekennzeichnete Sozialist Radek steht. - In den letzten Tagen ist in der internationalen sozialistischen Konferenz eine Bemerkung gefallen, die ich wiedergeben muß. Herr Holzmann, der diplomatische Vertreter der Bolschewik, hat, wie die „Internationale Korrespondenz“ berichtet, wörtlich erklärt, in Brest-Litowsk habe man nur uneigentlich mit den Vertretern des Imperialismus verhandelt, in Wirklichkeit jedoch für die Revolution gearbeitet. Der Funkspruch, in dem die Bolschewisten ihre Mißbilligung gegenüber der von ihnen getadelten Untätigkeit der deutschen Arbeiterklassen aussprachen, ist Ihnen wohl auch bekannt geworden. So kam es, daß die Streikbewegung, durch die bolschewistische Welle getragen, zunächst in Österreich-Ungarn Boden fand. Dort traten unvermittelt und anscheinend auch für manche überraschend in Niederösterreich Streikbewegungen ein. Als äußeren Anlaß nahmen sie die Herabsetzung der Mehlrationen, aber sie enthielten auch eine Reihe von politischen Forderungen. Daß in der Donaumonarchie außer den russischen auch sonstige Ententeinflüsse geltend gemacht worden sind, kann ich mit Bestimmtheit nicht behaupten, daß aber in Deutschland versucht worden	
--	--	---	--

	ist, auch von der Entente aus Stimmungen zu erwecken, die zu Streiks führten, steht fest. Nach einer Mitteilung des preußischen Herrn Ministers hat die Einschmuggelung aufreizender Flugschriften, deutschfeindlicher Schriften über die Schweiz stattgefunden; nach einer Zuschrift des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Heckscher an das „Hamburger Fremdenblatt“ hat sich in Washington ein Propagandakomitee bald nach Ausbruch des Krieges gebildet, ausgestattet mit reichen Mitteln, das sich an die Internierten heranmachte und aus den Lagern Agenten entsandte, die in Deutschland zu Umsturz und Sabotage aufreizen sollten. - in diesem Zusammenhange darf vielleicht auch darauf hingewiesen werden, daß an der Westfront fortgesetzt unseren Soldaten Flugblätter zu gingen, die sie zum Ungehorsam gegen ihre Offiziere und zur Desertion auffordern. Daß vom Auslande die Fäden mit ausgegangen waren, dafür ist der beste Beweis, daß das Ausland von dem Streik in Berlin und von den Verhaftungen, die damit im Zusammenhange standen, früher gewußt hat, als sie überhaupt stattgefunden hatten. - Der „Daily Chronicle“ brachte am 26. Januar ein Telegramm aus Amsterdam, es seien Unruhen in Berlin ausgebrochen. Ein anderes Blatt, die „British News“, berichtet am 25. Januar von ernsten Unruhen in Berlin. Die „Daily Mail“ enthält ein Telegramm aus dem Haag vom 26. Januar, das von ernsten Unruhen im rheinischen Industriebezirk zu melden wußte. Erwähnung verdient auch die Rolle, die der Pariser „Temps“ in der Streikbewegung gespielt hat. Das Blatt richtet am 21. Januar 1918 einen Aufruf an die deutschen Sozialdemokraten, in dem es ihnen erklärt, daß sie nicht das Recht hätten, untätig zu bleiben. Bereits am 27. Januar wußte der „Temps“ von Unruhen in Berlin zu berichten. Und nun kommt zu diesem Bilde, das ich mir erlaubt habe kurz zu zeichnen, noch folgendes: Als der Streik ausbrach — wir haben es heute wieder aus dem Munde des Herrn Scheidemann gehört —, erklärte die alte sozialdemokratische Partei, an der Entfachung des Streiks nicht beteiligt zu sein. Die freien Gewerkschaften erklärten sich neutral, die übrigen Organisationen — dafür gebührt ihnen der Dank des Vaterlandes — haben den Streik auf das schärfste verworfen. Wo war denn eigentlich die Macht, die auf einmal in Berlin und im Reiche diesen Streik hervorrief? Die Heinzelmannchen, die in früheren Zeiten in meiner Vaterstadt tätig waren, waren doch auf dem Pflaster von Berlin nicht wieder lebendig geworden. Daß eine Organisation bestand, ergibt sich aus der Tatsache, daß auf einmal fast zu gleicher Zeit der Streik aufflammte, hier in Berlin und im Reiche, es ergibt sich aus der Tatsache, daß die Forderungen, die aufgestellt wurden, ziemlich gleichlautend waren überall im Reiche, und ergibt sich auch daraus, daß im Handumdrehen eine Organisation in Berlin einsetzte, die durch Informationsbureaus die verschiedenen Betriebe bediente. Ich glaube, die Erklärung, daß dieser Streik vom Auslande ausgegangen ist, ist noch die beste im Interesse des Vaterlandes. - Ich bleibe dabei, meine Herren: es war die bolschewistische Welle, die über Österreich nach Deutschland hinüberspielte und auch hier an der Grundlage des Staates zu rütteln versuchte. Das stimmt ja auch durchaus überein mit den früheren Mahnungen des Auslandes, doch ja unser Haus im Innern nach den Meinungen des Auslandes einzurichten. - Mit welch eiserner Faust Clemenceau und Lloyd George in Frankreich und England regieren, ist den Herren bekannt,	
--	---	--

		und im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten scheint man ein ganz einfaches Mittel zu haben. Nach einer Nachricht des „Figaro“ aus New York vom 30. Januar hat Präsident Wilson das allgemeine Streikkomitee in Philadelphia, das zum Massenstreik aufforderte, vom ersten bis zum letzten Mann kurzerhand verhaften und dem Bundesgericht übergeben lassen. - Während unsere Beratungen friedlich ausklangen, meine Herren, tobte draußen schon ein Sturm von Flugblättern, in einem Umfang, der wohl von kaum jemandem geahnt wurde. Ein Flugblatt, meine Herren, das in Leipzig, Chemnitz, Danzig, Mülheim (Ruhr), Berlin und Kiel und anderswo verteilt worden ist - Dann kommt eine Liste von Forderungen, die in vielen Punkten übereinstimmen mit den späteren Forderungen des „Vorwärts“, auch übereinstimmen mit denen des Flugblatts, das der Herr Abgeordnete Naumann seinerzeit verlesen hat. Meine Herren, das von Herrn Abgeordneten Naumann seinerzeit zitierte Flugblatt enthält einen Satz, den ich Ihrer Aufmerksamkeit besonders empfehlen möchte. Es sind „Mindestforderungen, deren Erlangen uns erst die notwendige Freiheit verschaffen soll, um den Kampf für den Frieden und die Republik auf der ganzen Linie mit aller Kraft aufzunehmen“.	
27. Februar 1918, Mittwoch			
Reichstagsprotokolle 1917-1918	135. Sitzung, Rede des Abgeordneten Haase, USPD	Haase (USPD): Meine Herren, das deutsche Ultimatum an die russische Regierung wird der Geschichte als Dokument einer exorbitanten Gewalt und Annexionspolitik überliefert werden. - In Wahrheit ist der Reichskanzler Graf v. Hertling nur das Aushängeschild für die allmächtige Militärpartei; er steht zwar an der Spitze der Reichsgeschäfte, aber Ludendorff regiert das Reich. Rußland wird ein Gewaltfrieden aufgezwungen, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Es muß auf Kurland, Riga, Litauen, Polen schlankweg verzichten. Deutschland und Österreich-Ungarn behalten sich das Recht vor, das künftige Schicksal dieser Völker „im Benehmen mit der Bevölkerung zu bestimmen“, wie es im Ultimatum heißt. - Nach den Friedensbedingungen, die jetzt Rußland diktiert werden, werden diese Länder aber von Polizeimacht besetzt, und diese Polizeimacht soll noch nicht einmal unbedingt beim Abschluß des allgemeinen Friedens zurückgezogen werden, sondern, wie es dort heißt, erst dann, wenn die Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten, um die staatliche Ordnung herzustellen. Das bedeutet: es hängt ganz von dem Belieben der deutschen Regierung ab, wann sie sich aus diesen Ländern zurückziehen wird. - Die Bewohner dieser Gebiete bedanken sich für die reaktionäre preußische Ordnung, mit der sie jetzt beglückt werden sollen. - Nach der Programmrede, mit der sich der Herr Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hier im Hause einführte und bei den ersten Friedensverhandlungen von Brest am 25. Dezember 1917 konnte es so scheinen, als ob das Selbstbestimmungsrecht loyal zur Anwendung kommen sollte; am 27. Dezember trat dann die wahre Absicht zum ersten Mal offen in die Erscheinung. General Hoffmann vertrat in Brest-Litowsk den Standpunkt der brutalen Gewalt und ließ keinen Zweifel, daß Polen, Kurland und Litauen, die Moonsundinseln von Rußland abgetrennt und dem deutschen Machtbereich angegliedert werden mußten. - Es ist nicht richtig, daß die russische Regierung den Abbruch der Verhandlungen verschuldet hat. Die russische Regierung hat es lediglich ablehnen wollen, die Unterschrift unter einen Gewaltfriedensvertrag zu setzen und damit die Preisgabe ihrer eigenen Grundsätze zu besiegeln. - Deutsche Soldaten, die nicht gläubig nachbeten, was	

		man ihnen von oben erzählt, haben in den letzten Tagen mit Entsetzen und mit dem Gefühl tiefster Bitterkeit ausgesprochen, daß es für sie unerträglich sei, als Henker der russischen Revolution verwendet zu werden. - Rußland wird jetzt durch das kaudinische Joch gehen. Wir erheben den allerschärfsten Protest gegen diese Politik der Vergewaltigung. - Ich sage: es ist ein besonderer Geschmack, wenn Männer, die sich sozialistisch nennen, in dem Augenblick, in dem der deutsche Imperialismus die russische Regierung auf die Knie zwingt, ihr noch einen Fußtritt versetzen. - Die heilige Allianz des internationalen Kapitals führt selbstverständlich eine andere Sprache. Vom Geiste dieser heiligen Allianz ist auch unser Vordringen in die Ukraine beherrscht. Die revolutionäre Bewegung soll mit deutschen Truppen unterdrückt werden. - Grenzberichtigungen sind nichts anderes als ein Mittel der Annexion, (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und wenn das geschieht, was hier angedeutet wird, so läuft das auf eine weitere Teilung Polens hinaus; zu all dem Unglück, das diesem Volke zugefügt ist, zu all den Verbrechen, die es in der Vergangenheit erlitten hat, wird dann eine neue Tat gefügt, auf die wir wahrlich nicht stolz sein können. - Es gibt zwei Möglichkeiten der Entwicklung; entweder der demokratische und sozialistische Gedanke dringt in kurzer Zeit in der ganzen Welt beherrschend durch, insbesondere auch in Deutschland. Dann wird das Unrecht, das durch Vergewaltigungen früher geschehen ist und jetzt geschieht, durch die vereinigten Kräfte der Demokratie beseitigt werden. - Sie haben alle gelesen, daß als das erste Friedensangebot des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erfolgte, ebenso als die Friedensresolution des Reichstags beschlossen wurde, in der Presse der Kriegstreiber des Auslandes immer erklärt wurde: das sind ja nicht ehrliche Aktionen, das bedeutet nur Fallen für die Entente; man will uns an den Verhandlungstisch locken mit schillernden, heuchlerischen Redensarten; wenn wir erst am Verhandlungstisch sitzen, wird Deutschland mit seinen wahren Annexionsabsichten hervortreten. Jetzt weist man nicht nur in diesen Kreisen, sondern auch in einer großen Zahl derjenigen, die sich bis jetzt von den Kriegstreibern ferngehalten haben, auf Brest-Litowsk hin und erklärt: hatten wir nicht recht? Zunächst hat Deutschland das demokratische Friedensangebot als akzeptable Grundlage für Verhandlungen angenommen, zunächst hat es den Schein erweckt, als wenn es im wesentlichen übereinstimme mit den Forderungen der russischen Regierung, dann aber, als es den ersten Verhandlungstag hinter sich hatte, hat es die Maske fallen lassen und am 27. Dezember das wahre Gesicht gezeigt. - Wer hat denn dieses Polen geschaffen? Zwei Monarchen, ohne auch nur die Parlamente zu Rate zu ziehen. - Die Frage Elsaß-Lothringens hat der Reichskanzler als eine deutsche Frage bezeichnet. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Frage nicht längst einer Lösung entgegen gebracht worden ist. Wir haben vor dem Kriege und im Jahre 1915 verlangt, daß man Elsaß-Lothringen innerhalb des deutschen Reichsverbandes die Autonomie mit republikanischer Verfassung gebe. - Nun verstehe ich es nicht, daß hier gerade die Herren der bürgerlichen Parteien, die ja alle ohne Ausnahme erklären, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens in der überwiegenden Mehrheit deutsch denke und fühle, trotz alledem hartnäckig daran festhalten, daß der Krieg um Elsaß-Lothringens willen fortgesetzt werden müsse, koste es, was es wolle, daß eine Abstimmung nicht zugelassen werden dürfe. Die Bevölkerung in ihrer Mehrheit und die Soldaten an der Front begreifen eine solche Auffassung nicht.	
--	--	--	--

		- Die Rede des Deutschen Kaisers in Homburg fordert einen deutschen Frieden. Wir wenden uns gegen einen englischen, gegen einen französischen, gegen einen italienischen Frieden. <u>Wir haben aber auch stets betont, daß ebensowenig ein deutscher Friede das Ziel unseres Strebens sein könne, denn das bedeutet einen Frieden der Vergewaltigung.</u> - Der Staatssekretär Wallraf mühte sich ab, durch eine Menge von Zitaten nachzuweisen, daß der Streik vom Ausland beeinflußt worden sei. Daß geistige Einflüsse von einem Land zum andern über die Schützengräben und über die Mauern der Zensur hinwegdringen, ist von uns nie bestritten worden; aber die Behauptung zielte nach einer anderen Richtung, nämlich daß das Ausland durch planmäßige Aktionen diesen Streik hervorgerufen habe. - Das englische und amerikanische Geld spielt eine große Rolle außerhalb dieses Hauses. - Was war denn die Ursache dieses Streiks? Er ist nicht von außen in die Arbeiter hineingetragen, sondern ist entstanden in der Arbeiterklasse selbst, ist mit Notwendigkeit aus der politischen Situation heraus entstanden. - Der Burgfrieden soll ein Mittel sein, die Arbeiter einzulullen und von ihrem Klassenkampfe abzuhalten. Die Junker, die Schlotbarone, die Händler haben dagegen rücksichtslos gerade in dieser Zeit ihre Klasseninteressen vertreten. Eine Umschichtung der Vermögen hat in ungeahnter Weise stattgefunden. Die reinen Rüstungsbetriebe wissen zu einem großen Teile gar nicht, wie sie die Gewinne, die sie haben, auch nur verschleiern sollen. - Was ehemals Rußland war, ist heute Deutschland geworden, — der reaktionärste Staat der kapitalistischen Welt. Und wie im zaristischen Rußland der Massenstreik das einzige Mittel der arbeitenden Klassen gewesen war, sich im Staate Geltung zu verschaffen, so ist es heute in Deutschland geworden. - Die Arbeiter wissen, daß sie nicht von der Gnade und der Gunst einer augenblicklichen Regierung das Wahlrecht wie andere politische Rechte erhalten werden, sondern daß sie diese Rechte nur in den sicheren Hafen einbringen werden, wenn sie mit voller Kraft daran arbeiten. <u>Das werden die Arbeiter tun; sie werden unablässig dafür eintreten, daß auch Deutschland demokratisiert wird, daß der Boden geschaffen wird für eine sozialistische Gesellschaftsordnung.</u>	
Reichstagsprotokolle 1917-1918	135. Sitzung, Rede des Abgeordneten Erzberger	Wenn Sie aber diese Resolution in ihrer Totalität beurteilen, dann ist sie ganz anders zu werten als mit dem nicht zu charakterisierenden Ausdruck von der „niederträchtigen Reichstagsresolution“, nicht zu treffen mit dem Ausdruck, den der Sprecher der konservativen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus geprägt hat, als er von der „unglückseligen Reichstagsresolution“ geredet hat. - Infolge der Kriegszielresolution wächst in den feindlichen Ländern die Friedensstimmung von Tag zu Tag, von Woche zu Woche. Wenn weite Kreise des deutschen Volkes das nicht erfahren, so ist das höchst bedauerlich. - Diese Kriegszielresolution steht in keinem Gegensatz zu früheren Anschauungen, die meine politischen Freunde oder ich vertreten haben. Diese Kriegszielresolution ist die einzige Bastion neben den Machtverhältnissen, durch welche sich Deutschland wieder in den Besitz des uns absolut notwendigen Kolonialreichs setzen kann. - Ich glaube, daß es gerade vom monarchischen Gesichtspunkt aus begrüßt werden muß, daß der Reichstag von vornherein die Verantwortung für einen Frieden übernommen hat, von dem ich die Überzeugung habe, daß er für uns günstiger, als er nach der Friedensresolution möglich ist, nicht abgeschlossen werden kann. - So aber ist jetzt schon die große Reichstagsmehrheit doch eingetreten für einen solchen Frieden der	

	Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker und übernimmt hierfür die Verantwortung. - Oder wollen Sie, Herr Abgeordneter Haase, es vielleicht billigen, daß man dem österreichischen Außenminister den österreichischen Refraktär und Fahnenflüchtigen Radek gegenübergestellt hat? Glauben Sie, daß das dazu beigetragen hat, den Frieden zwischen Rußland und den Mittelmächten zu fördern? Einen Mann, den Sie selbst in Ihrer Partei auch nicht dulden würden, — ausgerechnet den haben die Vertreter der bolschewistischen Regierung dem österreichischen Außenminister als Partner gegenübergestellt. - Die ausländische Presse — die neutrale Presse, nicht die feindliche — sagte bereits, er würde aber bei dem allgemeinen Friedensschlüsse einer Revision durch die ganze Welt unterzogen werden. - Die ausländische Presse — die neutrale Presse, nicht die feindliche — sagte bereits, er würde aber bei dem allgemeinen Friedensschlüsse einer Revision durch die ganze Welt unterzogen werden. - Die „Deutsche Tageszeitung“ verbreitet heute wieder eine Reihe von Unrichtigkeiten, soweit meine Person in Betracht kommt, und — ich will sehr milde sein — versteigt sich gar zu der Behauptung, die letzte Unabhängigkeitserklärung des Litauischen Landesrats sei in Berlin fabriziert worden. Eine ganz unerhörte Verdächtigung! - Der Herr Reichskanzler hat gegenüber dem Präsidenten Wilson eine vorbehaltlose zustimmende Erklärung gegeben. Der Vorbehalt, den er machte, ist ganz selbstverständlich der, daß alle Völker auf diesen Boden treten müssen, sonst kommt kein Friede zustande; aber die Zustimmung ist ohne jede einschränkende Bestimmung gemacht worden, und Gott sei Dank, sage ich, ist sie gefallen ohne das unglückselige Wort: „Wie ich es auffasse“. Wenn der Herr Abgeordnete v. Heydebrand der Führer des deutschen Volkes wäre, so, glaube ich, hätte er durch seine gestrige Einschränkung der Reichskanzlerrede weder dem deutschen Interesse noch dem Frieden genützt; denn dieses Wort: „Wie ich es auffasse“, wird einmal in der Geschichte des Weltkrieges keine gerade hervorragende Stelle einnehmen. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Es wird später einmal klar werden, daß durch solche Einschränkungen dem großen Friedenswerk nicht gedient wurde, selbst wenn man die Absicht hatte, ihm zu dienen. Nachdem aber gestern Herr v. Heydebrand selbst gesagt hat, daß er der Führer einer Minderheit sei, so wünsche ich, daß gerade dieser Ausdruck auch im Ausland recht bekannt werde; denn dort wird die Autorität des Herrn v. Heydebrand noch ganz gewaltig überschätzt. Da sagt man immer noch: wer regiert in Deutschland? Der ungekrönte König von Preußen — Nein, leider nicht, Herr v. Heydebrand. Wenn ich die Macht in Deutschland hätte, die Ihnen das feindliche Ausland zuschreibt, ich glaube, wir hätten bald Frieden. - Einen recht guten Frieden! Herr v. Heydebrand sagte weiter: Ja kein neues Friedensangebot! Ich verstehe die geradezu hysterische Angst vor Friedensangeboten nicht. Ich stehe auf genau dem umgekehrten Standpunkt. Ich sehe es als die pflichtmäßige Aufgabe unserer Diplomatie an, jede Gelegenheit zu benutzen, die immer sich bietet, um zum allgemeinen Weltfrieden zu kommen. - Daher sage ich nochmals: diese geradezu hysterische Angst vor einem Friedensangebot verstehe ich nicht! Welche andere Macht in der Welt kann denn heute ehrlich der Welt den Frieden anbieten? Welche andere Macht hat die Stärke wie wir im Deutschen Reich, um den Frieden ehrlich anbieten zu können. - Ich sage ein weiteres: Wie oft haben wir denn den Frieden angeboten? (Zuruf rechts.) — Das ist eine Behauptung, für die jeder Beweis fehlt. (Sehr richtig! links.) Wir haben den Frieden nicht einmal angeboten im	
--	---	--

		Dezember 1916. Ich will mir das Urteil eines neutralen Diplomaten, der Deutschland sehr freundlich gesinnt ist, nicht zu eigen machen, der mir in einem Gespräch sagte: Sie haben den Frieden angeboten? — Nein, Sie haben den Frieden angedroht unter Zuchthausstrafe. (Heiterkeit links.) Ich mache mir diesen Ausspruch nicht zu eigen. Aber lesen Sie den Inhalt gewisser Reden, die als Begleiterscheinung dieses Friedensangebots im Dezember gefallen sind, dann werden Sie finden, daß man auch zu solchen Auffassungen kommen kann. Seither ist aber von der Reichsregierung kein zweites Mal der Friede angeboten worden. Wo bleiben also die eineinhalb Dutzend, Herr v. Krehl? Siebzehn müssen Sie davon in der Tasche behalten. Der Reichstag hat im Juli 1917 das Friedensangebot bestätigt und bekräftigt. Sie (nach rechts) sehen vielleicht das Friedensstreben und ein Friedensangebot als etwas Verwerfliches an. Wie hat aber der große Lehrmeister der deutschen Diplomatie, der Fürst Bismarck, gehandelt? Es ist leider viel zu wenig bekannt, wie Fürst Bismarck im Jahre 1870 mit Frankreich förmlich um den Frieden gerungen hat. Er hat trotz mehrerer Mißerfolge immer wieder den Frieden angeboten, das Deutsche Reich war im Jahre 1870 in einer dem heutigen Kriegszustand gegenüber immerhin sehr erträglichen Lage. Bereits nach dem Sturz des Kaiserreichs trat Bismarck dafür ein, daß die militärischen Operationen stillstehen sollten. Er wollte eine Festigung der Republik und eine tatkräftige Regierung haben, um sofort Frieden zu schließen. (Hört! hört! links.) Er ist damals mit seinem Vorschlage nicht durchgedrungen. Am 18. September fand die erste Besprechung mit Jules Favre statt. Die Verhandlungen scheiterten. Hat das aber den Fürsten Bismarck abgehalten, weitere Schritte zu tun? — Keineswegs. — Bereits im Oktober ließ er die französische Regierung wissen, daß er bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Er bekam eine Absage. Am 13. Oktober hat er durch den amerikanischen Geschäftsträger in Paris einen neuen Antrag unterbreitet; er ist wieder abgelehnt worden. Am 28. November hat auch der Generalstabschef Graf Moltke die französische Heeresleitung eingeladen, sie möge einen Offizier senden, damit er sich von der Niederlage der Loire-Armee überzeugen könne. Gambetta — ach, wir haben heute Gambettas auch in Deutschland — hat erklärt: es ist eine Falle, gehen Sie nicht darauf ein! Bismarck ließ die Reisen von Thiers an sämtliche europäische Höfe zu, damit er sich davon überzeugen könne, daß er keine Hilfe für Frankreich bekäme. Immer wieder hat er Fühlung mit ihm genommen und ihm alle Erleichterungen gewährt. Alle diese Akte blieben gar nicht verborgen, sie sind in der französischen und in der englischen Presse nachzulesen und sind in dem Buche von Henri Martinet: „Wie Frankreich aus dem Kriege herauskam“ zusammengefaßt. - Erstens: Deutschland müsse die militärische, politische und wirtschaftliche Oberhoheit über Belgien haben. — So hat Dr. Spahn nicht erklärt. Lesen Sie es nach. Zweitens will Herr v. Heydebrand die flandrische Küste für Deutschland haben. In welchem Sinne, hat er nicht ausgesprochen. Drittens will er eine Regelung der Flamenfrage im Sinne Deutschlands. Das sind die drei Forderungen, die Herr v. Heydebrand Belgien gegenüber gestellt hat, und die er aus der Rede des Herrn Reichskanzlers als Interpretation herausgenommen hat. Herr v. Heydebrand wird sich sagen lassen müssen, daß diese Interpretation absolut falsch ist, und daß die Wirkung dieser seiner Interpretation eine direkt kriegsverlängernde sein würde. Ich sage, daß diese Interpretation absolut falsch ist und falsch sein muß. - Damit ist das Bedenken des Herrn Dr. Stresemann auch hinfällig. Daß diese Garantie der absoluten Unabhängigkeit gleichviel welcher Macht gegenüber nur eine Neutralität mit neuen Garantien darstellen kann, ist ganz selbstverständlich.	
--	--	---	--

	- Die Ausführungen des Arbeiterführers Snowden will ich nicht verlesen, wie er dem englischen Außenminister vorwirft, daß er ohne Kenntnis der Presse, überhaupt von der ganzen Rede des Grafen Hertling gesprochen habe — die Rede im Ausschuß ist gemeint —, und wie er nachher fortfährt: In verschiedenen Punkten machte sich schon zwischen Präsident Wilson und Graf Hertling eine Annäherung bemerkbar und zwischen Wilson und Graf Czernin ist diese noch viel bedeutender. - In England findet eine Friedensversammlung nach der anderen statt, in Frankreich sperrt man jeden ein, der ein Wort für den Frieden sagt - Solche Strömungen aber, wie sie hier angedeutet sind, werden möglicherweise, wenn Kriegszielprogramme aufgestellt werden, wie das der Herr Abgeordnete v. Heydebrand Belgien gegenüber getan hat, zu neuem Blutvergießen in Europa führen. - Ich gehe noch weiter und sage: für Deutschlands Zukunft und Weltmachtstellung sind die Forderungen, die Herr v. Heydebrand aufgestellt hat, nicht absolut unentbehrlich. (Sehr richtig!) Deutschland ist vor dem Kriege ohne diese Forderungen groß und stark geworden. - die Forderungen des Herrn v. Heydebrand erscheinen mir auch vom Standpunkt des Rechts aus unannehmbar. Die Erklärung, das Völkerrecht werde nach diesem Blutkriege vernichtet sein, ist hinfällig. Es ist der Triumph des Völkerrechts, daß während dieses Krieges mehr völkerrechtliche Abmachungen getroffen worden sind als in keinem Zeitabschnitt vor dem Kriege. - Unserem neuen Vizekanzler, meinem hochgeschätzten Landsmann Herrn v. Payer bin ich persönlich sehr dankbar dafür, daß er gegen die Art und Weise Stellung genommen hat, wie versucht wird, denjenigen, die Anhänger der Friedensresolution sind, den guten Glauben abzusprechen. Herr v. Heydebrand war etwas überrascht und fragte, wo denn das geschehen sei, (Heiterkeit) Herr v. Heydebrand hat dann eine politische Empfindlichkeit an den Tag gelegt, die mir unbegreiflich ist. (Zurufe) namentlich angesichts der geradezu wohlorganisierten neuerlichen systematischen Hetze gegen die Reichstagsmehrheit und einzelne Mitglieder des Reichstags. - In Nr. 1 laufenden Jahres des „Vaterland“, des offiziellen Organs der sächsischen Konservativen, werden die Urheber der Friedensresolution vom 19. Juli vorigen Jahres geschildert als „dieselben Elemente, die Fürst Bismarck als Reichsfeinde zu bezeichnen pflegte“. - Es wird in den Zeitungen behauptet, ich hätte 28 Millionen Mark im Auslande ausgegeben. - Das wird geglaubt von den konservativen Lesern! Ich hätte ein offenes Scheckbuch, wo ich nur die Zahlen einzuschreiben brauche; das hätte mir Herr v. Bethmann Hollweg gegeben! Das wird geglaubt und von den Männern der Vaterlandspartei weiter verbreitet und sogar den Mitgliedern dieses Hauses zugeschickt. Es kommt noch mehr: ein konservativer Abgeordneter hat sich furchtbar bemüht, hinter dem Dienstauto, das mir zur Verfügung gestellt worden war, herzurennen, in verschiedene Reichsämtler zu gehen, damit mir das Dienstauto entzogen werde, das ich doch allein brauchte, um gewisse Arbeiten, die ich übernommen hatte, durchzuführen. - Es wird behauptet, im Mai 1917 hätte ich am Thuner See eine Besprechung mit dem von mir hochgeschätzten General des Jesuitenordens gehabt, dann sei ich verkleidet als Mönch (große Heiterkeit) über die Alpen gereist, sei nach Rom gegangen, hätte mit dem Heiligen Vater eine lange Konferenz gehabt, sei dann nach München über Wien zurückgereist, und so sei die „niederträchtige Reichstagsresolution“ entstanden. Kürzlich behauptet ein alldeutsches Blatt, ich sei während des Krieges in London gewesen, wohl auch im Auftrage Seiner Heiligkeit des Papstes. - Man behauptet nicht nur mir gegenüber —	
--	---	--

		beispielsweise auch gegenüber dem Kollegen Hausmann ist das gesagt worden —, daß wir von Frankreich und England direkt bestochen worden sind. Gewissenlose Ehrabschneider in Ostpreußen streiten sich heute noch darüber herum, ob ich 2 Millionen Mark oder 2 Millionen Pfund von England bekommen hätte. (Große Heiterkeit und Zurufe links und im Zentrum.) — Auch in den Flugblättern der Vaterlandspartei — ich bin dem Herrn Kollegen dankbar — wird davon gesprochen, ob das „lautere Gold der Bank von Frankreich“ in meinem Herzen zu finden sei. Ich könnte ja gegen diese gemeinen Hände den Weg des Strafrichters beschreiten. Ich glaube, es genügt, sie der öffentlichen Verachtung zu übergeben. Dann wird behauptet — und das ist der Hauptclou —, ich sei an einem Diebstahl 1907 beteiligt gewesen, wo Geld gestohlen worden sei. - Es handelte sich um die Briefe, die der Flottenverein in dem bekannten Wahlkampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie geschrieben hat, wo ich auch etwas stark im Mittelpunkt der Kämpfe stand, wo es hieß: „Die Lügen des Herrn Erzberger“, eine Broschüre, die damals bekanntlich mit Hilfe der Reichskanzlei und des amtlichen Apparats, wie festgestellt worden ist, herausgegeben ist. Darüber sind Briefe veröffentlicht worden, es ist bereits hier am 17. März 1907 von dem Abgeordneten Fischer ausgeführt worden: Bereits am 6. Februar wurde im Bureau des Flottenvereins konstatiert, daß kein einziger Brief gestohlen worden ist. (Widerspruch und Zuruf rechts: kopiert!) <u>Ja, abgeschrieben und gestohlen sind zwei ganz verschiedene Dinge.</u> Es ist kein einziger Brief gestohlen worden - Meine Herren, den Krieg verlieren Sie, wenn Sie die Politik nach den leitenden Rezepten des kleinen Häufchens der Annexionisten und Alldeutschen machen. (Gehr richtig! im Zentrum und links.) Den Krieg gewinnen Sie für unser deutsches Volk, wenn das Programm der Reichstagsmehrheit loyal und ehrlich durchgeführt wird. - Es wäre der glänzendste Sieg der Entente, wenn es gelingen könnte, die sozialdemokratische Partei von der positiven Mitarbeit am Staatsganzen abzustoßen. - Wer eine Politik verfolgt, welche den Zweck oder das Resultat hätte, die Sozialdemokratie und die ihr an gehörenden Arbeitermassen abzustoßen, der treibt die radikalste, anarchistischste Politik, die überhaupt denkbar ist. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Die Aufnahme der bisherigen prinzipiellen Opposition in das ganze Staatswesen ist für jeden Staatsmann das erfreulichste Ziel, ein Ziel, das auch Opfer wert ist, um es zu erreichen.	
NAZ-106	Das Ultimatum an Rußland	In der gestrigen Reichstagssitzung teilte Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen den Inhalt des Ultimatums mit, das von den russischen Delegierten angenommen worden ist. - Die russische Delegation, zu der auch Herr Trotzki und Herr Joffe gehören sollen, ist bereits von Petersburg abgereist. Sie hat aber nördlich von Pskow-Pleskau einen unfreiwilligen Aufenthalt dadurch erlitten, daß dort eine Brücke gesprengt worden ist, wird jedoch im Laufe dieser Nacht oder im Laufe des morgigen Tages in Brest-Litowsk eintreffen. In Brest-Litowsk ist die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation bereits versammelt. Die türkische und bulgarische Delegation werden im Laufe des heutigen Tages dort eintreffen. (Erneuter lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)	
01. März 1918, Freitag			
DVB-10472	Eine bedeutungsvolle Kundgebung des Herrenhauses [Die Affäre Lammasch]	Wir wollen nun deutlicher werden und es offen voraussagen, daß es Professor Lammasch , dessen Eintreten für den Verzichtfrieden schon wiederholt das peinlichste Aufsehen hervorgerufen hatte, gewesen ist, der gestern	

		geschmacklos genug war, seinen Standpunkt neuerdings mit großer Aufdringlichkeit zu betonen. - Der Obmann der Mittelpartei, der Lammasch angehört, Fürst Schönburg, hat ihn auf das entschiedenste desavouiert, so daß ihm nichts anderes übrig blieb, als neuerdings aus der Partei auszutreten, die er schon einmal aus ähnlichem Anlasse verlassen hatte. Eine zweite scharfe Abfertigung ist Herrn Professor Lammasch dann noch durch Dr. v. Plener zuteil geworden, der erklärte, daß die Auffassung Lammasch, daß Oesterreich-Ungarn an dem Schicksal Elsaß-Lothringens desinteressiert sei, unter gar keinen Umständen geteilt, werden könne, da sie, in die Tat umgesetzt, einem offenen Bruche des Bündnisses gleichkommen würde	
FDB-57	Das Herrenhaus und die Friedensfrage/ Herrenhaus [Die Affäre Lammasch]	Das Herrenhaus hat sich einmütig gegen die Ansichten des Hofrates Dr. Lammasch gewendet, Ansichten, deren Verfolg uns unserem Ziele näher zu bringen nicht geeignet sind, die uns höchstens das bringen, was für uns alle den Niedergang, den Anfang vom Ende bedeuten würde – einen schlechten Frieden. - Herr Hofrat Lammasch bezeichnet alle, die sich nicht willenlos zu unterwerfen geneigt sind, als Exponenten der „Deutschen Vaterlandspartei“. Er übersieht dabei, daß uns das Hemd näher ist als der Rock, daß wir kämpfen und durchhalten wollen, um den eigenen Herd zu schützen und ihn davor zu behüten, daß das Feuer entweder verlösche oder von einem plötzlich hereinbrechenden Sturmwind zu einer ungeheuren, alles verzehrenden Flamme angefacht werde. Für beide Möglichkeiten sind die Ansätze vorhanden - Pattai: Wir haben uns weder bei Ausbruch des Krieges, noch jetzt von Eroberungsplänen oder Annexionsgelüsten leiten lassen. Wir haben die gewaltige Kraftprobe in Ehren bestanden, und wir dürfen nach Abschluß des Krieges in die kommende Friedenszeit nicht unter schlechteren Voraussetzungen eintreten, als sie vor dem Kriege die Grundlage für unsere Existenz gebildet haben. Der Friede um jeden Preis, das Nachlaufen hinter dem Frieden würde uns aber dazu bringen, daß wir nach dem Kriege trotz unserer Erfolge geschlagen werden. - Zu stürmischen Szenen kam es insbesondere während der Rede des Hofrates Lammasch, der in seiner pazifistischen Rede hinsichtlich Elsaß-Lothringens den Standpunkt der Entente vertrat. - <u>In Deutschland ist man etwas schneller fertig geworden. Der Staatssekretär Wallraff hat in der vorletzten Sitzung des deutschen Reichstages erklärt, er habe Beweise in Händen, daß dieser Streik nicht ohne Einfluß der Entente eingeleitet wurde</u> - Bei den Kriegskrediten handle es sich nicht um das Vertrauensvotum für den Grafen Czernin oder die gegenwärtige Regierung, sondern um Leistung dessen, was der Staat dringend braucht; wenn ihm die Kriegskredite verweigert werden, würde es ihn zwingen, entweder unparlamentarisch vorzugehen oder eine schmachliche Kapitulation einzugehen, wie sie in der Weltgeschichte noch nicht da war. - Es ist unsere Schwäche, unsere Mutlosigkeit, wenn wir kapitulieren. Verbunden mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie sind aber auch alle jene Bestrebungen, die darauf ausgehen, das Bündnis mit dem Deutschen Reiche zu lockern. - Alle jene Blätter, welche systematisch gegen das Deutsche Reich hetzen, hetzen gegen das Bündnis der beiden Kaisermächte, das ein fester Wall für die Ordnung ist, das an den historisch gegebenen Verhältnissen festhält und ein Dorn im Auge ist sowohl der Entente als den internationalen Umtrieben, die in allen Ländern gefördert werden - Diese große internationale Macht hat einen Einfluß auf einen Teil der Presse, und nur dem ist es zuzuschreiben, daß eine unglaubliche Verfälschung der Meinungen	

		vorkommt. In deutschen Blättern kann man fortwährend lesen von einer Verstimmung Oesterreichs und in österreichischen von einer Verstimmung Deutschlands gegen uns, um so einen Antagonismus hervorzurufen. Erreichen werden die Leute dadurch nichts! Aber es ist notwendig, die Stimme dagegen zu erheben. Es wird niemals gelingen, eine Bevölkerung von zwölf bis fünfzehn Millionen Deutscher in Oesterreich-Ungarn abzutrennen von dem großen Stammesvolke, mit dem wir eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur und Bildung und das selbe Blut haben. Aus dem Kriege zu gehen mit Schulden, ohne jeden materiellen Erfolg, sich, nachdem man einen räuberischen Einfall abgewiesen hat, gegenseitig Hochachtung zu bezeigen und gewissermaßen zu sagen: „Wir warten nur, bis ihr euch wieder sammelt und uns wieder auf den Boden zu werfen sucht“, das wäre eine Politik, die nicht nur schwächlich, sondern eine Dummheit wäre. - Auersperg: Nun weiß auch die Entente, wie die Dinge militärisch stehen, und sie versucht es daher, den Kampf, den sie auf Schlachtfeldern nicht mehr gewinnen kann, in das Innere der Mittelstaaten zu verlegen und alles in Bewegung zu setzen, um hier im Hinterland Verwirrung anzurichten. Sie unterstützen zunächst jede staatsfeindliche politische Richtung, sie bewirken, wo sie es können, Arbeitseinstellungen aller Art und unterstützen sie. Sie benutzen die alten Verbindungen, die sie haben, und knüpfen neue an. Sie stören das Verfassungsleben der Staaten dadurch, daß sie in den Parlamenten Personen auftreten lassen, die mit ihnen im Einverständnis sind, sie schaffen neue Angriffspunkte, um dadurch die Unzufriedenheit im Innern wachzuerhalten, sie entziehen dem Staate dadurch, was er zum Leben und zur Aufrechterhaltung seiner Wehrfähigkeit braucht, sie treten schließlich jeder Friedensneigung und jedem Friedenswerk hemmend entgegen. Alle diese Dinge vollziehen sich täglich, ja stündlich vor uns. Wenn man aber diese Ereignisse darauf bezieht, ob sie zum Siege führen oder uns in der Wehrfähigkeit behindern, wird man auch genau wissen können, wen man als Freund und wen man als Feind im Innern zu behandeln hat. - Unser Ziel war nicht die Befreiung Polens, wir sind in den Krieg gezogen, weil wir die Grenzen Oesterreichs gegen den andringenden Feind schützen mußten, nicht aber, um Polen zu befreien. -- Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß Polen im Kriege sehr gelitten hat, aber nicht deshalb, weil es sich opfermutig hingab, sondern weil es der unglückliche Schauplatz der ersten Kämpfe war und eigentlich am längsten unter der Kriegsfurie zu leiden hatte. Das ist aber etwas, was sich die Polen nicht als Verdienst anrechnen können, sondern eben im Schicksale des Krieges liegt. Wir können uns nämlich der Befürchtung nicht verschließen, daß Polen zwar von uns vielleicht die Ausstattung zu einem Staate wünscht, daß es aber, wenn es diese einmal hat, uns davon geht und uns das Nachsehen läßt. - Lammasch: Herr Dr. Pattai ist der Vertreter jener österreichischen Ableger der deutschen Vaterlandspartei, welche ja auch versucht hat, eine Reihe von Versammlungen in Wien zu veranstalten... - Redner wolle Triest und Straßburg nicht geradezu in eine Parallele stellen. Triest ist eine Lebensbedingung Oesterreichs, Straßburg ist eine höchst wertvolle, eine sehr schöne Stadt, wie so viele andere in Deutschland. Er möchte fast den Satz wagen, daß Triest in österreichischem Besitz für Deutschland wichtiger ist als Straßburg in deutschem Besitz. Wie dem auch sei, wir sind verpflichtet, Straßburg zu verteidigen und den Besitzstand des Deutschen Reiches zu erhalten. Aber daraus folgt nicht, daß	
--	--	--	--

		wir auch verpflichtet sind, jenen Verfassungszustand, der in Elsaß-Lothringen vor dem Kriege bestand, auch weiterhin mit unseren Kräften aufrechtzuerhalten. (Widerspruch.) Wenn der Friede möglich sein wird unter der Voraussetzung, daß Elsaß-Lothringen ein selbständiger Bundesstaat mit allen Rechten eines solchen und mit einer von der Bevölkerung freigewählten Verfassung werde, dann ist für uns kein Grund, den Krieg deshalb weiter zu führen, damit Elsaß-Lothringen ein Reichsland bleibe mit vorwiegend preußischer Verwaltung (Lebhafter Widerspruch), und es sind Anzeichen vorhanden, daß die Gegenseite sich mit jenem Zugeständnisse zufriedenstellen würde - Der sogenannte Siegfriede, für den Dr. Pattai schwärmt, wäre nur ein fauler Friede. (Widerspruch.) Er wäre ein Wasserstillstand vor einem noch gewaltigeren und entsetzlicheren Waffengange. Für einen solchen Frieden haben die Nationen nicht ihr Herzblut hergegeben. (Widerspruch und Zwischenrufe.) Der Lohn, den die Nationen erwarten, ist ein dauernder, gesicherter Friede, der nur auf der Versöhnung der Nationen beruhen kann. Es ist das große Verdienst unseres Kaisers, daß er als erster das vom Papste ausgesprochene Prinzip des Verständigungsfriedens akzeptiert hat, das Prinzip des Friedens mit Institutionen zur Sicherung des dauernden Friedens mit wechselseitiger Abrüstung. Dadurch hat unser Kaiser sich die Sympathie und Hochachtung in allen Ländern, auch in neutralen und, wie die Anzeichen anzudeuten scheinen, selbst bei den Feinden erworben. - Darum sucht auch Amerika einzulenken. Weist man das Anerbieten Amerikas im gegenwärtigen Zeitpunkte ab, so wird der Krieg noch Jahre lang dauern. Drüben ist es Amerika, das allein den Frieden machen kann, ab, hier ist es Oesterreich-Ungarn unter Führung unseres Kaisers, dem alle Völker Vertrauen und Hochachtung entgegen bringen.	
DT-110	Balfour über Belgien	Hertlings Rede sei eine durchaus befriedigende Grundlage für Unterhandlungen, anscheinend weil Hertling die vier Vorschläge Wilsons angenommen habe. - Das Nächste, was sie (Deutschland) zu tun hat, ist, daß sie sagt: „Da ich gesündigt habe, so ersetze ich den Schaden, ich gebe zurück, was ich nie hätte nehmen sollen, und gebe es natürlich bedingungslos zurück.“ Was sagt nun der Staatsmann, der anscheinend die uneingeschränkte Billigung Holts findet? Er sagt: „Gewiß stellen wir Belgien wieder her! Wir wollen dort nicht bleiben, aber mit müssen dafür sorgen, daß es nicht ein Aufmarschgebiet für feindliche Machenschaften wird.“ Wann war Belgien ein Aufmarschgebiet für feindliche Machenschaften? Warum nimmt Deutschland an, daß es ein solches werden würde? Belgien war das Opfer, nicht der Urheber dieser Verbrechen. Weshalb soll es bestraft werden, da Deutschland die Schuld hatte? Welcherlei Bedingungen hat Hertling im Auge, wenn er sagt, daß Belgien nicht länger ein Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften sein dürfe?	
DT-111	Balfour und Hertling	Hertling: „Es gibt keine elsaß- lothringische Frage. Sie ist so undiskutierbar, daß wir uns weigern, sie überhaupt zu erwägen, wenn die Friedenskonferenz zusammentritt.“ Dies ist die Erklärung dieses Friedensanwalts. Der zweite große Grundsatz ist, daß Völker und Provinzen nicht von einer Herrschaft an eine andere Herrschaft verhandelt werden sollen, als wenn sie unsere Sklaven wären. Ohne auf die anderen Eroberungen oder territorialen Abmachungen einzugehen, die Deutschland in Rußland gemacht hat oder im Begriff ist zu machen, weiß Holt sehr wohl, daß Deutschland bei der Festsetzung der Grenzen der Ukraine einen Teil unzweifelhaft polnischen Gebiets (Cholm) der neuen Republik aushändigte.	
DZ-109	Balfours Antwort auf Hertlings Rede	Holt spricht, als ob Czernin wünschte, das alte Königreich Polen, soweit dies tatsächlich polnischer Nationalität war, auf der Grundlage der Unabhängigkeit wiederherzustellen. Ich denke, er brauchte Wendungen, daß man es so verstehen konnte, aber ich glaube nicht, daß er das meinte.	

		Man kann eine solche Politik nicht ausführen, ohne Polen die Provinzen wiederzugeben, die Deutschland ihm bei der Teilung genommen hat, und die heute zum großen Teile von Polen bewohnt sind. - Holt weiß sehr wohl, daß der deutsche Angriff auf Belgien unprovziert war. Er weiß wie jeder andere, daß es nicht nur ein unprovzierter Angriff auf eine kleine, harmlose Nation war, sondern daß der Angriff von einer der Nationen ausgeführt wurde, die die Sicherheit jener kleinen harmlosen Nation garantiert hatte. - Wir wissen, was Hertling eigentlich im Sinne hat. Hertling denkt daran, woran ein Deutscher stets denkt, wenn er von wirtschaftlicher Freiheit und von Sicherheit der Grenzen spricht. Er denkt dabei immer daran, dem schwächeren Nachbarn wirtschaftliche Fesseln anzulegen oder sich etwas von seinem Gebiet anzueignen, um seine eigene Grenze zu verstärken. Wenn die Deutschen solche Phrasen gebrauchen, so denken sie stets an die Wiederherstellung eines Belgiens, das Deutschland durch verschiedene neue Bedingungen territorialer, kommerzieller oder militärischer Natur dienstbar sein soll, Bedingungen, die Belgien daran verhindern werden, einen selbständigen Platz unter den europäischen Nationen einzunehmen, den Deutschland versucht hat, ihm zu nehmen, während es sich aber ebenso wie England verpflichtet hat, ihm diesen zu erhalten.	
DZ-110	Die vier Grundsätze Wilsons (weiterer Teil der Rede Balfours)	ich kann mir keinen Mann vorstellen, der von Grundsätzen wirklicher Gerechtigkeit spricht und dabei erklärt: „Es gibt keine elsaß-lothringische Frage. Sie ist so unerörterbar, daß wir uns weigern, sie überhaupt zu erwägen, wenn die Friedenskonferenz zusammentritt.“ Dies ist die Erklärung dieses Friedensanwalts. - Der zweite große Grundsatz ist, daß Völker und Provinzen nicht von einer Herrschaft an eine andere Herrschaft verhandelt werden sollen, als wenn sie unsere Sklaven wären. - daß Deutschland bei der Festsetzung der Grenzen der Ukraine einen Teil unzweifelhaft polnischen Gebietes der neuen Republik aushändigte. Das Ergebnis war ein Ausbruch polnischer Entrüstung, der dazu führte, daß man ein Zugeständnis machte, und daß die unter deutschem Einfluß festgesetzte Grenze augenscheinlich abgeändert werden wird. - Wir kommen dann zu dem 3. Grundsatz, und hier macht Hertling, wie ich sehe, eine geschichtliche Abschweifung und sagt, daß das Gleichgewicht der Mächte mehr oder weniger eine veraltete Doktrin sei. - „Es ist nur ein anderer Ausdruck für Englands Herrschaft.“ Das ist eine äußerst unhistorische Methode, die Frage zu betrachten. Unser Land kämpfte einmal, zweimal, dreimal für das Gleichgewicht der Mächte, und es hat für das Gleichgewicht der Mächte gekämpft, weil nur durch einen solchen Kampf Europa vor der Herrschaft einer herrschsüchtigen Nation bewahrt werden konnte. - Ich gehe weiter und sage: Bis der deutsche Militarismus der Vergangenheit angehört, und bis es ein internationales Schiedsgericht mit Exekutivgewalt gibt, kann man niemals den Grundsatz ignorieren, der dem Kampf für das Gleichgewicht der Mächte zugrunde liegt. Wenn Hertling wirklich das Gleichgewicht der Mächte zu einem veralteten Ideal der internationalen Staatskunst zu machen wünscht, so muß er seine Landsleute dahin bringen, jene Politik verbitterter Herrschaft aufzugeben, die die Welt in diesem Augenblick verwüstet. Das ist der wirkliche Feind, und seine Zerstörung würde uns jetzt und für immer den Frieden bringen.	
NAZ-110	Balfour über die Kanzlerrede	Vielleicht wäre es angebracht, genau zu prüfen, wie wir Hertlings Zustimmung zu Wilsons Vorschlägen bewerten sollen. Aber vorher muß ich etwas zu einer Bemerkung Holts über Belgien sagen. Soviel ich sehe, ist er der einzige in der ganzen Welt außerhalb der deutschen Grenzen, der Hertlings Erklärung über Belgien als befriedigend	

		betrachtet. Es gibt sehr viele andere Fragen, die auf der Friedenskonferenz zu erledigen sein werden, und die jetzt die europäischen Nationen trennen. Aber keine Frage ist ein besserer Prüfstein für die Ehrlichkeit der Absichten der Diplomatie der Mittelmächte und namentlich Deutschlands. Holt weiß sehr wohl, daß der deutsche Angriff auf Belgien unproviziert war. Er weiß wie jeder andere, daß es nicht nur ein unprovizierter Angriff auf eine kleine harmlose Nation war, sondern daß der Angriff von einer der Nationen ausgeführt wurde, die die Sicherheit jener kleinen Harmlosen Nation garantiert hatten. - Wir wissen, was Hertling eigentlich im Sinne hat. Hertling denkt daran, woran ein Deutscher stets denkt, wenn er von wirtschaftlicher Freiheit und von Sicherheit der Grenzen spricht. Er denkt dabei immer daran, dem schwächeren Nachbarn wirtschaftliche Fesseln anzulegen, oder sich etwas von seinem Gebiet anzueignen, um seine eigene Grenze zu verstärken. Wenn die Deutschen solche Phrasen gebrauchen, so denken sie stets an die Wiederherstellung eines Belgiens, das Deutschland durch verschiedene neue Bedingungen territorialer, kommerzieller oder militärischer Natur dienstbar sein soll, Bedingungen, die Belgien daran verhindern werden, einen selbständigen Platz unter den europäischen Nationen einzunehmen, den Deutschland versucht hat, ihm zu nehmen, während es sich aber ebenso, wie England verpflichtet hat, ihm diesen zu erhalten.	
NAZ-111	Balfours ablehnende Antwort - 2. Teil seiner Rede	Wir kommen dann zu dem dritten Grundsatz, und hier macht Hertling, wie ich sehe, eine geschichtliche Abschweifung und sagt, daß das Gleichgewicht der Mächte mehr oder weniger eine veraltete Doktrin sei. Er bemerkt weiter, daß England die große Stütze der Lehre vom Gleichgewicht der Mächte war, und daß England sie stets zum Zweck seiner Vergrößerung angewandt hat. Dies sind seine genauen Worte: „Es ist nur ein anderer Ausdruck für Englands Herrschaft.“ Das ist eine äußerst unhistorische Methode, die Frage zu betrachten. Unser Land kämpfte einmal, zweimal, dreimal für das Gleichgewicht der Mächte, und es hat für das Gleichgewicht der Mächte gekämpft, weil nur durch einen solchen Kampf Europa vor der Herrschaft einer herrschsüchtigen Nation bewahrt werden konnte. Weil wir für das Gleichgewicht der Mächte kämpften, haben wir Friedrich den Großen und den damaligen preußischen Staat vor der Vernichtung bewahrt. Weil wir für das Gleichgewicht der Mächte kämpften, ermöglichten wir Preußen, die Unabhängigkeit wieder zu gewinnen, aus der es durch die triumphierenden Armeen Napoleons verdrängt worden war, und es steht einem deutschen Staatsmann übel an, wenn er auf die Vergangenheit zurückblickt, England und seine Bemühungen um das Gleichgewicht der Mächte falsch darzustellen oder die Dankbarkeit (!) außer acht zu lassen, die Deutschland England für diese Bemühungen schuldet.	
NAZ-110	Pressestimmen zur Rede Hertlings	So schreibt „Daily Mail“: „Solange Deutschland nicht rückhaltlos die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens als Vorbedingung annimmt, besteht keine mögliche Grundlage zu Unterhandlungen.“ „Times“ schreibt: Hertling und die ganze herrschende Kaste in Preußen und Deutschland mit ihm leben, denken und existieren noch in der unverfälschten Atmosphäre des friderizianischen Militarismus.“ Besonders radikal äußert sich „Morning Post“: „Ehe nicht die deutschen Armeen geschlagen sind, sind wir außerstande, uns vorzustellen, wie ein ehrenvoller Friede abgeschlossen werden könnte.“	
02. März 1918, Samstag			
NAZ-112	Balfours Geschichtsfälschung [Englands und Belgiens Vereinbarungen von 1906 gegen Deutschland]	Verwundert fragt er - Balfour -: Wann war Belgien ein Aufmarschgebiet für feindliche Machenschaften? Warum nimmt Deutschland an, daß es ein solches werden würde? Die Antwort auf diese Fragen ist	

		schon vor mehr als drei Jahren erteilt. Und wenn Herrn Balfours Gedächtnis einer Auffrischung bedarf, so sei er an den Inhalt der Mappe erinnert, die die deutsche Heeresverwaltung in den Archiven des belgischen Generalstabs in Brüssel im Herbst 1914 aufgefunden hat, und die die Aufschrift trägt: „Intervention anglaise en Belgique“. Daraus geht hervor, daß schon im Jahre 1906 die Entsendung eines englischen Expeditionskorps nach Belgien für den Fall eines deutsch-französischen Krieges in Aussicht genommen war. Nach einem vorgefundenen Schreiben an den belgischen Kriegsminister vom 10. April 1906 hat der Chef des belgischen Generalstabs mit dem damaligen englischen Militärattaché in Brüssel Oberstleutnant Barnardiston auf dessen Anregung in wiederholten Beratungen einen eingehenden Plan für gemeinsame Operationen eines englischen Expeditionskorps von hunderttausend Mann mit der belgischen Armee gegen Deutschland ausgearbeitet. Auf Grund genauester Angaben hat der belgische Generalstab den Transport der englischen Truppen in das belgische Aufmarschgebiet, ihre Unterbringung und Ernährung dort eingehend vorbereitet. Bis in alle Einzelheiten ist das Zusammenwirken der „verbündeten Armeen“, wie es in dem Schriftstück heißt, sorgfältig ausgearbeitet worden. So sollten der englischen Armee eine große Anzahl Dolmetscher und belgische Gendarmen zur Verfügung gestellt und die nötigen Karten geliefert werden. Selbst an die Versorgung englischer Verwundeter war bereits gedacht worden. Von Dünkirchen, Calais und Boulogne aus, die als Ausschiffungspunkte für die englischen Truppen vorgesehen waren, sollten sie mit belgischem Eisenbahnmaterial in das Ausmarschgebiet gebracht werden. - In diesem Bericht, der vom 23. Dezember 1911 datiert ist, führt Baron Greindl aus, der Plan des belgischen Generalstabs für die Verteidigung der belgischen Neutralität in einem deutsch-französischen Kriege beschäftige sich nur mit der Frage, was für militärische Maßnahmen für den Fall zu ergreifen seien, daß Deutschland die belgische Neutralität verletze. Die Hypothese eines französischen Angriffs auf Deutschland durch Belgien habe aber gerade soviel Wahrscheinlichkeit für sich.	
NAZ-112	Balfours Antwort [Deutschland ist an allem Schuld]	Inwiefern wäre für das Glück und die Interessen der Bevölkerung durch eine Eroberung Aegyptens durch die Türken gesorgt? Die Deutschen würden bei ihrer Suche nach dem größten Glück dieser Bevölkerungen Aegypten der schlimmsten Herrschaft zurückgeführt haben, die jemals in der Welt bekannt war. Sie würden, wenn sie es vermöchten, die Unabhängigkeit der Araber vernichten, sie würden Palästina wieder unter die Herrschaft derer bringen, die jeden Ort zu einer Oede machten, dem sie ihre Herrschaft auferlegt haben. - Ich bin ganz außerstande, zu verstehen, wie ein Mann im Reichstag erklären kann, wie Hertling es tat, daß der Krieg, den Deutschland führt, ein Verteidigungskrieg sei. Er wurde von Deutschland provoziert und ausgeführt in Uebereinstimmung mit den bereits vor dem Kriege wohlbekannten und in Deutschland allgemein gebilligten Doktrinen. Es war kein plötzlicher Ausbruch der Leidenschaft, der Deutschland veranlaßte, die Welt in Blut zu tauchen; es war unzweifelhaft falsche Berechnung, weil es glaubte, daß es seine Ziele erreichen könne ohne die Opfer, die es sich selbst und leider auch der übrigen Menschheit aufgezwungen hat. Aber der Plan selbst war, wie wir alle wissen, ein alter Plan. Niemand, der mit den deutschen Zeitungen und Zeitschriften bekannt ist, kann übersehen, daß die alten Lehren unberührt weiter das geistige Leben eines sehr großen und keineswegs des unfähigsten Teiles ihrer Bevölkerung beherrschen. Es ist nicht bloß die Doktrin	

		einiger ehrgeiziger Soldaten. Es ist ein großer Irrtum, daß der deutsche Militarismus nur die Herrschaft einer vereinzelt stehenden militärischen Kaste bedeutete. Im Gegenteil ist es die wohlüberlegte Absicht eines großen bedeutenden Teiles des intellektuellen Deutschlands, alle Waffen, militärische wie wirtschaftliche anzuwenden, um seinem Lande die beherrschende Stellung zu geben, die nach seiner Meinung Deutschlands Recht ist, und er kann es nicht verstehen, weshalb die übrige Welt nicht mit ihm übereinstimmt.	
DT-112	Balfour über Belgien [Belgien und sein Verständnis der vereinbarten Neutralität]	Wenn man vergleicht, in welcher Lage Preußen bei der Entstehung des belgischen Staates gegenüber den anderen vertragschließenden Mächten war – damals Verbündeter von England, Rußland und Oesterreich-Ungarn, dem Frankreich allein gegenüberstand – und in welcher Lage Preußen-Deutschland gegenüber diesen Mächten und Belgien zu Beginn des Weltkrieges war, so ist nicht der leiseste Zweifel, daß sich tatsächlich alle dem Belgischen Neutralitätsverträge zugrundeliegenden Verhältnisse vollkommen, ja in ihr Gegenteil geändert hatten. - Ernest Rys, Rat am belgischen Appellationsgerichtshof, Professor an der Universität Brüssel, ständiger belgischer Delegierter beim Haager Schiedsgericht, Ehrendoktor der Rechte zweier englischer Universitäten, schreibt in seinen Notes sur la Neutralité: Kein Advokatenkniff (argutie) kommt hier gegen die Tatsachen auf.... Die Garantie für die Unverletzlichkeit seines Gebietes ist Belgien von den fünf Mächten nicht gegeben worden; sie war ihm zuerst gegeben, dann ist sie wieder zurückgezogen worden. (Revue de Droit Internationale, Jahrgang 1901, S. 47.) Wiederholt sei: es wurde eine Neutralität geschaffen, die so geartet war, daß sie durch den Durchmarsch fremder Truppen nicht verletzt wurde. Sie wurde geschaffen zu einem bestimmten Zwecke, der später entfallen ist. Aber dadurch ist nur diese ganz bestimmte Anwendungsmöglichkeit jener Neutralität entfallen, nicht aber jene Neutralität selbst irgendwie geändert worden. - Belgien ist zum Aufmarschgebiet der Entente, all dies ist durch die Veröffentlichungen aus der belgischen Geheimarchiven ja so sonnenklar gemacht worden, daß wahrhaftig eine britisch eherne Stirn dazu gehört, es ableugnen zu wollen, Belgien ist zum Aufmarschgebiet der Entente durch Vereinbarungen zwischen dem belgischen und dem englischen Generalstabe bestimmt gewesen	
DZ-112	Tirpitz über Belgien „Nicht der Kanal, sondern die Maas ist die Grenze des britischen Weltreichs.“	Brit. Kriegsminister Kitcheners: „Nicht der Kanal, sondern die Maas ist die Grenze des britischen Weltreichs.“ - Das wirtschaftliche und kulturelle Ueberwiegen Englands in der Welt, das je länger je mehr zur Thyrannei sich auswuchs, ist wesentlich erst dadurch ermöglicht worden, daß England durch drei Jahrhunderte mit Erfolg jede Großmacht verhinderte, die Stellung als Hinterland der flandrischen Küste einzunehmen - Soll diese Vorherrschaft jetzt beseitigt werden, an ihre Stelle eine Anerkennung Deutschlands als ebenbürtigen Teilhabers am Weltgeschäft treten, soll also der englische Plan unserer endgültigen Zurückdrängung auf die Stufe Frankreichs scheitern, dann müssen wir durch reale Mittel die Sicherheit schaffen, daß das Wort Kitcheners nicht mehr anwendbar bleibt, daß als Englands Grenze der Kanal und nicht die Maas ist. Geben wir dieses Ziel auf, dann können wir wohl Verständigung mit England erlangen, aber nur nach Art der Entente Englands mit Frankreich, bei der sich letzteres zum Vasallen erniedrigte. Halten wir unsere Schutzmachtstellung in Belgien aufrecht, dann haben wir vor der ganzen Welt den englischen Plan zunichte gemacht, wir haben unsere Ebenbürtigkeit klar erkämpft. Nur dieser Tatsache werden sich die Nationen der Welt beugen. Nur hierdurch werden wir uns auch ein wirkliches Maß an Freiheit der Meere und unsere Kolonien sichern, nicht aber durch Verträge, deren Bestand oder	

		Auslegung im Streitfall von Englands Gnaden abhängen würde. - Hervorragende Geister, wie Gneisenau und Ernst Moritz Arndt, hatten das schon 1815 erkannt, obwohl wir damals noch ein Ackerbauland waren und noch keinen Anglo-Amerikanismus gegen uns hatten. Auch Bismarck hat von einer der größten verpaßten Gelegenheiten des alten Preußens bezüglich Belgien gesprochen. - Flandern bildet keine Bedrohung, sondern nur eine Sicherung ersten Ranges für Deutschland, eine Sicherung insofern, als unsere militärische Festsetzung an der flandrischen Küste es für England gefährlich macht, uns nochmals anzugreifen. Die entsprechenden landmilitärischen Erwägungen, die es notwendig erscheinen lassen, uns die Linie Ostende-Metz und die Anlehnung des Flügels an das Meer zu sichern, soll hier nur gestreift werden. Für England als Kopf eines transatlantischen Gebildes bedeutet Belgien bzw. die flandrische Küste nur eine Machtfrage dem europäischen Kontinent gegenüber, für uns aber, wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, eine militärische und wirtschaftliche Existenzbedingung.	
DZ-112	187. Kriegswoche - Von Ewald Beckmann	Es ist dahin gekommen, daß jeder, der für einen die Gesamtinteressen des deutschen Volkes wirklich wahrnehmenden Frieden eintritt, von der all-jüdisch-kapitalistisch beeinflussten Presse und den alljüdisch-kapitalistisch orientierten Politikern zu den Konservativen oder Alldeutschen gezählt wird, welche beiden Begriffe – obwohl durchaus verschieden – sich in dem Kampf der Demagogen gegen einen deutschen Frieden bereits zu vermischen scheinen. - Führende Geister einer wahrhaft demokratischen Weltanschauung sind von den alljüdisch-kapitalistisch beeinflussten Leitenden der sogenannten „demokratischen“ Parteien in aller Form geächtet worden, weil sie sich nicht auf den Boden eines lediglich den Interessen des internationalen Großkapitals entsprechenden Friedens zu stellen vermochten. - Die Interessenten eines internationalen Bankfriedens glauben am erfolgreichsten im Sinne des von ihnen erwünschten Abschlusses des Krieges wirken zu können, wenn sie dem Volke wider besseres Wissen einreden, wer für einen sogenannten deutschen Frieden streite, sei konservativ, erzreaktionär, wolle die politische Freiheit des Volkes in Fesseln schlagen. - Der Abgeordnete Erzberger hat in einer Erklärung, die die „Germania“ mit der Überschrift „Erzberger und Ludendorff“ versah, auseinandergesetzt, daß er der Auffassung sei, Litauen solle nicht nur ein selbständiger, sondern auch ein unabhängiger Staat werden. Auf einen dahingehenden Beschluß des litauischen Landesrats sei er vielleicht nicht ganz ohne Einfluß gewesen. Diese Feststellung ist um deswillen bemerkenswert, weil sie, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, dartun würde, daß der Abgeordnete Erzberger einen maßgebenden Einfluß auf das Auswärtige Amt ausübt, denn die von ihm angeführten Beschlüsse des litauischen Landesrats sind nicht ohne einem Zwang gleichkommenden Druck des Auswärtigen Amtes zustande gekommen. - Danach würden also maßgebendere Stellen, als das Auswärtige Amt und Herr Erzberger sind, an diesen, nicht ganz ohne Einfluß des Herrn Erzberger und des Auswärtigen Amtes zustandegekommene Beschlüssen des litauischen Landesrats anscheinend wenig Gefallen finden. Wenn aber der Abgeordnete Erzberger tatsächlich diesen Einfluß mit Hilfe des Auswärtigen Amtes ausüben konnte, dann verdienen jene Auseinandersetzungen Beachtung. - Unser Interesse verlangt, daß der bisherige Staat Belgien, ein durchaus künstliches Gebilde, nicht wieder ersteht, nur dann können auch die Flamen und ihre germanische Kultur aus der todbringenden Umklammerung	

		befreit werden. Wollen wir England zu einer Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwingen, so können wir das nur durch die harte Tatsache der Besitzergreifung Belgiens, insbesondere der flandrischen Küste mit Antwerpen, Gent, Brügge, Ostende, Zeebrügge, der England sich beugen muß und wird. Das Redeturnier, das zwischen Washington-Wien-Berlin-London entbrannt ist, gewinnt den Charakter von öffentlichen Vorfriedensbesprechungen. Die Schnelligkeit, mit der der englische Minister Balfour auf die Rede des Grafen Hertling vom Montag geantwortet hat, zeigt immerhin einen gewissen Zwang Englands, sich den Weg für unverbindliche Besprechungen offen zu halten - Der Abg. Erzberger will auch ein unabhängiges und neutrales Belgien und beruft sich dabei auf die Papstnote - Gehen doch Erzberger und Richthofen in ihren politischen und sonstigen Interessen solidarisch; von beiden spinnen sich gemeinsame Fäden nach den verschiedensten Richtungen. Sie laufen u.a. auch nach Dresden und münden im Kontor des jüdischen Bankgewaltigen Kommerzienrat Arnold, der sich ebenso überzeugt stellt von dem U-Boot-Krieg als Schlag ins Wasser, wie Herr Erzberger ziemlich offen und Freiherr v. Richthofen etwas vorsichtiger. - Man sieht in der „Militärkaste“, gegen die Wilson und Lloyd George so gut wie Erzberger, Scheidemann und Haase Attacke reiten, das Hindernis für die deutsche Unterwerfung unter Englands Willen und preist Herrn v. Kühlmann als den Mann, der ohne Giftgasoffensive und ohne Blut die Verzeihung Englands erzielen könnte. - Die drohende Vernichtung ist unseren Feinden so sicher, daß allein die Tatsache der Bereitschaft zum Instrument eines alles verheißenden Machtfriedens in der Hand großer Staatsmänner werden könnte. Aber die international-kapitalistisch orientierten Politiker ermutigen durch ihr anmaßendes Verbot des deutschen Machtfriedens die Feinde und zwingen uns immer wieder die blutige Entscheidung auf. Das Volk wird sie bald erkennen, die den Krieg verlängern, weil sie den Frieden deutscher Vasallenschaft erstreben.	
NAZ-113	Kein neues Friedensangebot	Die Londoner „Morning Post“ läßt sich melden, daß in Washington von einem neuen deutschen Friedensangebot die Rede sei. Deutschland wolle Elsaß-Lothringen an Frankreich abtreten, einem Uebereinkommen wegen Belgiens, Serbiens und des Schadensersatzes an Frankreich zustimmen, würde aber die Bedingung stellen, daß es die Beute im Osten behalten dürfe. In Washington wäre man nicht ab geneigt, ein derartiges Angebot anzunehmen. - Wenn die Meldung der „Morning Post“ nicht etwa bestimmt sein sollte, die Hoffnungen der Franzosen auf Elsaß-Lothringen für die bevorstehenden kritischen Zeiten aufrechtzuerhalten, so müßte sie völlig als politischer Unsinn bewertet werden	
NAZ-113	Elsaß-Lothringen im österreichischen Herrenhause	Dumba: Graf Czernin sei diejenige Persönlichkeit, die am geeignetsten ist, einen allgemeinen Frieden unter Mithilfe von Amerika herbei zuführen. - Professor Dr. Lammasch vertrat die Idee des Verständigungsfriedens und erklärte, das Vertrauen zum Grafen Czernin sei selbstverständlich für jeden, der eine möglichst baldige Beendigung des Krieges wünsche. In Besprechung des Verhältnisses zu Deutschland hob Redner hervor, daß Oesterreich-Ungarn allerdings verpflichtet sei, Straßburg zu verteidigen und den Besitzstand des Deutschen Reiches zu erhalten. Daraus folge aber nicht die Pflicht, den vorkriegerischen Verfassungszustand Deutschlands aufrechtzuerhalten. Wenn der Frieden möglich sein werde unter der Voraussetzung, daß Elsaß-Lothringen ein selbständiger Bundesstaat mit einer von der Bevölkerung frei gewählten Verfassung werde, dann sei kein Grund vorhanden, den Krieg fortzusetzen, damit Elsaß ein Reichsland bleibe mit vorwiegend preußischer Verwaltung. (Widerspruch.) <u>Es seien Anzeichen dafür</u>	

		vorhanden, daß die Gegenseite sich mit jenem <u>Zugeständnis zufrieden stellen würde.</u> - Dr. Freiherr von Plener erklärte, gegen den auf Elsaß Lothringen bezüglichen Passus in der Rede des Hofrats Lammasch müsse er auf das entschiedenste im Namen seiner Partei Verwahrung einlegen. Denn damit wäre die Eventualität eines Bündnisbruches gegeben (lebhaft Zustimmung), wenn Oesterreich-Ungarn eine interne deutsche Verfassungsangelegenheit zum Anlaß einer Aenderung seiner militärischen Haltung nehmen sollte. * Den „Deutschen Nachrichten“ zufolge faßte der Verbandsausschuß der deutsch-nationalen Parteien folgenden Beschluß: Die deutsch-nationalen Parteien des Abgeordnetenhauses verurteilen die vom Hofrat Lammasch im Herrenhause dargelegten Ansichten über das Verhältnis Oesterreichs zum Deutschen Reiche und über den Frieden und sprechen ihm ihre tiefste Entrüstung und Empörung aus.	
NAZ-113	Neue „Enthüllungen“ Pichons [Brief Wilhelm I. an die Kaiserin Eugenie]	Kann man gründlicher reinen Tisch machen mit dem Märchen, das Graf Hertling glauben machen will, nach welchem die gewaltsame Angliederung Elsaß-Lothringens lediglich dem Wunsch entsprungen sei, Deutschland die deutschen Länder zurückzugeben, deren es durch französische Anmaßung beraubt worden sei? Warum gibt der König von Preußen seinen Entschluß kund, sich unserer Provinzen zu bemächtigen? Etwa weil sie deutsche Länder waren? Ganz und gar nicht, sondern einfach deshalb, weil er im voraus auf französischem Grund und Boden das deutsche Gebiet gegen einen Angriff sichern will, der von unserer Seite kommen könnte. Sie wissen es sehr wohl, diese Leute, welche damit nicht zufrieden, den schrecklichsten aller Kriege herbeizuführen, an dem Tag, an welchem sie ihn mit Vorbedacht unvermeidlich machten, uns durch die feigste Mitschuld an dem Hinterhalt, welchen sie Europa legten, zu entehren trachteten. Ich stellte dies fest durch die Entdeckung eines Schriftstückes, ... vom 31. Juli 1914. Man weiß vor allem aus der amtlichen Bekanntmachung im deutschen Weißbuch, daß der Reichskanzler an dem Tage, als er Herrn von Schoen beauftragte, uns den Zustand der drohenden Kriegsgefahr gegenüber Rußland bekanntzugeben, seinen Botschafter aufgefordert hatte, uns zu ersuchen, neutral zu bleiben und uns für die Antwort eine Frist von achtzehn Stunden zu gewähren. Was man nicht weiß und was ich enthülle, das ist, daß das Telegramm, das diese Anweisungen enthielt, mit diesen Worten schloß: „ Wenn die französische Regierung erklärt, daß sie neutral bleibt, so wollen Eure Exzellenz ihr mitteilen, daß wir als Bürgschaft der Neutralität die Uebergabe der Festungen Toul und Verdun verlangen müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland wieder zurückgeben würden. Die Antwort auf die letztere Frage muß vor Sonnabend nachmittag um vier Uhr hier sein.“	
03. März 1918, Sonntag			
FDB-59	Französische Kundgebungen über Elsaß-Lothringen [in der Sorbonne]	feiert ganz Frankreich heute den Jahrestag des Protestes der Vertreter Elsaß-Lothringens in der Nationalversammlung in Bordeaux am 1. März 1871. - Auf wiederholtes Drängen hielt Clemenceaus eine Rede, in der er betonte, seine Aufgabe sei, zu handeln und die gehörten Worte in Taten umzugießen. Er lobte die gehaltenen Reden und bemerkte, sie seien auch für die Völker bestimmt, die sich zum Angriff auf die zivilisierte Welt gestürzt hätten und erfahren müßten, daß sie bis zum Ende auf unüberwindliche Seelen voller Ehrgefühl und Menschenwürde stoßen würden. - Jeder müsse verstehen, daß die erste Bedingung die Unabhängigkeit der Nationen sei, die in das Leben der	

		Geschichte mit Ansprüchen auf eine höhere Bewegung für die ganze Menschheit eingetreten seien. Dies sei die höchste Pflicht, die Frankreich auferlegt wurde, seitdem es in der Welt seinen Ruf des Edelmutes erobert habe, der bewirke, daß es bei dem Kampfe für seine eigene Sache gleichzeitig für alle Völker kämpfe, die nach Gerechtigkeit strebten, für eine bessere Zukunft der menschlichen Gesellschaft. - In seiner Rede in der Sorbonne wandte sich Pichon gegen die Feststellung des Reichskanzlers, daß Elsaß-Lothringen altes deutsches Land sei. Als Beweis führte er einen schon zum Teile bekannten Brief Kaiser Wilhelms I. an Kaiserin Eugenie an, den diese vor kurzem dem Nationalarchiv übergeben habe. In diesem vom 26. Oktober 1870 datierten Briefe werde Elsaß-Lothringen nur zu dem Zwecke verlangt, Deutschland gegen den nächsten Angriff Frankreichs, mit dem es rechnen müsse, sobald Frankreich gerüstet sei und Bundesgenossen habe, zu schützen, nicht aber weil diese Länder deutsch seien.	
NAZ.114	Frankreich und Elsaß-Lothringen [Pichon in der Sorbonne]	Gerade jetzt, wo das französische Volk von neuem zu unerhörten Opfern aufgepeitscht werden soll, muß das Spiel der Hoffnungen wieder einsetzen, und wieder kreist es um die verhängnisvolle Lockung mit Elsaß-Lothringen. Zum Anlaß hat man einen Gedenktag geschaffen. „Siebenundvierzig Jahre sind vergangen seit dem Tage, wo die Bevölkerung Elsaß-Lothringens unter das Joch des Siegers gebeugt wurde“, so umreißt Pichon in seiner Sorbonnerede den Inhalt dieses Gedenktags. Wie sehr rechnet er doch mit dem kurzen Gedächtnis seiner Zuhörer und seines Landes! Aber draußen, wo man weniger erhitzt vor der Arena steht, verfängt das nicht. Und wir fragen Herrn Pichon, warum er nicht in seinen Erinnerungen nur um ein paar Tage zurückgegriffen hat, warum er so peinlich das Gedenken an die Verhandlungen der Nationalversammlung in Bordeaux umgeht. Jene Tage, die ein elsässisches Mitglied dieser Nationalversammlung selbst (Schneegans) uns mittelbar unter ihrem Eindrucke mit den Worten kennzeichnete: „im Jahre 1871 ist das Elsaß von Frankreich preisgegeben worden.“ Und ein anderes elsässisches Mitglied der gleichen Versammlung (Küß) rief mit dem Pathos der Wahrheit, die aus der bittersten Enttäuschung erwächst, aus: „Frankreich war nicht würdig, das Elsaß zu behalten.“ - Es ist unerfindlich, wo da Herr Pichon das Recht hernimmt, einen Gedenktag zu begehen, der die Rechte Frankreichs an Elsaß-Lothringen dartun soll. Nicht einmal in dem Augenblicke der Trennung von Frankreich haben das Elsaß und Lothringen jenes Bekenntnis abgelegt, aus dem das Frankreich von heute Rechte abzuleiten versucht, auf die das Frankreich von damals in aller Form verzichtet hatte. Und gilt denn das Elsaß-Lothringen von heute den Herren in Paris nichts? Hat sein Wille, der so unzweideutig zum Ausdruck gelangt ist, keine Geltung? Wahrlich, das Spiel der französischen Regierung findet weder in der Vergangenheit noch gar in der Gegenwart andere Stützen als die, die eben der Eroberungswille Frankreichs herleiht. <u>Diesen Eroberungswillen hatte auf der Nationalversammlung in Bordeaux Victor Hugo bereits mit den Worten umrissen, daß Frankreich einst das ganze linke Rheinufer an sich reißen werde.</u> Daß das nicht die Phantasie eines Dichters geblieben ist, haben die inzwischen enthüllten Geheimverträge ja dargetan. Und sie haben gerade deshalb bewiesen, wie sehr Deutschland im Rechte war, wenn es der Haltung Frankreichs mißtraute, auch wenn es wirklich im Jahre 1914 zunächst neutral geblieben wäre	
NAZ-114	Die belgischen Friedensbedingungen	Die belgischen Friedensbedingungen sind: Unverletztheit des belgischen Gebiets in Europa, und für belgische Kolonien politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit, Schadenvergütung und Garantien gegen eine Erneuerung des Ueberfalles von 1914. Die belgische Regierung werde nur in Uebereinstimmung mit den	

		Mächten handeln, die die Unabhängigkeit Belgiens garantieren und ihren Verpflichtungen nachgekommen sind.	
05. März 1918, Dienstag			
DVB-10476	Zum Friedensschlusse mit Rußland	Erobert im Jahre Kongreßpolen 1779-1815 Litauen 1779 Curland 1796 Ukraine 1667-1793 Finnland 1809 Estland 1721 Livland 1721 Südkaukasus 1878	
DZ-116	Herrn Pichons Fund [Forderungen Deutschlands falls Frankreich neutral sei]	Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit der „Enthüllung“ Pichons in der Sorbonne über die bekannte Anweisung, die der Pariser Deutsche Botschafter von Schoen am 31. Juli 1914 von der deutschen Regierung erhalten hat. Das halbamtliche Blatt gibt den Zusatz zu dieser Anweisung, in dem die deutsche Forderung auf vorübergehende Besetzung der Festungen Toul und Verdun enthalten ist, wieder und schreibt: „Der deutsche Botschafter ist nicht in die Lage gekommen, von diesem Zusatz seiner Instruktion Gebrauch zu machen. Denn der Französische Ministerpräsident erwiderte bereits auf die Frage nach der französischen Neutralität, Frankreich werde das tun, was seine Interessen ihm geböten. Schon am 29. Juli aber hatte die französische Regierung das Gebot der Interessen Frankreichs dahin endgültig festgelegt, daß sie in Petersburg die Bereitschaft zur Waffenhilfe erklärte. Frankreich hatte sich also zum Kriege entschieden, ehe Herr von Schoen die französische Regierung über ihre Haltung befragte. - War Frankreich wider alle Wahrscheinlichkeit urplötzlich, gleichviel aus welchem Grunde, so interessiert daran, außerhalb des Kampfes zu bleiben, daß es seine gesamte bisherige Politik preisgab, so war es auch bereit oder vielmehr gezwungen, der durch Herrn v. Schoen notfalls zu stellenden Forderung hinsichtlich Verduns und Toul nachzukommen. Der Entschluß, für den Fall einer Neutralitätserklärung die erwähnte Forderung stellen lassen, war nicht nur nicht unvorsichtig oder gar falsch, sondern so staatsmännisch, war von solcher Tatkraft und entschlossener Klarheit, daß er unmöglich auf dem Boden Bethmannscher Staatskunst gewachsen sein kann! Es handelte sich vielmehr offenbar um eine Forderung des deutschen Generalstabs	
DT-54	Anmerkungen zu Beethovens Musik - von Wilhelm Furtwängler (Mannheim)	Ein Verdienst wird Wagner stets bleiben; er hat als erster durch Worte und mehr noch durch Aufführungen mit dem Einsatz seiner ganzen leidenschaftlichen Persönlichkeit gezeigt, was Beethoven wirklich ist. Er hat gezeigt, daß eine nur korrekte, d. i. mittelmäßige Aufführung – die damals wie heute die Regel war – bei Beethoven mehr als bei irgend einem anderen eine schlechte Aufführung ist. Denn sie übersieht das Wesentliche, das hier zwischen den Zeilen steht. Und das Wesentliche ist alles. Zugleich hat Wagner damit auf einen tiefgehenden Unterschied zwischen Beethoven und anderen Musikern – begründet im Wesen Beethovens – hingewiesen, den wir, wenn auch nur flüchtig, berühren müssen. Beethovens Musik (als echter Beethoven kommen hierbei nur die Werke seiner Reife, etwa von op. 50 an, in Betracht) ist weniger sinnlich fundiert als andere Musik; d. h. er geht bei der Gestaltung seiner Ideen nicht eigentlich vom Wesen der Instrumente, respektive Singstimmen aus, denen er diese Ideen anvertraut. Eine Ausnahme hierzu bilden nur wenige Werke vorwiegend konzertanten Inhalts. So sicher er den Gesamtstil etwa eines Quartetts, einer Symphonie, zu treffen vermag, so	

		wenig nützt er die den Instrumenten, dem Orchester innewohnenden Möglichkeiten, ihre sinnliche Fülle aus. Er paßt sich ihnen bestenfalls an, gibt sich ihnen niemals hin. Sie sind ihm Mittel für Ideen, die weit über sie hinausgehen. Dennoch ist er nicht „abstrakt“, wie viele glauben, auch in seiner letzten Periode nicht. Ganz im Gegenteil ist es vielmehr gerade die innere Glut, die Gewalt des stets auf das Ganze gerichteten Willens, die ihn hindert, den einzelnen instrumentalen usw. Möglichkeiten nachzugehen, sich von ihnen inspirieren zu lassen.	
06. März 1918, Mittwoch			
DZ-119	Ein neuer Brief des Lords Lansdowne	Lansdowne unterzieht die päpstliche Note vom 1.8.1917, die Hertling zitierte, einer Prüfung und sagt, der wesentliche Satz in der Note sei, Belgien muß vollständig geräumt und es muß ihm gegenüber allen Mächten seine volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert werden. Lansdowne glaubt, daß es nicht schwer fallen könnte, Hertling zu befriedigen, wenn eine solche Garantie wirklich alles sei, was er für nötig halte, um Belgien zu verhindern, der Tummelplatz für feindliche Machinationen zu werden. Lansdowne hofft, daß Hertling bei der Fortsetzung des Dialogs zwischen den feindlichen Staatsmännern erklären wird, ob er dies meint oder ob er ganz andere, in der Note des Papstes nicht erwähnte Absichten gehegt habe. Dieser Punkt verlange Aufklärung, denn Hertlings Friedensouvertüre werde zweifellos größtenteils wegen seiner Worte über Belgien verurteilt. Wenn ein internationaler Schiedsgerichtshof tätig sein würde, so wäre es unwahrscheinlich, daß die Neutralität Belgiens mißbraucht werden würde, wie Hertling fürchte..	
07. März 1918, Donnerstag			
DT-56	Rück- und Ausblick – von Martin Spahn	So stark wie die Reichstagsmehrheit zahlenmäßig ist, ist dem Bethmannschen Geiste im Reichstag noch am wenigsten Einhalt geboten worden. Deshalb vergeht keine Tagung des Reichstags oder auch nur seines Haushaltsausschusses, ohne daß der Kanzler, wer es auch ist, ein neues Friedensangebot macht. Die Mehrheitsparteien schwören ebenso oft neu auf ihre Friedensresolution und drängen zugleich auf den Umsturz in Preußen als eine deutsche Sache (48er Angedenkens!). Glücklicherweise gehört Folgerichtigkeit nicht zu den Tugenden der Parlamente. Erzberger: Herr Erzberger dagegen, der seit Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn immer ein Springer hinüber und herüber war, brachte es fertig, den Russenfrieden ausdrücklich als im Einklang mit der Friedensresolution zu rühmen. Ja, er entschloß sich zu einer regelrechten Huldigung vor Ludendorff. Ein sicherer Instinkt dafür, wo jeweils das Schwergewicht der Macht im Staate oder in den Parteien liegt, ist ihm nicht abzusprechen. Die „Sache der Besiegten“, zu der es Montalembert, den hochherzigen Führer der französischen Katholiken, sein Leben lang hinzog, ist noch nie die Sache des Herrn Erzberger gewesen.	
DVB-10478	Der „Temps“ für Erzberger und Payer	Graf Hertling personifiziert seit langem in der katholischen Partei die den Deutschen am wenigsten fernstehende Tendenz. Er ist es, der ehemals das Flottenprogramm Tirpitz verteidigt hat. Er ist es, der mitten im Kriege den Gedanken hatte, Elsaß-Lothringen zwischen Bayern und Preußen zu teilen. Wenn er in dieser Orientierung verharrt hat, muß er inne werden, daß die Massen seiner Partei ihm nicht mehr Folge leisten. Sie gehen lieber mit der besonders geschickten und fruchtbaren Politik, die Herr Erzberger empfiehlt. - Es ist wahr, daß Herr v. Payer, als Süddeutscher geboren und geblieben, an die richtige Stelle gekommen ist, um die großen Fragen der gegenwärtigen Stunde zu verstehen	
08. März 1918, Freitag			
VOS-123	Gegner des deutschen Bündnisses in Oesterreich. –	Professor Lammaschs Rede: Der Redner ging von der gewagten Voraussetzung aus, daß die Feinde der	

	Von Heinrich Friedjung, Wien. [Angriff auf Lammasch]	Mittelmächte geneigt sein würden, auf einen Frieden einzugehen, wenn Deutschland sich dazu verstünde, Elsaß-Lothringen in einen gleichberechtigten Bundesstaat umzuwandeln. Nun aber ist allbekannt, daß sämtliche, französischen Politiker, von Clemenceau bis Thomas von einer solchen Lösung nichts wissen wollen, ferner, daß Lloyd George ihnen ebenso sekundierte, wie Wilson. Sollte, so fuhr Professor Lammasch fort, Deutschland einen unter dieser Bedingung möglichen Frieden ablehnen, so würde es sich ins Unrecht versetzen. Woher weiß er aber, daß Kaiser Wilhelm und sein Kanzler sich gegen die Umwandlung Elsaß-Lothringens in einen Bundesstaat sträuben? In diesem Falle aber, so lautet seine Schlußfolgerung, sollte Oesterreich-Ungarn es ablehnen, sich für Deutschlands Machtbesitz länger einzusetzen. Also eine unbedingte Absage an das Deutsche Reich, die unverhüllte Drohung, Oesterreich-Ungarn werde von ihm abrücken. - Im Herrenhause ist wohl bekannt, daß die Richtung des Professors Lammasch bis in die höchsten Kreise hinein Anhänger zählt. Man muß nur daran erinnern, daß zwei Prinzen des Hauses Bourbon, die mit dem Kaiserhause nahe verwandt sind, bald nach dem Ausbruch des Krieges in den Dienst des französischen Roten Kreuzes traten, statt, wie es von ihnen erwartet werden mußte, ihre Samariterdienste Oesterreich zu widmen, wo sie eine zweite Heimat gefunden haben. Was man von einzelnen Herren des hohen Adels hört, die sich als Tschechen fühlen, klingt noch weniger erbaulich. Von Lammasch selbst wurde schon vor einiger Zeit der Versuch gemacht, Oesterreich-Ungarn vom Bündnisse mit Deutschland abzuziehen. In einer dem Kaiser Karl unterbreiteten Denkschrift entwickelte er die Ansicht, daß die Westmächte dem Krieg schon deshalb fortsehen zu sollen glauben, weil der mitteleuropäische Block ihnen gefährlich erscheint; wir würden also dem Frieden näher kommen. wenn die österreichisch-ungarische Regierung erklärte, sie gedenke nach geschlossenem Frieden das Bündnis zu lösen. Eine ehrenwerte Persönlichkeit welche diese Denkschrift gelesen hat und der unbedingt Glaube zuzumessen ist, teilte mir mit, Professor Lammasch habe empfohlen, diese Ankündigung nicht bloß nach London oder Paris gelangen zu lassen, sondern auch Kaiser Wilhelm davon zu unterrichten, damit die österreichisch-ungarische Politik nicht der Doppelzüngigkeit beschuldigt werden könne. - Es war ein unglücklicher Einfall zu erklären, daß man es Deutschland überlasse, sich aufs neue in Kriegszustand gegen Rußland zu setzen, es war verhängnisvoll, daß sich österreichisch-ungarische Truppen den deutschen nicht sofort bei deren Vormarsch in die Ukraine anschlossen. Diese Erklärungen entsprangen nicht gerade der Absicht, von Deutschland abzurücken, sie waren eher eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie, welche sich gegen den Vormarsch erklärt hatte. - Die Sozialdemokratie hat durch ihre ukrainische Politik die Volksernährung in Oesterreich schwer geschädigt und die ihr gegenüber erwiesene Schwäche der Regierung hat nicht gehindert, daß sie trotz alledem die Kriegskredite verweigert.	
DZ-122	Polnische Zukunft	Auch dem deutschesten Deutschen muß es einleuchten, warum die Polen vom Sieg der Entente mehr hofften, als vom Sieg des Vierbundes. Denn nur wenn unsere Feinde siegten und vor allem Deutschland und Oesterreich-Ungarn niederrangen, war die Vereinigung aller drei „unerlösten“ Polenlande denkbar – vorausgesetzt, daß das zaristische Rußland in die Freigabe Kongreßpolens einwilligte! Daran glaubte aber das Volk und sah in dem Einmarsch der Verbündeten nur die rettungslose Vernichtung der Hoffnung auf Großpolen. - Die Deutschen wie die Oesterreicher erschienen den Polen nicht als die Befreier; widerstrebend nahmen sie auch die Geschenke aus dieser Hand. Der Pole behauptet	

		heute sogar, daß er sich mit dem „Eroberer“ eher abgefunden hätte als mit dem Befreier – der Eroberer sei nur unter falscher Firma einmarschiert. Und doch ward der mißtrauische Pole der Befreiung teilhaftig, und wie der Trinker, dem lange Zeit hindurch der ersehnte Genuß verwehrt war, nun voller Gier nach dem berauschenden Getränke greift, das ihm ein Zufall darbietet, so erfaßt den Polen, der vom russischen Druck befreit ist, ein politischer Rausch, in dem er sich nicht genug tun kann. - Noch in den ersten Tagen des Februar hofften auch die gemäßigtsten Polen in Warschau, es werde dem Königreich ein gut Teil, am liebsten ganz Weißrußland, zugeschlagen werden; und Wilna wollen sie auch nicht fahren lassen.	
09. März 1918, Samstag			
DT-58	Quousque tandem? [Wie lange noch?] von Staatsminister a. D. von Borries. „Eine politische Dummheit ist schlimmer als ein Verbrechen.“	Der „gute Wille“ ist ein Wort, das der Engländer gern im Munde führt. Aber wo ist ein wirklich guter Wille zum Frieden vorhanden außer bei den Mittelmächten? Hat das seinen Grund darin, daß diese das bescheidene Ziel eines Abwehrkrieges erreicht zu haben glauben, während die Angreifer fern von ihren ursprünglichen Kriegszielen sind? Gewiß liegt darin ein starker Antrieb, den Krieg fortzusetzen. Nichts fällt schwerer als der Verzicht auf hochgespannte Hoffnungen. Als im Sommer 1914 der Krieg ausbrach, erwarteten England, Frankreich und Rußland, ja die ganze Welt eine baldige und vollständige Niederlage der Mittelmächte. Es kam anders; auch das Hineinziehen Italiens, Griechenlands, Rumäniens brachte keine Wendung; die erbettelte Hilfe Japans blieb versagt; jetzt sind es die Vereinigten Staaten, auf die sich die letzten Hoffnungen richten. Diese Hoffnung aufrechtzuerhalten und zu stärken ist das eifrigste Bestreben der gegnerischen Regierungen. - Uns Deutschen erscheint es angesichts der Kriegslage als eine geradezu wahnwitzige Idee, wenn das verblutende Frankreich jetzt noch Elsaß-Lothringen, das am Boden liegende Italien unerlöste Provinzen von uns fordert. Aber wir müssen erkennen und unser Handeln darauf einstellen, daß in Frankreich und Italien das Empfinden stärker ist als die Vernunft - Unsere Feinde mögen sich noch tragen mit der Hoffnung auf einen Sieg; fast möchte man's annehmen, wenn man die großen Worte hört, die von Frankreich und England zu uns herüberschallen. Auf was diese Hoffnung sich gründet, bleibt rätselhaft, wenn erwogen wird, welche außerordentlichen Verstärkungen unserer Wehrmacht im Westen zugeführt werden konnten und vermutlich noch zugeführt werden können. Aber selbst die kühnsten gegnerischen Hoffnungen auf einen Sieg werden, zumal unter Berücksichtigung aller bisherigen Erfahrungen, sich nicht versteigen können zu der Erwartung, es werde jemals zu einer den Krieg entscheidenden Niederlage Deutschlands kommen. Weshalb ziehen unsere Feinde nicht den Schluß, daß die blutigen wirtschaftlichen Opfer, die eine Fortsetzung des Krieges erfordert, in jedem Falle außer Verhältnis stehen zu den im günstigsten Falle denkbaren Vorteilen? Eine Zeitlang mochte man sich vielleicht der Hoffnung hingeben, wie sie bei Trotzki und Genossen lebte und durch die vaterlandslose Haltung der extremen Sozialdemokratie bestärkt wurde, daß Deutschland durch inneren Zwist zur Nachgiebigkeit gezwungen sein würde. Auch diese Hoffnung werden unsere Gegner begraben können. Schließlich hat auch bei uns vaterlandslose Gesinnung eine Grenze, wo nachsichtiges Ertragen aufhört. - Politisch gilt von ihm der Ausspruch des geistreichen Franzosen: eine politische Dummheit ist schlimmer als ein Verbrechen. - Der Reichstagsbeschluß bedeutet für unsere Feinde eine Prämie auf Verlängerung des Krieges, wenn diesem Beschluß unbegrenzte Gültigkeitsdauer beigelegt wird; sie haben dann die Gewißheit, immer noch zu ertrögen	

		Bedingungen Frieden schließen zu können, wenn ihre militärischen Erfolge ihnen nicht günstigere Ergebnisse verschaffen können.	
DTZ-125	Asquith über den Frieden mit Rußland England wird sich über jeden Frieden entrüsten, der nicht den englischen Interessen entspricht.	Die Rußland auferlegten Friedensbedingungen sind keine Friedensbedingungen, sondern harte und demütige Kapitulation. Man kann kaum sagen, was erstaunlicher ist, der Zynismus, der solche Bedingungen auferlegte oder die Leichtgläubigkeit, daß das die Grundlage eines dauernden Ausgleichs bilden könnte. Kann jemand, der diese Urkunde liest, im Zweifel sein, was ein deutscher Sieg für Europa und die Welt bedeutete? Um nur ein Beispiel zu nehmen: Das Schicksal Belgiens wird dem Muster in Brest entsprechen, wenn Deutschland jemals in die Lage kommt, den Westmächten seinen Willen aufzuerlegen. Auf diesem Wege gelangt man nicht zu einem reinlichen Frieden. Der Brester Friede ist das Gegenteil von dem, was ein internationaler Vertrag sein sollte. Sein Zweck ist, den Sieger und seine Verbündeten auf Kosten des Besiegten zu vergrößern, und auf die Interessen oder Wünsche der Bevölkerung wird nur mit ganz hohlen Worten Bezug genommen. - Der Friede, den wir im Auge haben, der einzige Friede, der einen Wert hat, muß ein Friede nicht der Herrscher oder der Parlamente, sondern der Völker sein. - Es gibt keine territoriale Erwerbung, die wir in unserem Lande im Verlaufe des Krieges gemacht haben, die wir nicht bereit wären, dem Urteil eines solchen Gerichtshofes zu unterbreiten, aber gleichzeitig stimme ich mit Wilson hinsichtlich der gegenseitigen Abhängigkeit und Gemeinsamkeit der grundlegenden Friedensfragen überein. - Wir wissen, daß ein internationaler Vertrag, wie er Herr Asquith vorschwebt, für Deutschland nichts anderes bedeutet, als ein Instrument englischer Vorherrschaft in der Welt. Die Entente hatte vor dem Friedensschluß in Brest-Litowsk Gelegenheit, einen allgemeinen Frieden abzuschließen, wie er den von England und Amerika angeblich verkündeten Idealen entsprach. Die Entente hat es aber, statt einen Frieden zu schlichen, vorgezogen, Rußland seinem Schicksal zu überlassen. Rußland hätte trotzdem noch die Möglichkeit zu einem schnelleren und billigeren Frieden gehabt, hat aber durch die unkluge Politik des Herrn Trotzki, der die Revolution in ganz Europa entfachen wollte, diese Gelegenheit verpaßt. Was die Zentralmächte schließlich von Rußland gefordert haben, dient nur zur Sicherung des Friedens im Osten. Gegenüber den Beteuerungen Asquiths, daß England alle seine territorialen Erwerbungen einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten wolle, genügt es, auf die Worte seiner Landsleute, z. B. des Herrn Bonar Law, hinzuweisen, daß es selbstverständlich sei, daß England Aegypten nicht räumen werde, solange das britische Reich nicht vollständig besiegt sei.	
DT-125	Pichons „Enthüllungen“	die Mitteilungen Pichons von der Absicht geleitet seien, die angesichts des Ausscheidens Rußlands aus dem Kriege gedrückte Stimmung des französischen Volkes zu heben und erklärte, daß es eine Verschiebung der Tatsachen bedeute, wenn die französische Regierung den Kriegseintritt Frankreichs allein auf ihre Treue Rußland gegenüber zurückzuführen suche. Frankreich habe vielmehr einen ganz bestimmenden Einfluß auf die kriegerischen Entschlüsse Rußlands ausgeübt - „Die französische Regierung hat vom ersten Tag der Krisis an im engen Einvernehmen mit den längst entlarvten Kriegstreibern Sasonow, Suchomlinow und Januschkiewitsch die kriegerischen Entschlüsse Rußlands gefördert und sie durch ihre lebhafteste Unterstützung überhaupt erst möglich gemacht.“	
DT-58	Pichons „Enthüllungen“ (Zum Krieg 1870/1871 – ein Brief Wilhelm I. an die Kaiserin)	Als der Krieg 1870 ausbrach, war es für die ungeheure Mehrheit der Deutschen keine Frage, sondern eine gebieterische Forderung, daß der Preis des Sieges der Wiedergewinn jenes schönen Landes sein müsse, das in Sprache, Art und Sitte deutsch geblieben war. Darum ist es	

		ganz falsch, hier von einer „Politik Bismarcks“ zu reden; es war der einmütige Wille des deutschen Volkes, der stärker war als irgendeine politische Erwägung. Neben diesen Idealgrund für die Angliederung aber trat dann der Realgrund, der die Sicherheit der deutschen Südwestgrenze bezweckte. Das war für Bismarck das Ausschlaggebende. Nie hat er das Wort des Königs von Württemberg vergessen, das dieser 1854 zu ihm sprach: „Das Hemd ist mir näher als der Rock“, das heißt: „Wie soll ich mich für die deutsche Einheit einsetzen, wenn von Straßburg her ein französisches Heer nur drei Tagemärsche von meiner Hauptstadt entfernt ist?“ - 1848 in der „Magdeburger Zeitung“ geschrieben: „Ich hätte es begreiflich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen.“ - Sehr wichtig ist es, zu sehen, wie König Wilhelm von diesen Ideen schon ganz früh in seiner Weise angeregt wurde. Bereits am 29. August schreibt er an seine Gemahlin, daß ein Ländererwerb „bei dem Verlangen in ganz Deutschland nach Elsaß und selbst Deutsch-Lothringen“ notwendig sei und die gebrachten Opfer eine solche Entschädigung unbedingt erforderten. Prachtvoll ist dann eine weitere Briefstelle vom 7. September: Selbst aus Petersburg kommen solche Andeutungen (Warnung vor Annexionen), weil Landabzweigung ein neuer Pomme de discorde sein würde, als wenn das linke Rheinufer dies nicht auch schon seit 55 Jahren gewesen sei, so daß, um Ruhe zu haben, wir logischermaßen jenen das linke Rheinufer abtreten müßten. Im Gegenteil, um Deutschland vor Frankreichs steten Gelüsten auf Einfälle in Deutschland endlich sicherzustellen, muß jene Länderabtretung verlangt werden, Elsaß vor allem. Dies ist auch die allgemeine Stimmung in ganz Deutschland, und wollten sich die Fürsten dieser Stimme entgegenstemmen, so riskieren sie ihre Throne, denn die Opfer, die ganz Deutschland bringt, verlangen einen Frieden, der dauernd sei, und das ist nur möglich, wenn dasjenige Land genommen wird, das deutsch war und ist.“ - In dem schönen Brief – man muß ihn ganz lesen, nicht nur den Satz, den Pichon „enthüllt“ hat – läßt der König wiederum die Nationalidee zurücktreten, doch spricht er von „den Bedingungen, die Deutschland fordert“; die Hauptsache aber ist die Sicherung der Grenze für einen nächsten Krieg, den Frankreich führen wird, wenn es neue Kräfte und Bundesgenossen gewonnen hat. Nicht die Vergrößerung Deutschlands, sondern die Notwendigkeit, die Angriffslinie des französischen Heeres weiter zurückzuverlegen, zwingt ihn, auf Landerwerb zu bestehen. Es ist ganz natürlich, daß auch hier der nationale Grund der Annexion nicht erscheint, sondern lediglich die militärischen Gründe betont werden.	
DTZ-125	Von der Bussche über Pichons Enthüllungen	Die diplomatischen Veröffentlichungen der Entente selbst zeigen es ja, daß die französische Regierung sich keineswegs einfach Rußland anschloß, als dieses sich für den Krieg gegen Deutschland bewußt entschied, sondern daß sie vielmehr einen ganz bestimmten Einfluß auf jenen Entschluß der Regierung des Zaren ausübte. Dieser Entschluß zum Kriege ist erst nach vorbehaltlosen Zusicherungen der französischen Hilfe erfolgt. Das beweisen das englische Blaubuch, das französische Gelbbuch und das russische Orangebuch unwiderlegbar. Besonders bezeichnend ist das Telegramm, das am verhängnisvollen 20. Juli Sasonow an seinen Botschafter nach Paris sandte. ... „Da wir dem Wunsche Deutschlands nicht Folge geben können, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere eigenen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen. Verständigen Sie die französische Regierung davon und danken Sie ihr gleichzeitig für die Erklärung, die der französische	

		Botschafter in ihrem Namen abgab, daß wir nämlich vollständig auf die Unterstützung des uns verbündeten Frankreich zählen können. Unter den gegenwärtigen Umständen ist uns diese Erklärung besonders wertvoll.“ So griff Ruhland, wie es auch der Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg erleben läßt, nur auf Grund gemeinsamer französisch-russischer Entschlüssen zu den Waffen, ja die treibenden Kräfte gingen mehr von Paris als von Petersburg aus wie auch die unbegründete Einmischung Rußlands in den serbisch-österreichischen Konflikt nicht nur die rückhaltlose Billigung der französischen Regierung fand, sondern zum großen Teil auf direkte Ermunterung französischer Staatsmänner zurückzuführen ist. Diese lebhaft aktive Teilnahme der französischen Regierung ging sogar England zu weit, wie verschiedene der Entente-Dokumente beweisen. Ich will nur eines davon erwähnen, das englische Blaubuch Dokument Nr. 6. von dem die französische Regierung die wichtigsten Sätze vorsichtigerweise im französischen Gelbbuch unterschlagen hat. - Die französische Regierung hat vom ersten Tage der Krisis an im engen Einvernehmen mit den längst entlarvten Kriegstreibern Sazonow, Suchomlinow und Januschewitsch die kriegerischen Entschlüsse Rußlands gefördert und sie durch ihre lebhaft Unterstützung erst möglich gemacht.	
DZ-124	Frankreich als Kriegshetzer – Eine deutsche Antwort auf Pichons „Enthüllungen“	Wenn von französischer Seite behauptet wird, Frankreich sei nicht direkt durch Deutschland angegriffen worden, sondern als Verbündeter Rußlands in den Krieg eingetreten, so ist das schon ein sehr wertvolles Eingeständnis. Dieses Zugeständnis hat allerdings die französische Regierung bereits gemacht, seitdem die Entwicklung in Rußland es notwendig machte, dort in Erinnerung zu bringen, daß Frankreich lediglich zur Hilfeleistung für Rußland in den Krieg gegangen sei, und seine Vertragstreue allein es gehindert habe, neutral zu bleiben. Nachdem nun der Friede der Zentralmacht mit Rußland eine vollzogene Tatsache ist und Frankreichs Weigerung, neutral zu bleiben, sich vor dem französischen Volke auf diesem Wege nicht mehr genügend rechtfertigen läßt, sollen die Instruktionen an den deutschen Botschafter, die Weigerung, neutral zu bleiben, durch die unannehmbaren deutschen Neutralitätsbedingungen rechtfertigen. - Die französische Regierung hat vom ersten Tage der Krisis an im engen Einvernehmen mit den längst entlarvten Kriegstreibern Sazonow, Suchomlinow und Januschewitsch die kriegerischen Entschlüsse Rußlands gefördert und sie durch ihre lebhaft Unterstützung erst möglich gemacht.	
DTZ-126	Der Hetzfeldzug gegen Tirpitz	Der Zweck dieses Feldzuges ist ein vierfacher. In erster Linie steht die Besorgnis, welche dieser politischen Richtung die kräftige Entwicklung der Deutschen Vaterlandspartei macht. Professor Hans Delbrück hat das neulich dankenswert offen angedeutet, indem er schrieb in bezug auf die Struveschen Angriffe: Tirpitz sei nicht nur ein Admiral außer Diensten, sondern Führer der Vaterlandspartei und deswegen müsse die Sache verfolgt werden. Mit anderen Worten. Man will Tirpitz mit allen Mitteln diskreditieren, die Untergrabung seines Ansehens durch Verkleinerung seiner Leistung als Staatssekretär erreichen und damit die Vaterlandspartei selbst tödlich treffen, jedenfalls ihr die Stoßkraft nehmen, um ihre Mitgliederzahl zu vermindern. - Diese Partei und ihre angedeuteten Gesinnungsgenossen wollen dadurch gleichzeitig in Vergessenheit geraten lassen, daß sie für Torpedoboote und später Unterseeboote lediglich deshalb eingetreten sind, weil sie keine Hochseeflotte wollten, welche England reizen könnte und viel Geld kostet. Sie wollten anstatt der Hochseeflotte Unterseeboote und andere Waffen des Kleinkrieges. Das ist	

		der Grund.	
DZ-124	Frankreichs Gelüste auf Marokko	Aus Paris wird gemeldet: Das Blatt „Homme libre“ verlangt in einem längeren Artikel die Abtretung des gesamten spanischen Besitzes in Marokko, sowie Tangers an Frankreich. England soll dafür Gibraltar an Spanien abtreten und Ceuta als Entgelt erhalten. Der Artikel läßt erkennen, daß diesbezügliche Verhandlungen im Gange sind und London mindestens offiziös seine Zustimmung hierzu gegeben hat.	
DZ-125	188. Kriegswoche [Die Offensive gegen die deutsche Offensive, der Kampf gegen die „Militärkaste“. Im Inlande und im Auslande man es erfährt. Geheime Staatsdepeschen und reichsgefährdende Schriftstücke von Diplomaten spielen in ihm eine Rolle. Es wird nicht nur von Ausländern geführt].	Deutschlands Feind in diesem Kriege ist nicht nur England, sondern das ganze Angelsachsenthum, in dem vielleicht heute schon Amerika die Führung hat. - Noch bis zu den östlichen Friedensschlüssen und über sie hinaus wird von mancher Seite die Meinung vertreten, unsere Aufgabe müßte es sein, selbst das geschlagene, zertretene Rußland wieder aufzurichten, es zu stärken, zu gesunden, in Freundschaft es uns zum Bundesgenossen zu werben, mit Japan, gegen England-Amerika. Diese rohen Massen, wir haben sie in ihrer brutal vernichtenden Wucht in den ersten Monaten dieses Ringens erkannt, sollten von uns selbst wieder organisch zusammengeschlossen werden, damit sie – eine Gefahr für England? – erneut uns zum todrohenden Verhängnis erwachsen? - Am deutschen Siege über England zweifelt kein Verständiger, wenn der deutsche Wille zum Sieg nicht durch Verrat gehemmt wird. - So bringt uns der siegreiche Abschluß des Krieges im Osten eine Umformung der Welt. Unsere Feinde verstehen die Zeichen der Zeit. Der Sieg im Osten spielt uns den sicheren Sieg im Westen und, über den japanischen Druck, den Triumph über Amerika in die Hand. Der Verzicht auf den Sieg im Westen wäre mehr als dies, wäre der Versuch zur gewaltsamen Rückwärtsdrehung des Schicksalsrades zugunsten unserer Feinde England und Amerika, deren möglichste Ausschaltung als Weltmacht wir anstreben müssen, weil sie die Herrschaft der Welt üben und uns zu Vasallen des anglo-amerikanischen Kapitalismus machen wollen. - Herr Pichon, der französische Minister des Aeußern, hat an irgend einem erfundenen französischen Nationalfeiertag ein Geheimtelegrammen Bethmann Hollwegs an den deutschen Botschafter in Paris vom 31. Juli 1914 bekanntgegeben. Seit kurzem habe die französische Regierung Kenntnis von ihm. Wenn Frankreich beim Beginn des deutsch-russischen Krieges seine Neutralität erklärt haben würde, hätte Deutschland als Garantie die Auslieferung der Festungen Toul und Verdun gefordert. Die Tatsache des Geheimtelegramms wird zugegeben. Niemand im Auslande und im Deutschen Reiche aber traut Bethmann den Entschluß zu solcher starken Forderung zu. Also die „Militärkaste“, als deren heutiger oberster Vertreter Ludendorff jetzt die Giftgasoffensive will. Wer hat die Kenntnis des Geheimtelegramms der französischen Regierung in diesem Augenblick vermittelt? Wer stand und steht im Deutschen Reiche im Gegensatz zur „Militärkaste“? Wie laufen die Fäden? Wer reist mit Pässen ungehindert über die Grenzen? Es gab auch einen Botschafter des Deutschen Reiches zur Zeit des Kriegsbeginnes, der nach seiner Rückkehr in die deutschen Grenzen Schuld auf die Schultern der „Militärkaste“ laden wollte. Alles, was zum Schaden des Deutschen Reiches werden kann, alles, was eine brauchbare Waffe scheint in der Offensive gegen die deutsche Offensive, wird in das sogenannte neutrale und feindliche Ausland verhökert. Auch in Stockholm kann man in der Zeitung lesen, unter Berufung auf namhafte Autorität – Landesverräter –, ein wie gerüttelt Maß von Schuld die „Militärkaste“ trage. Damals, bei Kriegsbeginn, war sie verkörpert in dem Namen Moltke, heute in dem Namen Ludendorff. Der Großadmiral v. Tirpitz war auch ein Vertreter und verfügt als Führer der Vaterlandspartei noch heute über Einfluß. Her mit dem Giftpfeil!	

		Herr Dr. Struve schnellst ihn von der Sehne des Bogens. Aber wer gab ihm das Gift? Wer verfügt über geheimste Zahlen und ist gleichzeitig Gegner des Schöpfers der Flotte? Bethmann wußte sich mit allen Mitteln der Zensur vor Angriffen zu schützen. Sein Anhänger, Freund, noch im Amte, wie er im Frühjahr 1916 (nur um dieses und nicht das Frühjahr 1915 handelt es sich, Herr Dr. Struve, wie Sie wohl wissen, und irgendein Druckfehler gibt Ihnen nicht das moralische Recht. einen Verdienten mit Kot zu bewerfen) offener Gegner des Ubootkrieges, nachweislicher Anhänger bis heute nicht, Freund des Herren Benard [?], die Autorität des Fachmannes beanspruchend, sucht gleichfalls schützend Unterschlupf bei der Zensur. Ob es gelingt? Wichtiger noch scheint uns die Frage: Wer gab Herrn Struve das Gift für den Pfeil? Und diese Leute sprechen von Moral und Menschlichkeit, von Weltgewissen und Sittlichkeit. <u>Herr Dr. Struve und seine Hintermänner, die Leute mit den sonderbaren Zahlenkenntnissen, waren damals und sind heute Gegner des Ubootkrieges, weil ihre Weltanschauung den deutschen Sieg über England nicht verträgt, weil sie an die Weltmission des Anglo-Amerikanismus glauben und diesem Glauben den Sieg wünschen.</u> Die Offensive gegen die deutsche Offensive, der Kampf gegen die „Militärkaste“. Im Inlande und im Auslande man es erfährt. Geheime Staatsdepeschen und reichsgefährdende Schriftstücke von Diplomaten spielen in ihm eine Rolle. Es wird nicht nur von Ausländern geführt. Auch der Herr preußische Kultusminister sollte vorsichtig sein, wenn er Vertrauten Erzbergers einen Paß nach der Schweiz verschafft zur Teilnahme an „Kursen für Internierte in der Schweiz“. Wann je erhält ein als nationalgesinnt bekannter Mann einen Paß ins Ausland? Durch wen aber gelangen die landesgefährlichen Dinge über die Grenze, deren Veröffentlichung in Paris und Neuyork, in Bern und Stockholm ebenso zur Offensive gegen die deutsche Offensive gehört, wie der von besonderer Seite getränkte Giftpfeil des Herrn Dr. Struve?	
10. März 1918, Sonntag			
DZ-126	Blembem	Rudgard Kipling, der Indiendichter, ist einst von manchen Deutschen bis über den grünen Klee gepriesen worden. Das war in einer Zeit, deren sich unser Nationalstolz dereinst nur mit tiefer Beschämung erinnern wird, der Zeit würdelosen Liebeswerbens um Englands Gunst, bei dem wie bei anderen Vorgängen bis in die jüngste Zeit hinein nur ein kleines Häuflein übler Alldescher mit seinen Mitläufern mißvergnügt beiseite stand. Sie ist Deutschland nicht gut bekommen, das Blut Hunderttausender und aber Hunderttausender der Besten unter uns, das auf den Schlachtfeldern der letzten vier Jahre versickern mußte, zeugt davon! - An ihren Greuelthaten gemessen waren die Thugs gegenüber den Deutschen von heute harmlose Dilettanten. Und dann, sie raubten und mordeten wenigstens sozusagen ehrlich, aus ihrem Glauben heraus und ihrer Göttin zu Ehren! Wie damals die Engländer Indiens, sind jetzt die Mächte der Welt gezwungen worden, sich zu einem Amt zusammen zu tun, dem Unwesen der deutschen Thugs ein Ende zu machen. Es gibt noch immer Leute in England, die sich nur schwer klar machen können, daß der Hunne durch seinen Staat von Geburt auf dazu erzogen ist, Mord und Raub, verziert durch jegliche Form von Verrat und Verbrechen, die ein menschliches Hirn nur mühsam auszudenken vermag, als ein völlig berechtigtes Mittel zur Verwirklichung seiner nationalen Ziele zu betrachten - Die Kiplingsche Rede ist ungemein lehrreich. Sie tut an einem hervorragenden Beispiel klar, bis zu welcher Tollheit englischer Nationaldünkel sich versteigt, wenn er merkt, daß irgendwer auf Gottes schöner Welt das „fair play“, den selbständigen Platz an der Sonne für sich in Anspruch	

		nimmt, von dem England so gern spricht, den es aber niemand gönnt, wenn es ihn zufällig für sich selbst frei zu sehen wünscht.	
DTZ-127	Vorgänge 1916 Zu Beginn des Jahres 1916 fand man in der Tat die ganze Marine in der Ueberzeugung der Notwendigkeit sofortigen uneingeschränkten U-Boot-Krieges einig	Zu Beginn des Jahres 1916 fand man in der Tat die ganze Marine in der Ueberzeugung der Notwendigkeit sofortigen uneingeschränkten U-Boot-Krieges einig; für das Jahr 1916 gilt das gestern angeführte, vom Abgeordneten Dr. Struve fälschlich in das Jahr 1915 verlegte Wort des Großadmirals: die ganze Marine sei von der Notwendigkeit und Durchführbarkeit des U-Boot-Krieges bis zum letzten Matrosen überzeugt gewesen. Diese Einigkeit in der Ueberzeugung einschließlich der damaligen Obersten Heeresleitung datiert übrigens noch von Ende des Jahres 1915. - Es handelte sich, wie wir gesehen haben, um die vereinigte Autorität aller einschlägigen militärischen Stellen und eine ungemein bedeutenden Entscheidung. Im Widerspruche gegen diese gesamte militärische Autorität gelang es Herrn von Bethmann-Hollweg, mit seinen Gehilfen den U-Boot-Krieg zu verhindern. Wenn aber gerade angesichts dieser Lage Bethmann Hollweg, seine Gehilfen, Anhänger und führenden Ratgeber so sprachen, und heute der Abgeordnete Dr. Struve so spricht, als ob militärische Gründe für die erfolgreiche Verhinderung maßgebend gewesen wären, so kann das nur komisch wirken, so hoch wir die militärische Autorität Herrn von Bethmann Hollwegs und des Abgeordneten Dr. Struve auch einschätzen möchten, oder auch die des so außerordentlich hilfreichen Herrn von Kühlmann, welchen, nebst dem Grafen Brockdorff-Rantzau, Herr von Bethmann Hollweg mit Vorliebe als Kronzeugen dafür anführte, daß die Eröffnung des U-BootKrieges sowohl die Niederlande wie Dänemark sofort zur Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich veranlassen werde. - Die eigentlichen Gründe Bethmann Hollwegs für diese seine schwere Verfehlung gegen das Lebensinteresse des kämpfenden Deutschen Reiches waren neben seiner Unentschlossenheit, Verzagtheit und Unfähigkeit, zu leiten, die alte krankhafte Sehnsucht nach Verzicht und Verständigung mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten; ohne seine Kartenhäuschen konnte Herr von Bethmann Hollweg nicht existieren. - Herr von Bethmann-Hollweg und seine Gehilfen, seine Gefolgschaft und seine führenden Ratgeber haben den Kampf gegen den U-Boot-Krieg unentwegt fortgesetzt, Bethmann Hollweg bis zu seinem Rücktritte, alle anderen bis heute; wahrscheinlich arbeitet Herr von Bethmann Hollweg ebenfalls heute noch „nach besten Kräften“.	
DVB-10481	England will schon wieder räubern	London, 8. März. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Einer der erstaunlichsten Punkte des russisch-deutschen Vertrages ist der, der die Deutschen zu der vollständigen Organisation Spitzbergens in Uebereinstimmung mit den deutschen Vorschlägen ermächtigt. Die anderen Nationen werden zu diesem Punkte viel zu sagen haben, denn die Engländer, Amerikaner und Norweger haben dort große Interessen, und in der Tat, die englischen Anrechte übersteigen in Spitzbergen alle anderen Interessen zusammengekommen. (Natürlich, wo wäre das nicht der Fall! Die Schriftltg.) - Es sind wiederholt Vorschläge gemacht worden (Von wem? Die Schriftltg.), daß England von den Flächen Besitz ergreifen solle, die seine Staatsangehörigen benützt haben. Das würde die Sicherung von vier großen geschützten Häfen und mehreren Kohlen- und Mineralienlagern bedeuten. Sollte Deutschland eine Organisation des Landes beanspruchen, so würde dies eine unkluge Anmaßung bedeuten. (England maßt sich selbstverständlich nie etwas an! Die Schriftltg.)	
DVB-10481	Der französische Raubvertrag	Minister des Aeußern Pichon betonte, er sehe im Prinzip kein Hindernis zur Veröffentlichung des Vertrages, müsse aber um die nötige Zeit zur Prüfung dieser Frage ersuchen (Seit Ribot die Veröffentlichung versprochen hat, ist ein	

		gutes halbes Jahr verflossen! Die Schriftltg.), die er in bejahendem Sinne zu lösen wünsche. Man wird dann, fuhr der Minister fort, sehen, daß wir jederzeit alles getan haben, um den Frieden zu erhalten. Nicht für Rußland sind wir in den Krieg eingetreten, sondern für unsere Verteidigung. Man wird dann auch sehen, daß niemand eine persönliche Rolle außerhalb unserer Diplomatie gespielt hat. Das ist auch ein Märchen, das durch die Veröffentlichung zerstört werden würde.	
11. März 1918, Montag			
DTZ-128	Die Bedeutung der Vorbereitung	Nachdem im Februar 1915 jene „Kriegsgebietserklärung“ den U-Boot-Krieg eröffnet hatte, wurde – das ist hier während der letzten Jahre häufig dargestellt worden – ihre Durchführung unter dem amerikanischen Drucke sofort eingeschränkt: die neutrale Flagge dürfte unter keinen Umständen von den U-Booten angegriffen werden. Damit war dem Flaggenschwindel Großbritanniens und seiner Bundesgenossen Freibrief und sicheres Geleit gegeben, die Kriegsgebietserklärung selbst zur tauben Nuß geworden. Auf dieser Einschränkung und auf noch anderen, nicht aber darauf, daß die Zahl der U-Boote zu gering gewesen wäre, beruhten die verhältnismäßig geringen Ergebnisse. - Wie wir vorgestern ausführten, gibt es in Deutschland eine umfangreiche politische Kategorie, welche dauernd und steigend unter dem Drucke ihres bösen U-Boot-Kriegs-Gewissens – und zwar mit vollem Rechte – stand. Ihre Vertreter haben in der Tat allen Grund dazu, und in diesem Bewußtsein schon seit dem Jahre 1915 planmäßig in der Presse und außerhalb der Öffentlichkeit geschickt und konsequent gearbeitet, um der andern Seite die Schuld zuzuschieben. - Während der ersten Kriegsjahre mußte Großbritannien und mußten auch die Vereinigten Staaten die größten und mühevollsten Anstrengungen machen, um das zur Gesamtkriegführung, zumal auch für den Landkrieg, nötige Material, Geschütze, Munition usw., zu produzieren. Die Zahl der vorhandenen Fabriken, Werkzeugmaschinen und sonstigen Einrichtungen genügten nicht annähernd, dazu kam steigender Mangel an Personal für das Heer, für die Flotte und für die Fabriken. Gerade im Jahre 1915 konnte mithin für Bewaffnung und Munitionsausrüstung von Handelsdampfern gegen Boote, wenn überhaupt, nur in sehr geringem Maße die Rede sein, und das gleiche galt von den andern Angriffs- und Abwehrvorrichtungen. - Militärisch betrachtet und nicht minder unter einem richtigen politischen Gesichtspunkte, war äußerste Ausnutzung jenes Zustandes der Wehrlosigkeit der britischen Handelsflotte eine Selbstverständlichkeit und man kann nicht wissen, ob nicht dann gerade damals im Rahmen der gesamten Verhältnisse ein solcher Unterseehandelskrieg schnell durchschlagende Wirkung gehabt haben würde. Der U-Boots-Krieg damals hätte alle Vorteile einer unvermutet einetzenden, den Gegner unvorbereitet treffenden Kriegs-Handlung auf seiner Seite, wenn er uneingeschränkt geführt wurde.	
DTZ-128	Kriegsrede Clemenceaus	Clemenceau : Ich bin Chef einer republikanischen Regierung und werde jeden republikanischen Grundsatz verteidigen. Der erste Grundsatz ist der der Freiheit, der zweite der des Krieges und der, daß man dem Kriege alles opfern müsse, um den Triumph Frankreichs sicherzustellen. - Ein großes Volk des Orients, das in Jahrhunderten des Krieges erprobt ist, hat den Satz gefunden, daß derjenige Sieger ist, der eine Viertelstunde länger als der Gegner an seinen Sieg zu glauben vermag. Das ist auch mein Grundsatz. Ich bin mit dem Gedanken in die Regierung eingetreten, daß man die Moral des Landes stützen müsse. Meine ganze Politik geht nach einem Ziel hin: Aufrechterhaltung der Moral des Landes, die Aufrechterhaltung der französischen Moral in einer Krise, wie sie unser Land bisher noch nie gekannt hat. - Unser Ehrgeiz steht höher, er will die Moral des	

		französischen Volkes bewahren. Die Moral unseres Soldaten flößt allen Bewunderung ein. Wenn man zuweilen vom Feinde spricht, so machen sie eine Bewegung, als ob sie sagen wollten, die feindlichen Anstrengungen werden sich vor unserer Front erschöpfen. (Lebhafter Beifall.) Diese Stimmung muß aufrechterhalten werden. Man sagt, es tue uns ein möglichst baldiger Friede not. Ich wünsche den Frieden, ich würde ein Verbrecher sein, wenn ich anders dächte, aber durch <u>Blöken nach dem Frieden</u> bringt man den preußischen Militarismus nicht zum Schweigen.	
DTZ-128	Lord Cecil über die Ostfragen	Man hat keine richtige Vorstellung davon, wie furchtbar ernst die Durchdringung Rußlands durch Deutschland gemeint ist. Die öffentliche Aufmerksamkeit scheint hauptsächlich darauf gerichtet zu sein, ob Deutschland imstande ist, aus der Ukraine Lebensmittel zu bekommen oder nicht. Ich weiß nicht, ob es dazu imstande ein wird. Das ist es auch nicht, was Deutschland erstrebt. Seine Politik ist nichts weniger, als der riesenhafte Plan einer Welteroberung. Blicken wir auf die Karte, um zu sehen, was es bereits getan hat. Es hat die baltischen Provinzen fast bis nach Petersburg hinauf genommen. Was Finnland anbetrifft, so hat es Truppen nach den Aalandsinseln geschickt und mit den Finnen eine Art Abkommen getroffen, daß die auswärtige Politik Finnlands zu seiner Verfügung steht. Das gibt ihm tatsächlich die gesamten russischen Küsten an der Ostsee und läßt Rußland nur noch in Archangelsk und an der Murmanküste einen Zugang zum Meere. Das hat Deutschland tatsächlich ausgeführt. Sehen wir jetzt nach Süden. Deutschland hat Odessa besetzt oder ist wenigstens im Begriff, es zu besetzen, und gleichzeitig hat es auf der Rückgabe der Häfen im Osten und im Schwarzen Meere an die Türken bestanden. Deutschlands Absicht hierbei ist, die Bagdadeisenbahn durch eine neue Linie nach Osten über den Kaukasus und durch Nordpersien zu ersetzen, und hierbei hat es, bewußt oder unbewußt, den tätigen Beistand der örtlichen Bolschewiki gehabt. Auch die Armenier, erklärte Lord Robert Cecil, an denen England und Amerika das tiefste Interesse hätten, seien durch den deutschen Vertrag den Türken wieder ausgeliefert worden.	
DTZ-129	Der Ostfrieden und seine Verurteilung	Der französische Ministerpräsident Clemenceau, die großbritannischen Minister Bonar Law und Lord Cecil, der russische Vertreter zu Brest-Litowsk, die österreichisch-ungarische und die deutsche Sozialdemokratie, die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ – sind höchst unzufrieden mit dem Friedensverträge, welche der mitteleuropäisch-orientalische Vierbund mit der russischen Regierung geschlossen hat und mit den direkten und indirekten Ergebnissen dieses Friedensschlusses. Das ist die weltgeschichtliche und des Humors nicht entbehrende Tatsache der Gegenwart.	
DZ-127	Wohin lassen wir uns drängen? Ob es nicht gleichfalls ganz im Sinne der rachedürstenden sozialdemokratischen Hetzer wäre, wenn durch diesen Fall unsere innere Front eingeschlagen werden könnte? (Die Daimler Affäre)	Die achte Kriegsanleihe steht vor der Tür! Und ausgerechnet wenige Tage vorher läßt die Regierung es zu, daß die Sozialdemokratie aus Vorgängen bei einem industriellen Werk, das immerhin einigen, mit Geld nicht aufzuwiegenden, Verdienst um unsere Stellung im Weltkrieg hat, einen Skandal inszeniert. Wir fürchten den Handel nicht, aber desto mehr seine Folgen für unsere Kriegsfinanzierung, deren Tragweite und Gefährlichkeit von unserer Regierung unverständlicherweise nicht vorausgesehen zu werden scheint. Man versuche sich einmal klar zu machen, was geschehen kann, wenn der Fall Daimler in der sozialdemokratischen Art weiter ausgesponnen und ausgeschlachtet wird, wie das in diesen Tagen bereits vielverheißend geschehen ist. Die praktischen Weiterungen dürften für unsere neue Kriegsanleihe katastrophal sein. Ob ein solches Ergebnis nicht ganz im Sinne der sozialdemokratischen Führer liegen würde, nachdem der jüngste „Generalstreik“ so kläglich Schiffbruch erlitten hat? Ob es nicht gleichfalls ganz im Sinne der	

		rachedürstenden sozialdemokratischen Hetzer wäre, wenn durch diesen Fall unsere innere Front eingeschlagen werden könnte? - Werden die sozialdemokratischen Hetzer von derartigen Vorgängen in Mitleidenschaft gezogen, oder besitzen sie keine Kriegsanleihen, so daß sie auf Kosten ihrer Mitbürger sich solche Gewalttätigkeiten ruhig erlauben können? Wird auch bei der Industrie die Zeichnungsfreudigkeit durch Aufbauschungen und allgemeine Verdächtigungen erhöht? Wohin treiben wir, wenn die Regierung dem Drängen der sozialdemokratischen Demagogen nachgeben und unsere Kriegsindustrie unter Zwangsaufsicht stellen wollte? Glaubt sie dadurch die Unternehmungslust, die Leistungsfähigkeit, die Erzeugung zu fördern und die Kriegsanleihezeichnungen der Industrie zu befruchten? Wir glauben, daß bei einem solchen Vorgehen viel eher die von einem Sozialdemokraten erwähnten und auch wohl sehnlich erwünschten „russischen Zustände“ erreicht werden würden.	
DZ-128	Sonderbar, sehr sonderbar! [Wie kommen Regierungsinterna nach Amerika oder in die Hände des Franzosen Pichon?]	Die Regierung des Herrn von Bethmann hat also über Mittel und Wege verfügt, die Verbreitung von Schriften, welche sich ungünstig über die Politik des Herrn von Bethmann äußerten, ins Ausland zu verhindern. Die genannten Schriften beschäftigen sich nämlich alle mit der Politik des Herrn von Bethmann. Als solche Mittel kommen nicht etwa die unglaublichen Polizeischikanen in Betracht, mit denen Herr von Bethmann die wirklichen oder vermuteten Verfasser so freigebig bedachte. Denn wenn auch z. B. wegen des Junius alter über ein Jahr lang alle möglichen Gerichte Deutschlands in Atem gehalten, die Bahnen mit Polizeikommissionen von Berlin nach München, Homburg, Wiesbaden usw. belastet, Briefsperr verhängt, ganze Landhäuser vom Keller bis zum Speicher auf den Kopf gestellt und durchwühlt, die unschuldigsten Personen Leibesvisitationen unterzogen wurden, so geschah das immer doch erst nachher, nachdem die betreffenden Schriften längst in alle Welt hinausgeflattert waren. Aber über die Grenzen des Reichs kamen sie offenbar nie hinaus, wenigstens nie in unrechte Hände. Das ist deswegen sonderbar, weil es derselben Regierung so oft mißlang, wirkliche, allerdings nicht das Kanzlertum des Herrn von Bethmann, sondern nur Staatsinteressen gefährdende Geheimnisse vor dem Ausland verborgen zu halten. Man denke z. B. an den Fall Casement. Die deutsche Regierung behauptet zwar, die Sache sei durch Funde in Amerika ausgekommen. Aber woher wußten die Amerikaner immer so genau, wo sie etwas zu suchen hätten? Außerdem gerieten nicht nur die Schriftstücke, welche die vortrefflichen amerikanischen Vertreter des vortrefflichen Berliner diplomatischen Systems in ihren amtlichen Büros offen herumfahren ließen oder bei Schiffsreisen auf dem Leibe mit sich trugen, sondern auch Aktenstücke, die sie in Untergrundbahnen liegen ließen, mit auffälliger Sicherheit in die falschen Hände. - Die Bereitschaft, mit der Amerika auch in jedem neu austauschenden Fall, wie z. B. im Fall Bolo, wichtiges Geheimmaterial aus den Geheimarchiven deutscher Diplomaten zur Verfügung stellen kann, ist jedenfalls verblüffend. Um noch ein Beispiel aus dem Osten anzuführen: die „Neue Zürcher Zeitung“ war bereits Mitte Januar 1916 in der Lage, folgende Nachricht zu bringen: „Der Zürcher Korrespondent des „Secolo“ behauptet, von diplomatischer und zuverlässiger Seite eine sensationelle Nachricht über die Zukunft Polens erhalten zu haben. Sie besagt, Deutschland habe der Wiener Regierung die Absicht mitgeteilt, unverzüglich die Autonomie Polens zu verkünden - Es dauerte dann bis 5. November, bis die Autonomie wirklich ausgesprochen wurde. Wie durch eine vor Kurzem	

		durch die Zeitungen gegangene Nachricht erst jetzt allgemeiner bekannt wurde, sind Ludendorff und Hindenburg, die auch in Oesterreich starke Feinde haben, durch Aussichten auf ein allerdings nicht obligatorisch, sondern freiwillig aufzubringendes polnisches Heer für den Plan der Verkündung des Königreichs, der bei Bethmann längst feststand, gewonnen worden. Als sich dann die große Bethmannsche Tat als ein Fehlschlag erwies, wurde in einem ganz bestimmten, ebenso amerika- wie polenfreundlichen Kreise herumgeredet, an der ganzen polnischen Dummheit seien nur Ludendorff und Hindenburg schuld - Anlässlich der Elsaß-Lothringenfeier am 1. März d.J. teilte Pichon eine Weisung des Berliner Auswärtigen Amtes an den Botschafter von Schoen vom 31. Juli 1914 mit. Er nannte es „ein Aktenstück, das die deutsche Reichskanzlei, nachdem sie es verfaßt hatte, sorgfältig in dem tiefen Geheimnisse ihrer Archive verborgen hält. Wir kennen es erst seit kurzer Zeit. Es ist unbedingt echt und trägt die Unterschrift Bethmann Hollwegs, sowie das Datum des 31. Juli 1914“. Hier stimmt irgend etwas nicht. Die fast gleichzeitigen Erklärungen des „Figaro“ und des „Berliner Tageblatts“, die Dechiffrierung sei erst jetzt gelungen, ist unglaublich. Die Ausdrucksweise „verborgen hält“, die Betonung „es ist unbedingt echt“, die ausdrückliche Mitteilung „wir kennen es erst seit kurzem“ machen die Annahme, es handle sich wie bei den amerikanischen Dokumenten vielleicht um aufgefangene Drahtungen, sehr unwahrscheinlich; das Schriftstück muß auf anderem Wege, möglicherweise aus Deutschland nach Paris gekommen sein. In diesem Zusammenhang gehen dem Beobachter allerhand Gedanken durch den Kopf. - Tatsächlich haben auch die Erwiderungen auf die Struveschen Aufsätze, die von sehr gut unterrichteter Seite ausgingen, Zahlenangaben sorgfältig vermieden. Struve deutet das natürlich so, als ob man die Angaben nicht widerlegen könne; dieser Schuß ist aber durchaus unzulässig; denn schon unter Bethmann wurden der Regierung angenehme Angriffe von der Zensur häufig erlaubt, während die Verteidigung den Angegriffenen verboten wurde. Man glaube auch nicht etwa, das „Historische“ der Angaben sei der mildernde Umstand, alle die seinerzeit verbotenen Schriften, die schon 1915 abgeschlossen sind und nur öffentlich längst bekanntes Material verarbeiten, sind heute noch streng verboten, soweit sie sich mit der Politik des Herrn von Bethmann befassen. Die Politik des Herrn von Bethmann und die des Großadmirals Tirpitz werden also von der Zensur mit durchaus verschiedenem Maße gemessen. Weiter ist ein anderer Umstand sonderbar. Vor dem Erscheinen der Aufsätze Dr. Struves wurde in Berlin allgemein erzählt, man würde bald einen scharfen, mit ausgezeichneten Mitteln geführten und von wichtigen Stellen unterstützten Kampf gegen Tirpitz und die Vaterlandspartei erleben, und als die Aufsätze heraus waren, hieß es, das sei nur ein Anfang; Struve habe noch viel mehr Material, das der Verwertung harre. Es wäre entschieden von allgemeinem Interesse, zu erfahren, woher Dr. Struve dieses Material hat und wer hinter ihm steht - In Berlin wurde Ende Januar zur Erklärung einiger eigentümlicher Erscheinungen in unserer Bundespolitik das Gerücht herumgetragen, wir befänden uns in einer schwierigen Lage; gewisse Leute wüßten Dinge über den Beginn des Krieges, die bei richtiger Verwendung hohen Militärs unangenehm werden könnten. Wer sie kannte, wurde durch dieses Gerede an Ansichten erinnert, die eine zu Beginn des Krieges in sehr wichtiger Stellung befindliche hohe Persönlichkeit, die auch gelegentlich im „Berliner Tageblatt“ schreibt, in einer Denkschrift niedergelegt hat.	
--	--	---	--

DZ-128	Der Bankrottfrieden. von Dr. Paul Franz [Dann würden die Sozialdemokraten den Thron beseitigen und zur Herrschaft kommen. So stellt sich der deutsche Bankrottfrieden als der englische Sieg dar!]	Es kann kein besseres Mittel geben als den Verzichtsfrieden um die deutsche Wirtschaft mehr noch als bisher und endgültig zum Hörigen der Großbanken zu machen. Das politische Geschäft aber macht dabei die Sozialdemokratie. Das gesteht sie heute selber zu, und das liegt so auf der Hand - Es ist bemerkenswert, daß bei gewissen Staatsmännern und Parlamentariern dieser Optimismus in dem selben Maße wächst, in dem die Nöte des Krieges, die Entkräftung unserer Wirtschaft und der sich vor uns aufbauende Turm der uns erwartenden Lasten wachsen, zugleich aber in dem Maße, in dem die bedenkenlose Unterwürfigkeit der Reichspolitik unter das sozialistische Dogma sich steigert. - Gegenüber der harten Tatsache, daß wir nach Friedensschluß vor einer ausgelaugten Wirtschaft und einem ungeheuren wirtschaftlichen und blutigen Aderlaß stehen, daß wir entweder sofort bares Kapital oder neue große Wirtschaftswerte brauchen und daß uns sonst die Lasten im Falle eines Verzichtsfriedens auf Nimmerwiederaufstehen erdrücken, sind Redensarten wie die: „Nach dem Kriege wird unsere Industrie mächtig verdienen“, „Wir kommen schon wieder hoch“, „Unsere Arbeitskraft und Tüchtigkeit hilft uns über alles hinweg“ u. s. w. entweder anmaßender Hohn oder unerhörte Leichtfertigkeit. Die Uebernahme sämtlicher Kriegskosten auf unsere eigenen Schultern bedeutet nicht nur unseren wirtschaftlichen und außerpolitischen, sondern auch unseren innerpolitischen Zusammenbruch, sie bedeutet unserer Auffassung nach schlechthin: <u>Die Revolution....</u> - <u>Ohne Kriegskostenentschädigung in irgend welcher Gestalt gehen wir zugrunde.</u> Der „Verzichtsfrieden“ ist der wirtschaftliche und politische Bankrottfrieden. Harold Begbie empfiehlt deshalb seinen Landsleuten den deutschen Verzichtsfrieden mit gutem Grunde. In seiner Arbeit „The vindication of Greater Britain“ sagt er, man solle den Deutschen ruhig ihr Gebiet lassen, denn der Zusammenbruch würde ohne weiteres eintreten: „Deutschlands Außenhandel und Valuta wäre dann nicht der Rede wert, über Rohmaterialien würde es nicht verfügen und die unmittelbare Folge wäre der Bankrott. <u>Die größte Not und Verzweiflung würde im ganzen Deutschen Reiche herrschen.</u>“ <u>Dann würden die Sozialdemokraten den Thron beseitigen und zur Herrschaft kommen. So stellt sich der deutsche Bankrottfrieden als der englische Sieg dar!</u>	
12. März 1918, Dienstag			
NAZ-131	Die erste Anwendung der Giftgase	Da die Engländer es übernommen haben, die Franzosen herauszuheulen, so mag daran erinnert sein, daß der Gedanke, erstickende Gase als Angriffsmittel zu benutzen, von dem englischen Admiral Dundobald schon 1812 gefaßt wurde, und daß die Engländer von dieser Waffe im Burenkriege ausgiebigen Gebrauch machten. Dementsprechend hat Großbritannien gegen den Haager Vorschlag des Verbots von Giftgasen und Dum-Dumgeschossen opponiert und ihn zu Fall gebracht. - Daß aber die Entente im Frühjahr 1915 noch vor den Deutschen Gasangriffe machte, geht daraus hervor, daß der deutsche Heeresbericht vom 1. März ab feindliche Giftangriffe mit Artilleriegeschossen und Handgranaten melden konnte, während die französischen und englischen Heeresberichte einen deutschen Gasangriff erst am 24. April 1915 Feststellten.	
DVB-10483	Gegen die Kleinmütigen [zum deutsch-russischen Friedensschluß: Liegt nicht gerade in diesem furchtbaren Zusammenbruche Rußlands, in dem vollkommenen Siege Deutschlands eine neue	Zum Friedensschlusse mit Großrußland schreibt das sozialdemokratische „Hamburger Echo“: „Liegt nicht gerade in diesem furchtbaren Zusammenbruche Rußlands, in dem vollkommenen Siege Deutschlands eine neue Gefahr, eine neue Bedrohung der anderen Völker und damit des künftigen Weltfriedens? So hören wir die allezeit Aengstlichen, die stets Bedenklichen, die Neunmalklugen fragen. Und	

	Gefahr, eine neue Bedrohung der anderen Völker und damit des künftigen Weltfriedens? – soz. dem. Hamburger Echo]	sonderbarerweise sind es unter anderen auch deutsche Sozialdemokraten, die so fragen. Da fällt uns zur Antwort nichts Besseres ein als das treffliche Wort, das ein gewisser Karl Marx, der auch deutscher Sozialdemokrat war, vor 55 Jahren an seinen Freund Friedrich Engels schrieb: „Es ist die alte deutsche Dummheit, auf dem Welttheater nicht geltend zu machen, was es leistet.“	
DTZ-130	Das amerikanische Belgien Die kurz vor dem Kriege stattgefundenen gemeinsame Generalstabsreise hoher englischer und französischer Offiziere an der französisch-belgischen Grenze zeigte deutlich, wo für uns die Gefahr lag.	 eine Besetzung Mexikos durch eine mit der Union im Kriege befindliche europäische oder asiatische Macht (die Spitze gegen Japan ist deutlich genug!) unbedingt verhindert werden müßte und daß vor allem beim ersten Anzeichen eines möglichen Konfliktes die mexikanischen Seehäfen besetzt werden müßten! Denn die Neutralität Mexikos müsse in einem solchen Falle der Sicherheit und Unverletzlichkeit einer großen und volkreichen Nation geopfert werden müssen. - Wenn also Amerika selbst für eine nur mögliche, keineswegs die Landesgrenze unmittelbar bedrohende Gefahr sich das Notrecht auf die Verletzung der Neutralität Mexikos zuschreibt, – in wieviel höherem Maße hatten wir dann dieses Notrecht gegenüber Belgien? Deutschland stand zu Kriegsbeginn vor einer ungeheuren Gefahr; schon die Anlage des französischen Aufmarsches wies die Richtung, aus der diese Gefahr drohte: Belgien! Je eine französische Armee bildete sich gegen das Elsaß und Lothringen, drei französische Armeen wurden im Raume von Chalons und östlich davon bereitgestellt. Schon deren Front wies den zu nehmenden Weg durch Luxemburg und Belgien. Die geplante Landung der englischen Expeditionsarmee bei Antwerpen sollte dann die Verbindung mit diesen französischen Kräften in Belgien herstellen. Die kurz vor dem Kriege stattgefundenen gemeinsamen Generalstabsreise hoher englischer und französischer Offiziere an der französisch-belgischen Grenze zeigte deutlich, wo für uns die Gefahr lag. Die belgischen Festungen – die Maaslinie – sollte diesen geplanten Aufmarsch decken und Zeit gewinnen helfen, bis nach dessen Vollendung die feindlichen Armeen unter dem Schutz dieser Festungslinie in breiter Front ins deutsche Niederrheingebiet einfallen konnten.	
DTZ-131	Aegypten und die britischen Nerven	Bonar Law: „England kann offenbar Aegypten nicht aufgeben, außer, wenn das Britische Reich völlig besiegt wäre.“ - Wir haben freilich nie daran gezweifelt, daß ein Sieg nötig wäre, um Großbritannien zur Aufgabe Aegyptens zu bewegen, welches ihm nicht gehört, und das es durch eine lange Reihe von Vertragsbrüchen, Wortbrüchen, Verbrechen und Vergewaltigungen aller Art in seine Gewalt gebracht hat und seit hält. Immerhin verdient festgestellt zu werden, daß die britische Regierung, welche früher das Behalten Aegyptens als eine ebensolche Selbstverständlichkeit ansah wie das tägliche Aufgehen der Sonne, jetzt ausdrücklich versichert: Nur ein besiegtes Großbritannien werde Aegypten aufgeben. Es gibt in Deutschland und auch in Oesterreich-Ungarn Richtungen, die starkes Interesse am Glaubhaftmachen der Behauptung zeigen: Durch eine spätere „Gemeinschaft der Nationen“ könne Aegypten mit dem Suezkanal neutralisiert werden und den Aegyptern das Recht der Selbstbestimmung zugestanden werden. Wir registrieren diese Bestrebungen nur, denn was sie behaupten, ist Unsinn. Und was im besonderen eine Neutralisierung des Suezkanals anlangt, so ist sie nur möglich, nachdem Großbritannien Aegypten hat aufgeben müssen. Ohne Freiheit des Suezkanals gibt es aber auch keine „Freiheit der Meere“. - Mit anderen Worten und klar ausgedrückt, soll also der englische Vormarsch nach Palästina hinein einen neuen Schritt zur Verwirklichung des „Landweges nach Indien“ bilden. Alle weiteren Schritte würden über die Leiche des Türkischen Reiches gehen.	
NAZ-131	Eine Erklärung der Daimlerwerke	Die Drohung einer Einstellung des Betriebes ist	

	[zur (SPD) Daimler Affäre]	von der Firma niemals gegen die Heeresverwaltung, erhoben worden. Lediglich im Zusammenhang mit einer unter dem 12. Februar 1918 ausgesprochenen Bitte um Preisrevision ist darauf hingewiesen worden, daß eine eventuelle Aufhebung der unrationellen Nachtschicht eines kleinen Teiles der Belegschaft in Erwägung zu ziehen sei. Diese Erklärung ist zudem einige Tage später ausdrücklich zurückgenommen worden, und zwar vor den Reichstagsverhandlungen. Von einer Preiserhöhung um 50 Prozent war überhaupt nie die Rede, sondern es ist um eine Revision, der Preise gebeten und hierbei eine Erhöhung um 10 Prozent vorgeschlagen worden, die aber nicht bewilligt worden ist. - Es war bisher nicht üblich, Geschäfts- und Fabrikationseinzelheiten lediglich auf die einseitigen Behauptungen eines entlassenen Unterbeamten hin zur Grundlage einer öffentlichen Aburteilung zu machen und der Angeschuldigten keinerlei Gehör vor einer Verurteilung zu gewähren. Die übereilte Kritik und Behandlungsweise, unter der wir zu leiden haben, nötigt uns zu diesem Protest.	
13. März 1918, Mittwoch			
DT-132	Wilson an den Sowjetkongreß	Ich möchte die Gelegenheit des Zusammentritts des Kongresses der Sowjets ergreifen, um die aufrichtige Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten in dem Augenblick auszusprechen, wo die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und um seine Erfolge zu bringen sowie die Wünsche Deutschlands an stelle der Ziele des russischen Volkes zu setzen. Unglücklicherweise ist die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt nicht in der Lage, unmittelbar wirksame Hilfe zu leihen; aber sie würde es wünschen, diese Hilfe zu erweisen. - Das Volk der Vereinigten Staaten nimmt mit ganzem Herzen an dem Versuche des russischen Volkes teil, sich von jeder alten autokratischen Regierung zu befreien und Herr seines eigenen Lebens zu werden.	
VOS-132	Die Feinde Clemenceaus (nach Clemenceaus Rede)	Es folgte die Rede Clemenceaus, die neben dem heroischen Aufrufe zum Verzweiflungskampfe scharfe und mit Spott gespickte Ausfälle gegen die Sozialisten enthielt. Clemenceau wurde von den sozialistischen Bänken unaufhörlich mit gewaltigem Lärm unterbrochen. Nach Schluß seiner Rede erklärt Renaudel, Clemenceau habe die alten Weisen abgespielt. Mit Phrasen wie „Rußland hat uns verraten, aber ich führe den Krieg fort“, komme man nicht weiter.	
VOS-132	Wenn Lloyd Georg zurücktreten würde, würde auch Clemenceau gehen	In einer Pariser Nachricht des „Baseler Anzeiger“ wird bestätigt, daß das Kabinett Clemenceau im Falle des Sturzes des Kabinetts Lloyd George seinerseits mit seinem Rücktritt gedroht hat. Dies sei der Grund, weshalb das Kabinett Lloyd George trotz der starken Gegnerschaft, die es besitze, vorläufig nicht fallen könne. Lloyd George schwimme völlig im Fahrwasser Clemenceaus, und ein Regierungswechsel in England würde einen solchen in Frankreich nach sich ziehen.	
VOS-132	Unabhängige Tagespresse gegen „Norddeutsche“	Ferner empfehle es sich, Aufklärungen zu erbitten, in welchem Umfang die „Norddeutsche Allgemeine“ materielle oder ideelle Vorteile von amtlichen Stellen zugesichert erhielt und inwieweit durch die Zusicherung von Monopolen eine Schädigung der unabhängigen Tagespresse zu gewärtigen ist.	
14. März 1918, Donnerstag			
FDB-70	Eine Erklärung Pichons	Die Entente könne ein vergrößertes, bis nach Asien übergreifendes Mitteleuropa auf keinen Fall dulden. Die Verschiebung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in Osteuropa müsse durch die allgemeine Friedenskonferenz revidiert werden. Trotz des Zusammenbruches Rußlands bestünde doch die Möglichkeit, aus den gesund gebliebenen russischen Elementen mit Hilfe Japans einen Kern zu bilden, von dem	

		die Wiederkehr der Ordnung ausgehen könne.	
DT-134	Minister Sydow über Englands Kriegsziele England hat den Krieg von Anfang an so geführt, um den deutschen Handel und die deutsche Industrie zu vernichten.	Wir befinden uns in diesem Kriege auch wirtschaftlich in der Defensive. Der Krieg ist uns durch die Einkreisungspolitik der Entente im wesentlichen zu wirtschaftlichen Zwecken aufgenötigt worden. England hat den Krieg von Anfang an so geführt, um den deutschen Handel und die deutsche Industrie zu vernichten. Daß beweist die Beschlagnahme der deutschen Vermögen in England, die Ausdehnung der Bannware auf alles deutsche Gut von einigem Wert, die Unterdrückung der deutschen Geschäfte in den Kolonien, alles Maßnahmen, denen wir nur langsam und widerwillig zur Vergeltung gefolgt sind. - Wer sich durch freundliche Worte von jenseits des Kanals einschläfern lassen wollte, den mache ich darauf aufmerksam, daß Ende Januar das englische Parlament ein Gesetz gegen den Handel mit Metallen außer Eisen angenommen hat, daß sich direkt gegen den deutschen Handel nach dem Kriege richtet. Dieser Handel wird nämlich auf die Dauer von fünf Jahren nach dem Krieg von einer Genehmigung der englischen Regierung abhängig gemacht, die an Angehörige feindlicher und feindlich gewesener Staaten nicht erteilt werden darf. Das ist ein Zeichen, wie zielbewußt auch nach dem Kriege England an der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands festzuhalten gewillt ist.	
DT-135	Ein Gewaltschritt der Entente gegen Holland – Auslieferung der Handelsflotte verlangt Achttägiges Ultimatum – Drohung mit der Getreidesperre	daß der englische Gesandte im Haag im Namen der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten, von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffsraumes gegen entsprechende Frachtraten und den Ersatz der torpedierten Schiffe nach dem Kriege für Fahrten auch innerhalb des Sperrgebietes verlangt hat. Der holländischen Regierung wurde für ihre Antwort eine Frist von acht Tagen eingeräumt. Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht nachgekommen werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert werden. - das holländische Volk der Schar der kleinen Völker eingereiht werden soll, die auf das Schamloseste vom Völkerband – wohl bemerkt: unter tätiger Mithilfe des idealistischen Herrn Wilson – vergewaltigt werden. Trotz allem, was Griechenland hat erliden müssen, ist eine derart skrupellose Gewaltpolitik gegenüber einem schwachen Neutralen wohl noch nicht dagewesen; eine Gewaltpolitik, die um so rücksichtsloser ist, als der Völkerband weiß, daß er Holland in keiner Weise vor den deutschen Gegenmaßnahmen zu schützen vermag, weder wirtschaftlich noch militärisch, die die unmittelbare Folge einer Annahme jenes Ultimatums durch Holland sein müssen.	
NAZ-135	Rußlands Blutzins für Frankreich [Frankreich mangelt es an Soldaten]	Durch einen jetzt von den Maximalisten veröffentlichten Geheimbericht über diese Unterredung, der an den Kriegsminister gerichtet ist, wird der schon 1915 auf Frankreich lastende Menschenmangel grell beleuchtet. In dem Geheimdokument wird u. a. berichtet: Die Franzosen weisen auf ihren furchtbaren Verlust an Leuten von durchschnittlich 140.000 Mann im Monat hin sowie auf die beschränkte Menge des Menschenmaterials in Frankreich, welches schon 15% seiner ganzen Bevölkerung unter die Fahnen gerufen hat, und auf die verhängnisvolle Bedeutung eines Durchbruchs der französischen Linie, die sich so nahe dem Herzen Frankreichs befindet, nicht nur für Frankreich selbst, sondern auch für den Völkerband, wenn den Deutschen es gelingen würde, einen solchen Durchbruch zu bewirken. Zur Abwendung dieses Durchbruchs ist bei den Franzosen alles vorhanden außer einer vollkommen sicheren Anzahl Leute, derentwegen sie sich an ihre Verbündeten wenden. - Doumergue bat um monatliche Sendung von 40 000 Mann	

VOS-135	Poincare und die Schuld am Kriege – Neue belgische Geheimdokumente	- siehe u. TR-135 – „Die Mitschuld Frankreichs“	
TR-135	Die Mitschuld Frankreichs [Bericht des belgischen Botschafters in Berlin vom 4. April 1914 und 24. Juni 1914: Man sagte dort, die Armee sei bereit, ins Feld zu ziehen, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen]	Am 4. April 1914 berichtete der belgische Gesandte in Berlin u. a.: Die japanische Militärmission, die, nachdem sie einige Zeit in Rußland gewesen war, jetzt nach Deutschland gekommen ist, ist betroffen von den deutsch-feindlichen Gefühlen, von denen heute die russischen Offiziere beseelt sind. In den Offizierskasinos haben die Japaner offen von einem nah bevorstehenden Krieg gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland sprechen hören. Man sagte dort, die Armee sei bereit, ins Feld zu ziehen, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen.... - Noch kennzeichnender für die französischen Einflüsse auf die russischen Kriegsrüstungen ist der folgende Auszug aus einem belgischen Gesandtschaftsbericht, datiert aus Paris unter dem 24. Juni 1914: Frankreich und Rußland spielen in der Tat in diesem Augenblick ein sehr gefährliches Spiel. Sie treiben sich wechselseitig weiter auf der Straße übertriebener Rüstungen und geben sich, besonders Rußland, einer Täuschung hin, die die verhängnisvollsten Folgen haben könnte. Es ist unbestreitbar, daß die militärischen Vorbereitungen des russischen Reiches außerordentlich sind.... - Noch zweifelt niemand an dem friedlichen Willen Kaiser Wilhelms; aber wie lange kann man noch auf diese Geistesverfassung rechnen, angesichts der drohenden Schritte Frankreichs und Rußlands und der Wirkungen, die sie auf die chauvinistischen Gemüter ausüben?	
NAZ-134	Die Mitschuld Frankreichs	Zunächst hatte man es sich bequem gemacht und dreist behauptet, Deutschland sei über Frankreich hergefallen, und da habe man sich seiner Haut wehren müssen. Als diese Darstellung rasch widerlegt und nicht mehr zu halten war, spielte man die Rolle des treu verpflichteten Bundesgenossen. Nicht mehr Frankreich, aber Rußland war es, das von den deutschen Heeren überwältigt werden sollte, und der Nation, deren innerliches Wesen die Ritterlichkeit ausmache, sei nichts anderes übrig geblieben, als dem bedrohten Alliierten beizuspringen. Nachdem die Russen selbst diesem Märchen den Garaus gemacht und nachdem die Friedensschlüsse im Osten der französischen Kriegspolitik diesen Boden entzogen haben, müssen die Diplomaten an der Seine zu einer dritten Methode greifen. - Die japanische Militärmission, die, nachdem sie einige Zeit in Rußland gewesen war, jetzt nach Deutschland gekommen ist, ist betroffen von den deutsch-feindlichen Gefühlen, von denen heute die russischen Offiziere beseelt sind. In den Offizierskasinos haben die Japaner offen von einem nah bevorstehenden Krieg gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland sprechen hören. Man sagte dort, die Armee sei bereit, ins Feld zu ziehen, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen. Diese feindliche Gesinnung der russischen Offiziere gegen ihre deutschen Nachbarn, mit denen sie seit hundertundfünfzig Jahren im Frieden leben, und diese Ausbrüche kriegerischer Stimmung haben den Japanern den Eindruck gemacht, daß ihre Gastgeber jetzt, wo sie sich stark und zum Kampfe bereit fühlen, ihren wahren Seelenzustand erkennen lassen, und daß man darin nur Haß gegen Deutschland liest. - Auszug aus einem belgischen Gesandtschaftsbericht, datiert aus Paris unter dem 24. Juni 1914: Frankreich und Rußland spielen in der Tat in diesem Augenblick ein sehr gefährliches Spiel. Sie treiben sich wechselseitig weiter auf der Straße übertriebener Rüstungen und geben sich, besonders Rußland, einer Täuschung hin, die die verhängnisvollsten Folgen haben könnte. Es ist unbestreitbar, daß die militärischen Vorbereitungen des russischen Reiches außerordentlich sind. Seine Armee wird ungeheuer sein, aber es	

		überschreitet alle Grenzen der Wirklichkeit, wenn man beteuert, sie sei heute zu einem großen Kriege bereit.	
TR-135	Englands höchste Not [Holland soll seinen Schiffsraum den Alliierten übergeben]	der englische Gesandte im Haag im Namen der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffsraumes gegen entsprechende Frachtraten und den Ersatz der torpedierten Schiffe nach dem Kriege für Fahrten auch innerhalb des Sperrgebietes verlangt hat. Der holländischen Regierung wurde für ihre Antwort eine Frist von acht Tagen eingeräumt. Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht nachgekommen werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert werden. - Die jetzigen Vorgänge könnten den Holländern vor Augen führen, daß der deutsche Sieg sie vor noch Schlimmerem bewahrt hat, daß die in Holland bis heutigen Tags unliebsam empfundene deutsche Besetzung Belgiens, die Besetzung Antwerpens die von der Entente sonst erzwungene Oeffnung der Schelde verhindert hat, wie überhaupt die Verwandlung Hollands zum Kriegsschauplatz. Will Holland in Zukunft seine Stellung auf dem Festland unter den Kolonialmächten behalten, dann kann es nur den Sieg Deutschlands und unsere Erstarkung wünschen, weil andernfalls, namentlich wenn wir gezwungen wären, Belgien preiszugeben, England und Frankreich in Belgien schrankenlos herrschen und Holland jederzeit unter ihre Herrschaft bringen könnten.	
TR-134	Wiener pazifistische Hetze gegen Deutschland	In Wien erscheint seit kurzem ein Wochenblatt, „Der Friede“ genannt, das Dr. Benno Karpeles herausgibt und leitet. Es ist ein pazifistisches Blatt, hinter dem ein reicher Mann steckt, der Kaffeegroßkaufmann Julius Meinl, der mit dem in der Schweiz gegen Deutschland wühlenden Pazifisten Dr. Fried und mit dem Herrenhausmitgliede Hofrat Dr. Lammasch in Verbindung steht, der jüngst im Herrenhause gegen Deutschland sprach. - von der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Aufsatzes verteilen, in dem gegen Deutschland und gegen die Teilnahme Oesterreich-Ungarns an dem Vormarsche in die Ukraine Stimmung gemacht wurde. In dem Aufsatz heißt es u. a.: Darüber sind neunzig von hundert Menschen in Oesterreich ohne Unterschied der Nation und Klasse einig: Deutschlands neuer Krieg gegen Rußland ist nicht unser Krieg und soll nicht zu unserem Kriege werden. Das sind die Quellen, aus denen die Entente immer wieder die Hoffnung schöpfte und weiterhin schöpft, Oesterreich werde vom Bündnis abfallen und man werde dann Deutschland niederschlagen können. Das sind die eigentlichen Kriegsverlängerer!	
TR-135	Wiener Pazifismus [Lammaschs Anti-Bündnis-Politik]	Es ist bezeichnend, daß der geistige Mittelpunkt dieses Kreises der durch sein deutschfeindliches Treiben berühmte, in München aber trotz aller Landtagsinterpellationen und Universitätskundgebungen noch immer geduldete Professor Förster wurde. Förster trug seine Ideen über die Organisation des völkerbindenden Pazifismus und die Sprengung des deutsch-österreichischen Bündnisses in dieser Gesellschaft vor und versuchte durch die Unterstützung von Lammasch mit seinen Ansichten den höchsten und maßgebendsten Kreisen Boden zu gewinnen. Eine durch Lammasch nachgesuchte Audienz für Förster bei Kaiser Karl erwies sich als undurchführbar. Da wurde die Angelegenheit denn in einer Denkschrift niedergelegt, die durch den Kanzleidirektor v. Polzer, über dessen Hofintrigen halb Oesterreich sich empörte, Kaiser Karl persönlich überreicht wurde. Graf Czernin, der für derartige außenpolitische Fragen Verantwortliche, erfuhr erst durch den Mund des Monarchen von dem Vorhandensein dieser Hetzschrift. Der Inhalt dieser Denkschrift ist für den	

		österreichischen Pazifismus höchst charakteristisch. Er richtet sich natürlich gegen die Bündnispolitik und liebäugelt mit Herrn Wilson und der Entente. Die mitteleuropäischen Zukunftspläne, die Aufrichtung eines festen wirtschaftlichen und politischen Bundes in der Mitte des kontinentalen Europas sei der Entente ein Dorn im Auge und bilde das stärkste Friedenshindernis.	
TR-135	Haase in England und Frankreich (Reaktionen der Alliierten auf Haases Rede vor dem Reichstag am 27. Februar 1918 – siehe o. Mittwoch, 27. Februar)	Die gesamte französische und englische Presse schlachtet mit großer Ausführlichkeit die Reichstagsrede des Abg. Haase, die in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 28. Februar erschien, aus	
DZ-134	Abrechnung mit Erzberger	Die Schrift begleitet Erzberger auf allen seinen Wegen und Wandlungen, vom Beginn seines Daseins an, das in Buttenhausen anhebt, „einer kleinen jüdischen Viehhändlerkonklave im schwäbischsten Schwaben“. Sie skizziert die Vorgeschichte dieses ersten Hauptexemplars „merkwürdiger Zeitgenossen“ und beleuchtet dann seine erste Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter, wobei seinem wiederholten Auftreten als Zeuge vor Gericht besondere Sorgfalt gewidmet wird. - „Man sollte glauben, solche moralische Hinrichtung und Selbststrangulierung, wie diese beiden gerichtsnotorischen Tatsachen von dem nichtgeschworenen und dem geschworenen Eide Ehren-Erzbergers müßte ihn auf der Bühne der Öffentlichkeit unmöglich machen. Aber das politische Treiben folgt anderen Gesetzen als die sittliche Welt. In ihm entscheidet alles die dicke Haut, Herr Erzberger aber ist ohne Zweifel einer der allerdickhäutigsten Dickhäuter deutscher Nation. Ein Erzberger ist nicht zu beschämen. Aber man sollte glauben, viele von denen, die Herr Erzberger immer noch für eine berechnete Größe in unserem öffentlichen Leben halten, müßten ob dieses Wahnes zu beschämen sein durch solche Nebeneinanderstellungen einfacher Tatsachen, durch solche Erinnerungen an die Wertung eines Erzbergerschen Eides durch ein gewissenhaftes Gericht, an seine eideserhärtete moralische Selbsthinrichtung, an seinen fetten Pfündenbezug bei einer Industrie, die ihre Interessen durch ihn gefördert fand, an die schlagende Selbstwiderlegung dessen, was er heute als sittliche Forderung vertritt, durch seine eigenen früheren Reden, an die immer wieder erfolgten heillosen Bloßstellungen seines politischen und moralischen Charakters, an die vielfachen Abschüttelungen durch seine eigene Partei.“	
15. März 1918, Freitag			
VOS-137	Das Gleichgewicht der Mächte – England und Friedrich der Große [Verhalten Englands seinem damaligen Verbündeten Preußen gegenüber]	Herr Balfour hat in seiner Antwort auf die Rede des Grafen Hertling dessen Behauptung, für England sei das Gleichgewicht der Mächte nur ein anderer Ausdruck für Englands Herrschaft gewesen, als geschichtswidrig bezeichnet. „Weil wir für das Gleichgewicht der Mächte kämpften, haben wir Friedrich den Großen und den damaligen preußischen Staat vor der Vernichtung bewahrt.“ Ebenso habe England Preußen ermöglicht, seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen, aus der es die triumphierenden Heere Napoleons verdrängt hatten. „Es steht einem deutschen Staatsmann übel an, wenn er auf die Vergangenheit zurückblickt, England und seine Bemühungen um das Gleichgewicht der Mächte falsch darzustellen oder die Dankbarkeit außer acht zu lassen, die Deutschland England für diese Bemühungen schuldet.“ - England hat allerdings am 16. Januar 1756 mit Preußen ein Bündnis geschlossen, aber nicht um Preußen und das Gleichgewicht der Mächte zu schützen, sondern um sich der preußischen Heeresmacht in dem von England geplanten neuen Krieg gegen Frankreich zu bedienen. Frankreich war dazumal noch mächtig zur See und reich an Kolonien und galt darum England als Erbfeind. - Und 1752 an den Herzog von Mirepoix: „In London führen nur die Kaufleute Krieg, und sie lassen ihn erklären, wenn es ihnen gefällt... Es scheint, als ob sie gern Krieg	

		haben wollten, sie wissen nur nicht, wo sie einen scheinbaren Vorwand dazu hernehmen sollen. Aber das wahre und größte Verbrechen, dessen sich Frankreich, in ihren Augen schuldig gemacht hat, besteht darin, daß es seine Seemacht wiederherstellt.“ - Die englische Absicht bei diesem Vertrag [mit Preußen] ist ganz unzweideutig. Friedrich sollte den französischen Angriff auf Hannover abwehren und Frankreich zu Lande so schädigen, wie England das zu Wasser und über See besorgen wollte. Nichts lag den britischen Staatsmännern ferner, als Preußen einen Dienst zu leisten und Friedrich gegen eine übermächtige Koalition zu schützen. Es gab damals noch gar keine Koalition gegen Preußen. Erst nachdem der Westminstervertrag vom 18. Jan. 1756 geschlossen worden war, traten Frankreich und Oesterreich über Gegenmaßregeln in Verhandlungen und einigten sich im Abkommen vom 1. Mai 1756. Der große Krieg hatte seinen Ursprung in Englands Wunsch, sich der französischen Nebenbuhlerschaft in der Seegeltung und in der Kolonialherrschaft zu entledigen. - Aus allen diesen Zeugnissen Friedrichs des Großen und den Tatsachen, die ihnen zugrunde liegen, geht hervor, daß er ganz und gar nicht glaubte oder Anlaß zu glauben hatte, England habe im Siebenjährigen Krieg Preußen und das „bedrohte Gleichgewicht der Mächte“ gerettet. Im Gegenteil Preußens Hilfe hat England den größten und wertvollsten Teil der französischen Kolonien, namentlich in Amerika und die Vorherrschaft in Ostindien eingebracht, während Preußen zwar unbesiegt, aber arg geschwächt und verschuldet und ohne jeden Gewinn aus dem Krieg hervorging. Wenn aber Herr Balfour meinen sollte, Friedrich der Große sei kein klassischer Zeuge, so mag er bei seinem Landsmann Thomas Carlyle nachschlagen; da wird er finden, daß Bute an Kaunitz schrieb: „Sofort Frieden, und wir wollen dafür stimmen, daß ihr Schlesien behaltet und in London dem Gesandten Rußlands sagte: „Der zarischen Majestät soll Ostpreußen garantiert werden, wenn sie darauf bestehen will, daß der König von Preußen Schlesien entsagt“ Für England dagegen sei das Kriegsergebnis: Amerika soll englisch sein, nicht französisch. O meine englischen Brüder, o meine Yankee-Halbbrüder, wie vergeßlich sind wir gegen diejenigen, die uns Wohltaten erwiesen haben!“ So ruft Carlyle. Aber wenn Herrn Balfour auch dieser Zeuge verdächtig ist, so mag er nachlesen, was am 9. Dezember 1762 Pitt in vierthalbstündiger Rede ausgeführt hat; er hob hervor, daß Amerika in Deutschland erobert worden sei, und geißelte das Verhalten Englands gegen den König von Preußen als „hinterlistig, trugvoll, gemein und verräterisch“.	
DT-136	Hindenburg und Ludendorff über den Frieden im Osten und über unsere Bereitschaft im Westen	„Die gewaltige Kette, die uns erwürgen sollte, ist zersprengt, und wir können unsere ganze Kraft nach Westen wenden. Nun wirft man uns ja vor, daß wir im Osten ziemlich als Gewaltmenschen aufgetreten seien – aber der Krieg ist keine weiche Sache, da musste man schließlich hart zugreifen. Wir müssen uns Grenzsicherungen schaffen, damit das Elend, daß im Jahre vierzehn über Ostpreußen hereinbrach, sich nicht noch einmal wiederholen könne.“ - wies General Ludendorff darauf hin, daß unser Einmarsch in die Ukraine auf den ausdrücklichen Wunsch des jungen Staatsgebildes und im vollen Einvernehmen mit seinen verantwortlichen Leitern erfolge – wobei allerdings auch wirtschaftliche Interessen im Sinne der Sicherung und Erweiterung unserer Lebensmittelversorgung unseren Entschluß bestärkten. Diese wirtschaftlichen Vorteile, die als eine wesentliche Frucht nach der Sprengung der von dem Generalfeldmarschall erwähnten „feindlichen Erdrosselungskette“ aufzufassen sind, wären uns ohne die handelnden Eingriffe kaum erreichbar gewesen, da das Wirken der bolschewistischen Ideen auch die Ukraine in	

		einen Zustand schwerer innerer Zersetzung gebracht hat. - Die Verstärkung der Front vollziehe sich noch dauernd. Die Divisionen rollten ohne Unterlaß von Ost nach West. Es liege in der Natur der Dinge, daß dieser ungeheure Aufmarsch sich nicht mit der Schnelligkeit einer Mobilmachung aus deutschen Heimatstandorten heraus vollziehen könne. Die zum Teil spärlichen galizischen und ungarischen Bahnen gäben andere Vorbedingungen. Trotz dieser Schwierigkeiten besäßen wir heute schon die zahlenmäßige Ueberlegenheit an der Gesamtfront im Westen. - Und der Generalfeldmarschall, der voll von einer ruhigen, auf unsere deutsche Kraft und auf die Hilfe Gottes gestellten Zuversicht ist, sagte: „Nach und nach werden wir auch im Westen den Frieden als Preis unserer Kämpfe erringen. Es wird ein ehrenvoller Frieden sein – kein weicher Frieden. Das deutsche Volk hat sich den starken deutschen Frieden mit seinem kostbarsten Blute verdient, und es braucht diesen starken Frieden für sein künftiges Blühen!“	
TR-136	Wie's gemacht wird Es braucht nur an das Wort des sozialdemokratischen Abg. Dr. Davidsohn erinnert zu werden, „es sei besser, wenn wir die Lasten des Krieges zu tragen hätten, als wenn den Feinden ein Haar gekrümmt werde“.	Deutschland mag nach dem Kriege wirtschaftlich zugrunde gehen, das deutsche Volk mag unter der Last der Milliarden zusammenbrechen – eine Kriegsentschädigung seitens der Gegner wäre eine Versündigung am heiligen Geiste der Reichstagsresolution und der Politik des Zentrums, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten. Es braucht nur an das Wort des sozialdemokratischen Abg. Dr. Davidsohn erinnert zu werden, „es sei besser, wenn wir die Lasten des Krieges zu tragen hätten, als wenn den Feinden ein Haar gekrümmt werde“. - Diese Worte klingen demnach ganz anders als die, welche die Mehrheitspresse „wiedergibt“, um damit ihre Politik in den Augen ihrer Anhänger zu stützen. Man sollte meinen, wenn die Mehrheit von der Richtigkeit und Notwendigkeit ihrer Politik wirklich überzeugt wäre und wenn sie meinte, wirklich ihre Anhänger hinter sich zu haben, brauchte sie nicht Mittel der falschen Wiedergabe von Ministerreden zu greifen.	
DZ-135	Die Erpresser an der Arbeit [Holland wird erpreßt, seine Handelsschiffe den Alliierten zu überlassen]	In demselben Augenblick, in dem Lloyd George im Londoner City-Tempel eine Predigt hielt über die deutsche Herausforderung an die Bewegung der Freiheit und über den Krieg als „Schrei nach Hilfe gegen die Mächte der Gewalt“, als „Ruf des Gewissens gegen die Habgier, der Menschlichkeit gegen die Gewaltherrschaft der Macht“, wird das Ultimatum der Verbandsmächte an Holland bekannt. Was aber bedeutet dies anders als einen schnöden Erpressungsversuch mit Androhung des auch gegen Deutschland als menschlich empfundenen Hungertodes? Aber so entschieden man auch die brutale Rücksichtslosigkeit Englands gegen die Kleinen und Schwachen betonen muß, zu deren Schutz es angeblich das Schwert gezogen hat, eine Entschuldigung gibt es: die Not um den Schiffsraum, die Angst um das eigene Leben! - Für Norwegen liegt die Sache allerdings ziemlich einfach. Seine Handelsflotte befand sich bereits im Frieden in englischer Hand, und während des Krieges hat sie sich ganz in den Dienst der Feinde Deutschlands gestellt, und die norwegischen Reeder arbeiten nahezu nur mit englischem Gelde. - Unter dem unbestreitbaren Druck Englands hat nun die schwedische Regierung einen Seefahrtsschuß gegründet, der auf die Reeder dahin einwirken soll, diesen Schiffsraum dem Verbandsmächten auszuliefern. Bis jetzt hat der Ausschuß zwar bei den Reedern wenig Glück gehabt, wenn es sich aber bewahrheitet, daß die Regierung sich bereits dem Verbandsmächten gegenüber gebunden hat, so wird diese vermutlich auch vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschrecken. Allerdings wird sie sich dabei auch über die Folgen klar sein müssen! - Vorderhand hat man sich nun im Haag zu entscheiden. Gewiß ist die Wahl zwischen Nachgabe und Widerstand	

		schwer. Darüber aber darf sich die holländische Regierung wohl keinem Zweifel hingeben, daß das jetzige Ultimatum nur eine Mindestforderung ist und daß bei einigem Erfolg weitere Erpressungen folgen werden, bis – nun bis auch die Landungserlaubnis für englische Truppen verlangt wird.	
FDB-71	Wien, 15.März [Die Erpressung der Niederlande]	Nun sind die Niederlande an der Reihe, recht lehrreiche Erfahrungen zu machen, was das „völkerbefreiende“ Frankreich, das „gerechtigkeitsliebende“ England und das weltbeglückende Amerika unter dem Schutze der kleinen Staaten und der Freiheit der schwachen Nationen verstehen. Das Ultimatum, welches die Entente an Holland gestellt hat, übertrifft alle bisherigen Leistungen dieser Mächtegruppe an Kühnheit, Unverfrorenheit und Mißachtung der primitivsten Rechtsbegriffe. Die Niederlande werden aufgefordert, ihren ganzen Schiffsraum der Entente auszuliefern, sie sollen einwilligen, daß ihre Schiffe auch innerhalb der Gefahrenzone verwendet werden und wenn sie es wagen sollten, dieses Begehren zu verweigern, so werden sie mit Beraubung ihrer Schiffe und mit Aushungerung ihrer Bevölkerung bedroht. Einen krasserer Fall schamloser Erpressung kennt die Geschichte kaum und dieser unerhörte Akt der Brutalität läßt die Phrasen, daß die Entente nur für das „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker, für die „Unabhängigkeit“ der kleinen Staaten, für den Schutz der schwachen Nationen kämpfe, im richtigen Lichte erscheinen. - Die Staatsmänner der Entente behaupten, sie führten den Krieg, um den Grundsatz „Macht gehe vor Recht“ aus der Welt zu schaffen. Wie ernst sie es mit dieser feierlichen Beteuerung meinen, das zeigt das Ultimatum an Holland. - Beinahe zur selben Zeit aber, da der englische Gesandte das Ultimatum im Haag stellte, hielt Herr Lloyd George eine Rede, in der er abermals ein hohes Lied auf die Freiheit anstimmte und allen Völkern, nicht bloß in Europa, sondern auch in Asien und Afrika ihre Befreiung versprach. Ob er die Inder und Aegypter auch meinte, das bleibt dahingestellt. In Asien wären aber eigentlich vor allem jene Nationen aus den Banden der Knechtschaft zu erlösen, die von England und Frankreich beherrscht werden. Herr Lloyd George aber denkt offenbar nur an die Türken. In Afrika sind es Algier, Marokko, Tunis und das ganze Senegalgebiet, welche von Frankreich erobert wurden und deren Eingeborene nicht die geringsten politischen Rechte besitzen. Wie es im belgischen Kongo aussieht – das haben einst die Engländer in den glühendsten Farben geschildert. Und Großbritannien selbst hat in Aegypten, hat im Sudan, hat bei den Aschantis und bei den Kaffern das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wenig respektiert. Es ist also schwer begreiflich, wen eigentlich Lloyd George befreien will, denn es ist ja nicht anzunehmen, daß er die Zerstörung des englischen und französischen Kolonialreiches als sein Kriegsziel proklamiert.	
DVB-10486	Die erste Anwendung der Giftgase	Da die Engländer es übernommen haben, die Franzosen herauszuhauen, so mag daran erinnert sein, daß der Gedanke, erstickende Gase als Angriffsmittel zu benutzen, von dem englischen Admiral Dundobald schon 1812 gefaßt wurde und daß die Engländer von dieser Waffe im Burenkriege ausgiebigen Gebrauch machten. Dementsprechend hat Großbritannien gegen den Haager Vorschlag des Verbotes von Giftgasen und Dum Dum-Geschossen opponiert und ihn zu Fall gebracht. - Daß aber die Entente im Frühjahr 1915 noch vor den Deutschen Gasangriffe machte, geht daraus hervor, daß der deutsche Heeresbericht vom 1. März ab feindliche Giftangriffe mit Artilleriegeschossen und Handgranaten melden konnte, während die französischen und englischen Heeresberichte einen deutschen Gasangriff erst am 24. April 1915 feststellten.	
FDB-71	Wieder eine Kriegerede Lloyd Georges	Bei der Jahresversammlung des Nationalrates der	

		Freikirchen im Citytempel hielt Premierminister Lloyd George eine Rede, in der er u. a. sagte: In den nationalen Zielen des englischen Volkes finde man kein Körnchen von Selbstsucht. Er und alle politischen Führer des Landes hätten deutlich erklärt, welches diese Ziele wären, nämlich die Verteidigung des internationalen Rechtes, die Wiederherstellung der zerstörten und zu Boden getretenen Gebiete, die Befreiung der unterdrückten Völker, wo immer sie auch wären, in Europa, Afrika oder Asien, von der Willkürherrschaft fremder Despoten.	
VOS-136	Bethmann Hollweg zur Pichon-Enthüllung	Daß wir nicht allein gegen den russischen Mobilmacher, sondern auch gegen Frankreich zu fechten hätten, daran konnte im Ernst kein Mensch zweifeln. Das russisch-französische Bündnis, auch wenn sein Wortlaut heute noch nicht veröffentlicht ist, hatte in der gesamten Politik beider Länder während der letzten Jahrzehnte genügsam gezeigt, daß jeder Krieg für uns ein Zweifrontenkrieg sein würde, und um Ueberfluß sagen es ja die eigenen Veröffentlichungen unserer Feinde über die Vorgänge im Juli 1914 selbst, daß Rußland sich des Beistandes Frankreichs vergewissert hatte, als es den österreichisch-serbischen Konflikt zum Kriegsanlaß nahm. Ohne diese Gewißheit und zugleich ohne die berechnete Erwartung, daß auch Englands Kriegshilfe nicht ausbleiben werde, hätte Rußland nimmermehr zum Schwert gegriffen. - Hätte Frankreich unter dem Schutze einer scheinbaren anfänglichen Neutralität seine Vorbereitungen bis aufs letzte beendet, um dann in einem ihm günstigen Augenblick, wo wir im Osten tief engagiert gewesen wären, über uns herzufallen, nun ich brauche nicht auszuführen, in welche verzweifelte Lage wir geraten wären. Nur eine mit sicheren Garantien umgebene Neutralität konnte uns davor schützen. Eine solche Garantie aber war wiederum nach dem Urteile der zuständigen militärischen Instanzen nur gegeben, wenn in den Gürtel der uns vorgelagerten französischen Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt wurde.	
TR-136	Herr v. Bethmann über seine Anweisung vom 31. Juli 1914	Das russisch-französische Bündnis, auch wenn sein Wortlaut heute noch nicht veröffentlicht ist, hatte in der gesamten Politik beider Länder während der letzten Jahrzehnte genügsam gezeigt, daß jeder Krieg für uns ein Zweifrontenkrieg sein würde. Ueber diese Sachlage, war ich nicht im geringsten Zweifel, als die Instruktion an den Botschafter Baron v. Schoen abging, aber gerade um deswillen durften wir die Eventualität nicht unberücksichtigt lassen, daß Frankreich etwa eine provisorische, für die Dauer aber nicht verlässliche Neutralitätserklärung abgeben sollte. - Herr v. Bethmann sollte ruhig zugeben, daß der Gedanke verfehlt gewesen ist, eine vorübergehende französische Neutralität unter der Bedingung zu erlangen, daß die Festungen Verdun und Toul von uns besetzt würden. Die militärischen Sachverständigen mögen ganz richtig dargelegt haben, daß ohne diese Besetzung eine französische Neutralitätserklärung keinen Wert habe, aber es war Sache der Diplomaten, einzusehen, daß es zwecklos sei, den Franzosen mit einem solchen Verlangen zu kommen.	
NAZ-137	Erklärung des früheren Reichskanzlers über Pichons „Enthüllungen“	Die russische Generalmobilmachung lieferte den unwiderleglichen Beweis, daß diejenigen Faktoren, welche in Rußland über den Kopf des Zaren hinweg die Macht ausübten – wer diese Faktoren waren, hat der Suchomlinow-Prozeß gezeigt – den Krieg unter allen Umständen wollten. - Jetzt wird meine Instruktion an den Botschafter Baron von Schoen vom 31. Juli, von der Sie vorhin sprachen, hervorgeholt. Ich frage, was diese Instruktion mit der russischen Mobilmachung und was mit der Haltung Frankreichs zu tun hat? Die russischen Regimente marschierten bereits, als die Instruktion noch gar nicht geschrieben war, und die französische Regierung wußte von dem Inhalt der Instruktion auch nicht ein Sterbenswort,	

		als sie unsere Frage, ob sie im Fall eines Krieges mit Rußland neutral bleiben werde, mit der Erklärung beantwortete, sie werde tun, was Frankreichs Interesse erfordere. Die Instruktion ist ja bekanntlich überhaupt niemals ausgeführt worden. Also auf die tatsächliche Entwicklung der Dinge hat sie keinen, auch nicht den geringsten Einfluß gehabt. - Daß wir nicht allein gegen den russischen Mobilmacher, sondern auch gegen Frankreich zu fechten hätten, daran konnte im Ernst kein Mensch zweifeln. Das russisch-französische Bündnis, auch wenn sein Wortlaut heute noch nicht veröffentlicht ist, hatte in der gesamten Politik beider Länder während der letzten Jahrzehnte genügsam gezeigt, daß jeder Krieg für uns ein Zweifrontenkrieg sein würde, und zum Ueberfluß sagen es ja die eigenen Veröffentlichungen unserer Feinde über die Vorgänge im Juli 1914 selbst, daß Rußland sich des Beistandes Frankreichs vergewissert hatte, als es den österreichisch-serbischen Konflikt zum Kriegsanlaß nahm. Ohne diese Gewißheit und zugleich ohne die berechtigte Erwartung, daß auch Englands Kriegshilfe nicht ausbleiben werde, hätte Rußland nimmer mehr zum Schwert gegriffen. - Gegenüber der erdrückenden Uebermacht der uns gegenüberstehenden Koalition wären wir nach dem Urteile unserer maßgebenden militärischen Instanzen in eine völlig unhaltbare Lage geraten, wären wir von vornherein dem Untergange preisgegeben gewesen, wenn, nachdem der Krieg einmal da war, die Feinde uns auch noch das Gesetz des militärischen Handelns diktiert hätten. - Aber ich möchte die französischen Staatsmänner, die von dieser Instruktion jetzt so viel Aufhebens machen, daran erinnern, daß Deutschland in den darauffolgenden Tagen noch eine andere Form der Neutralitätsgarantie vorgeschlagen hat, eine Form, die längst durch offizielle Publikationen bekannt gemacht ist und die sich nicht auf eine garnicht ausgeführte Instruktion bezieht. Als sich uns die leider auf einem Mißverständnis beruhende Aussicht eröffnete, daß der Krieg durch Dazwischentreten Englands auf den Osten lokalisiert werden könne, haben wir ausdrücklich erklärt, daß uns eine von Frankreich erklärte Neutralität völlige Gewähr biete, falls sie von England garantiert werde. Nichts kann schärfer und unzweideutiger dartun, daß wir es auf keinerlei der Ehre Frankreichs zu nahe tretende Handlung, geschweige denn auf einen Ueberfall Frankreichs abgesehen hatten, daß wir vielmehr bis zum letzten Augenblick zu allem bereit waren, was diese Weltkatastrophe abwenden konnte.	
FDB-71	Erklärungen Bethmann Hollwegs – Die Instruktion für Baron Schoen	Die Instruktion ist ja bekanntlich überhaupt niemals ausgeführt worden, hat also auf die tatsächliche Entwicklung der Dinge keinen, auch nicht den geringsten Einfluß gehabt. - Daß wir nicht allein gegen die russischen Mobilmacher, sondern auch gegen Frankreich zu fechten hätten, daran konnte im Ernst kein Mensch zweifeln. Das russisch-französische Bündnis, auch wenn sein Wortlaut heute noch nicht veröffentlicht ist, hat in der Gesamtpolitik beider Länder während der letzten Jahrzehnte genügsam gezeigt, daß jeder Krieg für uns ein Zweifrontenkrieg sein würde. Und zum Ueberfluß sagen es ja die eigenen Veröffentlichungen unserer Feinde über die Vorgänge im Juli 1914 selbst, daß Rußland sich des Beistandes Frankreichs vergewissert hatte, als es den österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt zum Kriegsanlaß nahm. Ohne diese Gewißheit und zugleich ohne die berechtigte Erwartung, daß auch Englands Kriegshilfe nicht ausbleiben werde, hätte Rußland nimmermehr zum Schwerte gegriffen.	
16. März 1918, Samstag			
DTZ-139	Herrn Bethmanns „Mißverständnis“ (das Handeln des Reichskanzlers in der beginnenden Kriegssituation, ob England	Wir wollen Herrn von Bethmann nicht den guten Glauben daran absprechen, daß er sich damals tatsächlich die hohe Wahrscheinlichkeit eines Zweifrontenkrieges, ja selbst	

	oder Frankreich neutral blieben im Gegensatz zur Haltung des Militärs, das im Sinne eines Zweifrontenkrieges handeln wollte)	eines Eingreifens Englands klar gemacht habe. Aber mit dieser subjektiven Einsicht ist der Öffentlichkeit nicht gedient; und von der Einsicht in eine Möglichkeit bis zu der klaren Erkenntnis des Geschehens ist wohl noch ein weiterer Schritt. Diesen Schritt aber hat Herr von Bethmann nicht getan. Eine klare Erkenntnis rechnet zudem nicht mit „Mißverständnissen“, wenigstens nicht in dem Maße, wie Herr von Bethmann es tut: „Als sich uns die leider auf einem Mißverständnis beruhende Aussicht eröffnete, daß der Krieg durch Dazwischentreten Englands auf den Osten lokalisiert werden könne, haben wir ausdrücklich erklärt, daß uns eine von Frankreich erklärte Neutralität völlige Gewähr biete, falls sie von England garantiert werde.“ - Danach stellt sich der Gang der Begebenheiten und die Folge des Meinungsaustausches zwischen Bethmann Hollweg und den zuständigen militärischen Instanzen etwa folgendermaßen dar: Das Militär ist der Auffassung, dieser Krieg ist ein Zweifrontenkrieg. Bethmann, der stark östlich orientiert ist, erklärt: Es wäre doch immerhin eine Lokalisierung auf den Osten möglich; darauf erwidert das Militär, nur dann, wenn Frankreich nicht fertig ist, und wenn es nicht erwarten kann, unsere Heere solange an seinen Grenzen zu binden, bis sein Aufmarsch vollendet ist; jeder Aufenthalt Frankreichs in Form einer Neutralität könnte also höchstens ein vorläufiger sein. Daraus entsteht dann der Gedanke, eine Bresche in den Sperrgürtel zu legen, hinter dem sich der Aufmarsch der französischen Heere vollzieht. Also hier spielt der Lokalisierungsgedanke stark hinein. Die Auffassung, daß durch ein Dazwischentreten Englands die Neutralität Frankreichs garantiert werden könne, liegt in der selben Richtung; hier wird die Lücke in dem französischen Sperrgürtel eben nur durch den „mißverstandenen“ Neutralitätswillen Englands ersetzt. Gerade aber diese Hoffnung auf England ist ja altes väterliches Erbgut. - Der „Diplomat“ ist es, der hinter den Tatsachen hergelaufen ist; er ist es, der in die Fehler verfiel, weil er die klaren militärischen und politischen Zusammenhänge nicht begriff. Er ist es, der, infolge eines eigenartigen „Mißverständnisses“ dem Feind das Gesetz des Handels beinahe auch in militärischer Hinsicht diktieren ließ. Seine, Herrn von Bethmanns, subjektive Einsicht in allerhand Möglichkeiten führte zur Unentschlossenheit, zu Verantwortungsscheu, zu einer politischen Haltung, die für weichere Zeiten und weichere Völker paßt als in die und denen gegenüber sich die damalige Politik der deutschen Regierung gestellt sah und sich die heutige gestellt sieht.	
DZ-138	Erzbergers Preußenhaß	Der Mann, der ein möglichst großes, unabhängiges Polen, ein unabhängiges Litauen mit einem Fürsten von Erzbergers Gnaden, ein unabhängiges Belgien, in dem die Vlamen den Wallonen ausgeliefert sein würden, unter Einsetzung aller ihm zur Verfügung stehenden öffentlichen und geheimen Mittel herstellen will, wird dazu veranlaßt durch Strömungen, die zum Teil außerhalb des Deutschen Reiches zu suchen sind. Die Reichstagsmehrheit aber, die diesem Treiben ihre Unterstützung leihen würde, und die Reichsregierung, die sich dem Machtspruch Erzbergers unterwerfen würde, wären für alle und ewigen Zeiten gerichtet.	
FDB-72	Balfour über Rußland und Japan	es sei ein heilloses Unglück für die Zivilisation, daß die russische Revolution mitten im europäischen Kriege ausbrach. Unglücklicherweise trat die Revolution in einem Augenblicke ein, wo Rußland der Opfer des Krieges müde war, und die politische Seite der Revolution vermischte sich mit den pazifistischen Einflüssen, die bald die Oberhand gewannen und sich in der Armee und Flotte ausbreiteten. - Die Verbündeten Rußlands müssen sich natürlich fragen, ob sie nicht die Organe schaffen können, deren Rußland bedarf. Wir werden dies im eigenen Interesse Rußlands tun, wenn wir es für erforderlich halten. Dies wird nicht geschehen, um die Eroberungslust irgend einer Macht	

		zu befriedigen. Gerechter Himmel! Unsere Beziehungen zu Rußland im Laufe dieses Krieges sind weit davon entfernt, uns irgend eine Idee der Eroberung nahelegen. Wenn wir Rußland helfen, so geschieht es, weil wir an die Sache glauben, für die wir kämpfen. - Was ich aber am meisten befürchte, das ist das Interesse Deutschlands, Unruhen in Rußland hervorzurufen und zu begünstigen. Wer die von Deutschland in der ganzen Welt befolgten Methoden studiert hat, weiß sehr genau, daß es immer geneigt ist, Unruhen in allen anderen Ländern außer bei ihm selbst zu unterstützen. Wenn ein Land republikanisch ist, versucht Deutschland dort den Absolutismus einzuführen. Wenn es sich um ein Land handelt, wo die Autokratie herrscht, dann ermutigt es dort die Revolution. Sein Ziel ist immer, die anderen Regierungen zu schwächen und es weiß sehr wohl, daß es kein besseres Mittel gibt, dies zu tun, als in den Ländern Zwietracht zu säen. - Kann man aber ein Horoskop stellen, das mehr Wahrscheinlichkeit besitzt, zu einer Wirklichkeit zu werden, wenn Rußland angesichts der deutschen Penetration ohne Verteidigung bleibt? Die Ereignisse scheinen eine solche Wendung zu nehmen. Ich sehe nicht, wie Rußland ohne äußere Hilfe diese besondere Krankheit, nämlich die deutsche Krankheit, überwinden kann. - Unser Ziel ist vielmehr, daß Rußland stark, unversehrt, sicher und frei wird und wenn dieses Ziel erreicht werden kann, dann, nur dann, wird die russische Revolution alle Früchte hervorbringen, die Rußlands beste Freunde zu sehen wünschen.	
NFP-19238	Die Meldungen über eine Zusammenkunft des Generals Smuts mit dem Grafen Mensdorff	Lord Willoughby de Broke hatte die Absicht, im House of Lords eine Anfrage an die Regierung zu richten, die sich auf die Zeitungsnachricht über eine Zusammenkunft des Generals Smuts mit dem Grafen Mensdorff in der Schweiz bezieht. - Wenn Lord Willoughby darauf bestehen würde, seine Anfrage zu stellen, dann würde sich Lord Curzon gezwungen sehen, die Beantwortung abzulehnen.	160
DVB-10487	Die geheime Denkschrift des Hofrats Dr. Lammasch	Es ist also Tatsache, daß Professor Lammasch den Rat erteilte [dem Kaiser], das Bündnis mit dem Deutschen Reiche nach dem Kriege zu kündigen und dies jetzt schon sowohl unseren Feinden wie Kaiser Wilhelm mitzuteilen.	
NAZ-.138	Ein klassischer Zeuge – Der letzte Sprung des alten Löwen [Lichnowsky als Stern für England, den man hinters Licht führen kann]	Aber wir lassen Bernard Shaw selbst das Wort. Er ist zwar Irländer, aber mit ganzem Herzen Britischer und Imperialist. Sein Glaubensbekenntnis faßt er in den letzten Sätzen seines denkwürdigen Aufsatzes in die Worte: „Ein Löwe innerhalb von Grenzen ist schließlich ein Löwe in einem Käfig.“ Die in England so beliebte moralische Drapierung fehlt ihm nicht. Aber er hat einmal die englische Heuchelei abgetan und frei ausgesprochen, was die Engländer im innersten Herzen denken ----- - Seit Jahrhunderten schon sinnt der Löwe auf das eine Ziel: niemand soll größer sein zu Lande als England, niemand so groß wie England zur See. - England, gleich viel ob zu Recht oder zu Unrecht, jedenfalls ganz und gar England, in seiner angeborenen Verderbtheit und Gewalttätigkeit, wie auch in seiner angeborenen Größe und seinem Ruhm, war echt englisch aus dem Kampf hervorgegangen und hielt das Gleichgewicht der Macht in seiner Hand. Hundert Jahre lang wußte kein Engländer mehr, was es heißt, vor der Möglichkeit eines feindlichen Einfalls zu erbleichen. Zwei Generationen hindurch lag der Löwe, sonnte sich und witterte keinen Feind, den ein Schlag seiner Tatze nicht hätte niederschlagen können. - Den Finger am Drücker pirschen sich Deutschland und Oesterreich, Rußland und Frankreich aneinander heran. Frankreich geht dem Kampf aus dem Wege, Rußland übt und rüstet sich schon, und Oesterreich rechnet damit; aber allen, auch Oesterreich, ist bange vor des Löwen Rivalen, vor Deutschland. Frankreich stellt sein Manöver wegen zahlenmäßiger Unterlegenheit immer	

		wieder auf den Frieden ein. Deutschlands Haltung Frankreich und Rußland gegenüber ist zwar trotzig, mit einem Stich ins Verächtliche, weil es nämlich nur zu gut weiß, daß es den einen Feind mit seinem rechten Arm, den anderen mit dem linken erdrücken kann. Aber den Löwen fürchtet es doch; wenn der Frankreich und Rußland zu Hilfe kommt, dann wird die Uebermacht selbst für den Sieger von Sedan zu furchtbar. Frankreich sondiert den Löwen: der Löwe, grimmig und vorsichtig, hat nichts dagegen, daß seine leitenden See- und Heeresleute mit den französischen Generalen sprechen und mit ihnen eingehend erörtern, was da passieren und welchen Lauf man dann den Dingen geben könnte. Da brüskiert Frankreich unversehens Deutschland, heißt Deutschland sich aus Marokko scheren und zwar sofort. Deutschland blickt auf den Löwen und sieht ihn sprungbereit, mit zitterndem Schweif. Die Uebermacht ist zu groß: Kränkung im Herzen geht Deutschland zurück, zum ersten Mal brüskiert seit Aufgang seines Sternes. - Da bringt ein glücklicher Stern, der dem Löwen fast immer geleuchtet hat, den Fürsten Lichnowsky als deutschen Botschafter nach London. Es war nichts Böses, wenn man ihm sehr freundlich tat, denn der Fürst ist ein charmanter Mann mit einer sehr charmanter Frau. Da war denn auch unser Sir Edward Grey, auch ein charmanter Mann, stets bereit auf Teeegesellschaften ganz offen über den Frieden zu sprechen, mit ganz Europa, wenn's sein mußte. Der Löwe wußte in seinem Herzen, daß Grey keine Ahnung von Löwenmoral hatte, sie nicht billigen würde, wenn er etwas davon wußte. Grey hatte nämlich Ideen, statt jener einen einzigen Idee: Und Lichnowsky hatte noch so viel weniger Ahnung von Löwenmoral, daß er meinte, Grey selbst sei der Löwe. Der Löwe dachte: „Ich bin's nicht gewesen; Englands Schicksal hat Grey und Lichnowsky hierher gesetzt. Noch steht Englands Stern im Zenith“. Dem Fürsten Lichnowsky erschien Grey täglich größer als Staatsmann und charmanter als Mensch; täglich wurde er fester in seiner Ueberzeugung, daß des Löwen Herz sich von Grund auf gewandelt hatte, und daß der Löwe allgemach wirklich und richtig freundlich wurde. Und Grey hielt Lichnowsky vielleicht für einen Toren, war aber deshalb nicht weniger nett zu ihm. - Sie überzeugen tatsächlich das englische Volk; sie überzeugen das Unterhaus; sie überzeugen ihr eigenes Ministerium und endlich – endlich – überzeugen sie auch Deutschland. Und der Löwe kauert zum Sprung. Fast noch ehe er ganz fertig ist, läßt der Teufel von günstigem Geschick den Erzherzog von Mörderhand fallen, und Oesterreich sieht Serbien endlich in seiner Hand. Oesterreich stürzt sich auf Serbien, Rußland auf Oesterreich, Deutschland auf Frankreich; und nun endlich stürzt sich auch der Löwe mit mächtigem Gebrüll auf seine Beute und gräbt im Nu seine Fänge und Pranken in den Leib seines Rivalen. Nicht für alle Pazifisten und Sozialisten der ganzen Welt läßt er den jetzt wieder los, bis er selbst entweder tot am Boden liegt oder aber wieder auf seinem Piedestal von Waterloo.	
17. März 1918, Sonntag			
DZ-139	Fürst Lichnowsky und „der letzte Sprung des alten Löwen“	England ist groß geworden dadurch, daß es nie das Aufkommen eines ihm ebenbürtigen Rivalen geduldet hat. Das hat zuletzt Napoleon zu spüren bekommen! Seither ist der Verbündete von Belle-Alliance zu einem neuen Rivalen dieser Art emporgediehen – zu einem Rivalen, weit gefährlicher noch als einst Bonaparte es war. - Dem Fürsten Lichnowsky erschien Grey täglich größer als Staatsmann und charmanter als Mensch; täglich wurde er fester in seiner Ueberzeugung, daß des Löwen Herz sich von Grund auf gewandelt hatte, und daß der Löwe allgemach wirklich und richtig freundlich wurde. Und Grey hielt Lichnowsky vielleicht für einen Toren, war aber	

		deshalb nicht weniger nett zu ihm. - Der Artikel Shaws von 1914 verhöhnt den damaligen deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky ob des Mangels an Witterung, mit dem er sich von den klugen Engländern über ihre wahren Absichten habe hinters Licht führen lassen.	
NFP-19239	Botschafter Graf Mensdorff und General Smuts – Fragen im englischen Parlament über eine Begegnung	Graf Albert Mensdorff war vor dem Kriege österreichisch-ungarischer Botschafter in England. Die verwitwete Fürstin von Leiningen geborne Prinzessin von Sachsen-Koburg heiratete in zweiter Ehe den Herzog von Kent und wurde die Mutter der Königin Viktoria. Der Vater des Botschafters war der Sohn der Herzogin Sophie von Sachsen-Koburg und diese Verwandtschaft hat unserem Vertreter am Hofe von St. James eine besondere Stellung gegeben. Er war Vetter der Königin und später Freund des Königs Eduard, eines Fürsten von ungewöhnlicher Begabung. Graf Mensdorff hätte der Zufälligkeiten nicht bedurft, um die nötigen Einsichten in die Kräfte und Ziele des Landes zu haben, bei dem er beglaubigt war. - General Johannes Smuts ist Minister für die Landesverteidigung und für die Goldminen in der südafrikanischen Union. - Er berichtete an den Präsidenten Steigs, das sich die Frauen der kämpfenden Buren im Felde bei den wilden Tieren sicherer fühlen als unter der englischen Flagge. Er schrieb an den Präsidenten Krüger, daß Lord Kitchener in Südafrika mit Grausamkeit verfare, Recht, Sittlichkeit und Menschlichkeit verleugne. Er mißhandle Frauen und Kinder als Foltermittel gegen die Männer. Keine Feder, sagte er, wird jemals darstellen können, was diese Heldinnen gelitten haben, wie sie mit ihren Kleinsten im dichten Ried knietief im Wasser standen und von Maximgeschützen hinausgeschossen wurden. So dachte General Johannes Smuts vor sechzehn Jahren und später noch verwarf er jeden Ausgleich und meinte, er ziehe vor, Apfelsinen zu begießen und Kant zu studieren. Jetzt ist er Minister und einer der gehässigsten Feinde des Deutschen Reiches. - Er weiß nicht, daß in den Mittelmächten der Brauch sei, Einer müsse dem Andern bis zum Ende der Gefahr in jeder Not beistehen und Keiner dürfe verlassen werden. Er meint, daß auch bei den Mittelmächten politische Sitten wie bei der Entente gelten, und hat keine Ahnung, daß Reden unmöglich wären, wie die des Staatssekretärs Balfour, der mit Achselzucken erklärt, Rumänien nicht helfen zu können, und Japan ausreizt, nach Sibirien zu gehen und einem Verbündeten in den Rücken zu fallen. Das Gerücht über die Zusammenkunft in der Schweiz ist bisher nicht bestätigt worden. Aber die Weigerung des Ministers Lord Curzon, die Frage des Lord Willoughby de Broke zu beantworten, hat in England die Ansicht bestärkt, daß Graf Mensdorff mit General Smuts gesprochen haben dürfte.	
NFP-19239	Die Gegner des Bündnisses mit Deutschland – von Heinrich Friedjung Affäre Lammasch	Hänge der Friedensschluß, so meint Hofrat Lammasch, davon ab, daß Elsaß-Lothringen in einen vollberechtigten Bundesstaat umgewandelt werde und weigert sich dessen die deutsche Regierung, so darf Oesterreich-Ungarn die Waffen niederlegen. Ich kann mich über diesen Punkt kurz fassen denn die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ bemerkte sofort kurz und treffend zu diesem Beweisgang: „Eine solche Auslegung des Bündnisses ist bei der Bundestreue der Monarchie unmöglich.“ - Es muß aber gleich bemerkt werden, daß die Lösung des Bündnisses mit Deutschland nicht etwa stillschweigend erfolgen kann, daß es nicht etwa von selbst erlöscht, wenn es nicht erneuert wird: es müßte zu diesem Behufe ausdrücklich gekündigt werden. Denn auf Grund der zuverlässigsten Angaben ist auch diesmal festzustellen, wie es bereits früher geschehen ist, daß die Allianz zwar nur auf eine bestimmte Anzahl von Jahren geschlossen ist, daß sie aber automatisch weiter läuft, wenn sie nicht vorher gekündigt wird.	

		- Als Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm solches vereinbarten, wurden sie und ihre Ratgeber Andrassy und Bismarck von einem großen Gedanken geleitet: sie wollten den Bundesstörern, den Schürern der ehemaligen, jetzt glücklich überwundenen Rivalität zwischen Habsburg und Hohenzollern das Handwerk erschweren – denn ganz wird es ihnen wohl nie gelegt werden. Vergebens also rührt Hofrat Lammasch die Werbetrommel für eine Politik, die dahin geht, der Bundesgenosse müsse sich dem Wunsche des anderen Teiles anbequemen oder dieser ziehe sich in den Schmoll und Grollwinkel zurück. So stand es zur Zeit der österreichisch-preußischen Nebenbuhlerschaft vor 1866, jetzt aber sind wir darüber glücklich hinweg – der Herrenhausrede des Professors Lammasch und den czechisch-südslawischen Treibereien zum Trotz.	
FDB-73	Wien, 17. März [Der Fall Lammasch]	Die englische und französische Presse beschäftigen sich gern mit der Frage, ob sich Oesterreich-Ungarn wohl zum Abfall vom deutschen Bündnis bewegen ließe. Das Thema ist auch im Unterhause berührt worden, und Minister Balfour hat seine fachmännische Meinung dahin abgegeben, daß eine solche Loslösung allerdings wünschenswert wäre. - Professor Lammasch soll in seinem Elaborat auseinandergesetzt haben, daß der Bestand des Bündnisses sehr viel Mißtrauen erzeuge und der Friedensschluß daher wesentlich erleichtert würde, wenn wir der Entente mitteilen, daß wir gewillt seien, es nach dem Kriege aufzulösen. Die Auflösung des Bündnisses wäre also einer der Preise oder der Preis für den Friedensschluß. Professor Lammasch soll auch den Rat erteilt haben, zur Wahrung der Loyalität Kaiser Wilhelm von dem Vorhaben zu verständigen. - Wir finden nämlich im Bericht des „Prager Tagblatt“ die Worte: „Was den angeblichen Inhalt einer dem Kaiser unterbreiteten Denkschrift betrifft, beziehungsweise den Inhalt meiner wiederholten Unterredungen mit dem Monarchen“... und an anderer Stelle: „Im besonderen Falle kann ich nur hinzufügen, daß die Sache, wenn überhaupt, so doch nicht in der von Herrn Dr. Friedjung dargestellten Weise sich abgespielt hat.“ Professor Lammasch, der so diskret ist, nicht sagen zu wollen, was in seiner Denkschrift nicht steht, erzählt also von wiederholten Unterredungen mit dem Kaiser, und man muß sich fragen, ob eine solche Bekanntmachung gerade bei dieser Gelegenheit am Platze war. Würde man Professor Lammasch nicht kennen, so könnte man glauben, er wolle den Schein erwecken, als ob er ein intimer Ratgeber des Kaisers wäre. - Fast möchte man annehmen, daß Professor Lammasch die Reden der feindlichen Staatsmänner ebenso wenig liest, wie Balfour die Reden der unsrigen. Der Unterschied liegt nur darin, daß Balfour unbesehen und unentwegt behauptet, Graf Czernin und Graf Hertling wollten keinen Frieden, während unser Völkerrechtslehrer von der Voraussetzung auszugehen scheint, daß die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens herzlich gern Frieden schließen möchten, wenn sie nicht den Absichten der Mittelmächte mißtrauten. Die Reden Sonninos, Clemenceaus, Lloyd Georges und der anderen bleiben unberücksichtigt. Das hartnäckige Verlangen nach Triest, Pola und Trient, der hysterische Schrei nach dem Besitz von Elsaß-Lothringen, die Forderung Englands nach der Herrschaft über den Orient, all dies übersieht und überhört er. Wenn ein führender Pazifist einen so gewaltsamen Optimismus zeigt und zur Herbeiführung des Friedens nichts anderes zu empfehlen weiß, als Selbstentwaffnung durch Abkehr vom Verbündeten, dann dürfen sich die Pazifisten nicht beklagen, daß man sie als ausgeschaltet betrachtet aus der ernsthaften Politik.	
DZ-139	Die Schuld am Kriege	Bereits durch den Suchomlinowprozeß hat die Welt erfahren, daß Rußland planmäßig den Krieg vorbereitet hat.	

		Daran ist kein Zweifel mehr. Aber ebenso wenig besteht ein Zweifel darüber, daß die letzte und größte Schuld an dem Ausbruch dieses Kampfes auf England fällt, ohne dessen Unterstützung weder Frankreich noch England gewagt hätten, die Waffen gegen uns zu erheben.	
DTZ-140	England, russische Revolutionsfurcht und Kriegsursache	russischen Gesandten in Washington, Eaton Rosen, in dem dieser mitteilte, daß Rußland bereits im Jahre 1912 den Krieg vorbereitete, um die Gefahr des schon damals drohenden Umsturzes zu beschwören. Der Krieg wurde von Rußland künstlich heraufbeschworen, weil man hoffte, dadurch die Macht und die Popularität des Zaren wiederherzustellen. „Nation“ konstatiert, daß auch Buchanan der Ansicht sei, daß der Zar durch den Krieg dieses Ziel zu erreichen hoffte. Man kann diese Meldung als subjektiv wahr anerkennen. Aber man wird doch nicht außer acht lassen dürfen, daß gerade die Drohung mit der Revolution immer ein starkes Mittel der englischen Politik gewesen ist, um den Zaren und seine Umgebung einem Kriege geneigt zu machen. Dieses Moment spielte dann während des ganzen Krieges seine Rolle, und gerade Buchanan war es, der damit seine Erfolge erzielte. Zweifellos hatte der Zar stets Angst vor einer Revolution, aber der Gedanke, durch einen Krieg die Revolution unschädlich zu machen, ist englisches Gewächs.	
DTZ-140	Staatsminister Helfferich über Wirtschaftskrieg und Wirtschaftsfrieden	England war entschlossen, uns unter allen Umständen anzugreifen, um seinen wirtschaftlichen Konkurrenten zu beseitigen. Es hat das Programm seines Wirtschaftskrieges bisher erfolgreich durchgeführt. Seine Störung unseres Wirtschaftsverkehrs mit dem Auslande sind nicht nur Kriegsmittel, sondern noch viel mehr Kriegszweck. Seine Maßnahmen gehen dahin, uns dauernd den Bezug wichtiger Rohstoffe zu erschweren, uns durch Fortsetzung des Wirtschaftskrieges weiter zu drosseln. Unser Volk in seinen weitesten Schichten muß begreifen, daß in diesem Kriege um seine Lebensfragen gerungen wird. Den Wirtschaftsfrieden, ohne den es keinen Frieden gibt, müssen wir uns aber erst noch erkämpfen. Wir haben England mit dem U-Boot-Krieg in unserer Hand, ungleich wirksamer als Napoleon mit seiner Kontinentalsperre. Die U Boote werden ihr Werk vollenden, auch wenn England durch unerhörte Gewalttat gegen neutrale Völker den fatalen Termin hinauszuschieben sucht.	
DTZ-140	Die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Amerika	Die hiesige schweizerische Gesandtschaft hat auf eine Anfrage der deutschen Regierung dieser mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung in letzter Zeit weitere Maßnahmen gegen das deutsche Privateigentum in Amerika ergriffen habe. Unter anderem sei die Uebergabe der Geschäftsgebäude der Hamburg-Amerika Linie an den Verwalter des feindlichen Vermögens, sowie die Liquidation der deutschen Feuer und Rückversicherungsgesellschaften angeordnet worden. Auch werde ins Auge gefaßt, dem Verwalter des feindlichen Vermögens den Effektenbesitz von deutschen Staatsangehörigen, die in Feindesland wohnen, zu übergeben. Schließlich werde auch sonstiges Deutsches Privateigentum, insbesondere deutsche Beteiligungen an Handelsunternehmungen, liquidiert. - So sind durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. März 1918 die Vorschriften der Verordnung betreffend Liquidation britischer Unternehmungen vom 31. Juli 1916 auf amerikanische Unternehmungen für anwendbar erklärt worden. Die deutsche Regierung wird mit ihren Maßnahmen einsetzen je nach dem Umfange, in dem die amerikanische Regierung tatsächlich gegen deutsches Privateigentum in Amerika vorgehen wird.	
DVB-10488	Die Vampire der Völker [Drohung an Holland]	Die Entente erpreßt Holland zur Herausgabe seiner Handelsschiffe	
18. März 1918, Montag			
DTZ-142	Ratifizierung des Friedens mit Rußland	Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten hat an die auswärtigen Aemter in Wien und Berlin folgenden Funkspruch gerichtet:	

		Am 16. März 1918 hat der außerordentliche Kongreß der Sowjets der Arbeiter, Soldaten Bauern- und Kosakendeputierten in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 2. März d.J. in Brest-Litowsk mit den Mächten des Vierbundes geschlossen hatte, ratifiziert.	
DVB-10489	Der Schiffsraub der Entente [Drohung an Holland]	Herbeiführung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Holland, wodurch die Deutschen gezwungen würden, ungefähr 400.000 Mann von der Westfront abzuziehen, so daß die Entente vorübergehend wieder die zahlenmäßige Uebermacht erlangen würde.	
TR-141	Hundertneunundachtzigste Kriegswoche [Drohung an Holland]	Die Bewunderer des Herrn Wilson erfahren wieder einmal, was Rechtsgrundsätze und Menschheitsbeglückung für ihn in Wirklichkeit bedeuten: schöne Worte, um selbstsüchtige, skrupellose Taten vor der Masse zu verhüllen. Selbst die „Frankfurter Ztg.“ verlangt, daß das Ultimatum an Holland, das mit nackten Worten die Auslieferung der holländischen Handelsschiffe an die Entente fordert, „allen jenen endlich die Augen öffnen sollte, die selbst die Vergewaltigung Griechenlands nicht belehren konnte, einzusehen, auf wessen Seite in diesem Weltkriege der Geist rücksichtslosester Gewaltpolitik des Weltherrschaftswillens, der Mißachtung Dritter und Kleinerer, vor allem sein Wesen treibt“. - Wenn aber England der Welt vorerzählt, daß Holland seine Schiffe für die Entente torpedieren lassen müsse, um gemeinsam mit ihm „Deutschlands Aushungerungsversuch gegen die Welt“ unwirksam zu machen, so übersteigt solche Kühnheit der Lüge doch so sehr jede Aufnahmefähigkeit der Menschheit, daß man nur annehmen kann, daß die U-Boot-Not England in solche Verwirnis des Denkens gestürzt hat, daß es bereits in Fieberphantasien redet. - Zur Stärkung der Kriegsbegeisterung in Amerika wird diese sich immer deutlicher abzeichnende gelbe Gefahr nicht beitragen Die Entente ist in großer Not; darüber täuschen alle ihre großen Reden und ihre starre Ablehnung eines Friedens, den sie, wie sie ja nur zu gut weiß, jeden Augenblick haben kann, nicht hinweg.	
DT-141	Politische Mittel und Wege [Drohung an Holland]	Die Erpressung, die England um die Entscheidungsstunde des Weltkrieges an Holland versucht, ist einer der Marksteine der englischen Kriegspolitik. - Wie damals England Griechenland derart befreite, daß von dem Stöhnen des gequälten Landes die Welt widerhallte, sprachen die Minister an der Themse von dem großen Werk der Wohltat, das sie verrichteten. Und wie bequem hätten sie es jetzt, von der Befreiung Hollands vom eigenen Schiffsraum zu sprechen. Solche Gelegenheit läßt man sich eigentlich nicht entgehen. Die Londoner Drahtzieher sind im Augenblick allerdings mit der Prägung nicht so abgenutzter Formeln beschäftigt und werden von ihrem Kompagnon Wilson dabei unterstützt. Sie werfen den Begriff der rechtmäßigen Gewalt in die Weltdebatte. - Großbritanniens edle Seele, die Ziele seiner wirtschaftlich gerichteten Staatskunst, seine Methoden zu deren Erreichung waren noch niemals so entkleidet den profanen Augen der Mitwelt ausgesetzt. Wir brauchen nicht mehr die Geschichtschreibung abzuwarten, wir sehen, was geschieht, die geheime Kabinettpolitik ist außer Kurs gesetzt. Die Art des langen Krieges gebietet unverhülltes Handeln. - Die polnischen Zustände im Osten zeigen leider, daß wir die notwendige Konsequenz im politischen Handeln noch nicht erfaßt haben. Soeben erst ist der Friede mit der Ukraine geschlossen, schon werden zwei Paragraphen des Abkommens interpretiert. Das erinnert an die unglücklichen Methoden des Reichskanzlers Dr. Michaelis, der in einer zweiten Rede auseinanderzusetzen pflegte, was er mit der ersten gemeint oder nicht gemeint hatte. Kaum schrien die Polen über den Friedensschluß im Osten, schon eilten wir hinzu, um dem ungezogenen Kinde den Willen zu	

		tun. Das ist weder Erziehung noch Staatskunst. Ein Friede, der nach acht Tagen revidiert und interpretiert werden muß, ist in der Errechnung seiner Wirkung fehlerhaft disponiert, ihm mangelt die gewollte große Linie, ohne die Politik nicht gemacht werden kann. Er war nur aus Versehen richtig konstruiert. Das polnische Versprechen, nun auch recht artig sein zu wollen, kann doch wirklich nur zum Lächeln reizen. - Die Entente hat schon vor Jahr und Tag beschlossen, uns sofort zu vernichten; wenn es also mit Beschlüssen zu machen wäre, so wäre der Krieg längst vorbei – allerdings mit uns wäre es dann auch vorbei. - Wir Deutsche haben einen ruhenden, unerschütterlichen Pol in unserer Obersten Heeresleitung, die der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff verkörpern. Die beiden großen Generale haben in diesen Tagen zu uns gesprochen, Kaiser Wilhelm steht hinter ihren Worten und Taten. Ihr Weg ist unser Weg. Wer die beiden Männer kennt, die der lange Krieg über das Feldherrntum hinaus in die ernste und tiefe Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten geführt hat, ist von unbeirrbarem Vertrauen in sie erfüllt.	
VOW-77	Deutschland und Österreich-Ungarn [Der Fall Lammasch]	Herr Hofrat Lammasch weiß seine ziemlich hoch hinaufreichenden Verbindungen zur Geltendmachung seiner eigenen politischen Anschauungen wohl auszunützen und arbeitet stark mit Memoranden, die der Krone vorgelegt zu werden pflegen. Es ist ein ziemlich offenes Geheimnis, daß die Amnestie vom 2. Juli 1917 schon zuerst in einem Memorandum des Hofrates Dr. Lammasch angeregt worden war. Dr. Lammasch hat indessen – auch schon im Jahre 1917 – dem Kaiser Karl ein anderes Memorandum vorgelegt, in welchem er seine Ansichten über die Ermöglichung eines Friedens mit den Westmächten auseinandergesetzt hat. Darin war ausgesprochen worden, daß die Westmächte solange nicht Frieden schließen wollen oder werden, als das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche besteht, weil sie in der Fortdauer dieser Allianz eine dauernde Gefährdung ihrer eigenen Interessen erblicken.	
DZ-141	Der Fall Lammasch	[Lammasch war die Wahl des Kaisers Karl vor Burian. Lammasch war dem Kaiser genehm, da dieser die Tendenz des Kaisers mitrug, sich von Deutschland zu lösen] . In einer Zuschrift an die „Neue Freie Presse“ verteidigt sich Professor Lammasch gegen Friedjungs Behauptungen in der „Vossischen Zeitung“, und erklärt insbesondere die wahllos weitergehenden Gerüchte über die ihm imputierte Anregung, das deutsche Bündnis zu lösen, als auf freier Erfindung beruhend.	
VOS-141	Deutschland werde hart! von Georg Bernhard	Daß sich gerade Professor Lammasch dieser Verantwortung immer bewußt gewesen ist, kann nicht behauptet werden, wenn die Mitteilungen zutreffen, die schon seit langem auch uns über den Inhalt seiner Verhandlungen zugegangen sind. <u>Es soll sich dabei im wesentlichen um Forderungen Wilsons gehandelt haben</u>, die unter anderem für Oesterreich die Abtretung des Trentinos und der Isonzogrenze an Italien vorsahen. - Nun stelle man sich einmal vor, wie die Äußerungen solcher Bündnisuntreue seitens eines geachteten Mannes aus der österreichisch-ungarischen Monarchie auf unsere Feinde wirken muß. Bei der geringen Kenntnis, die im Ausland über die Parteiverhältnisse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von jeher bestanden hat, ist es klar, daß man in England und Amerika sehr leicht geneigt ist, den tatsächlichen Einfluß eines Mannes zu überschätzen, der sich weittragender Beziehungen – bis zum Kaiser – rühmen kann. - Aber man muß sich jetzt doch auch einmal die Frage vorlegen, ob die Entente den Holländern die Zumutung zu stellen gewagt hätte, wenn Deutschland nicht dem schrittweisen Vorrücken des englischen Handelskrieges auf holländischem Boden tatenlos zugesehen haben würde. Bei der Ablehnung all solcher Forderungen kann sich ein neutraler Staat natürlich zunächst auf seinen Nationalstolz	

		berufen. Daß dem Briten kein anderer Nationalstolz als der englische heilig ist, hat die Geschichte tausendfach bewiesen. - Aber was nützt der schönste Vertrag, wenn er nicht verbürgt ist. Und wer sagt denn dem Staatssekretär, daß England, wenn es seine Macht auch nach diesem Kriege behält, jemals daran denken wird, papierne Vertragsbestimmungen einzuhalten. Zwei Dinge müssen eben Voraussetzung für jeden wirksamen Vertrag mit England sein: Seine militärische Niederlage und eine deutsche Politik, die die Gesamtheit des Kontinents eint. Ein zwischen feindlichen oder lau-neutralen europäischen Staaten eingeklemmtes Deutschland wird auch fürderhin nicht nur sich, sondern den ganzen Kontinent der englischen Willkür ausliefern.	
DZ-141	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky/ Auszüge aus der Denkschrift	der Fürst zu den ständigen Mitarbeitern des „Berliner Tageblatts“ gehört, ist bekannt. Seine Denkschrift ist anscheinend von sozialdemokratischer Seite in Görlitz gedruckt worden unter dem Titel: „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. Meine Londoner Mission von 1912-14. Von Fürst Lichnowsky, ehemaliger deutscher Botschafter in London. Mit einem Nachwort der Herausgeber. Preis 30 Pfennig. Druck und Verlag: W. Paul, Görlitz.“ Wenn man schon den Fürsten Lichnowsky nicht fassen kann oder will: sind denn diejenigen Kreise nicht zu fassen, die seine Denkschrift in das Ausland getragen haben?	
VOS-142	Friedrich der Große und England	Der alte Fritz jedoch hat kaum etwas anderes vom Vetter jenseits des Kanals (dem Beschützer der kleinen Nationen) erwartet, und nur nüchterne Zweckmäßigkeitsgründe veranlaßten ihn, das Bündnis mit England abzuschließen. Wessen Europa sich von England zu versehen hat, und wie klar und tief Friedrich der Große die geheimsten Triebfedern der englischen Politik schon frühzeitig erkannte und durchschaute, beweist der Brief, den er am 7. Februar 1747 an seinen Staatsminister v. Podewils schrieb, in dem es u. a. heißt: „.... Die Engländer sehen ganz Europa für eine lediglich zum Nutzen Englands geschaffene Staatsgemeinschaft an. Niemals gehen sie auf die Interessen anderer ein, sie kennen kein anderes Ueberredungsmittel als ihre Guineen....“	
19. März 1918, Dienstag			
TR-144	Brauchen wir Flanderns Küste? [Von Geh. Adm. Rat a. D. P. Koch.] Schon 1914 schrieb die „Times“: „Calais - das ist eine englische Sache“ und nicht minder ist man sich darüber klar, daß Belgien entweder von Großbritannien oder von Deutschland abhängig sein wird und muß, und daß ein Drittes gar nicht möglich ist.	Nur aus diesem Gesichtspunkt, für den ja freilich der Wiener Kongreß einen Vorgang bildet, ist es erklärlich, wenn obige Frage überhaupt gestellt werden mußte. Weiter ist es deutsche Art, einen Mann zu schmähen, der es wagt, solche Frage in bejahendem Sinne zu beantworten und immer wieder darauf hinzuweisen, daß dieser Krieg nur enden kann, wenn wir ganze Arbeit machen und denen, die nicht müde werden, immer wieder der Welt ihren gegen Deutschland gerichteten Vernichtungswillen zu verkünden, mit gleicher Münze heim-zahlen, sicher in dem Bewußtsein, daß wir nur so eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkel erringen können. - Von französischer Seite rechnete man uns schon lange vor dem Kriege vor, daß man von uns gar nichts anderes erwartete als daß wir die erste Karte ausspielen und uns Flanderns bemächtigen würden, weil sonst, wenn wir England die Vorhand ließen, der unvermeidliche Krieg von vornherein für uns verloren sein würde. Und nun, da wir Flandern in Händen haben, da England nicht wagt, seine Flotte einzusetzen, um es von See aus wiederzugewinnen, und lieber Hunderttausende opfert in vergeblichen Angriffen gegen die Flanke unserer flandrischen Stellung, jetzt gilt es immer noch als ein Beweis hoher staatsmännischer Einsicht, wenn man die Festhaltung dieses Besitzes als offene Frage behandelt - In England hat man es voll begriffen, daß es sich jetzt um einen Daseinskampf handelt, dort weiß man, daß ein selbständiges und unabhängiges Belgien gegenüber den vorliegenden größeren Interessen ein Unding ist. Schon	

		1914 schrieb die „Times“: „Calais - das ist eine englische Sache“ und nicht minder ist man sich darüber klar, daß Belgien entweder von Großbritannien oder von Deutschland abhängig sein wird und muß, und daß ein Drittes gar nicht möglich ist. - daß es Deutschland sein muß, das Flandern in der Hand behält, wenn anders Deutschland fernerhin bestehen und nicht mit der Stellung eines Vasallen Englands vorlieb nehmen will. - Haben wir die flandrische Küste nicht, so gibt es auch für die Niederlande keine Möglichkeit mehr, ihre Neutralität zu wahren, und weder von der holländischen noch von der deutschen Seite würde Englands Flotte einem ernsthaften Hindernis begegnen, die niederländische Küste und die dieser vorgelagerten Inseln zu ihrem Stützpunkte zu machen. - Hier handelt es sich nicht um die schönen Augen der Belgier, auch nicht darum, wie wir uns etwa in der inneren Politik mit einem unbequemen Zuwachs an Mußdeutschen abfinden, die Frage ist die, ob wir durch die Erstreckung der deutschen Küste bis westwärts von Ostende für uns die Bewegungsfreiheit und die sichere Basis für die nicht zu vermeidenden weiteren Kämpfe für Deutschlands Ellbogenraum uns sichern, oder ob wir ein für allemal auf dieses Feld der Betätigung verzichten und es uns an der Stellung als Heloten der Angelsachsen genügen lassen sollen.	
DVB-10490	Die deutsche 8 Milliarden-Beute in Rußland	Die Beute, die von den Deutschen in Rußland gemacht worden ist, hat einen Wert von 8 Milliarden Mark.	
DT-66	Der Modus vivendi mit Polen Die Polen stehen uns Deutschen in dem ernstesten Streben nach Wahrheit und auch in der Aufrichtigkeit im allgemeinen erheblich nach.	. Man hat ihm die Wege zu ebnen gesucht durch die Verkündung in der Presse, daß man im polnischen Lager den Traum eines mächtigen Polenreiches endgültig aufgegeben habe und fest entschlossen sei, fortan nur Realpolitik zu treiben und sich mit den Mittelmächten wie mit den benachbarten Randvölkern nach dem Grundsatz „du tust“ [ich gebe damit du gibst] zu verständigen. - Aber „die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. - Bisher haben die Polen zwar mit großer Konsequenz den Mittelmächten gegenüber das „du tust“ betont, aber ebenso sorgfältig sich um jede Gegenleistung herumgedrückt, von einer Vorleistung gar nicht zu reden. Bis zu der Zweikaiserproklamation vom 6. November 1916 arbeitete man mit trügerischen Versprechungen. Die Million Freiheitskämpfer gegen Rußland, die uns Prinz Radziwill verhieß, schrumpfte alsbald auf wenige Dutzend Freiwillige zusammen, von denen noch ein Teil gar nicht felddienstfähig war. Seitdem haben die Polen nur noch gefordert - Jüngst hat im Reichstag der als Zentrumsmann doch sicher gegen den Polen zu milder Beurteilung geneigte Abgeordnete Fehrenbach dem Abgeordneten Stychel, der eine polnische Brandrede hielt, nicht nur Mangel an Objektivität, sondern auch Mangel an ernstem Streben nach Wahrheit vorgeworfen. Er hat damit eine schwache Seite an dem polnischen Charakter berührt. Die Polen stehen uns Deutschen in dem ernstesten Streben nach Wahrheit und auch in der Aufrichtigkeit im allgemeinen erheblich nach. - Beide Eigenschaften gestatten bei ruhiger und unbefangener Beurteilung nicht ohne weiteres an eine völlige Einkehr zu glauben; sie lassen vielmehr befürchten, daß der augenblicklichen Ernüchterung sehr bald wieder der Phantasierauch von dem mächtigen Polenreiche folgen wird, dessen Forderungen auch die Mittelmächte ohne weiteres als Gesetz anzusehen hätten. - Dazu ist vor allem unerläßlich, daß das, was Polen zu leisten hat, von vornherein nicht nur ganz klargestellt und vertraglich festgelegt, sondern auch die Innehaltung der vertraglichen Abmachungen völlig gesichert wird. Mit Versprechungen und lediglich auf dem Papier stehenden Abmachungen dürfen wir uns nicht weiter abspeisen lassen. Vergessen wir nicht, daß die Polen nicht entfernt, wie namentlich wir Preußen, davon durchdrungen sind, daß das Korrelat des Rechts die Pflicht	

		ist, und demzufolge bei ihnen die Pflichterfüllung äußerlich gesichert sein muß. Das wird ernstliche Schwierigkeiten geben und die Verhandlungen nichts weniger als bequem machen. Man darf aber nicht vergessen, daß die Polen auch Slawen sind, auf die der unbeugsame Wille und die entschlossene Kraft ihren Eindruck nicht verfehlen.	
DZ-143	Der preußische Militarismus und der englische Marinismus ...so ist es ohne Frage klar, daß Mut, Tapferkeit und geniale Führung unserer Heere und unserer Marine, Ausdauer und Opferwilligkeit des ganzen Volkes hinter der Front nicht zum wenigsten der deutschen Frauen, uns die Vorteile unserer heute unbestreitbaren militärischen Ueberlegenheit gebracht haben. Barbarei	Was ist denn überhaupt der sogenannte „preußische Militarismus“, was sind seine „Sünden“ in den Augen unserer Feinde? Nichts anderes ist es, als die straffe Organisation einer Nation, die sich bewußt ist, daß der heutige Weltkampf entweder zu ihrem Untergang oder zur Weiterbetätigung in der Weltwirtschaft und Weltpolitik führen muß. Dieser Militarismus ist geschichtlich in einer Zeit geboren, als Preußen ganz ähnlich wie heute das Deutsche Reich vor der völligen Vernichtung seines Daseins durch Napoleon stand. - so ist es ohne Frage klar, daß Mut, Tapferkeit und geniale Führung unserer Heere und unserer Marine, Ausdauer und Opferwilligkeit des ganzen Volkes hinter der Front nicht zum wenigsten der deutschen Frauen, uns die Vorteile unserer heute unbestreitbaren militärischen Ueberlegenheit gebracht haben. Wer will dies nach unseren Erfolgen in Belgien, Frankreich, Serbien, Rumänien, Italien und Rußland bestreiten? Können wir dafür, wenn in offenem Kampfe nicht unsere Gegner sondern wir siegen? - Was wir erreicht haben, haben wir dem natürlichen Rechte des Siegers zu verdanken, da seit Beginn der Weltgeschichte besteht, und nur von dem großen Rom-Diplomaten aus Buttenhausen [Matthias Erzberger] und der roten Internationalen bestritten wird. - Wie steht es aber mit dem englischen „Marinismus“! Als der Reichskanzler in seiner letzten Rede als Bedingung für eine wahre Freiheit auf dem Meere und nach der von Wilson erfundenen Formel des Selbstbestimmungsrechtes von der Notwendigkeit sprach, daß England Gibraltar, Malta, Port Said, Aden und andere Orte aufgeben müßte, wagte ein englischer Minister von „Unverschämtheit“ zu sprechen. Es hieß von drüben, England brauche diese Stützpunkte, um Seine Seeherrschaft aufrecht erhalten zu können. - Das, was unsere Feinde „preußischen Militarismus“ nennen, sind die hervorragenden Eigenschaften eines ganzen Volkes, das in Jahrhunderten hart geworden ist, hart durch seine oft ernste und traurige Geschichte; er ist die Seele der ganzen Nation geworden, die in fast 45jährigem Frieden aus Armut zu Wohlstand emporgestiegen ist und sich in Kriege und Eroberungen seiner Nachbarn nicht gemischt hat. Der „englische Marinismus“, d. h. die Einbildung, daß England die See beherrschen müsse, ist die Anmaßung eines übersättigten Krämervolkes, was glaubt, die Früchte seiner Jahrhunderte langen Raubpolitik im Halbschlaf wie eine vollgefressene Boa Constrictor verdauen zu dürfen, und was es für ein Verbrechen hält, wenn andere tüchtige Nationen auch ihren Teil an Handel und Wandel in der Welt beanspruchen.	
DT-66	Demokratie und Imperialismus Was ist z. B. der abscheuliche Militarismus, der jetzt ausgerottet werden muß? Zeigt er sich daran, daß er die Menschen in die Armee steckt? Dann wütet er am schrecklichsten in Frankreich, allwo die gesamte Mannschaft drei Jahre diente und alles genommen wurde, das sich ungefähr auf zwei Beinen halten konnte.	Was ist z. B. der abscheuliche Militarismus, der jetzt ausgerottet werden muß? Zeigt er sich daran, daß er die Menschen in die Armee steckt? Dann wütet er am schrecklichsten in Frankreich, allwo die gesamte Mannschaft drei Jahre diente und alles genommen wurde, das sich ungefähr auf zwei Beinen halten konnte. Oder erkennt man ihn an den Geldausgaben? Dann war Großbritannien das am schlimmsten verseuchte Land, denn dort gab man mehr für Heer und Flotte aus als irgend woanders. - . Aus den Beschlüssen, die neulich in London von den Sozialisten der gegen Deutschland verbündeten Mächte gefaßt wurden, scheint mir die Sache mit einiger Klarheit hervorzugehen. Demnach ist es demokratisch, wenn man einem Nachbar ein Grenzgebiet abnimmt, wohingegen es abscheulicher Imperialismus eben dieses Nachbars ist, wenn er das verlangte Stück Land nicht herausgeben will. Es ist eine demokratische Forderung	

		Frankreichs, daß das Elsaß den Franzosen gegeben werde; ebenso zeugt es von reinstem Demokratismus, daß Italien Istrien und Dalmatien haben will, und nirgends tritt die demokratische Gesinnung klarer und schöner zutage als bei der Forderung der Engländer, den Türken Mesopotamien und Palästina wegzunehmen und über die deutschen Kolonien einen internationalen Kongreß entscheiden zu lassen, auf dem Deutschland drei oder vier und seine Feinde zwanzig oder dreißig Stimmen haben werden. - Dieses wäre also Demokratie. Dahingegen ist es unverfälschter Imperialismus, wenn Deutschland weder Elsaß-Lothringen den Franzosen abtreten, noch einen von seinen Feinden beherrschten Kongreß über die deutschen Kolonien verfügen lassen will; es offenbart greuliche imperialistische Pläne, wenn Österreich Tirol, Istrien und Dalmatien behalten will, und es zeugt von dem schwärzesten Imperialismus, wenn die Türkei sich nicht kreuzigen und vierteilen lassen will. - Was ist Barbarei? Einfach alles, was die Deutschen tun und sagen! Was ist Zivilisation? Alles was die weißen, gelben, braunen und schwarzen Engländer und Franzosen tun und sagen! Was sind demokratische Kriegsziele? Wiederum einfach, was Franzosen, Engländer, Italiener, Serben, Japaner usw. vom Kriege erhoffen! Und was sind imperialistische Kriegsziele? Sonst nichts, als was die Deutschen und ihre Freunde wünschen und hoffen! Michel will nur in Ruhe gelassen werden? Welch ein abscheulicher Imperialist! John Bull, Jacques Bonhomme und Pantalone wollen ihm sein Hab und Gut wegnehmen? Edle Demokraten! Evviva il sacro – Democratismo!	
DT-143	Reichstag und Ostfriede	Und so wurde diese Sitzung, die, wenn sie in einer dem großen Augenblick entsprechenden Weise eingeleitet und durchgeführt worden wäre, zu einer über die ganze Erde hallenden Offenbarung deutscher Kraft hätte werden können, zu einer mattherzigen Erörterung politischer und staatsrechtlicher Theorien. - Und in diese Erörterung wurde von keinem Redner auch nur ein einziger Gedanke geworfen, der nicht schon in zahllosen Artikeln während der letzten Monate bis zum Ueberdruß behandelt worden wäre, es müßte denn sein, daß man die Forderung des Abgeordneten Fehrenbach, ja keinen Protestanten, sondern nur einen Katholiken zum Herzog von Litauen zu machen, und das Bedauern des Herrn Naumann darüber, daß man nach Brest-Litowsk nur Diplomaten und keine Männer geschickt habe, die Verständnis für den extremen Sozialismus der Bolschewiki haben, als neue Gedanken bezeichnen wollte.	
DVB-19490	Die deutsche Sozialdemokratie und der Ostfriede Daß es dieses Zuredens überhaupt noch bedarf - nach dreieinhalbjährigem Kriege mit Rußland - beweist, daß die Sozialdemokratie außerstande ist, ernsthafte Wirklichkeitspolitik zu treiben.	Wer, wie die Schlesier, an der Grenze dieses barbarischen Riesenstaates lebte und fast wöchentlich Grenzzwischenfälle erniedrigendster Art zu leiden hatte, weiß, wie gewalttätig und unerträglich dieses russische Imperium war, das am liebsten auch aus Deutschland seiner riesigen Völker- und Ländersammlung neue Landfetzen einverleibt hätte. - Das sozialdemokratische Blatt legt dann weiter dar, daß die deutschen Sozialisten die Dinge endlich sehen müßten, wie sie sind: Für die afrikanischen und asiatischen Ziele des Ueberbrententums spannt sich der ganze Ententesozialismus ins Joch. Das sollte selbst den Kurssichtigen, die sich jeder nationalen Regung schämen, klar machen, daß sie sich damit bei der Internationale nicht empfehlen können; denn die Sozialisten der feindlichen Staaten sind durch die Bank in nationalen Dingen besser konstruiert als wir.	
DZ-143	Eine zeitgemäße Erinnerung	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky und die des gleichgearteten „Pazifisten“ Lammach an Kaiser Karl, werden die Erinnerungen an einen Bund, in dem sich im November 1914 wahlverwandte Geister zusammenfanden, um im Sinne besagter Denkschriften zu wirken. Der Bund	

		nannte sich „Neues Vaterland“. - Der neue Bund verfügte über Schwesterorganisationen in ganz Europa, selbst in England. Aus der Reihe der Mitarbeiter, Gesinnungsgenossen, Gönner und Freunde heben wir nur die folgenden Namen heraus: Lammasch, Botschafter a. D. Graf Anton von Monts, Gesandter a. D. Wirklicher Geheimrat Graf von Leyden, Geheimrat Arnhold-Dresden, Hans Delbrück, Kurt Eisner, Helmut von Gerlach, Quidde.	
DZ-142	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky daß sie in ihren Wirkungen inmitten des Weltkrieges einer landesverräterischen Handlung gleichkommt	Weil seine diplomatische Unzulänglichkeit schließlich sogar in der Wilhelmstraße in Berlin nicht ganz unbemerkt bleiben konnte und ihm Vorwürfe eintrug, übt Fürst Lichnowsky in seiner Denkschrift Rache, ohne Rücksicht darauf, daß sie in ihren Wirkungen inmitten des Weltkrieges einer landesverräterischen Handlung gleichkommt. Denn unsere Widersacher im Auslande werden natürlich diese Rachetat, die die denkbar schwersten Anklagen gegen die deutsche Regierung vorführt und sich nicht scheut, die Hauptschuld am Kriege Deutschland beizumessen, willkommen heißen und als Beitrag eines deutschen „Diplomaten“, der bis zum Kriegausbruch den wichtigsten Botschafterposten inne hatte, für ihre Unschuld und ihr reines Gewissen weidlichst ausbeuten. - Nach Fürst Lichnowsky soll Ehrlichkeit, die jeden Lug und Trug grundsätzlich verachtet, die Haupttugend der englischen Staatskunst sein. Woraus sich schon genügsam erkennen läßt, wie er betrogen werden konnte. - Die Denkschrift soll schon im August 1916 verfaßt worden sein; also ein Jahr, bevor sich die Reichstagsmehrheit mit ihrer Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 die Führung unserer Kriegszielpolitik anmaßte. Die Denkschrift läßt sich als eine Vorgängerin, vielleicht auch als Bahnbrecherin dieser Politik einschätzen, auch insofern, als ihr amtlicher Hauptvertreter, Herr v. Kühlmann, der einzige deutsche Staatsmann ist, über dem die wolkenlose Sonne der Gnade des Fürsten Lichnowsky leuchtet. Manche der Ausführungen Lichnowskys muten an, als ob sie eigens für das „Berliner Tageblatt“, die „Frankfurter Zeitung“ oder den „Vorwärts“ bestimmt oder ihnen entnommen seien	
20. März 1918, Mittwoch			
TR-145	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky Selbst Herr Haase konnte sich für das Elaborat unseres früheren Botschafters nicht begeistern, und Herr Scheidemann fand, daß die Broschüre für einen Diplomaten geradezu eine Blamage bedeute.	. Es werde „ein heftiges, aber kurzes Gewitter“ geben, nach dessen Ablauf die Freundschaftsverhandlungen mit England wieder da aufgenommen werden könnten, wo sie infolge des Mißverständnisses vom Juli 1914 abgebrochen werden mußten. Als Kronzeuge dieser Leute galt bisher Fürst Lichnowsky, unser früherer Botschafter in London. der im August 1914 mit der Ueberzeugung von London heimkehrte, daß er uns das dauernde Freundschaftsverhältnis mit England hätte schaffen können, wenn er nicht durch den Ausbruch des Krieges gestört worden wäre, und der schon damals uns die Schuld zuschob, daß das uns gutgesinnte England in diesen Krieg hineingetrieben worden sei. - Merkwürdig bleibt es, daß alle uns feindlichen, pazifistischen oder verzichtfriedlerischen Auslassungen, trotz aller Wachsamkeit der Zensur und aller Absperrraßregeln, den Weg ins Ausland finden, während z. B. die vertraulich verbreiteten „Kriegsziele des Alldeutschen Verbandes“ oder die von Bethmann so sehr beklagten „Piraten-Schriften“ gegen sein System dem Auslande unbekannt blieben und selbst die Kriegsziele der Wirtschaftlichen Verbände nur dadurch zur Kenntnis der neutralen und feindlichen Presse kamen, daß ein damals in hohem Ansehen stehender amerikanischer Journalist sie, nachdem die Mehrheitspresse Lärm geschlagen hatte, gegen das amtliche Verbot nach Kopenhagen schaffte, was einem deutschen Journalisten nicht möglich gewesen wäre. Merkwürdig bleibt diese Tatsache der leichten Passierbarkeit uns feindlicher Kundgebungen oder schädlicher Aeufferungen aus pazifistischen und mehr oder	

		weniger internationalen Kreisen ins Ausland auf jeden Fall, besonders wenn man die gewährte Vertraulichkeit bei den sogenannten alldeutschen Auslassungen bedenkt. Vielleicht klärt uns Herr Erzberger oder Herr Professor Baumgarten über die Zusammenhänge auf. - Es ist im Ausschusse gesagt worden, daß Fürst Lichnowsky nicht ernst zu nehmen sei. Wir möchten das nicht unterschreiben. Er ist von der englischen Luft ganz benebelt, überschätzt seine eigene Tätigkeit und lebt in der pazifistischen Illusion, die sich nun einmal von einem Feinde nichts Schlechtes versehen kann, die alles in Harmonie auflöst, wenn auch die Macht des eigenen Staates dabei zugrunde geht. Wenn er sich aber von England und seinen verehrten Meistern abwendet, so fällt er manche treffende Urteile, von denen wir das über die Ueberschätzung des sterbenden Dreibundes und die unheilvolle Nachgiebigkeit gegen Oesterreich und Italien, die albanische Komödie usw. ziemlich unterschreiben, wenn sich auch Lichnowsky darin irrt, daß er glaubt, Oesterreich hätte unter allen Umständen an unserer Seite bleiben müssen. Die Umwerbung Oesterreichs durch die Entente besagt das Gegenteil. Unser Schade war, daß wir unter Bethmann die Führung an Oesterreich überließen, statt als stärkster Staat auf der Führung zu beharren. Man wird auf Einzelheiten zurückkommen müssen.	
TR-145	Die „Denkschriften“ des Fürsten Lichnowsky vor dem Hauptausschuß um eine Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, der von 1912 bis 14 das Deutsche Reich in London vertreten habe. Sie sei datiert vom 1. August 1916 und beziehe sich auf unsere Auslands politik seit der Zeit des Fürsten Bismarck	Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916 - Uebereinstimmend mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert würden, und im Gegensatz dazu eine ebenso auffällige Gereiztheit gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verkenennung der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es übel vermerkt habe, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst kein ungetrübtes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe. - trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Oesterreich aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte; von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Suchomlinow-Prozesses überzeugend festgestellt. - der Behauptung des Fürsten, daß Generaloberst Moltke zum Krieg gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrats und der Versendung eines österreichischen Protokolls über den angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Zusatz enthalten gewesen sei: Es werde nichts schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entstehe. - Irgend welchen historischen Wert habe die Denkschrift nicht, sie sei auch nicht bestimmt dazu, der objektiven Wahrheit zu dienen, fordern lediglich den subjektiven Zwecken eines einzelnen. - Abgeordnete Dr. Stresemann: Das Tollste an der Broschüre sei ihr Ausgang, wo Lichnowsky die Zukunft schildere und gewissermaßen in dem britischen Imperialismus das Heil der Welt erblicke. Durch die ganze Broschüre ziehe sich der Gedanke, England rein zu waschen und auf Deutschland die Schuld zu schieben. Lichnowsky	

		hätte sich seiner Verantwortlichkeit bewußt sein müssen, die ihn davon hätte abhalten müssen, seine Schrift auch nur einem Familienmitgliede zu zeigen. Durch die Erklärungen des Vizekanzlers in dieser Beziehung sei der Redner nicht befriedigt. In allen Parteien sei man sich darüber einig, daß die Schrift als ein Machwerk anzusehen sei, das uns nicht schaden könne. - Unterstaatssekretär v. Stumm: Auf die Anfragen bezüglich des Weißbuches müsse er zugeben, daß es nicht sehr umfangreich sei, es sei sehr rasch zusammen gestellt worden, um dem Reichstag bei seinem Zusammentritt ein klares Bild von der Schuldfrage zu geben. Diesen Zweck habe das Weißbuch erfüllt, die Belastung mit weiteren Einzelheiten würde nicht nützlich gewesen sein. Später sei eine Ergänzung desselben erwogen worden, es habe aber die Ansicht obgesiegt, daß eine nachträgliche Ergänzung die Wirkung der ursprünglichen Veröffentlichung nur abschwächen würde. Die Buntbücher der anderen Staaten seien zwar viel umfassender, das deutsche Weißbuch hebe sich aber von denselben insofern vorteilhaft ab, als es keine Fälschungen enthalte.	
DZ-144	Fürst Lichnowsky Gewisse demokratische Kreise treffe eine sehr erhebliche Mitschuld an der Verbreitung der Lichnowskyschen Schrift	Herr von Payer hat die Regierung bei diesen Verhandlungen vertreten. Er hat einen Brief an den Reichskanzler Grafen Hertling vom 5. März d.J. verlesen, in dem „Seiner Exzellenz ganz gehorsamster Lichnowsky“ sich über einen unerhörten „Vertrauensbruch“ beschwert, durch den seine „gewissermaßen“ „nur für das Familienarchiv“ bestimmten „subjektiven Betrachtungen über unsere ganze Auslandspolitik seit dem Berliner Kongresse“, die er zu seiner eigenen Rechtfertigung notiert habe, den Weg in weitere Kreise gefunden hätten. Diese zu seiner Rechtfertigung und „gewissermaßen“ nur für das Familienarchiv bestimmten aus dem Gedächtnisse niedergeschriebenen Aufzeichnungen glaubte der Fürst Lichnowsky „einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen die Zusicherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können“. - Dieser Bund hatte es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, die Leitartikel des Fürsten Lichnowsky aus dem „Berliner Tageblatt“ zu vertreiben. Wir nannten die Namen einiger führenden Geister dieses Bundes, als da sind: Herr von Tepper Laski, Professor Lammasch - Wien, Botschafter a. D. Graf von Monts (ebenfalls hervorragender Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“), Professor Hans Delbrück, Professor Quidde, Geheimer Kommerzienrat Arnhold – Dresden, der intime politische Freund des Abgeordneten Erzberger und des Abgeordneten Freiherrn von Richthofen. Gewisse demokratische Kreise treffe eine sehr erhebliche Mitschuld an der Verbreitung der Lichnowskyschen Schrift, hat der Abgeordnete von Graefe gesagt. Welche demokratischen Kreise mögen das sein?	
DZ-145	Lichnowsky „Sie müssen Sir Edward entschuldigen, daß er Sie warten läßt, aber er hat mit einem einfältigen Idioten zu sprechen.“	über Fürst Lichnowsky: „Sie müssen Sir Edward entschuldigen, daß er Sie warten läßt, aber er hat mit einem einfältigen Idioten zu sprechen.“ „Warum verschwendet Sir Edward seine Zeit an einen Idioten?“ „Er verschwendet seine Zeit nicht, er gewinnt Zeit für England, indem er diesen Narren am Narrenseil führt.“ Kurz darauf wurde Sir Roger zu Edward Grey beschieden; auf der Türschwelle begegnete er dem Fürsten Lichnowsky, der eben herauskam.	
DZ-145	Eine englische Stimme zum Fall Lichnowsky daß dieses ganze amtliche Gebaren falsch ist, und daß Deutschland für den Lauf der Ereignisse verantwortlich ist,	sagt die „Westminster Gazette“: „Die offizielle Kriegstheorie, die der Feind in unverschämter Weise gegen alle Offenkundigkeit feststellt, besteht darin: „Der Krieg sei Deutschland und seinen Verbündeten durch die „Einkreisungspolitik aufgezwungen worden“, die gegen Deutschland gerichtet gewesen sei, Lichnowsky sagt in seinen Ausführungen im August 1916 in offener Weise, daß dieses ganze amtliche Gebaren falsch ist, und daß Deutschland für den Lauf der Ereignisse verantwortlich ist, die Frankreich, Rußland und Großbritannien zur	

		Verteidigung ihrer Existenz vereinigten. Das Blatt fügt hinzu, daß Fürst Lichnowsky in klarer Weise anerkannt habe, daß Sir Edward Grey mit Beharrlichkeit an der Aufrechterhaltung des Friedens arbeitete, und daß die Politik dieses britischen Staatsmannes ehrlich und durchaus freimütig gewesen sei.	
DT-145	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky Besprechung im Hauptausschuß – Erklärungen des Vizekanzlers – Der Fall Mühlön Uebereinstimmend mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert würden, und im Gegensatz dazu eine ebenso auffällige Gereiztheit gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner.	Herr von Payer führte dann aus: Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch eingereicht und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit gehandelt habe, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptausschuß Widerspruch erfolgen. - Uebereinstimmend mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert würden, und im Gegensatz dazu eine ebenso auffällige Gereiztheit gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verkenntnis der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es übel vermerkt habe, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst kein ungetrübtes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe. Im einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914 wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wolle, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Oesterreich aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte; von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Suchomlinow Prozesses überzeugend festgestellt. Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, ständen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Redner führte dies im einzelnen aus. So bezüglich der Behauptung des Fürsten, daß Generaloberst Moltke zum Krieg gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrats und der Versendung eines österreichischen Protokolls über den angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach, London, in welchem Protokoll der Zusatz enthalten gewesen sei: Es werde nichts schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entstehe. Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch. -- Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedensliebe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch Erzählung eines Vorgangs am 1. August 1914. Damals habe der Fürst infolge eines telephonischen Mißverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihn die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, falls es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe. Sofort nach Eintreffen dieses Telegramms sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgegangen, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle.	

		Daß die Meldung des Fürsten irrtümlich gewesen war, ändere an der Bewertung des deutschen Schrittes nichts.	
DT-146	Die „Denkschrift“ Was freilich ihre Wirkung auf das feindliche Ausland angeht, so muß wieder einmal festgestellt werden, daß der deutschen Sache schwerer Abbruch geschehen ist	Ursprünglich als Anklageakte gedacht, ist sie letzten Endes doch weiter nichts als eine Verteidigungsschrift in eigener Sache und ein Plaidoyer für mildernde Umstände. Was freilich ihre Wirkung auf das feindliche Ausland angeht, so muß wieder einmal festgestellt werden, daß der deutschen Sache schwerer Abbruch geschehen ist, und zwar von einer Persönlichkeit, die sich der Verantwortlichkeit ihrer Handlungsweise in weit höherem Maße bewußt sein mußte, als irgendein politischer Dilettant, dem die eigene wertere Person höher steht als das Wohl des Landes. - Alles was der Fürst in diesem Zusammenhange vorbringt, so auch das inzwischen hundertfach in Abrede gestellte Märchen vom Potsdamer Kronrat, oder die Besprechungen, die der Kaiser einige Wochen vorher mit dem Erzherzog Franz Ferdinand in Konopitsch gehabt haben soll – der Erzherzog war bekanntlich alles andere als ein Anhänger der Kriegsidee oder auch die von feindlicher Seite aufgestellte Hypothese von der Berliner Regierung des serbischen Ultimatus, alles dies erklärt sich wohl am besten aus der grenzenlosen Animosität Lichnowskys gegen unseren Bundesgenossen. Und wenn es damals nach dem Fürsten gegangen wäre, so hätte Deutschland nichts besseres tun können als die Habsburger Monarchie in entscheidender Stunde elend im Stiche zu lassen. - Zur Charakteristik des fürstlichen Schreibers trägt es aber bei, zu sehen, wie er sich ohne jegliche Kenntnisse des einschlägigen Aktenmaterials den Standpunkt unserer Feinde unbedenklich zu eigen macht. Das gleiche gilt von den angeblichen Berichten des Grafen Pourtales über die russische Friedfertigkeit. Auch hier ist das gerade Gegenteil richtig	
VOW-79	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky Das schwedische Jungsozialistenblatt „Politiken“ begann mit ihrer Veröffentlichung	Der Botschafter kehrte zurück mit dem Gefühl eines Menschen, der sein Lebenswerk zerschlagen sieht. Er empfand damals wohl auch nicht viel anders als wir deutschen Sozialdemokraten, die wir ja auch an der Versöhnung mit Frankreich und England gearbeitet hatten, und nun, gegenüber den entfesselten Urgewalten, unsere Ohnmacht knirschend erkennen mußten. Den Fürsten Lichnowsky, der an die Verständigung geglaubt hatte, wie jeder Schaffende an sein Werk glauben muß, begrüßte in Deutschland der Hohn der Alldeutschen, die ihm nachsagten, er habe sich von den Engländern einseifen lassen, ihre wahren Absichten nicht erkannt. Da verfaßte der Fürst im Sommer 1916 eine leidenschaftliche Streitschrift, in der er die Vorgänge vor dem Kriegsausbruch so schilderte, wie sie sich in seinen Augen darstellten. Es wurde eine Anklageschrift gegen die deutsche und die österreichische Politik. - Das schwedische Jungsozialistenblatt „Politiken“ begann mit ihrer Veröffentlichung, andere Blätter folgten - Wie man in Deutschland den Rücktritt dreier englischer Minister bei Kriegsausbruch als Beweis für Englands Schuld am Kriege betrachtete, wie der Suchomlinowprozeß später als Zeugnis für Rußlands Schuld gewertet wurde, so wird das feindliche Ausland jetzt in der Schrift Lichnowskys die ausschlaggebende Urkunde sehen, durch die der Streit um die Kriegsschuld zu Ungunsten Deutschlands entschieden wird. Und wer vermag zu leugnen, daß von dieser Schrift auf die deutsche Auslands politik vor dem Kriege ein schwerer Schatten fällt? - Es ist keine Schande, und es braucht auch kein Unglück zu sein, daß die deutsche Politik vor Ausbruch des Krieges auch außerhalb der Sozialdemokratie scharfe Anfechtung gefunden hat. Das Ausland darf das als Zeichen dafür nehmen, daß in Deutschland die Gewissen nicht schlafen. Aber es würde sich täuschen, wenn es von dieser Veröffentlichung einen Niederbruch der allgemeinen Stimmung erwartete. Die Schrift Lichnowskys bedarf in vielen Punkten kritischer Nachprüfung, - Wie war es denn im August 1914? Wir	

		Sozialdemokraten hatten die auswärtige Politik Deutschlands aufs schärfste bekämpft, standen den leitenden Männern des Reichs nicht nur in sachlicher Gegnerschaft, sondern sogar in persönlich empfundener Feindschaft gegenüber – denn unsere Partei wurde verleumdet und verfolgt – als aber die Würfel gefallen waren, gab es nur noch einen Willen: „Deutschland darf nicht geschlagen werden!“ Und dieser Wille besteht noch. - Die Wirkungen, die Lichnowskys Schrift in der Beziehung auf Kriegsbeendigung oder Kriegsverlängerung übt, sind uns daher im Augenblick wichtiger als die größere oder geringere Anfechtbarkeit seiner gewiß einseitigen Darstellungen. Leider wird die Schrift, soweit sie als Beweisstück für die deutsche Schuld am Kriege angesehen wird, den Kriegswillen draußen aufs neue beleben. Sie kann aber noch eine andere Wirkung haben, sie kann dazu beitragen, daß man in Deutschland über England wieder etwas ruhiger und objektiver denken lernt. - Um die Tatsache kommt man doch nicht herum, daß der Mann, der von der deutschen Regierung nach England geschickt war, um die englische Politik zu beobachten, über sie zu berichten und mit ihr Fühlung zu halten, ihr ein geradezu glänzendes Zeugnis ausgestellt hat. - Auch wenn die englische Regierung von 1914 den Krieg nicht gewollt hat, so steht doch fest, daß das englische Volk von 1918 zäher um den Sieg über Deutschland kämpft als irgendein anderes Volk der Welt. Diesen Sieg wollen wir ihm und werden wir ihm nicht gönnen. Aber was wir leidenschaftlich wollen, das ist eine Beendigung des Völkergemetzels, noch ehe all die Opfer gefallen sind, die eine letzte Entscheidung durch die Gewalt erfordert. Zur Erreichung dieses Zieles kann es beitragen, wenn sich das deutsche Volk nicht von Feindeshaß blenden läßt, und in diesem Sinne empfehlen wir die Schrift des Fürsten Lichnowsky der Aufmerksamkeit der Leser.	
VOS-145	Fürst Lichnowskys Schrift Wenn man der Erkenntnisquelle dieser geheimnisvollen Winkeldiplomaten nachging, so stieß man immer auf die Lichnowskysche Denkschrift, deren Inhalt allmählich zu einem Geheimnis des Polichinell geworden war.	Bis zum Kriegeausbruch war Deutschlands Botschafter in London Fürst Lichnowsky, der sich lebhaft um die deutsch-englische Verständigung bemühte. Im Sommer 1914 glaubte er, gemeinsam mit Asquith und Sir Edward Grey die Formel für eine solche Verständigung gefunden zu haben. Der Krieg brachte ihn aus seinen Träumen zu schmerzlichem Erwachen. Als ein gebrochener Mann kam der Fürst nach Berlin. Und er fand hier eine sehr feindselige Stimmung gegen sich vor. Man beschuldigte ihn in den weitesten Kreisen, daß er durch seine verblendete Engländerfreundschaft falsch nach Berlin berichtet und daher zu einem Teil den Krieg auf dem Gewissen habe. - daß er diese Niederschrift zunächst nur für sein Familien-Archiv gemacht und deren Inhalt dann ganz wenigen vertrauten Freunden zur Kenntnis gebracht habe. Allein der Fürst scheint sich diese Freunde sehr schlecht ausgesucht zu haben. Denn die Denkschrift war kaum niedergeschrieben, da kannten ihren Inhalt bereits auffällig viele Menschen, bis auf die kleinsten Einzelheiten. - Eine besondere Rolle spielte dabei der Bund Neues Vaterland und die ihm nahestehenden Kreise, die sich aus jenen Pazifisten zusammensetzten, für die Deutschlands Schuld am Kriege fest stand. Gegen Ende des Jahres 1914 und etwa Anfang 1916 liefen in Berlin eine Reihe von Leuten herum, die sich sehr diplomatisch gebärdeten, geheimnisvolle Andeutungen machten und vorgaben, den Weltgeschehnissen näher zu stehen als gewöhnliche Sterbliche. Wenn man der Erkenntnisquelle dieser geheimnisvollen Winkeldiplomaten nachging, so stieß man immer auf die Lichnowskysche Denkschrift, deren Inhalt allmählich zu einem Geheimnis des Polichinell [Hampelmann, Kasperle] geworden war. - Aber das kann doch über die Tatsache nicht hinweghelfen, daß der Schaden, der nun angerichtet ist, kaum wieder gut gemacht werden kann. Der Unterstaatssekretär v.d. Bussche hat im Ausschuß	

		ausführlich dargelegt, weshalb man von einer Strafverfolgung des Fürsten abgesehen habe. Es mag tatsächlich zweifelhaft sein, wie das Ergebnis einer Strafverfolgung schließlich ausgefallen wäre. Nicht zweifelhaft dagegen ist es uns, daß um irgend einen beliebigen Staatsbürger, der ähnliche Schriften in Umlauf gesetzt hätte, die Staatsanwaltschaft sich etwas lebhafter bemüht hätte. Es steht jedenfalls fest, daß die Wirkung, die die Denkschrift üben muß, und wohl auch schon geübt hat, durchaus nicht schlimmer hätte sein können, wenn auf ihren Verfasser die Voraussetzungen der Strafparagrafen über Landesverrat anwendbar wären. - Wie gründlich der Fürst Lichnowsky von den Engländer über ihre wahren Absichten getäuscht worden ist, hat niemand besser und sarkastischer dargelegt als der Engländer Bernhard Shaw. Er – obgleich Ire und Sozialist, ein begeisterter Anhänger der englischen imperialistischen Idee – hat in einem glänzenden Aufsatz geschildert, wie der englische Löwe zu seinem letzten Sprung ausgeholt hat [*], um seinem mächtigen Konkurrenten Deutschland die Pranken ins Fleisch zu graben. Bernhard Shaw macht sich über die Einfalt des Fürsten Lichnowsky in einer Weise lustig, wie es eben nur Bernhard Shaw kann. [*] siehe: Norddeutsche Allgemeine Zeitung– Nr. 138 – Samstag, 16. März 1918 – Seite 1 - Ein klassischer Zeuge.	
VOS-145	Die Verhandlungen im Hauptausschuß	eine Gesamtverständigung mit England sei angesichts der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angesichts des unbedingten Festhaltens Englands an der Entente politik, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten begreiflicherweise nicht zustande gekommen. Der Zweck der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wie viel bessere und einsichtigere Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Ratschlägen gefolgt wäre. - Des weiteren handele es sich um ein in Briefform gekleidetes, an eine größere Anzahl von Personen gesandtes und seither stark vervielfältigtes Rundschreiben eines zurzeit sich in der Schweiz aufhaltenden Doktor Mühlön, der zur Zeit des Kriegeausbruchs Mitglied des Kruppschen Direktoriums gewesen sei. Dr. Mühlön sei – nach dem Brief – in der zweiten Hälfte Juli 1914 hintereinander bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzähle nun angebliche Aeußerungen derselben, aus denen er den Schluß zieht, daß es der deutschen Regierung im Juli 1914 an dem Friedenswillen gefehlt habe. - Haldane sei in Berlin sehr liebenswürdig aufgenommen und habe Einblicke in manche Verhältnisse bekommen, die sonst niemandem gewährt seien. In England habe man ihn aber bei seiner Rückkehr wie einen Vaterlandsverräter geächtet. Ein Freund Haldanes, der englische Schriftsteller Begbie, habe in einer 1916 erschienenen Broschüre „Vindication of Great Britain“ Haldane verteidigt und anerkannt, daß unser Kaiser eine Verständigung mit England gewünscht habe. Ueber solche Tatsachen hätte Lichnowsky unterrichtet sein und darin den Beweis finden müssen, daß Deutschland keinen Krieg mit England wollte.	
VOS-145/ 146/ 147	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky – Teile I, II, III „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. Meine Londoner Mission 1912-14“.	Die Aufzeichnungen des früheren deutschen Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky, von denen in dem Hauptblatt unserer heutigen Ausgabe ausführlich die Rede ist, tragen die Ueberschrift: „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. Meine Londoner Mission 1912-14“. - Ueber Greys Programm sagt Lichnowsky: „Der britische Staatsmann wollte, nachdem sowohl mit Frankreich wie mit Rußland die alten Streitfragen geregelt waren, auch mit uns zu ähnlichen Abmachungen gelangen. Nicht uns zu vereinsamen, sondern uns möglichst zu Teilnehmern an der bestehenden Genossenschaft zu machen, war seine Absicht. Wie es gelang, britisch-französische und britisch-	

		russische Gegensätze zu überbrücken, so wollte er auch die britisch-deutschen möglichst beseitigen und durch ein Netz von Verträgen, zu denen schließlich wohl auch eine Vereinbarung über die leidige Flottenfrage gehört hätte, den Weltfrieden sichern, nachdem unsere frühere Politik zu einer Genossenschaft, der Entente, geführt hatte, die eine gegenseitige Versicherung gegen Kriegsgefahr darstellte.“ - „Der verhängnisvolle Irrtum unserer Dreibund- und Orientpolitik, die Rußland, unseren naturgemäßen besten Freund und Nachbar, in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt und von der asiatischen Ausbreitungspolitik abgedrängt hatte, war um so augenfälliger, als ein russisch-französischer Ueberfall, die einzige Hypothese, die eine Dreibundpolitik rechtfertigte, aus unserer Berechnung ausscheiden konnte.“	
VOS-146	Eine Erinnerung an Fürst Lichnowsky Etwas über ein Jahr vor Ausbruch des Krieges, am 1. Juli 1913, hatte ich auf Wunsch der Britischen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag in London zu halten..... Sobald man an der englischen Küste gelandet war, konnte man nicht mehr übersehen, daß sich das Land zu einem Waffengang rüstete.	Sobald man an der englischen Küste gelandet war, konnte man nicht mehr übersehen, daß sich das Land zu einem Waffengang rüstete. Eine Schar Knaben mit Fahne und Trommel zog am hellen Sonntag vormittag durch Eastchapel - die Cockney-Jugend auf dem Kriegspfad!. In den Familien hörte man überall von boy scouts reden, die ins Lager geschickt wurden. In einem Handwerkerklub wurde ich gebeten, einige Worte über die Möglichkeit zu sagen, einen Feldzug zu vermeiden. Ein unbekannter Herr mit weißem Haar und salbungsvoller Freundlichkeit, der mich offenbar an meinem weichen Hut als Deutschen erkannte, ging mir über die Straße zu, bot mir die Hand und sagte eindringlich: „Nicht wahr, wir wollen in Frieden miteinander leben, in Eintracht, ohne Blutvergießen!“ Gegenüber der selbstverständlichen Friedensruhe Berlins machte solche Kriegsabwehr einen unheimlichen Eindruck. Durch die Entente war England gegenüber Frankreich und Rußland gesichert; die Gefahr konnte also nur auf Deutschland gehen. Ich fragte einige Landsleute nach der Stimmung; wir alle wissen, sagten sie, daß es gegen Deutschland geht, nur der deutsche Botschafter weiß es nicht Die Sache ließ mir keine Ruhe. Aus der normalen Ruhe Berlins plötzlich in die Kriegsschwüle Londons versetzt, wußte ich ein paar Tage lang nicht, was tun. Endlich entschloß ich mich aufs Geratewohl zu einem Besuche bei dem mir gänzlich unbekannten Botschafter. - Schicklich begann ich mit einem Dank, daß Durchlaucht beabsichtigt hatte, zu meinem Vortrag zu kommen. Zu welchem Vortrag?" Ich nannte Tag und Veranlassung und fügte bei, die Einladung sei ihm vier Wochen vorher zugegangen, und die Akademie habe sich über seine Zusage aufrichtig gefreut; ich hätte Auftrag gehabt, ihn ehrerbietigst zu begrüßen. Der Botschafter nahm einen Taschenkalender vom Schreibtisch, schlug ein Blatt auf und sagte: „Unmöglich; ich habe drei Wochen vorher, genau für den 1. Juli, ein Diner angesagt; da konnte ich unmöglich zu Ihrem Vortrage kommen.“ Jetzt begriff ich die Handlungsweise der Akademieherren: indem sie das Fernbleiben des Botschafters gedruckt als „unavoidable“ entschuldigten, unterstrichen sie die Geringschätzung ihrer Friedensaktion. Umso kühner begann ich auf die seltsame Stimmung hinzuweisen, wie sie mir in England begegne und mich mit Schrecken erfülle. - Die Botschaft war wie ausgestorben. Ich dachte an die Zeiten Bunsens, und wie lebhaft damals das geistige London in diesen Räumen verkehrte. Nach allem, sagte ich zu mir selbst, was du von Literatur und öffentlicher Meinung aus der Geschichte weißt, hättest du geschworen, daß wir am Vorabend einer schweren Auseinandersetzung mit dem Inselreich stehen; der eingeweihteste Mann sagte dir jetzt, daß du Gespenster am hellen Tage gesehen hast. Es schüttelte mich. Ich trat ins Freie und fuhr am selben Abend nach Berlin zurück.	

		Noch nicht Jahr und Monat später hatten wir die englische Kriegserklärung.	
VOS-145	Der sogenannte Brief des Direktors Mühlon der Kaiser nur zum Schein auf die Nordlandreise gegangen sei, ihr keineswegs die übliche Ausdehnung gegeben habe, sondern sich in jederzeit erreichbarer Nähe und in ständiger Verbindung halte.	Gespräch des Dr. Mühlon mit Bankier Helfferich	
DZ-144	Die Entente zum russischen Frieden	Sie unterschrieben ihn, ohne zu wissen, ob der Vertrag in seiner wahren Bedeutung Frieden oder Krieg bedeutete, und ohne zu erfahren, in welchem Grade das nationale Leben Rußlands dadurch zu einem Schatten heruntergebracht würde. - Polen, dessen Heldengeist die grausamste der nationalen Tragödien überdauert hat, wird mit einer vierten Teilung bedroht, und um sein Leiden noch zu vergrößern, haben die Entscheidungen, durch die die letzten Spuren seiner Unabhängigkeit vernichtet werden sollen, sich auf trügerische Versprechungen der Freiheit gegründet. Was von Rußland und Polen gilt, gilt nicht minder von Rumänien, das vom Strome unbarmherziger Herrschsucht überwältigt wird. Mit Macht wird der Friede laut verkündet, aber unter dem dünnen Mantel der Worte lauert die brutale Wirklichkeit des Krieges, die ungemilderte Herrschsucht der gesetzlosen Gewalt. Friedensverträge wie diese werden und können wir nicht anerkennen	
DVB-10491	Der Ostfriede beschränkte sich der sozialdemokratische Abgeordnete David im deutschen Reichstage darauf, an dem Frieden auszusetzen, daß er ein Gewaltfriede sei, der jede Freundschaft mit dem russischen Volke ausschließe.	beschränkte sich der sozialdemokratische Abgeordnete David im deutschen Reichstage darauf, an dem Frieden auszusetzen, daß er ein Gewaltfriede sei, der jede Freundschaft mit dem russischen Volke ausschließe. - Richtig war die Bemerkung Davids, daß das unterliegende Rußland auf Gnade und Ungnade habe kapitulieren müssen, allein die Schuld daran trägt die Petersburger Regierung, die einen Frieden zu einer Zeit ablehnte, wo er noch billig zu haben war; mittelbare Schuld daran ist aber die Sozialdemokratie in den Ländern der Mittelmächte, die durch ihre Haltung die Petersburger Bolschewikiregierung in dem Wahn leben ließ, daß sie den Mittelmächten den Frieden werde diktieren können.	
VOS-145	„Der deutsche Gewaltfrieden“ – Die Krokodilstränen der Entente „Der Premierminister und die auswärtigen Minister der Entente, die in London versammelt waren, halten es für ihre Pflicht, von dem politischen Verbrechen, das unter dem Namen eines deutschen Friedens gegen das russische Volk begangen worden ist, Kenntnis zu nehmen.“	Die Entente hat nichts getan, um Rußland, das sich für sie zu Tode blutete, durch rechtzeitigen Friedensschluß zu retten. Dafür spart sie jetzt nicht mit falschen Anklagen und billigen Mitleidskundgebungen. Das englische Auswärtige Amt versendet ein langatmiges Kommuniqué, dessen Einleitung besagt: „Der Premierminister und die auswärtigen Minister der Entente, die in London versammelt waren, halten es für ihre Pflicht, von dem politischen Verbrechen, das unter dem Namen eines deutschen Friedens gegen das russische Volk begangen worden ist, Kenntnis zu nehmen.“ - Was auch immer über die Entwicklung im Osten gesagt werden mag: die Minister der Entente sind die letzten, die als Ankläger und Richter aufzutreten berechtigt wären.	
21. März 1918, Donnerstag			
NFP-19243	Eine Rede Lord Lansdownes über den Völkerbund Der Völkerbund darf nicht das Siegel und die Verbriefung der Allmacht der Entente bedeuten.	Die Idee der Liga der Nationen ist von Asquith, Grey und Wilson oft genug ausgesprochen worden. Schon der Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg hat feierlich versprochen, Deutschland werde jedes Mittel aufs genaueste prüfen, das geeignet sei, die Wiederkehr des jetzigen Krieges zu verhindern. Auch Graf Czernin und Graf Hertling haben in ihren Antworten an den Papst und an Wilson diesen Ideen Beifall gezollt und somit gehört der Gedanke der Völkerliga zum Gemeingut aller Kriegführenden. Was ist jedoch die natürliche Voraussetzung dieser Pläne? Ein Verzicht aus den sogenannten Endsieg. Das unterscheidet Lord Lansdowne am schärfsten von Lloyd-George und den politischen	

		Führern der Franzosen. Jene wollen zuerst den Sieg, zuerst die Eroberung, das Zerschmettern und Demütigen des Gegners, und erst dann käme die Aufnahme in den Völkerbund. Das hieße also, das Ergebnis eines Ententesieges, des Zusammenbruches der Mittelmächte für alle Ewigkeiten festlegen. Jeder, der sich dann gegen den Willen der Entente erheben würde, könnte in die Acht erklärt und von der ganzen Welt ausgestoßen werden. Die Entente würde alle ihre Kriegsziele erreichen und dazu noch die Mittelmächte unter dem Vorwand des Völkerbundes ihres Zusammenhaltes berauben, um sie als willenslose Vasallen an ihren Triumphwagen zu fesseln. - Wer an die Zukunft denkt, muß wie Lansdowne der Ansicht sein, daß zuerst die territorialen Fragen durch Verständigung gelöst werden müssen; dann erst, wie dies übrigens auch der Reichskanzler betont hat, kann eine Gemeinschaft der Nationen entstehen. Lord Lansdowne ist es ernst um diese Verständigung. Er hat vorgeschlagen, daß Verhandlungen eingeleitet werden, um den Friedenswillen der Mittelmächte zu erproben. Der Völkerbund darf nicht das Siegel und die Verbriefung der Allmacht der Entente bedeuten. Ein Bündnis ist nur denkbar, ohne daß ein Teil auf der gänzlichen Niederlage des anderen besteht. Sonst ist es Spiegelfechterei und Cant.	
NFP-19243	Gerüchte über ein deutsches Friedensangebot Deutschland wolle, gegen Zugeständnisse, die im Osten gemacht werden, Zugeständnisse im Westen machen.	Deutschland habe ein Friedensangebot gestellt. Im Unterhause seien Gerüchte über diesen Schritt der Deutschen Regierung verbreitet. Deutschland wolle, gegen Zugeständnisse, die im Osten gemacht werden, Zugeständnisse im Westen machen. Die englische Regierung habe jedoch keine Neigung, darauf einzugehen. Die öffentlich bekannten Tatsachen zeigen die Unwahrscheinlichkeit dieser Meldung. Die letzten Erklärungen des Reichskanzlers haben den Eindruck gemacht, daß die Zeit, die der Entente zum Einlenken in den Frieden gelassen wurde, jetzt für abgeschlossen gelten müsse - Die Reden von Clemenceau, Bonar Law und Balfour waren abweisend.	
DZ-147	Litauen Es ist in politischen Kreisen bekannt, daß neben dem unvermeidlichen Abgeordneten Erzberger der Bergingenieur Baron Ropp die Lösung der litauischen Frage zu seiner augenblicklichen Lebensaufgabe gemacht hat.	Es ist in politischen Kreisen bekannt, daß neben dem unvermeidlichen Abgeordneten Erzberger der Bergingenieur Baron Ropp die Lösung der litauischen Frage zu seiner augenblicklichen Lebensaufgabe gemacht hat. - Er leitet jetzt die Geschicke dieses Landes im Verein mit Herrn Erzberger. - Wer auch bei einer Personalunion Litauens mit Preußen wäre es natürlich das Gegebene, einen katholischen Statthalter in das Land zu entsenden. Daß die litauische Bevölkerung unter allen Umständen einen eigenen Herzog wolle, ist nicht richtig; die maßgebenden Stellen wissen ganz genau, daß dieser gefährliche Gedanke dem litauischen Landesrat erst von außen eingeimpft worden ist, und zwar sind an dieser Einimpfung gewisse maßgebende Stellen nicht unschuldig gewesen. Neben dem Abgeordneten Erzberger würde Baron Ropp mit seinen guten Beziehungen zur Berliner Wilhelmstraße auch hierüber näher Auskunft geben können. Graf Hertling hat sich über die weitere Entwicklung der politischen Ausgestaltung Litauens noch nicht geäußert. Vor einer Festlegung in der Richtung der einseitigen Wünsche Erzbergers und des Barons Ropp möchten wir nochmals dringend warnen.	
DT-148	Il faut tuer les Boches d'abord ! – Wir müssen zuerst die Deutschen töten! ..., als alle diese Zerstörungen ganz einfach den Boches in die Schuhe geschoben werden	Bei den letzten Verhaftungen angeblicher Spione und Vaterlandsverräter, die von dem alten Tiger Clemenceau aufgespürt werden, weil es ihm bisher nicht gelingen wollte, die verhaßten Boches zwischen Fänge und Zähne zu bekommen, ist auch ein Mann namens Tremblez eingesackt worden, dem man schreckliche Dinge vorwirft. Dieser Schurke hat auf seinem Landgut in der Bretagne deutsche Gefangene beschäftigt und sie sehr gut behandelt! Denken Sie sich so etwas! Anstatt die Leute mit der Peitsche anzutreiben und verhungern zu lassen, hat dieser Bösewicht sie sehr gut behandelt. Und das zu einer Zeit, wo Il faut tuer les Boches d'abord die Losung ist! Einen klareren	

		Beweis von verräterischer Gesinnung kann es unmöglich geben im Lande der Zivilisation und des Edelmuts. Früher schon – zwei Jahre oder noch länger ist es her – wurde ein Schweizer aus dem nämlichen Grunde verhaftet. Der Mann war Bäcker, und wie er in der gerichtlichen Verhandlung aussagte, hatte er Mitleid mit den verhungerten deutschen Gefangenen und verteilte unter sie sein altbackenes Brot! Damals ließ man ihn mit einer scharfen Verwarnung und gegen das Versprechen der Besserung los, und es ist wohl anzunehmen, daß er sich in der Tat gebessert und keinem hungernden Deutschen mehr ein Stück Brot geschenkt hat. Heute, unter der Regierung Clemenceaus, wäre es ihm wohl schlechter ergangen, denn was damals nur heimlich geflüstert wurde, ist jetzt die oberste Losung: Il faut tuer les Boches d'abord!	
NFP-19243	Die Erwiderung des Hofrates Dr. Lammasch auf den Artikel des Dr. Friedjung „in London und Paris zu erklären, die österreichisch-ungarische Regierung gedenke, nach geschlossenem Frieden das Bündnis zu lösen.“	Was Dr. Friedjung über die angebliche Denkschrift nach Mitteilungen jemandes, der sich in der Öffentlichkeit nicht nennen will – möge er es doch tun! – und über ihren Zusammenhang mit den von ihm in der „Vossischen Zeitung“ berichteten weiteren Ereignissen erzählt, ist Gerede. Seine darauf bezüglichen Mitteilungen beruhen teils auf Erfindung, teils auf Mißverständnissen, was für die Wirkung dasselbe ist. Im übrigen habe ich die Auffassung, alle Sonderbündnisse (auf beiden Seiten) stünden in Widerspruch mit einem allgemeinen Verband zur Sicherung des Weltfriedens, der notwendig ist, wenn der Friede ein dauernder sein soll, wiederholt öffentlich, insbesondere in meinem Buche „Das Völkerrecht nach dem Kriege“ ausgesprochen. Darauf mögen jene Mißverständnisse und Gerüchte zum Teil beruhen.	
NFP-19243	Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky daß im Gegenteil seine Versuche, das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn zu erschüttern, die Hauptursache jener Widerstände waren, denen der Fürst, wie er in seiner Denkschrift mit Bitterkeit erwähnt, manchmal bei amtlichen Stellen begegnet ist	daß die Leiter der deutschen Politik in ihrer bundestreuen Gesinnung gegenüber Oesterreich-Ungarn weder vom Fürsten Lichnowsky noch von sonst irgend jemand jemals haben irremachen lassen, noch in Zukunft irremachen lassen werden. Was die Wirkung anbelangt, welche die Veröffentlichung der Lichnowskyschen Denkschrift in Deutschland hervorgerufen hat, so wird in informierten Kreisen als charakteristisch eine Stelle aus dem Artikel des sozialistischen Parteiorgans, des „Vorwärts“, hervorgehoben, die besagt: Das Ausland darf die Kritik, die an der deutschen Politik vor dem Kriege geübt wird, als ein Zeichen dafür nehmen, daß in Deutschland die Gewissen nicht schlafen. Aber es würde sich täuschen, wenn es von der Veröffentlichung der Denkschrift einen Niederbruch der allgemeinen Stimmung erwartete.	
NFP-19243	Die deutsche Orient- und Dreibundpolitik Fürst Lichnowsky sucht dann nachzuweisen, daß das Bündnis Deutschlands sowohl mit Italien wie insbesondere auch mit Oesterreich-Ungarn wertlos gewesen sei.	Weiter führt Fürst Lichnowsky seine eigenen Ansichten über die deutsche Balkanpolitik aus: Wir müssen uns von der verhängnisvollen Ueberlieferung endlich loslösen, Dreibundpolitik auch im Orient zu treiben und den Irrtum erkennen, der darin lag, uns im Süden mit der Türkei und im Norden mit den Austromagyaren zu identifizieren. Statt dessen hat sich Deutschland den Balkanvölkern gegenüber auf die Seite der türkischen und magyarischen Unterdrücker gestellt. Der verhängnisvolle Irrtum unserer Dreibund- und Orientpolitik hat Rußland, unseren naturgemäß besten Freund und Nachbar, in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt und von der asiatischen Ausbreitungspolitik abgetrennt, was um so augenfälliger war, als ein russisch-französischer Ueberfall, die einzige Hypothese, die eine Dreibundpolitik rechtfertigte, aus unserer Berechnung ausscheiden konnte.	
NFP-19243	Die Verbreitung der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky	Zur Verbreitung der Lichnowskyschen Broschüre erfährt der „Lokalanzeiger“, daß es Anfang Februar der Polizei gelang, 2000 Exemplare der Broschüre, die der Bund „Neues Vaterland“ durch seine Geschäftsführerin Elsa Bruck aus Süddeutschland sich hatte kommen lassen, anzuhalten.	
22. März 1918, Freitag			
TR-149	Englisch-amerikanische Friedensfühler	der amerikanische Senat habe Wilson eingeladen, nochmals die Frage zu prüfen, ob sich die Verhältnisse in Europa nicht	

	Wilson erklärte, er sei auch von England zu diesem Schritt veranlaßt worden.	zugunsten eines raschen Friedensschlusses gewendet hätten. Wilson erklärte, er sei auch von England zu diesem Schritt veranlaßt worden. England überlasse Amerika die Freiheit des Entscheides.	
TR-149	Der österreichische Kriegsminister über die Lage Die militärische Lage bezeichnete der Kriegsminister als ausgezeichnet	Die militärische Lage bezeichnete der Kriegsminister als ausgezeichnet, er hoffe, daß an der ganzen Ostfront bald Friede sei und daß dann die Truppen von der Ostfront abgezogen und die italienische Front verstärkt werden könne. - Auf die Frage nach dem allgemeinen Frieden erklärte der Minister, er wolle nicht prophezeien, glaube aber, daß der Frieden nicht mehr fern sei. Unsere Militärlage könne sich nicht verschlechtern.	
TR-149	Das verzweifelte Italien täglich ganze Gruppen von Soldaten ihr Heil in der Flucht versuchen	„Berner Tagblatt“: Italien stehe vor Ereignissen, deren Folgen schwer und unübersehbar seien. Das Land stehe vor einer finanziellen Katastrophe. Die Stimmung im Volke und in der Armee sei äußerst gedrückt. Die Presse stehe unter strengster Zensurkontrolle. Sofern die erwartete deutsch-österreichische Offensive gegen Italien erfolgreich sei, werde der Widerhall dem ganzen Lande verhängnisvoll werden. Da täglich ganze Gruppen von Soldaten ihr Heil in der Flucht versuchen, seien die Grenzüberwachungsmaßnahmen bedeutend verschärft worden. Ein großer Teil der Flüchtlinge falle den Kugeln der Grenzschützen zum Opfer.	
TR-149	Der Brief Dr. Mühlons Vielleicht überlegten sich aber Frankreich und Rußland die Sache doch noch anders.	Dr. Helfferich fügte noch hinzu, daß sich der Kaiser mit Entschiedenheit für dieses Vorgehen Oesterreich-Ungarns ausgesprochen habe. Er habe gesagt, daß er einen Konflikt mit Serbien als eine interne Angelegenheit zwischen diesen beiden Ländern betrachte, in die er keinem anderen Staat eine Einmischung erlauben werde. Wenn Rußland mobil mache, dann mache er auch mobil. Bei ihm aber bedeute Mobilmachung den sofortigen Krieg. Diesmal gäbe es kein Schwanken. Die Oesterreicher seien über diese entschlossene Haltung des Kaisers sehr befriedigt gewesen.	
TR-149	Wie es unter Lichnowsky in der Londoner Botschaft zugeht	Eine gesellschaftliche Veranstaltung in der Botschaft wurde vom Fürsten stets selbst bis in die kleinsten, oft lächerlichen Einzelheiten vorbereitet: er ging sozusagen jedem Diener nach und beaufsichtigte ihn, ob das Glas oder der Löffel auch so stand oder lag, wie es in England Sitte ist. Der kritische Blick, mit dem er seiner Herren Anzug musterte, wenn sie zu solchen Gelegenheiten „antreten“ mußten, hatte etwas von der Kompagniemutter an sich, und er kargte nicht mit Hinweisen darüber, was ihm unenglisch erschien.	
23. März 1918, Samstag			
TR-151	Der Fall Mühlton - Eine offiziöse Erklärung über die Kronratlegende. Weder am 5. Juli noch an einem andern Tage in jener Zeit hat ein solcher Rat stattgefunden.	1) Ueber einen angeblichen Kriegsrat oder Kronrat oder eine Konferenz unter Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers und unter Beteiligung österreichisch ungarischer Vertreter am Sonntag, den 5. Juli, scheinen schon vor Kriegsausbruch Gerüchte im Umlauf gewesen zu sein. Diese Gerüchte entbehren der Begründung. 2) Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn über die durch den Mord von Sarajewo geschaffene schwierige Lage sind ausschließlich vom Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt geführt worden. 3) Die Politik der kaiserlichen Regierung war in vollem Einklang mit den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers von Anfang an auf die Erhaltung des Friedens gerichtet 4) Ebensowenig hat die kaiserliche Regierung speziell die russische Regierung darüber im unklaren gelassen, daß eine russische Mobilmachung nicht nur eine sofortige deutsche Mobilmachung, sondern aus zwingenden Gründen den Krieg bedeutet. 5) Innerhalb dieser durch Bündnis, Pflicht und Selbsterhaltung gegebenen Grenzen ist, wie oft genug dargelegt worden ist, von Seiner Majestät dem Kaiser und seiner Regierung bis zum letzten Augenblick das Menschenmögliche geschehen, um die Katastrophe abzuwehren. Wo die an dem Weltenbrand Schuldigen sitzen, hat der Suchomlinow-Prozeß auch für Zweifler,	

		denen deutsche Aussagen und Dokumente allein nicht genügen, unumstößlich erwiesen.	
DZ-150	Der Fall von Lichnowsky Die Politik der Kaiserlichen Regierung war in vollem Einklang mit den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers von Anfang an auf die Erhaltung des Friedens gerichtet.	Diese Gerüchte entbehren der Begründung. Weder am 5. Juli noch an einem anderen Tage in jener Zeit hat ein solcher Rat stattgefunden. - 2. Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn mit der durch den Mord vom Sarajevo geschaffenen schwierigen Lage sind ausschließlich vom Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt geführt worden. - 3. Die Politik der Kaiserlichen Regierung war in vollem Einklang mit den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers von Anfang an auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. - 4. Ebensowenig hat die Kaiserliche Regierung speziell die Russische Regierung darüber im unklaren gelassen, daß eine russische Mobilmachung nicht nur eine sofortige deutsche Mobilmachung, sondern aus zwingenden Gründen nur Krieg bedeutet. - 5. Innerhalb dieser durch Bündnis, Pflicht und Selbsterhaltung gegebenen Grenzen ist, wie oft genug dargelegt worden ist, von Seiner Majestät dem Kaiser und seiner Regierung bis zum letzten Augenblick das Menschenmögliche geschehen, um die Katastrophe abzuwenden. Wo die an dem Weltenbrand Schuldigen sitzen, hat der Suchomlinow-Prozeß auch für Zweifler, denen deutsche Aussagen und Dokumente allein nicht genügen, unumstößlich erwiesen. - Wie man hört, wird in Herrenhauskreisen beabsichtigt, den Fürsten Lichnowsky von der Mitgliedschaft auszuschließen.	
NAZ-151	Die Irrtümer des Fürsten Lichnowsky die Entente nicht die Folge unserer Marokkopolitik war, sondern vielmehr unser Eingreifen in die marokkanische Angelegenheit eine Folge der Entente zwischen Frankreich und England	Fürst Lichnowsky war Botschafter in London, als der Krieg ausbrach. Er war also weder bei den Vorgängen in Berlin noch in Wien, die er so lebhafter Kritik unterzieht, persönlich beteiligt, erlebte vielmehr die entscheidenden Tage an dem Platze, an dem die englische amtliche Politik vielleicht am vorsichtigsten stets alle Möglichkeiten nach außen hin offen gehalten hat, ohne sich dadurch in der Energie der Verfolgung ihrer wirklichen Pläne beeinträchtigen zu lassen. Diese Pläne waren festgelegt in der berühmten Gleichgewichtspolitik, für die die Einkreisungstendenzen nur eine neue Aeußerung bildeten. Wenn Fürst Lichnowsky dann in seiner Broschüre die Offenhaltung der Möglichkeiten zur Grundlage seiner Schlüsse gemacht hat, so heißt das eben nur, daß er die Form mit dem Inhalt verwechselte. - Im „Neuen Wiener Tagblatt“ hält dagegen Dr. Friedjung auf Grund von Mitteilungen eines anerkannt glaubwürdigen Gewährsmannes die Behauptung aufrecht, daß Lammasch in einer Denkschrift an Kaiser Karl den Rat erteilte, das Bündnis mit dem Deutschen Reich nach dem Krieg zu lösen und dies jetzt schon sowohl unseren Feinden wie Kaiser Wilhelm mitzuteilen. Friedjung schreibt dazu: Ich habe mich als überzeugter Anhänger des Bündnisses mit Deutschland verpflichtet gefühlt, die geheime Arbeit der Gegner der Allianz ans Tageslicht zu ziehen.	
NAZ-152	Zu Fürst Lichnowskys Denkschrift Polen wurde zum Aufmarschgebiet gegen uns hergerichtet. Der Panslavismus, der immer mehr die russische Politik beherrschte, hatte direkt antideutsche Tendenzen. Aber Rußland und Frankreich drängten zum Kriege.	Ex-AA-Jagow gibt einen Überblick über die politischen Zustände, die eindeutig den Weg der Entente und Rußlands zum Krieg aufzeigten, als Kritik an der Schrift Lichnowskys - Auch das geheime russisch-englische Marineabkommen (von welchem ihm, wie gesagt, Kenntnis gegeben war) hätte ihn skeptischer stimmen können. - Daß Oesterreich-Ungarn gegen die fortgesetzten, von Rußland (Herrn von Hartwig) geschürten Provokationen, die mit dem Attentat von Sarajewo den Höhepunkt erreichten, einschreiten wollte, mußten wir als berechtigt anerkennen. Trotz aller bisherigen Ausgleichs und Beilegungen drohender Konflikte gab Rußland seine Politik, die auf völlige Ausschaltung des österreichischen Einflusses (und natürlich auch des unseren) im Balkan hinzielte, nicht auf. Die russischen Agenten, von Petersburg inspiriert, wühlten weiter. - Es war zudem klar, daß die russischen Rüstungen (z. B.	

		Ausbau der Eisenbahnen und Festungen in Polen), zu denen das revanchelüsterne Frankreich das Geld geliehen hatte, und die in wenigen Jahren beendet sein sollten, sich hauptsächlich gegen uns richteten. Aber trotz alledem, trotz der immer deutlicher zutage tretenden aggressiven Tendenz der russischen Politik, hat uns der Gedanke eines Präventivkrieges fern gelegen. - Daß unsere Politik nicht auf angeblichen Berichten, die den Krieg ausschlossen, beruhte, habe ich bereits gesagt; ich hielt den Krieg damals allerdings noch für vermeidlich, war mir aber, wie wir alle, der sehr ernsten Gefahr voll bewußt. - Der beste und einzig angängige Ausweg war eine Lokalisierung des Konfliktes und eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg. Hierauf arbeiteten wir mit aller Energie hin. - Am 5. Juli war ich von Berlin abwesend. Die Angabe, daß ich „bald darauf in Wien gewesen“ sei, „um mit Graf Berchtold alles zu besprechen,“ ist falsch. Ich kam am 6. Juli von meiner Hochzeitsreise nach Berlin zurück und habe mich von dort bis zum 15. August, dem Aufbruch des Großen Hauptquartiers, nicht gerührt. Ich bin als Staatssekretär vor dem Kriege nur einmal, im Frühjahr 1913, in Wien gewesen. - Er scheint auch ganz vergessen zu haben, daß die Entente sich vielmehr gegen uns, als gegen Oesterreich geschlossen hat. - Aber Rußland und Frankreich drängten zum Kriege.	
TR-152	Lichnowsky – Eine Erinnerung Heute sind sich alle politischen Parteien darüber einig, daß die Ernennung des Fürsten Lichnowsky zum Botschafter in England ein Fehler war ----- Er hat sich von Engländern und Franzosen in gleicher Weise einwickeln lassen	Heute sind sich alle politischen Parteien darüber einig, daß die Ernennung des Fürsten Lichnowsky zum Botschafter in England ein Fehler war, und daß die politische Kurzsichtigkeit dieses Mannes weit über dem Durchschnitt der deutschen Diplomatie stand. Er hat sich von Engländern und Franzosen in gleicher Weise einwickeln lassen und sein prophetisches Buch vom Weltkrieg und Weltfrieden wird nur als Zeugnis unsühnbarer Armut eines Staatsmannes an politischer Intuition fortleben. Wie oft mag der Mann in seinem Londoner Kreise ebenso, vielleicht nur unbewußt, geredet haben, wie er jetzt schreibt, und dadurch in den britischen Staatsmännern die Ueberzeugung von der inneren Berechtigung ihrer Einkreisungspolitik gestärkt haben! Auch wenn er nur erkennbar also gedacht hat, haben sie die „deutsche Verschwörung“ für eine Tatsache halten müssen. Und sie haben ja in ihm den Träger und Ränker eines neuen Deutschtums gesehen, des Deutschtums ohne „Provokationen“. Darum hat ihn Oxford zum Ehrendoktor gemacht und in ihm „im Geiste dieses (neue) ganze Deutschland begrüßt“.	
TR-151	Lammasch über seine Denkschrift Lammasch ist gegen den weiteren Zusammenschluß der Mittelmächte. Mit anderen Worten, er ist bündnisfeindlich.	Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Lammasch ist gegen den weiteren Zusammenschluß der Mittelmächte. Mit anderen Worten, er ist bündnisfeindlich. Mehr aber hat kein Mensch behauptet, auch seine schärfsten Gegner nicht.	
NAZ-151	Der Raub der holländischen Schiffe/ Erneuter holländischer Protest Erlaß des Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt das Marine-Departement, Schiffe aus dem niederländischen Schiffsregister in den amerikanischen Territorialgewässern zum Gebrauch während des Krieges zu übernehmen und alle die Schiffe zu benutzen, die für wichtige Zwecke im Kriege gegen die Deutschen notwendig sind	Ein heute veröffentlichter Erlaß des Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt das Marine-Departement, Schiffe aus dem niederländischen Schiffsregister in den amerikanischen Territorialgewässern zum Gebrauch während des Krieges zu übernehmen und alle die Schiffe zu benutzen, die für wichtige Zwecke im Kriege gegen die Deutschen notwendig sind.	
NAZ-151	Vorbereitungen zum Weltkrieg Im Jahre	Wie sehr Japan andererseits darauf bedacht war, die Gelegenheit eines solchen Krieges zur Erringung einer	

	1912. in der Mitteilung des Barons Rosen auf das Jahr 1912, in dem die Regierung des Zaren die ersten diplomatischen Vorbereitungen für einen europäischen Krieg getroffen und darauf sofort die erste Probemobilmachung des sibirischen Korps unternommen hat	unbestrittenen Vormachtstellung in China auszunutzen, geht aus dem von der Sowjetregierung veröffentlichten Berichte hervor, in dem der russische Botschafter Krupenski aus Tokio am 8. Februar 1917 meldete: Der japanische Minister des Auswärtigen Motono verlange die Zusage, für den Fall eines Eintritts Chinas in den Krieg und seiner Teilnahme an der Friedenskonferenz bei den Verbündeten dafür einzutreten, daß Japan alle Rechte und Privilegien der Deutschen in Schantung und alle nördlich vom Aequator besetzten Inseln für die Dauer erhalte. Dieses Verlangen ging noch beträchtlich über das vermutlich bei den russisch-japanischen Abmachungen von 1912 festgesetzte russische Desinteressesments an einer künftigen Erwerbung Kiautschous hinaus.	
TR-151	Rußland und die deutsche Besetzung Kiautschous der russische und der französische Vertreter in Peking bieten der chinesischen Regierung ihre Dienste an, wenn sie sich auf keine Gebietsabtretung an Deutschland einlasse	- der russische und der französische Vertreter in Peking bieten der chinesischen Regierung ihre Dienste an, wenn sie sich auf keine Gebietsabtretung an Deutschland einlasse - Leicht also, einfach durch schneidiges Landen und ohne diplomatische Schwierigkeiten, hat sich der Erwerb des Stützpunktes an der Kiste der reichen Provinz Schantung nicht vollzogen. Es war ein Wagnis gut von der Marine vorbereitet und nur am letzten Ende infolge der mutigen Initiative des Kaisers improvisiert. Von einer vorangegangenen festen deutsch-russischen Abmachung kann keine Rede sein, eine lose Zusage des Zaren lag vor, weiter nichts. Das von dem Grafen Murawiew geltend gemachte vertragliche Vorrecht war in allen vertraulichen Besprechungen sorgfältig verschwiegen und auch bei dem Gedankenaustausch während des Kaiserbesuches am russischen Hofe im Sommer 1897 trotz der besonders freundschaftlich gehaltenen Trinksprüche mit keiner Silbe erwähnt worden. Die Hinterhältigkeit der russischen Politik im Falle Kiautschou bildete das Seitenstück zu der im Falle der chinesischen Teilanleihe bewiesenen Untreue.	
NFP-19245	Aus den Erinnerungen des Geheimrats Hammann –Der langjährige Leiter der Presseabteilung im Auswärtigen Amt (ausführlich zur Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland) „Das Bekanntwerden des russisch-deutschen Vertrages würde den Dreibund gesprengt haben. In dem Abkommen war Rußland freie Hand in Bulgarien und Konstantinopel garantiert gegen die russische Verpflichtung, in einem deutsch-französischen Kriege neutral zu bleiben.“ Geheimrat v. Holstein, der Spiritus rector bei dem Verzicht: Wenn's herauskommt, sind wir als falsche Kerle blamiert“	. Das Buch, das im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin erschienen ist, führt den Titel „Der neue Kurs“ und behandelt die Zeit von der Entlassung Bismarcks an bis zum Rücktritt Caprivi und noch ein wenig darüber hinaus. - die Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland behandelt. Es betitelt sich „Der abgerissene Draht nach Rußland“, in Erinnerung an die Worte, die Bismarck in dem historischen Interview geäußert hat, das der Herausgeber der „Neuen Freien Presse“ im Jahre 1892 während des Wiener Aufenthaltes des Fürsten veröffentlichte[s.NFP-9997 u.]: „Der Draht ist abgerissen, der uns mit Rußland verbunden.“ Es ist bekannt, daß die Kündigung des Rückversicherungsvertrages einer der schwersten unter den Vorwürfen gewesen ist, welche die Anhänger des Fürsten Bismarck gegen Caprivi erhoben haben. Hammann bemüht sich nun, diesen Vorwurf als unbegründet hinzustellen, und stützt seine Beweisführung namentlich darauf, daß der Vertrag, dessen vollständiger Inhalt niemals bekannt geworden, durchaus nicht bloß die Verpflichtung Deutschlands und Rußlands zu gegenseitiger Neutralität, sondern noch andere Bestimmungen enthalten habe, mit denen nur ein Meister der diplomatischen Kunst wie Bismarck habe operieren können, die aber in der Hand eines minder gewandten Diplomaten für Deutschland hätten gefährlich werden können. Ferner macht Hammann die bemerkenswerte Mitteilung, daß Bismarck sich täuschte, als er glaubte, er habe das Vertrauen des damaligen Zaren besessen - Was kann der Beweggrund für sein heftiges Vorgehen gegen das neue Regiment sein? Wieder das Amt übernehmen kann und will er nicht. Bleibt nur als Erklärung eine leidenschaftliche Verbitterung mit dem Wunsche, den Kaiser zu einem Canossa zu bringen. Triebfeder zu den größten Taten ist der Haß. - Hohenlohe erklärt im Reichstage, er könne nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik	

		leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. Marschall stellt vorsichtige Betrachtungen darüber an, ob die Rückversicherung die Versicherung stärke und ob wir bei einem Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland nicht in die schwierige Lage kommen könnten, entscheiden zu müssen, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei. Woher kam dies Winden und Drehen, wenn sich die Abmachungen auf die einfache Neutralitätsformel beschränkten? Ferner die Zeugnisse der Nächstbeteiligten. Caprivi, der das System der Doppelversicherung „zu kompliziert“ fand, zu Hohenlohe: „Das Bekanntwerden des russisch-deutschen Vertrages würde den Dreibund gesprengt haben. In dem Abkommen war Rußland freie Hand in Bulgarien und Konstantinopel garantiert gegen die russische Verpflichtung, in einem deutsch-französischen Kriege neutral zu bleiben.“ Geheimrat v. Holstein, der Spiritus rector bei dem Verzicht: Wenn's herauskommt, sind wir als falsche Kerle blamiert" - Nun gab es aber neben der Rückversicherung mit Rußland auch noch eine andere, die sich mit der deutsch-russischen nicht deckte, sondern sie unter Umständen durchkreuzte. Sie ist angedeutet in einem Bilde, das von Kaiser Wilhelm I. herrühren soll: Das Bismarcksche System der Versicherungen gleiche einem Spiel mit fünf Kugeln, das nur unter den Händen und Augen eines außerordentlich geübten Künstlers zu gelingen pflege. Die fünfte Kugel war Rumänien. Zwischen diesem Staate und Oesterreich-Ungarn war 1883 ein Bündnis geschlossen worden, das gegenseitige Waffenhilfe für den Fall eines unprovokierten Angriffes von dritter Seite vorsah, also auch eine Rückendeckung gegen Rußland enthielt. König Carol legte Wert darauf, daß mit Deutschland ein gleiches Bündnis zustande komme, weil dadurch in seinem Volke der Widerstand der Russenfreunde und Förderer einer rumänischen Irredenta in Siebenbürgen abgeschwächt würde. Deutschland trat daher dem Verträge zwischen Rumänien und dem Donaureiche bei, ebenso auch Italien. Die Verträge wurden 1892, dann 1902, endlich 1913 erneuert. Ihr Wortlaut ist bisher nicht veröffentlicht worden. - So gesehen führt der Streit um den Verzicht auf die Verlängerung des Vertrages zu dem nur scheinbar paradoxen Schluß: Der Verzicht war ein Fehler, wenn Bismarck blieb, er war eine Notwendigkeit, wenn er ging. Daß es bei der Entscheidung über die Frage Verlängerung oder Nichtverlängerung des Vertrages „Hals über Kopf“ zugeht, hat seine Richtigkeit. Schuld daran war nicht sowohl die Sucht Holsteins, von der Macht, die ihm beim Weggang des alten Hexenmeisters überlassen war, so schnell als möglich Gebrauch zu machen, als viel mehr der nahe Ablauf der Frist, innerhalb der eine Erklärung über die Frage der Erneuerung abzugeben war. Dem Fürsten Bismarck war viel daran gelegen, die russische Sache in seinem Sinne abgeschlossen zu sehen. Vermutlich hat dieser Wunsch auch dabei mitgewirkt, daß Graf Herbert Bismarck nach dem Rücktritt seines Vaters noch eine Woche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes blieb. Als er am Tage nach der Kanzlerkrise vom Zentralbureau des Auswärtigen Amtes die Geheimakten über den Vertrag verlangte, erfuhr er, daß sie sich bei Herrn v. Holstein befänden. Graf Herbert ahnte sofort, was das zu bedeuten hatte, und es kam zu einem Auftritt mit Holstein. - Daß Bismarck Vater und Sohn unmittelbar nach der Krise noch glaubten, den russischen Vertrag retten zu können, widerlegt die Ansicht einzelner Schriftsteller, die Tragödie von Bismarcks Sturz habe sich vor allem hierum gedreht. Richtig ist nur, daß Fürst Bismarck während der Krise im März 1890 die Rücksicht auf Rußland und die Verlängerung des Vertrages für sein Verbleiben im Amte geltend gemacht hat. Bis dahin hatte er dem Kaiser überhaupt noch keinen Vortrag über das geheime russische	
--	--	---	--

		Abkommen gehalten. In seinem Entlassungsgesuch ist zwar auch auf kaiserliche Anordnungen Rußland gegenüber Bezug genommen und gesagt, daß ihre Ausführung wichtige Erfolge der auswärtigen Politik in Frage stellen würde. Gemeint war aber nicht ein Verzicht auf das Geheimabkommen, sondern der kaiserliche Befehl, auf Grund der Kiewer Konsulatsberichte über militärische Vorgänge in Rußland Oesterreich-Ungarn zu warnen und selbst Gegenmaßregeln zu treffen. - Endlich ist bisher nicht genug beachtet worden, daß sich Fürst Bismarck bei seinem scharfen Tadel des Verzichtes auf die Rückversicherung in einem schweren Irrtum gerade über den Umstand befand, auf dem seine hohe Schätzung des geheimen Drahtes beruhte. Für ihn war der Vertrag als diplomatisches Werkzeug für die Friedenszeit nur so lange von größtem Werte, als er selbst das volle persönliche Vertrauen des Zaren besaß. Das hat er selbst wiederholt hervorgehoben. Russifizierung der Ostseeprovinzen, russisch-französische Anbandlungen, ja sogar Truppenverschiebungen nach den österreichischen und deutschen Grenzen wogen für Bismarck „federleicht“ gegen die Autorität des Kaisers von Rußland. Fehlte das persönliche Vertrauen, so hatte die russische Rückendeckung ihren Hauptwert verloren. Und das Vertrauen des Zaren fehlte in der Tat. Das Wohlwollen, das der von Natur mißtrauische Alexander III. dem Fürsten Bismarck bei dessen Audienz im Herbst 1889 zeigte, war ebensowenig ehrlich gemeint wie seine sorgenvolle Frage, ob er auch sicher sei, noch lange Kanzler zu bleiben. Fürst Hohenlohe hat übereinstimmend mit dem, was mir Graf Caprivi bei meinem ersten Besuch über sein Gespräch mit dem Zaren in Narwa gesagt, im August 1892 in sein Tagebuch (Bd. II, S. 491) eingetragen, daß Kaiser Wilhelm, als die Rede auf die Behauptung Bismarcks kam, er stehe mit dem Zaren so gut, bemerkte: „Der Kaiser (Alexander III.) hat mir gesagt, er habe alles Vertrauen zu Caprivi, wenn dagegen Bismarck ihm etwas gesagt, hätte er immer die Ueberzeugung gehabt, qu'il me tricherait.“	
NFP-9997 24.06.1892	Ein Gespräch mit dem Fürsten Bismarck am 23. Juni 1892 Der Krieg mit Frankreich mag unausweichlich sein.	Man darf mir auch nicht Alles in die Schuhe schieben, was die „Hamburger Nachrichten“ bringen. Dieses Blatt hat zu einer Zeit, wo sich alle Welt von mir zurückgezogen hat, den Muth gefunden, für mich einzutreten und sich mir anzuschließen. Das wäre ja doch undankbar, wenn ich das nicht anerkennen würde. - Und wenn ich dagegen unseren Standpunkt verteidigte, so kann man daraus nicht schließen, daß ich eine gegen Oesterreich gerichtete Gesinnung hätte. Dieses Resultat ist dadurch eingetreten, daß bei uns Männer in den Vordergrund gekommen sind, welche ich früher im Dunklen hielt, weil eben Alles geändert und gewendet werden mußte.“ „Mein Standpunkt war, daß wir nach dem Jahre 1871 Alles erreicht hatten, was wir zur Selbstständigkeit und zu einer anständigen nationalen Existenz brauchten. Deutschland kann unmöglich die Vermehrung seines Gebietes anstreben, nach keiner Richtung, sei es nun an der französischen, holländischen, belgischen oder russischen Grenze. Was sollen wir denn auch wünschen? Wir sind gesättigt, und der Zustand Deutschlands erinnert mich an eine Aeußerung des Grafen Andrassy, welcher sagte: „Das Schiff Ungarns ist so voll, daß ein Pfund mehr, sei es nun Dreck oder Gold, es zum Scheitern bringen könnte.“ - „Dadurch, daß wir keinen Einfluß mehr auf die russische Politik besitzen, daß wir nicht mehr in die Lage kommen, Rußland zu rathen. Was kann denn ein Staatsmann thun? Er muß die Kriegsgefahr kommen sehen und sie verhüten. - „Gewiß, Durchlaucht, aber durch welche Thatsachen sind die Veränderungen in den Beziehungen zu Rußland nach der Demission Eurer Durchlaucht eingetreten?“ Fürst Bismarck antwortete: „Diese Thatsachen sind das Schwinden des persönlichen Vertrauens und somit des persönlichen Einflusses auf den Kaiser von Rußland. Ich	

		hatte durch das Vertrauen, welches man mir schenkte, Einfluß auf den russischen Botschafter in Berlin. In der letzten Unterredung, die ich mit dem Kaiser von Rußland vor meiner Demission hatte, sagte er mir, nachdem ich ihm meine politischen Anschauungen dargelegt hatte: „Ja, Ihnen glaube ich, und in Sie setze ich Vertrauen, aber sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?“ - Ich sah den Kaiser von Rußland erstaunt an und sagte ihm: „Gewiß, Majestät, ich bin dessen ganz sicher, ich werde mein Leben lang Minister bleiben“; denn ich hatte keine Ahnung davon, daß eine Aenderung bevorstehe, während der Czar selbst, wie die Frage zeigt, von der Wandlung, die sich vollziehen sollte, bereits unterrichtet sein mochte. Diese persönliche Autorität und das Vertrauen fehlen bisher meinem Nachfolger. Und daraus, daß ein solcher Factor fehlt, welcher auf die russische Politik Einfluß zu nehmen vermag, erklärt sich die Veränderung, welche seit meiner Demission in der politischen Situation Europas eingetreten ist.“ - Der Krieg mit Frankreich mag unausweichlich sein. - „Durchlaucht, hat sich die Lage auch durch politische Thatsachen verschlimmert?“ „Wie gesagt, in erster Reihe durch die Schwächung des deutschen Einflusses auf die russische Politik. Der deutsche Botschafter in Petersburg hat jetzt viel weniger Einfluß als früher. Dazu treten noch andere Umstände, insbesondere die Wandlung in der polnischen Politik Preußens. Man hat einen Polen zum Erzbischof gemacht und ihm eine Stelle gegeben, welche im Interesse der deutschen Politik einem deutschen Katholiken gebührt hätte.“	
24. März 1918, Sonntag			
TR-153	Staatssekretär a.D. v. Jagow über Lichnowskys Denkschrift so kann man ihm füglich entgegnen, daß er die Dinge nur durch die Londoner Brille und ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der von ihm erstrebten Annäherung an England à tout prix gesehen hat.	Fürst Lichnowsky behauptet, wir hätten Rußland, „unseren naturgemäßen Freund und besten Nachbarn“ erst durch die Orient und Balkanpolitik in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt, so widerspricht das den geschichtlichen Tatsachen. - Erst dadurch, daß Fürst Gortschakow die russische Politik nach dem revanchelüsteren Frankreich orientierte, ist Fürst Bismarck veranlaßt worden, das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn einzugehen; durch das Bündnis mit Rumänien hat er einen Riegel vor das Vordringen Rußlands nach Süden geschoben. Fürst Lichnowsky verurteilt die Grundzüge der Bismarckschen Politik. - Ueber die verwirrende Depesche, die Fürst Lichnowsky am 2. August sandte, ich habe den Wortlaut nicht gegenwärtig – gleitet er als „Mißverständnis“ hinweg und scheint uns noch einen Vorwurf daraus machen zu wollen, daß die „Nachricht in Berlin, ohne erst die Unterredung abzuwarten, zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht“ sei.	
25. März 1918, Montag			
NAZ-154	Englands größte Niederlage. - Die Größe unserer Erfolge. Auf dem Schlachtfelde an der Scarpe und der Oise erlitt innerhalb dreier Tage vom 21. bis 23. März das englische Heer die größte Niederlage der britischen Geschichte. ★ <i>der englische General Sir Frederik Maurice:</i> „.....selbst nicht in den düstersten Tagen, wie z. B. im letzten Frühling, als die britische Armee in Frankreich „mit dem Rücken gegen die Wand“ kämpfte und Lloyd George seinen Appell an Amerika richtete.....“	Auf dem Schlachtfelde an der Scarpe und der Oise erlitt innerhalb dreier Tage vom 21. bis 23. März das englische Heer die größte Niederlage der britischen Geschichte. -Ungezählte Tausende an Toten, Verwundeten und Vermißten, über 30.000 Mann an Gefangenen hat hier innerhalb dreimal 24 Stunden das englische Heer eingebüßt. ★ Einschätzung des englischen Generals Sir Frederik Maurice der Deutschen Armee und Marine zum Ende des Krieges im Anhang: „Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefaßt werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht.“	
NAZ-155	Die Rückberufung der französischen Marokkotruppen vor dem Kriege. Er habe die Verantwortung übernommen 36	Er habe die Verantwortung übernommen 36 Bataillone zurückzurufen und habe diesen Beschluß am Tage nach der Notifizierung der österreichischen Note an Serbien gefaßt,	

	Bataillone zurückzurufen und habe diesen Beschluß am Tage nach der Notifizierung der österreichischen Note an Serbien gefaßt,	ohne die Rückkehr Poincares und Vivianis aus Rußland abzuwarten. Der Beschluß wurde in Uebereinstimmung mit dem Kriegsminister trotz des Einspruches Liauteys gefaßt. Die Marokkotruppen konnten also rechtzeitig für die Marneschlacht eintreffen.	
DZ-154-I/ DZ-159-II	Politik und Kriegführung Die für die Kriegführung verantwortlichen deutschen Militärs forderten Ende Juli 1914 die sofortige Mobilmachung. Die politische Leitung widersprach dieser in dem Wesen des Krieges begründeten Forderung.	Die für die Kriegführung verantwortlichen deutschen Militärs forderten Ende Juli 1914 die sofortige Mobilmachung. Die politische Leitung widersprach dieser in dem Wesen des Krieges begründeten Forderung. Die Politik setzte sich also in Widerspruch mit „der dem Kriege eigentümlichen Natur seiner Mittel“. Die verlangte sofortige Mobilmachung war das Hauptmittel, sich von Hause aus in dem nach der politischen wie militärischen Sachlage unvermeidlich gewordenen Kriege die Vorhand, d. h. die Offensive zu sichern. Letztere ist aber nach Ausweis der Kriegsgeschichte mit das sicherste Mittel zum Siege! Auch der Verlauf dieses Krieges hat das bestätigt. Dank besonders günstiger Umstände ist es damals gelungen, trotz einer verzögerten Mobilmachung uns im Westen die Offensive zu sichern, im Osten gelang es nicht, und erst die Siege Hindenburgs stellten dort wieder das kriegerische Gleichgewicht her, das zu unseren Ungunsten bedenklich verschoben war. - die Clausewitz mit dem Satze charakterisiert: in so gefährlichen Dingen, wie der Krieg es ist, sind die Irrtümer, die aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten! - Solche „Gutmütigkeit“ – zart ausgedrückt – hat aber leider während des ganzen Krieges wiederholt bei uns eine schädliche Rolle gespielt. Sie hat politisch geschadet und damit naturgemäß auch militärisch. Sie ist unter verschiedenen Formen und Benennungen in die Erscheinung getreten: Humanitätspolitik, Kulturpolitik, Verständigung. Versöhnung, Weltstimmung usw. Wenn man will ist ja die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 der Niederschlag eines Komplexes von Irrtümern ans Gutmütigkeit – immer wieder zart ausgedrückt –, die Clausewitz als die schlimmsten bezeichnet in ihrer Einwirkung auf das Kriegführen. - Der eine bezieht sich auf die Verzögerung des uneingeschränkten Ubootkrieges – von der Affäre Zeppelin ganz zu schweigen – aus politischen Gründen. Daß letztere weder politisch noch militärisch die Probe bestehen konnten, hat ja die Tatsache erwiesen, daß schließlich der Ubootkrieg als durchaus notwendig anerkannt wurde seitens der politisch Verantwortlichen. Allerdings nicht aus eigener Erkenntnis, sondern auf militärischen Druck hin und außerdem verspätet. Im übrigen habe ich schon Anfangs September 1916 an eine hochstehende Persönlichkeit in dieser Sache nachstehendes geschrieben: Ich vertrat schon seit dem Winter 1914-15 die Ansicht, daß das Hauptkriegsziel das Niederkämpfen Englands sein müsse, weil es mir trotz glänzender Führung und trotz dem Heldenmute des Heeres militärisch nicht möglich erscheint, diesen Krieg allein zu Lande zu einem glücklichen Ende zu führen, ohne England vorher vollkommen bezwungen zu haben. Das ist aber nur möglich durch den Ubootkrieg, Zeppeline und Kampf zur See. Alles in rücksichtsloser Anwendung! Daß Rußland im Jahre 1917 militärisch zusammenbrechen würde – vorwiegend aus innerpolitischen Gründen – konnte im September 1916 nicht vorausgesehen werden. - Das schlagendste Beispiel von dem unheilvollen Einfluß schlechter Politik auf die Kriegführung bildet der Feldzug 1813-14 nach der Schlacht von Leipzig bis zum ersten Pariser Frieden. Die Staatskünstler Metternich und Schwarzenberg setzten es gegen Blücher und Gneisenau durch, daß der Feldzug am Rhein im Herbst 1813 zum Stehen kam, während seine Fortsetzung damals den Untergang Napoleons im sicheren Gefolge gehabt hätte. Sie setzten es später durch, daß Friedensverhandlungen mit Napoleon angeknüpft wurden (Challou) mit dem schmachvollen Anerbieten, Frankreich das linke Rheinufer	

		zu belassen. Blücher und Gneisenau allein hatten die großen Ziele des Krieges auch politisch richtig erfaßt, da Hardenberg sich von Oesterreich zur Seite schieben ließ. Ihnen allein, ihrer unbeugsamen Entschlossenheit trotz einzelner Unglückschläge, ist es zu verdanken, daß in Paris Friede geschlossen werden konnte. Es sollen hier weiter keine Parallelen gezogen werden zwischen gewissen politischen Erscheinungen dieses Krieges und solchen des Krieges 1813-14. Das ist aber sicher, daß das deutsche Volk das felsenfeste Vertrauen zu der Obersten Heeresleitung hat, sie werde nach dem Muster Blücher-Gneisenau wie im Osten so auch im richtigen Augenblick im Westen, wo doch die endgültige Entscheidung in dieser Welttragödie liegt, was Deutschland angeht, „die richtigen Mittel des Krieges anwenden, um den politischen Zweck desselben zu erreichen.“ - Allerdings hat unsere Politik Jahre hindurch der Kriegsleitung ihre Arbeit erschwert durch das Verbot, die Kriegsziele zu erörtern. Mir ist in der Geschichte kein ähnlicher Fall bekannt, daß einem Volke, dessen Heere siegreich in der Abwehr (Osten) und siegreich im Angriff (Westen) waren, gleichsam strafrechtlich verboten wurde, Kriegsziele zu erörtern. Wohlverstanden, positive Kriegsziele, während den Flaumachern aller Art gestattet war, die negativen Kriegsziele zu erörtern. Negative Kriegsziele sind eigentlich eine contradictio in adjecto, aber tatsächlich bildeten sie die Unterlage unserer Kriegspolitik – und bilden sie noch, wenn man amtlich an der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 festhält.	
DZ-159-II	Politik und Kriegführung II Wir sollen und wollen es aber auch nicht vergessen, wenn schwächliche Politik die Versuche erneuern sollte – innen wie außen –, das deutsche Volk um den Lohn dieser Siege zu bringen.	Herr v. Bethmann eröffnete den politischen Feldzug bei Beginn dieses Krieges mit der Erklärung, „daß wir durch den Einmarsch in Belgien ein Unrecht begangen hätten, das wieder gutgemacht werden müßte“. Mit dieser Erklärung war der deutschen Kriegführung gleichsam ein ethischer Makel aufgedrückt, der bis auf den heutigen Tag von unseren Feinden ausgenutzt wird. Mit Recht, weil es geradezu Pflicht der feindlichen Staatsmänner ist – von ihren Standpunkt aus –, die ihnen vor aller Welt in die Hand gedrückte politische Waffe gegen Deutschland politisch auszunutzen. Die nachträglich unternommenen Versuche – einschließlich der Veröffentlichung diplomatischer Dokumente aus den Brüsseler Archiven – sind ohne praktischen Wert. Sie bilden sogar Beweisstücke für die Kurzsichtigkeit der deutschen Politik. - Der erste schwerwiegende Fehler auf diesem Gebiete bestand darin, daß man seit der Wehrreform des Grafen Caprivi im Jahre 1893 – sie wird stets ein großes politisches Verdienst des zweiten Kanzlers bleiben – die allgemeine Wehrpflicht von Jahr zu Jahr mehr verkümmern ließ und damit das Kriegsinstrument schwächte. Das geschah aus Gründen der äußeren wie inneren Politik. Man wollte namentlich die Franzosen durch deutsche Rüstungen nicht „reizen“, trotzdem dieselben ein größeres Friedensheer unterhielten wie Deutschland, bei einem Minus von 30 Millionen Bevölkerung. Man wollte den Reichstag nicht verstimmen wegen finanziellen Opfern, und als schließlich eine Milliarde Wehrbeitrag erhoben wurde, pries man das als eine ungeheure Tat. Der jetzige Reichskanzler erklärte sogar im Jahre 1914, das deutsche Volk sei nicht mehr imstande, selbst Staatsnotwendigkeiten gegenüber weitere finanzielle Aufwendungen zu machen. Inzwischen hat das deutsche Volk ungefähr das Fünfhundertfache von dem aufgebracht, was damals nötig gewesen wäre, um unsere militärische Rüstung zu einer lückenlosen auszugestalten. - Zusammenfassend wäre demnach folgendes festzustellen im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Politik und Kriegführung der Gegenwart. Unsere Feinde hatten schon Jahre hindurch den Kriegsfall mit Deutschland fest ins Auge gefaßt und hiernach ihre auswärtige Politik sowie ihre Militärpolitik eingerichtet. Auf unserer Seite fehlte die politische Weitsicht und dementsprechend auch	

		eine politische Hantierung, die schon im Frieden alles in Rechnung stellt, was auf dem Gebiete der auswärtigen Politik als „unsicher“ zu buchen ist für den Kriegsfall. So wurden Posten wie England, Italien, Japan, Rumänien, Nordamerika als „sichere“ eingeschätzt, selbst Frankreich und Rußland glaubte man durch fortgesetztes liebenswürdiges Entgegenkommen vom Kriegspfade ablenken zu können. Daß diese Rechnung grundfalsch war, hätte schon die Bildung der Entente mit ihren Nebenerscheinungen lehren müssen. Diese falsche Rechnung hat militärisch im Frieden geschadet, sie hat in ihren Folgen unserer Kriegführung Aufgaben gestellt, die schier unlösbar erschienen. Daß sie trotzdem so glänzend sieghaft gelöst werden konnten, das ist und bleibt ganz allein das Verdienst unseres unvergleichlich geführten und unvergleichlich kämpfenden Heeres. Das sollen und wollen wir gerade jetzt nicht vergessen, wo die Osterglocken deutsche Siege einläuten von einer Größe, Herrlichkeit und Wucht, wie sie noch auf keinem Blatt der Geschichte eingetragen sind. Wir sollen und wollen es aber auch nicht vergessen, wenn schwächliche Politik die Versuche erneuern sollte – innen wie außen –, das deutsche Volk um den Lohn dieser Siege zu bringen. „Denn der Himmel ergrimmt am blöden Unverstande und nimmt die Herrschaft von dem Volke, das sie nicht zu gebrauchen versteht.“	
26. März 1918, Dienstag			
NAZ-156	Elsaß-Lothringen. – Von Dr. Karl Strupp. Mit dem ersten Kanonendonner ist der Revanchegedanke wieder zu lodernder Flamme emporgeschlagen: Nur daß man seine Ansprüche bis in die jüngste Zeit nicht auf das 1870 Verlorene, sondern, in merkwürdigem krassen Mißverhältnis zu den durch uns auf der Kriegskarte gezogenen Grenzen, in Erneuerung alter, historisch wohlbekannter Aspirationen, auf die Erlangung der Rheingrenze gerichtet hat	Wie es Bismarck für die Zukunft vorausgesagt hat, ist Frankreich durch eine Minorität gewissenloser Politiker vom Schlage Delcassés und Poincarés in den Krieg gepreitscht worden. - Mit dem ersten Kanonendonner ist der Revanchegedanke wieder zu lodernder Flamme emporgeschlagen: Nur daß man seine Ansprüche bis in die jüngste Zeit nicht auf das 1870 Verlorene, sondern, in merkwürdigem krassen Mißverhältnis zu den durch uns auf der Kriegskarte gezogenen Grenzen, in Erneuerung alter, historisch wohlbekannter Aspirationen, auf die Erlangung der Rheingrenze gerichtet hat: Forderungen, die, wie die verschiedenen Enthüllungen beweisen, nicht nur als von chauvinistischen Gelehrten, skrupelfreien Politikern und gewissenlosen Journalisten aufgestellte, sondern als von der Regierung eines Staatsmannes vom Range Ribots zu Vertragsinhalt erhobene Thesen zu gelten haben	
NAZ-157	Ein Wort Hindenburgs. Niemand vergesse: Wir haben es mit dem entschlossensten und stärksten Gegner zu tun, der seine dreihundert jährige Weltherrschaft bedroht sieht und alles versuchen wird, uns den Sieg so schwer wie möglich zu machen.	Die bisher in den Kampf geworfenen und übel zugerichteten feindlichen Truppen bestanden aus 28 bis 30 englischen, zwei französischen Divisionen nebst kleineren amerikanischen Abteilungen. Es handelte sich also um die Hälfte des in Frankreich stehenden Engländerheeres, die in drei Tagen die schwerste Niederlage erlitt. Der Stellungskrieg ist beendet oder, wie Hindenburg auf das berühmte Wort Lloyd Georges anspielend am Abend der Schlacht sagte: „Die Kaninchen sind aus ihren Löchern heraus-gekommen.“	
DT-72	Politische Scheuklappen Kein Wunder, daß es den Engländern, die es ja auch verstanden hatten, die Leitung unserer Außenpolitik gründlich einzuseifen, sehr bald gelang, den deutschen Botschafter ganz vor ihren Wagen zu spannen.	Wenn aber Fürst Lichnowsky auch zweifellos in bezug auf Einseitigkeit der Einstellung alles hinter sich läßt, so ist über ihn doch die Geschichte bereits zur Tagesordnung übergegangen. Andere Erscheinungen dieser Art haben aber für Gegenwart und Zukunft noch erhebliche Bedeutung. -- Dr. Stresemann hat zwar gemeint, die Friedensentschließung des Reichstages vom 19. Juli v. J. sei doch kein Fetisch. Aber den Mehrheitssozialdemokraten ist sie aller gegenteiligen Erfahrungen ungeachtet noch immer ein Fetisch im vollen Sinne des Wortes. -- Übrigens sind die Mehrheitssozialdemokraten nicht die einzige Partei mit einem solchen das objektive Urteil beeinträchtigenden Einschlage. Auch das Zentrum ist von einer solchen Beschränkung seines Urteils nicht frei, soweit es sich um katholische Völker, insbesondere um solche mit besonders stark ausgeprägtem Katholizismus handelt. Dies	

		gilt insbesondere von der Behandlung der litauischen, der belgischen und der polnischen Frage.	
NAZ-157	Wilsons Schiffsraub – eine deutsche Erklärung Tatsächlich handelt es sich bei den Forderungen der Entente und der Vereinigten Staaten an Holland um eine Ausdehnung der Wirtschaftsblockade gegen Deutschland	Er sagt: „Es sollten nämlich die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten die Einfuhr von Lebensmitteln und anderen für die Aufrechterhaltung des niederländischen Wirtschaftslebens geforderten Waren nach den Niederlanden erleichtern und außerdem sollten die Niederlande ihre Handelsflotte der gewöhnlichen Tätigkeit zurückgeben.“ - Tatsächlich handelt es sich bei den Forderungen der Entente und der Vereinigten Staaten an Holland um eine Ausdehnung der Wirtschaftsblockade gegen Deutschland, denn für die Erleichterung der Lebensmittel und Wareneinfuhr nach Holland ist eine Einschränkung der Lebensmittelausfuhr nach Deutschland gefordert. - Zum Schlusse steht Präsident Wilson vor der fatalen Aufgabe, eine Rechtfertigung für den amerikanischen Schiffsraub zu finden, die gleichzeitig Deutschland die Schuld zuschiebt. Man sollte dies für unmöglich halten. Präsident Wilson findet indessen auch hier mit dem ihm eigenen Geschick eine elegante Lösung: Deutschland hatte Holland, „den freien Willen“ geraubt, da durch wurde Holland das willenlose Instrument Deutschlands, gegen das der Präsident mit Gewalt vorgehen mußte. Nun wurde es ja zur Widerlegung dieser Behauptung, die den Kernpunkt der Wilsonschen Erläuterung bildet, genügen, auf die Feststellung des holländischen Premierministers Cort van der Linden hinzuweisen, der in seiner Rede vom 22. März in der Zweiten Holländischen Kammer wörtlich sagt: „Die holländische Regierung habe nicht unter deutschem Druck gehandelt, sondern habe sich lediglich durch den Notstand leiten lassen.“ Gleichwohl lohnt es den wirklichen Sachverhalt nochmals klarzustellen. Die Vereinigten Staaten und England brauchen die holländischen Schiffe, 1) um den Krieg fortsetzen zu können, 2) im Interesse der Vergrößerung ihrer Handelsflotte für den Konkurrenzkampf nach dem Kriege.	
TR-156	Der Verständigungsfriede mit den Polen Sie wollten ein polnisches Reich von Meer zu Meer, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Das war den Polen nicht ein Traum, ein Ideal, sondern es war dies das Ziel ihrer nationalen Bestrebungen, der Mittelpunkt ihres ganzen politischen Denkens und Lebens. ★ Die Polen werden, wenn sie fürderhin deutsche Provinzen für sich begehren, auf eine Gelegenheit warten, uns mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten, und sie werden stets da stehen, wo unsere Feinde sind.	Die Grundlage für eine Verständigung ist, daß die Integrität beider Reiche, die Unverletzlichkeit ihrer Gebiete und Grenzen von beiden Teilen gegenseitig anerkannt wird. Von deutscher Seite ist das zweifellos. - Auch die Polen dürfen Ansprüche auf Landesteile, die zum Deutschen Reich gehören, in keiner Weise geltend machen und jeden Gedanken auf Abtrennung preußischer Provinzen ausgeben. Bisher dachten die Polen nicht so. Von jeher war bei ihnen der Gedanke lebendig, alle Polen in einem unabhängigen Reich zu vereinigen, das sich in den weitesten Grenzen des früheren Polenstaates erstrecken sollte. Sie wollten ein polnisches Reich von Meer zu Meer, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Das war den Polen nicht ein Traum, ein Ideal, sondern es war dies das Ziel ihrer nationalen Bestrebungen, der Mittelpunkt ihres ganzen politischen Denkens und Lebens. Jetzt, da die Polen durch die Errichtung des Königreichs Polen ihrem Endziel ein gutes Stück näher gekommen sind, werden sie sich schwer dazu verstehen, ihr früheres Ziel aufzugeben und sich mit dem Erreichten zu begnügen. Aber es muß sein. Es muß geschehen, wenn es zu einem Verständigungsfrieden mit den Deutschen kommen soll. Kommt es zu einer solchen Verständigung nicht, so kann es keinen Frieden zwischen den beiden Nationen geben. Die Deutschen können einen Nachbarn, der nach Zerstückelung des Deutschen Reiches zielt, der Stücke des Reiches an sich reißen will, nimmermehr als ihren Freund betrachten; er ist ihr Feind. Die Polen werden, wenn sie fürderhin deutsche Provinzen für sich begehren, auf eine Gelegenheit warten, uns mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten, und sie werden stets da stehen, wo unsere Feinde sind. - Die Deutschen in ihrer Friedfertigkeit müssen sich hüten, auf einzelne persönliche Polenstimmen Hoffnungen	

		zu setzen und daraufhin den Polen entgegenzukommen, ohne sich der Gegenleistung zu versichern. Auf Hoffnungen kann man keine Politik bauen, sondern nur auf Tatsachen. Die Loyalitätsbeteuerungen einzelner Polen, wie die Reden des Fürsten Franz Radziwill aus Warschau kurz vor der Proklamation über die Errichtung des Königreichs Polen und die Rede des Fürsten Radziwill aus Posen im Herrenhause waren wertlos, weil weder der eine noch der andere namens des polnischen Volkes hüben wie drüben sprechen konnte; sie haben nichts hinter sich. Das hat die polnische Presse und das Verhalten der Polen im Weltkrieg klar erkennen lassen. - Sie müssen auch bedenken, daß sogar das mächtige deutsche Volk nicht in einem Staat vereinigt ist, sondern in drei getrennten Reichen lebt, im Deutschen Reiche, in Oesterreich und in der Schweiz	
27. März 1918, Mittwoch			
DT-73	Bemerkungen zum russischen Friedensvertrage Diese Randstaaten verdanken ihre Existenz ausschließlich dem deutschen Sieger, der sie von der Russenherrschaft befreite	Diese (baltischen) Randstaaten verdanken ihre Existenz ausschließlich dem deutschen Sieger, der sie von der Russenherrschaft befreite und ihnen zu Hilfe kam, als sie bei dem Mangel jeder eigenen Organisation dem Terror der einer völligen Zersetzung verfallenen Trümmer der einstmaligen russischen Heeresmacht wehrlos preisgegeben waren. Die nächste Frucht unserer Siege wird die Ausdehnung und Befestigung des deutschen Einflusses auf diese neuen Staatsgebilde sein, die für ihre künftige Entwicklung darauf angewiesen sind, ihren Anschluß an das mächtige Kaiserreich im Westen zu suchen, wenn sie nicht verkümmern und wieder in die alte Unkultur früherer russischer Zeiten verfallen wollen. - Das gleiche ist bezüglich Finnlands geschehen, das außerdem die Verpflichtung uns gegenüber einging, keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abzutreten oder einer solchen Macht eine Servitut an seinem Hoheitsgebiet einzuräumen, ohne sich vorher mit Deutschland hierüber verständigt zu haben. Hiermit ist den Versuchen Englands, sich im nördlichen Teile der Ostsee einzunisten und von einem finnländischen Gibraltar aus deutsche Machtstellung in der Flanke zu bedrohen, ein wirksamer Riegel vorgeschoben, und auch das Abkommen der revolutionären Regierung in Helsingfors mit der Bolschewikiregierung, das Rußland einen Küstenstreifen bei Petersburg und eine Servitut für die Zugänge über finnländisches Gebiet einräumen wollte, ist damit beseitigt.	
DZ-157	Die „Freiheit der Meere“ unter Englands Führung „Dadurch, daß wir von unserem anerkannten Recht Gebrauch machen, welches uns gestattet, fremdes Eigentum innerhalb unseres Gebietes in unsere Verwaltung zu nehmen, tun wir Holland kein Unrecht.“ (Wilson) ★ ...vor dem Kriege die Bewaffnung der Handelsschiffe, eine ganz offensichtliche Verletzung des Völkerrechtes,	Nach dem bewährten englischen Grundsatz „Hannemann geh' du voran“ schweigt sich vorläufig die englische Regierung aus und läßt den gefälligen Schweifträger und Maulhelden Wilson sich blamieren. Den von ihm in die Diplomatie eingeführten neuzeitigen Straßenjungentont, den er gegen Kaiser und Reich gebrauchte, um die Inhaltslosigkeit seiner weltbeglückenden Phrasen zu verschleiern, braucht er gegen Holland zwar nicht; um so mehr ist aber die Verdrehung der Tatsachen zu bewundern, die er in seiner neuesten Proklamation findet: „Es bleibt uns jedoch keine andere Wahl, als von unserem unzweifelhaft feststehenden Recht als souveräner Staat Gebrauch zu machen, was wir unter anderen Umständen bestimmt durch ein Abkommen erreicht haben würden.“ Und am Schluß: „Dadurch, daß wir von unserem anerkannten Recht Gebrauch machen, welches uns gestattet, fremdes Eigentum innerhalb unseres Gebietes in unsere Verwaltung zu nehmen, tun wir Holland kein Unrecht.“ Man braucht kein Wort zu verlieren, diesen Zynismus des Mannes zu brandmarken, der noch vor kurzem vorgab, sich beim Friedensschluß für die Sicherheit des uneingeschränkten Seeverkehrs in Kriegs- und Friedenszeiten einzusetzen. - Was ist nun aus allen diesen Grundregeln des See- und Seekriegsrechtes geworden? Zunächst vor dem Kriege die Bewaffnung der Handelsschiffe, eine ganz offensichtliche Verletzung des Völkerrechtes, indem dadurch allen	

		Handelsschiffen der Charakter von Kriegshilfeschiffen gegeben worden ist. Dann folgte während des Krieges die Ummodellung der Beschlüsse der Seerechtskonferenz in London nach all den Grundsätzen, die England auf ihr nicht hat durchsetzen können, die Seekriegsgebietserklärung, um die neutrale Schifffahrt auf bestimmte, durch die englische Flotte leicht zu überwachende Wege zu leiten, die rechtswidrige Blockade der Nordsee unter Einschließung neutralen Gebietes, die Verlegung des Durchsuchungsrechtes neutraler Schiffe von der hohen See in englische Häfen, um die Waren bequemer in England selbst beschlagnahmen und für sich nutzbar machen zu können, das Herunterholen nicht aktiver Heeresangehöriger von neutralen Schiffen und ihre Gefangennahme entgegen dem bisherigen Völkerrechtsgebrauch. Als dies alles nicht half, wurde verfügt, die Ueberwachung der neutralen Schifffahrt in den neutralen Häfen selbst, um dort die Ein- und Ausfuhr restlos in englischem Interesse regeln zu können, der Zwang neutraler Schiffe für England Frachten zu fahren durch Verweigerung von Kohlen und Lebensmitteln, und nun schließlich die einfache brutale Beschlagnahme neutraler Schiffe in allen Häfen unserer Feinde.	
28. März 1918, Donnerstag			
TR-160	Des Kaisers Mahnung an den Reichstag Möchte das deutsche Volk, besonders seine erwählten Vertreter aus der Größe der Leistungen erneut das feste Vertrauen schöpfen, daß das deutsche Schwert uns den Frieden erzwingen wird	Möchte das deutsche Volk, besonders seine erwählten Vertreter aus der Größe der Leistungen erneut das feste Vertrauen schöpfen, daß das deutsche Schwert uns den Frieden erzwingen wird, möchte es erkennen, daß es jetzt heißt, auch in der Heimat mit gespannter Ausdauer Siegeswillen zu zeigen, dann wird der kommende Weltfrieden durch deutsche Kraft gesicherter sein wie bisher. Dazu helfe uns Gott.	
29. März 1918, Freitag			
VOW-88	Justiz und Demagogie – Ein Wort zum Fall Lichnowsky ...mit dem Verfahren, das er fordert, nicht dem Gesetz, sondern einer Stimmung Rechnung getragen werden soll	In weitesten Kreisen des deutschen Volkes ist man entrüstet über die Schrift des früheren Botschafters in London Fürsten Lichnowsky und erwartet mit Ungeduld ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Verfasser und den oder die Verbreiter dieser Schrift. Ist der Herr Reichskanzler bereit, diese Männer, die sich angesichts der unsagbaren Opfer des ganzen Volkes in der schwersten Not des Vaterlandes gegen dessen heiligste Interessen durch ihre unwahren Behauptungen versündigt haben, ungesäumt zur Verantwortung zu ziehen? Was aber den Verfasser, den Fürsten Lichnowsky betrifft, so glaubt ihn der Abg. Held daran fassen zu können, daß er sich durch unwahre Behauptungen gegen die heiligsten Interessen des Vaterlandes versündigt habe. Abgesehen davon, daß es keinen Gesetzesparagrafen gibt, der das hier konstruierte Delikt umfaßt, wie denkt sich denn der Abg. Held eine Gerichtsverhandlung, in der dem Fürsten Lichnowsky nachgewiesen werden soll, daß er durch unwahre Behauptungen das Vaterland geschädigt habe?	
DZ-161	Lichnowskys Denkschrift Zum maßlosen Erstaunen aller Anwesenden habe Lichnowsky bei dieser Gelegenheit geäußert: „Das durfte Sir Edward Grey auch nicht zulassen, daß Deutschland über Frankreich hergefallen ist.“	Zur Verbreitung der Lichnowskyschen Denkschrift im neutralen Auslande erfährt die „Deutsche Tageszeitung“ noch folgendes: Der Armierungssoldat Dr. Breitscheid trieb als Heeresangehöriger bereits im Herbst 1917 mit der Schreibmaschinen-Abschrift der Denkschrift eine lebhaft propagandistische im Sinne der üblichen, jedes Nationalgefühl zerwühlenden Politik der unabhängigen Sozialdemokraten; auch ließ er die Schrift jedermann usw. In der „Kölnischen Volkszeitung“, dem Zentrumsblatte, das sich der Erzbergerei zu erwehren sucht, weist ein Mitarbeiter auf den Zusammenhang der Lichnowskyschen Denkschrift und der Erzbergerschen Friedensentschließung hin; - Im vorigen Sommer schon war das Schriftstück verbreitet! Frage: Auch schon vor der Zeit vom 6.-19. Juli 1917? Wer ein gutes Gedächtnis hat, erinnert sich heute mancher Wendungen in Reden und Zeitungsartikeln, welche damals in die Öffentlichkeit kamen, welche mit	

		Sicherheit daraus schließen lassen, daß den Urhebern die Denkschrift bereits bekannt war – und noch mehr: daß sie von Geist und Inhalt dieser Denkschrift beeinflusst waren.	
TR-162	Deutschlands „ehrlicher Name“ Seit die englische Verleumdung Deutschland die Kriegsschuld aufgeladen und unser Volk aller Greuel und Barbarei bezichtigt hat, gilt gerade in den Kreisen der Freunde des ewigen Friedens die Zertrümmerung des Deutschen Reiches und seiner Macht für die oberste sittliche Pflicht, und in dieser moralischen Umhüllung predigen sie auf allen Kanzeln aus Ueberzeugung den Kreuzzug gegen Deutschland.	Die Hoffnung, daß wenigstens die grundsätzlich pazifistischen Kriegsgegner, die Freunde des ewigen Friedens, in den feindlichen und neutralen Ländern der Beeinflussung durch den englischen Lügenfeldzug weniger zugänglich sein würden, ist aus mehr als einem Grunde völlig enttäuscht worden. - Nein, sie sind sogar vielfach zu besonderen Trägern des Deutschenhasses geworden und fördern den Krieg mit allen Mitteln. Seit die englische Verleumdung Deutschland die Kriegsschuld aufgeladen und unser Volk aller Greuel und Barbarei bezichtigt hat, gilt gerade in den Kreisen der Freunde des ewigen Friedens die Zertrümmerung des Deutschen Reiches und seiner Macht für die oberste sittliche Pflicht, und in dieser moralischen Umhüllung predigen sie auf allen Kanzeln aus Ueberzeugung den Kreuzzug gegen Deutschland. - Diese Verankerung des Deutschenhasses im religiösen Bewußtsein unserer Feinde beschwichtigte dort auch die Gewissen, die für Eroberungen und für einen wirtschaftlichen Raubkrieg, wie ihn in Wahrheit unsere Feinde führen, nicht zu haben waren; sie ließ Munitionslieferungen und jede Art von Kriegsunterstützung als gottwohlgefällig erscheinen, und nichts ist falscher, als solches bei allen nur als bewußte Heuchelei zu bewerten. So wurde der Krieg gegen uns noch volkstümlicher und gewann eine besondere Tiefe, Dauer und Opferbereitschaft. Ja, der deutsche Name ist geschändet weithin in der Welt. Bis in die fernsten Winkel der Erde hat man seinen Namen verfemt und mit dem Kainszeichen behaftet. Man hat Deutschland jede Berechtigung bestritten, an der Erziehung des Menschengeschlechts in Zukunft teilzunehmen, hat seine Missionare und Pflanzler verjagt und vor den Farbigen in den Kot gezogen. Ja, die kirchlichen Genossenschaften der feindlichen Länder haben den Deutschen jede christliche Gemeinschaft und das Recht zum Beten gekündigt, so die römische Kirche Frankreichs den deutschen Katholiken, so die englischen und amerikanischen Missionsgesellschaften den deutschen. Den vorbereiteten Boden hat diese Verblendung gefunden in Frankreich in dem jahrhundertealten Kultur- und Prestigedünkel und Nationalhaß, der auch vor unseren Verwundeten nicht haltmachte, unsere Gefangenen mißhandelte und bespötte, und der selbst in die sonst von solcher Leidenschaft verschonte wissenschaftliche Literatur jetzt in erschreckendem Maße dort eingezogen ist. In England ergab sich das gleiche aus dem alten Anspruch auf Weltherrschaft und aus dem festgewurzelten puritanischen Glauben, das auserwählte Volk Gottes zu sein.	
DZ-161	Unter keinen Umständen Verhandlungen ...unter keinen Umständen Verhandlungen mit den Mittelmächten anzuknüpfen, sondern den Krieg fortzusehen * Die Programmpunkte der Entente seien nach wie vor: Die Befreiung Belgiens, Elsaß-Lothringens, der Italia Irredenta, der Ostseeprovinzen und Polens.	bei einem Ideenaustausch der Westmächte mit Italien der bindende Beschluß gefaßt worden sei, unter keinen Umständen Verhandlungen mit den Mittelmächten anzuknüpfen, sondern den Krieg fortzusehen. Die Entente lehne es ab, unter welchem Vorwande immer in Friedenserörterungen einzugehen. Die Programmpunkte der Entente seien nach wie vor: Die Befreiung Belgiens, Elsaß-Lothringens, der Italia Irredenta, der Ostseeprovinzen und Polens.	
DT-75	Zentrum und konservative Partei – von Martin Spahn Unterdessen sagte jedoch der Abgeordnete	Ende 1906 holte Fürst Bülow zum entscheidenden Schlage gegen die Machtstellung des Zentrums im Reichstage aus. Er hieb in die Luft. Mandatsgewinne der Konservativen schufen bei den Neuwahlen die Möglichkeit, zum erstenmal im Reichstag eine Mehrheit aus Zentrum und Konservativen allein, ohne Zuziehung der Nationalliberalen, zu bilden. Die Stellung des Zentrums wurde dadurch noch stärker unterbaut, als sie es vorher schon war. Das Zentrum konnte	

	Erzberger auf eigene Faust am 12. Dezember 1908 den Konservativen die Fehde an.	verschmerzen, daß es gleichzeitig die Möglichkeit verlor, auch mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit zu bilden - Unterdessen sagte jedoch der Abgeordnete Erzberger auf eigene Faust am 12. Dezember 1908 den Konservativen die Fehde an. Seine Parteifreunde im Abgeordnetenhaus lassen sich gewiß heute mit doppeltem Interesse wieder daran erinnern, wie er die Fehde begründete. Er entwickelte die Anschauung, daß der Wandel der Zeit die Ausgaben der Weltanschauungs- und Wirtschaftspolitik, durch die Konservative und Zentrum einander genähert wurden, in den Hintergrund rücke. Fortan verlangten, so meinte er, die „politischen Fragen“, d.h. die Verfassungsfragen gebieterischer nach einer Lösung. Er zielte mit dieser Behauptung schon damals vor allem auf das Streben nach einer Vermehrung der Parlamentsgewalt. Hierfür rief er nach einem Block aus Zentrum, Polen und Liberalen. Ich trat ihm damals unter dem 6. Januar 1909 an derselben Stelle, und als ihm die „Kölnische Volkszeitung“ taktisch beisprang, auch dort entgegen. In den Tagen der Finanzreform schlug sich auch Herr Erzberger, unbekümmert wie er in grundsätzlichen Dingen ist, und um nicht allein zu bleiben, nach rechts hinüber. Bald nachher jedoch drängte er die Reichstagsfraktion Stoß für Stoß nach der linken Seite des Reichstags ab. Die Friedensresolution, durch die sich die Fraktion mit der Linken zur gegenwärtigen Mehrheit zusammenschloß, war nur der letzte Schritt auf einem langen Wege. Die Fraktion hat ihn nicht weitschauend aus eigenem Willen betreten, sondern war darauf von Herrn Erzberger vorwärtsgetrieben worden. - Auch durch die Parteipresse werden die Wählerscharen des Zentrums weithin über die tatsächlichen Vorgänge wie über die wahre Lage der Dinge im unklaren gehalten.	
DT-75	Deutschlands Sieg der deutsche Sieg durch die Tätigkeit der Unterseeboote unaufhaltsam heranrückt. Das ist sehr wahrscheinlich, und die Vergewaltigung der neutralen Völker, welche Schiffe besitzen, beweist deutlicher als irgend etwas, wie schlecht die Siegesaussichten der Feinde Deutschlands stehen.	zeigt Adolf Bisclager, daß der deutsche Sieg durch die Tätigkeit der Unterseeboote unaufhaltsam heranrückt. Das ist sehr wahrscheinlich, und die Vergewaltigung der neutralen Völker, welche Schiffe besitzen, beweist deutlicher als irgend etwas, wie schlecht die Siegesaussichten der Feinde Deutschlands stehen. Wenn sie nun wirklich eine halbe oder ganze oder selbst drei oder vier Millionen Tonnen Schiffsraum von den Neutralen erraubern, wird das den endlichen Ausgang zwar verzögern, aber nicht verhindern können. Gelingt es den Engländern nicht, der deutschen U-Boote Herr zu werden, dann ist der deutsche Sieg sicher, ob er nun im nächsten Sommer, Herbst oder Frühjahr kommt. - Nach so vielen fehlgeschlagenen Hoffnungen, die man auf notre Joffre, auf die russische Dampfmälze, auf die Nations Soeurs von Italien und Rumänien, auf ein nach Frankreich zu sendendes japanisches Heer, auf die sechs Monate nach der Kriegserklärung Wilsons in Flandern zu erwartende Million amerikanischer Soldaten, auf die Aushungerung und drei Dutzend andere Pläne aus Pandoras Schachtel gesetzt hatte, ist es nicht verwunderlich, wenn der den Franzosen angeborene Skeptizismus schließlich überhandnimmt. Wahrscheinlich glaubt heute kein Mensch in Frankreich mehr wirklich an den französischen Sieg, viel wahrscheinlicher ist, daß eine sehr starke Minderheit bereits den deutschen Sieg zu fürchten anfängt.	
DZ-161	Der Streit um Cholm Polen	Polnischen Blättern zufolge hat der polnische Regentschaftsrat für die Staatsratswahlen auch das Gebiet des Cholmer Landes eingezogen.	
DZ-161	5000 Todesurteile in 10 Tagen bolschewistischen Herrschaft in Kiew	Aufgrund des von dem ukrainischen Roten Kreuz gesammelten Materials wurden in den 10 Tagen der bolschewistischen Herrschaft in Kiew über 5000 Personen erschossen. Unter ihnen befinden sich der Metropolit Wladimir, der Ackerbauminister Sarudny, der Journalist Pugatsch und der ukrainische Politiker Bodschkowsky. Des weiteren wurden 14 ukrainische Sozialrevolutionäre und 168 Gymnasialschüler erschossen. Vom ukrainischen Matrosenkorps wurden 215 Matrosen hingerichtet.	
30. März 1918, Samstag			

DZ-162	Der Botschaftsrat des Fürsten Lichnowsky Am 1. August 1914, am Tage also, für dessen Verlauf das am Abend und in der Nacht vorher der französischen und russischen Regierung überreichte befristete Entweder-Oder Antwort heischte, sandte der deutsche Botschafter in London um 11 Uhr vormittags dem Auswärtigen Amt in Berlin eine drahtliche Mitteilung. Sie besagte: Sir E. Grey habe den Botschafter durch den Fernsprecher gefragt, ob Deutschland einen Angriff auf die Franzosen unterlassen wolle, falls Frankreich in dem bevorstehenden deutsch-russischen Kriege neutral bliebe. * Ein Irrtum also! Ein Mißverständnis!	Am 1. August 1914, am Tage also, für dessen Verlauf das am Abend und in der Nacht vorher der französischen und russischen Regierung überreichte befristete Entweder-Oder Antwort heischte, sandte der deutsche Botschafter in London um 11 Uhr vormittags dem Auswärtigen Amt in Berlin eine drahtliche Mitteilung. Sie besagte: Sir E. Grey habe den Botschafter durch den Fernsprecher gefragt, ob Deutschland einen Angriff auf die Franzosen unterlassen wolle, falls Frankreich in dem bevorstehenden deutsch-russischen Kriege neutral bliebe. Der Inhalt der Drahtung mußte in Berlin einigermaßen überraschen, wie ohne weiteres wohl zugegeben wird, wer immer sich in die diplomatischen Vorgänge jener Tage an der Hand der seither darüber vorliegenden Veröffentlichungen hineinversetzt. In dessen war die Drahtung offenbar ordnungsmäßig chiffriert wie registriert und somit aus dem Geschäftsgang der Botschaft heraus in Berlin eingetroffen. -- Die Drahtung des Botschafters wurde mit Fug und Recht sofort zum Ausgangspunkt einer großen Aktion gemacht. Der Kaiser sah in dem Vorschlag Greys einen Sieg des Einflusses eines vermeintlichen Freundes, des Königs Georg, wollte mit diesem die Sache in Ordnung bringen und drahteten ihm seine genau formulierte Zustimmung. Leider antwortete der, es liege wohl ein Irrtum vor. Fürst Lichnowsky aber meldete –vermutlich auf Mitteilung des Schrittes des Kaisers und die Weisung hin, ihn zu unterstützen – um 8 Uhr 30 Minuten am Abend desselben Tages, es handle sich überhaupt nicht um einen positiven englischen Vorschlag, weshalb er sich die ihm aufgetragenen Schritte wohl sparen könne. -- Wenn die Drahtung der Londoner Botschaft vom 1. August 1914, 11 Uhr vorm, ordnungsmäßig von London abgegangen ist, trägt Herr v. Kühlmann für ihren Inhalt dieselbe Verantwortung, wie der damalige Botschafter selbst. Das liegt in Stellung und Aufgaben eines Botschaftsrats, dessen Person die Einheitlichkeit der Geschäftsführung der Botschaft zu verbürgen hat. War dem Botschafter in der Tat ein Irrtum, ein Mißverständnis untergelaufen – amtlich scheint das Geschehnis in Berlin ja als solches anerkannt zu werden – so war der Botschafter dazu da, zu verhindern, daß dieser Irrtum weitergegeben wurde und damit zu Weiterungen führen konnte. - Und zwar ist daraufhin nunmehr stark mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Meldung von 11 Uhr vormittags keineswegs in gutem Glauben nach Berlin gerichtet worden ist, sondern als intriganter, überaus frivoler Versuch aufzufassen ist, durch falsche, gänzlich aus der Luft gegriffene Angaben den Reichskanzler zu einem Schritt zu bringen, durch den die bankerotte, von dem Botschafter bis dahin befürwortete Politik vielleicht noch in letzter Minute gerettet werden konnte. Die Drahtung wäre dann das „Va banque!“ eines verzweifelnden Spielers gewesen. Dem ehemaligen Londoner Botschafter ist nach seinem Verhalten in Sachen seiner Denkschrift ein derartiger Schritt wohl zuzutrauen.	
DZ-162	Der „Vorwärts“ und der Fall Lichnowsky „In weitesten Kreisen des deutschen Volkes ist man entrüstet über die Schrift des früheren Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky, und erwartet mit Ungeduld ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Verfasser * Ueber diese Anfrage entrüstet sich der „Vorwärts“ derartig, daß er von „nationalistischem Terror, Sensation, Skandal und Knalleffekten“ redet.	Der „Vorwärts“ stellt sich hier törichter, als er in der Tat ist. Was für einen Verbreiter der Denkschrift gilt, nämlich daß er aus nicht straffälligen Gründen gehandelt hat, braucht noch lange nicht für alle zu gelten. Im Falle des Hauptmanns v. B. lag die Sache so, daß dieser die ihm zugegangene Denkschrift in Abschriften an eine Reihe von Offizieren in hoher Stellung, u. a. an den Kronprinzen und den General v. Ludendorff, versandt hat, um ihren Inhalt zu deren Kenntnis zu bringen. Das kann als eine Art militärischer Meldung, wenn auch nicht als eine solche in vorschriftsmäßiger Form, aufgefaßt werden. Von da bis zur Veranlassung der Verbreitung in Straßenbahnwagen usw., wie sie vorgekommen ist, ist es denn doch ein ganzes Stück Weges, ebenso wie bis zur Versendung an Leute, von	

		denen nicht dasselbe Maß von Vorsicht in der Behandlung der Sendung in Rücksicht auf die Reichsinteressen zu erwarten war, wie seitens der Adressaten des Herrn v. B. Der Hinweis gerade auf diese Persönlichkeit in dem bekannten Schreiben des Fürsten Lichnowsky ist durchaus geeignet, den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern und ist wohl auch zu diesem Zweck erfolgt. Der Fall liegt denn doch auch in diesem Punkte etwas anders, als der „Vorwärts“ seine Leser glauben machen möchte -- Der Einleitung einer Disziplinaruntersuchung, die im übrigen auffälliger Weise erst in Frage stand, nachdem durch Veröffentlichung der Denkschrift im Ausland die deutsche Presse an dem Eingehen auf die Angelegenheit nicht mehr gehindert werden konnte, hat sich der Fürst durch einen Schritt, der jedem Beamten in der gleichen Lage freisteht, entzogen. Er hat auf seine Stellung, seine amtlichen Titel usw., sowie auf alle Gebühren freiwillig verzichtet. Um Irrtümern vorzubeugen, sei erwähnt, daß dies erst vor kurzem geschehen ist. Bis dahin ist er unbehelligt geblieben, obgleich die Denkschrift seit Jahr und Tag auch dem Auswärtigen Amt bekannt war.	
DZ-163	191. Kriegswoche – von Max Lohan Hindenburg, hat den Ausspruch getan: „Die Tat ist des Deutschen stolzestes Wort.“	Unser Marschall Vorwärts von heute, Hindenburg, hat den Ausspruch getan: „Die Tat ist des Deutschen stolzestes Wort.“ Wer aber spricht jetzt im Westen, aller Welt vernehmlich, das stolzeste Wort der Tat? Unser vielgeschmähter, von unseren Feinden allerwärts verleumdeter preußisch-deutscher Militarismus. - Wer aber hat das vorher am eifrigsten und am lautesten getan? Eine unserer gegenwärtigen Regierungsparteien, die Sozialdemokratie, hat ihn bis zum Ausbruch des Weltkrieges am ärgsten verkannt und geschmäht. Ihr war es vor dem Kriege eine ihrer wichtigsten Aufgaben, unseren Militarismus zu bekämpfen und vor aller Welt zu verunglimpfen. Nieder mit dem Militarismus! So lautete ihre Losung; und zurzeit des Zabernfalles stimmte die große Reichtagsmehrheit in solches Feldgeschrei ein. Und die beiden anderen Regierungsparteien von heute haben sich vor dem Weltkriege im Verein mit der Sozialdemokratie nach Kräften bemüht, den deutschen Militarismus in seiner Entwicklung zu vollster Schlagkraft zu hemmen, seine Ausbildung zu höchster Wehrkraft zu hindern, gegen den widerspenstigen Willen der Reichtagsmehrheit, die heute führt und regiert, hat Bismarck, hat auch sein erster Nachfolger kämpfen und das Mittel der Reichtagsauflösung einsetzen müssen, um notwendige Forderungen für unseren Militarismus durchzubringen. - An all dies brauchte gerade heute, inmitten einer dieser Siegesstimmungen, gewiß nicht erinnert zu werden - Die Reichtagsmehrheit aber mit ihrem Verlangen nach dem sieg- und sühnelosen Verständigungsfrieden hat seither den Willen zum Siegesverzicht vertreten. „Nur ein Narr kann noch an einen, deutschen Sieg glauben“, hat im vorigen Jahre Scheidemann gesagt. Trotzdem ist im Osten der volle Sieg erkämpft und der Frieden erzwungen worden. Aus Verdrossenheit, daß dieser Friede kein reiner Verzichtfriede werden konnte, hat ihm im Reichstage die Scheidemannsche Sozialdemokratie die Zustimmung versagt und sich der Abstimmung enthalten. Es wird, es darf weder Sieger noch Besiegte geben; das ist der unausgesprochene Grund und Sinn des Friedenswillens der Reichtagsmehrheit. - Bislang hatte sich der deutsche Militarismus noch nicht in voller geschlossener Kraft mit dem englischen messen können. Nun ist es der Fall. Der englische Hochmut bricht zusammen. Bevor aber der deutsche Militarismus an England das Strafgericht vollstrecken konnte, wucherte in der Reichtagsmehrheit der Geist eines Lichnowsky, der felsenfest an die Unfehlbarkeit und Unbezwinglichkeit der englischen, Weltherrschaft glaubte. Wir haben die Lichnowskysche Denkschrift eine Vorgängerin und	

TR-163	Englischer Hilferuf nach Amerika ...die große Republik des Westens keine Mühe scheuen werde, ihre Truppen und Schiffe beschleunigt nach Europa zu bringen. Das sei jetzt eine Lebensfrage.	Bahnbrecherin der Politik der Reichstagsmehrheit genannt. Der englische Botschafter Lord Reading verlas auf einem Bankett eine Botschaft Lloyd Georges, in der dieser sich über die deutsche Offensive ausspricht und der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß die große Republik des Westens keine Mühe scheuen werde, ihre Truppen und Schiffe beschleunigt nach Europa zu bringen. Das sei jetzt eine Lebensfrage.	
April 1918			
02. April 1918, Dienstag			
NAZ-166	Neue Hilferufe Lloyd Georges Heute früh haben die Deutschen Heere uns an einer 60 Meilen langen Front mit erdrückenden Streitkräften angegriffen.	Lloyd George richtete an die Premierminister Kanadas, Australiens, Südafrikas, Neuseelands und Neufundlands ein Telegramm, worin er auf die Notwendigkeit der Truppenverstärkung und auf die Schritte, die die Britische Regierung in dieser Beziehung im Parlament zu tun gedenkt, hinweist und die Regierungen der Dominions auffordert, ihre Kontingente ebenfalls so rasch wie möglich zu verstärken, da alles bis auf den letzten Mann in diesen Kampf geworfen werden müsse.	
DZ-165	Verfahren gegen den Fürsten Lichnowsky daß ein Mann, der das Staatswohl in so verbrecherischer Weise und aus unedlen und geradezu lächerlichen Beweggründen geschädigt..... im preußischen Offizierskorps nicht geduldet werden kann.	Darüber, daß dies für die Handlungsweise des Fürsten zutrifft, kann ein Zweifel füglich nicht bestehen und ebensowenig darüber, daß ein Mann, der das Staatswohl in so verbrecherischer Weise und aus unedlen und geradezu lächerlichen Beweggründen geschädigt und dann zu den unwürdigsten Ausflüchten gegriffen hat, in der Tagespresse auch der „öffentlichen Verachtung“ preisgegeben wird, im preußischen Offizierskorps nicht geduldet werden kann.	
03. April 1918, Mittwoch			
NAZ-168/ NAZ-169	Graf Czernin über Krieg und Frieden/ Die Rede des Grafen Czernin 2.Teil – Gegen die Kriegsverlängerer Ich glaube das nicht, weil ich eine viel zu hohe Meinung von dem staatsmännischen Blick des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten habe, um zu glauben, daß er eines solchen Gedankenganges fähig wäre. * Unsere Armeen haben bewiesen, daß sie unbesiegbar sind und die Blockade wurde in Brest-Litowsk gesprengt. Die den Krieg verlängernde Hoffnung unserer Gegner sind vielmehr zum großen Teil unsere innerpolitischen Verhältnisse und – welch grausamer Hohn – gewisse politische Führer, nicht zuletzt im tschechischen Lager.	In manchen Teilen der Welt werden die Reden Herrn Wilsons als der Versuch aufgefaßt, einen Keil zwischen Wien und Berlin zu treiben. Ich glaube das nicht. Ich glaube das nicht, weil ich eine viel zu hohe Meinung von dem staatsmännischen Blick des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten habe, um zu glauben, daß er eines solchen Gedankenganges fähig wäre. Herr Wilson ist ebensowenig imstande, uns ein unehrliches Vorgehen zuzumuten, wie wir ihm ein solches zumuten könnten: Herr Wilson will Wien von Berlin nicht trennen. Er will es nicht und weiß auch, daß das unmöglich ist. - <u>Gott ist mein Zeuge, daß wir alles versucht haben, was möglich war, um die neue Offensive zu vermeiden. Die Entente hat es nicht gewollt. Herr Clemenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hierzu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Wahl mehr.</u> - Es ist eine Verdrehung, zu behaupten, daß Deutschland im Osten Eroberungen gemacht habe. Die Leninsche Anarchie hat die Randvölker in die Arme Deutschlands getrieben und sie veranlaßt, in einer Anlehnung an das Deutsche Reich Zuflucht vor jenen entsetzlichen Zuständen zu suchen, welche in Groß Rußland wüten. Soll Deutschland die freiwillige Anlehnung fremder Nachbarstaaten verweigern müssen? Die deutsche Regierung will ebensowenig Vergewaltigungen begehen, als wir, und ich bin fest überzeugt, weder die Annexionisten, welche die Welt mit ihrem Eroberungsgeschrei erfüllen und ihr die Furcht vor weltbeherrschenden, die ganze übrige Welt unterdrückenden Plänen einflößen, noch die Schwächlinge, die unausgesetzt um Frieder bitten und den Feinden beteuern, daß wir am Ende unserer Kraft seien, werden den maßvollen aber ehrenvollen Frieden dauernd verhindern können.	
NAZ-169	Ein „beschämendes“ Dokument	England und Amerika haben niederländische Handelsschiffe	

	„Nieuwe Rotterdamsche Courant“: Amerika und England haben schon seit Monaten uns gegenüber das Recht mit Füßen getreten	in ihren Häfen „übernommen“	
NAZ-169	Clemenceaus Anfrage	„Vorwärts“: „Ist es aber wahr, daß Clemenceau vor der Offensive eine Friedensanfrage nach Wien gerichtet hat, daß ihm von dort im Einverständnis mit Berlin erklärt wurde, nichts hindere den Frieden als der französische Anspruch auf Elsaß-Lothringen, und daß er daraufhin die Verhandlungen abbrach, dann gibt es kein Wort, das stark genug ist, um die Verblendung der französischen Regierungspolitik zu verurteilen.“	
NAZ-168	Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl. Möge alles, was noch kommen wird, Gottes Segen im gleichen Maße geleiten, und ein baldiger ehrenvoller Friede uns beschieden sein.	Wilhelm: Mich erfüllt hohe Genugtuung, wenn Ich rückwärts schauend Mir die gewaltige Leistung vergegenwärtige, die Deine und Meine Heere und mit ihnen die tapferen verbündeten Truppen in treuer Waffenbrüderschaft gegen die Anzahl weit überlegener Gegner vollbracht haben. - Karl: Mit besonderer Befriedigung müssen Dich die außerordentlichen Erfolge der unter Deinem Befehl siegreich vordringenden Armeen erfüllen. Möge alles, was noch kommen wird, Gottes Segen im gleichen Maße geleiten, und ein baldiger ehrenvoller Friede uns beschieden sein.	
DZ-167	Frankreichs Elend / Die brennende Kathedrale von Royon Zu den Tausenden von Menschenleben, die bisher dem Geschützfeuer der Entente zum Opfer fielen, haben sich Hunderte neuer Opfer gesellt. Von den Engländern in rücksichtsloser Wut evakuiert, flüchten landeinwärts Frauen Kinder und Greise, deren Wohnstätten die britischen Bundesgenossen plündern und zerstören.	Seit der neuen Kriegserklärung von Versailles brach auch neues Elend über Frankreich herein. Täglich fielen Städte, Dörfer und Ortschaften mit historischen Bauten im Granatfeuer englischer und französischer Geschütze zusammen. - Die Kathedrale von Royon, von den Franzosen in Brand geschossen, steht in hellen Flammen. Nach der Zerstörung der Kathedrale von St. Quentin und der im französischen Feuer dauernd zunehmenden Beschädigung der Martinskirche von Laon wird nun auch dies alt-ehrwürdige Kirche ein Opfer französischer Granaten.	
DZ-167	Breitscheid und Lichnowskys Denkschrift der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Breitscheid mit einer Abschrift der Denkschrift Lichnowskys „Propaganda im Sinne der Unabhängigen Sozialdemokratie getrieben“	Im Mai 1917 wurde der Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“, deren Herausgeber ich bin, von unbekannter Stelle eine mit der Maschine bergestellte Kopie jener Denkschrift zugesandt, über deren Vorhandensein weitere Kreise schon vordem unterrichtet waren. Ich habe die Abschrift gelesen und sie auch ein paar meiner Bekannten zur Lektüre gegeben.	
NAZ-169	Die Zukunft der Nationalliberalen Partei An der Spitze der Reichstagsfraktion steht heute in Stresemann ein Präsidialmitglied des Bundes der Industriellen, zugleich Ausschußmitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Geschäftsführer des Verbandes sächsischer Industrieller	An der Spitze der Reichstagsfraktion steht heute in Stresemann ein Präsidialmitglied des Bundes der <u>Industriellen, zugleich Ausschußmitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Geschäftsführer des Verbandes sächsischer Industrieller</u>. Ihm gesellen sich in den Abgeordneten Dr. Hirsch und von Schubert zwei weitere Ausschußmitglieder des Zentralverbandes der Industriellen zu, in Rießer der Präsident des Hansabundes und des Zentralverbandes des deutschen Bank und Bankiergewerbes, in Freiherrn von Richthofen ein früherer Geschäftsführer des Hansabundes, der auch heute noch den Bankinteressen nahesteht, in Justizrat W. Meyer der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in Keinath der Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels usw. Im Abgeordnetenhaus finden wir unter anderen in Dr. Beumer den Generalsekretär der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen im Rheinland und Westfalen, in Dr. Wendland des Schriftführer des Bundes der Industriellen, in Dr. Schweighoffer den Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, in Flathmann den Generalsekretär der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonts, dazu eine ganze Reihe von Kommerzienräten und Fabrikanten. Bekannt sind die schwerindustriellen Beziehungen der Abgeordneten Fuhrmann und Bacmeister. Gang zurückgegangen sind	

		dagegen in den nationalliberalen Fraktionen die Vertreter der freien und gelehrten Berufe; an Universitätsprofessoren und Geistlichen zählen beide Fraktionen zusammen nur je zwei, an Lehrern, deren die Freisinnige Volkspartei allein im Reichstage sieben aufweist, nur vier. Die Befürchtung läge nahe, daß diese Entwicklung zu einer Interessenpartei, in der das Schwergewicht nicht mehr wie einst auf „Besitz und Bildung“, sondern ganz vorzugsweise auf dem Besitz liegt, unter der Führung Stresemanns sich noch schärfer ausprägen wird.“	
04. April 1918, Donnerstag			
	Clemenceau leugnet Natürlich paßt es Herrn Clemenceau nicht in den Kram, daß in dem Augenblick, da Hindenburg an der Westfront Siege erringt und unsere Geschütze auf Paris feuern, den Franzosen und Parisern durch den Grafen Czernin erzählt wird, wie leicht sie sich das hätten sparen können.	„Wenn Clemenceau die Frankreich allein angebotene Gebietsräumung ablehnte, weil die anderen Verbündeten bei dieser Regelung nicht in Frage gekommen wären und keine Bürgschaften für Belgien und Serbien gegeben worden wären, dann handelte er als ehrlicher Mann und tat das, wozu er als treuer Verbündeter verpflichtet war. Man muß immer im Auge behalten, daß dieser Krieg ein Krieg ist nicht zwischen einzelnen Staaten, sondern zwischen allen Verbündeten und den Mittelmächten, ein Krieg, den keine Nation ehrenhaft beenden kann, wenn sie getrennt mit dem Gegner verhandelt.“	
TR-171	„Eine neue deutsche Friedensoffensive“. daß in offiziellen Kreisen die Rede Czernins als der Anfang einer neuen deutschen Friedensoffensive angesehen werde	Der Berichterstatte der „Associated Press“ in Washington sagt, daß in offiziellen Kreisen die Rede Czernins als der Anfang einer neuen deutschen Friedensoffensive angesehen werde, wobei Czernin im Auftrage Deutschlands handle. Nachdrücklich wird dabei zu verstehen gegeben, daß alle deutschen Bemühungen um Herbeiführung von Friedensverhandlungen in Amerika nur Ablehnung finden würden	
DZ-170	Hammanns Erinnerungen	Der ehem. Direktor des AA erinnert sich an die Zeiten mit Bismarck und seine Nachfolger	
05. April 1918, Freitag			
DZ-171	Clemenceaus Friedensfühler – Eine amtliche Wiener Erklärung Graf Czernin sei zu einer Aussprache mit einem Vertreter Frankreichs bereit und halte ein Gespräch mit Aussicht auf Erfolg für möglich, sobald Frankreich nur auf seine Eroberungsabsicht betreffend Elsaß-Lothringen verzichte.	„Herr Clemenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei, und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hierzu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln.“ - Wie Agence Havas am 3.d.M. meldet, hat der Herr französische Ministerpräsident nach Kenntnisnahme dieser Äußerung des Grafen Czernin erklärt: „Graf Czernin hat hierin gelogen.“ - Im Auftrage des k. u. k. Ministers des Aeußern hatte der Legationsrat J. R. Graf Nikolaus Revertera mit dem zu einer Unterredung mit letzterem nach der Schweiz entsandten Vertrauensmann Herrn Clemenceaus, dem französischen Kriegsministerium zugeteilten Grafen Armand, dortselbst wiederholte Besprechungen. - Dem Grafen Revertera wurde hierauf im Namen Herrn Clemenceaus erwidert, dieser sei nicht in der Lage, die vorgeschlagene Verzichtleistung Frankreichs auf diese Annexionen [Elsaß-Lothringen] anzunehmen, so daß eine Zusammenkunft von Vertretern nach beiderseitiger Ansicht derzeit zwecklos wäre.	
TR-172	Clemenceau überführt Im Auftrage des k. und k. Ministers des Aeußeren hatte der Legationsrat i. R. Graf Nikolaus Revertera [*] mit dem zu einer Unterredung mit letzterem nach der Schweiz entsandten Vertrauensmann Herrn Clemenceaus, dem französischen Kriegsministerium zugeteilten Grafen Armand, dortselbst wiederholte Besprechungen.	Am 7., 8. und 22. August 1917 sowie am 1. Februar 1918 wurde Revertera von Außenminister Ottokar Czernin mit Sondierungsgesprächen im Schweizer Freiburg betraut. Verhandlungspartner Reverteras auf Seite der Entente war Graf Abel Armand, Major der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs. Armand machte unrealistische Zugeständnisse, wie die Angliederung Bayerns, Schlesiens und Polens an die Habsburgermonarchie, um Österreich für einen Separatfrieden zu gewinnen. Das Staatengebilde sollte den Namen „Confédération Danubienne“ unter habsburgischem Szepter führen.	
TR-172	Die französische Presse von gestern	Czernins Ausspruch gegen Clemenceau ist ein monarchistisches Manöver gegen die Alliierten, das mit den	

	„Echo de Paris“ schreibt: Warum sollte Czernin in seiner Behauptung über Clemenceau nicht gelogen haben, seine ganze Rede strotzt ja von Lügen.	Bomben der Gothas und der Dicken Bertha auf eine Stufe zu stellen ist. Der geschickte Czernin hofft wohl, daß eine perfide Polemik, die sich an seine Behauptung anschließen wird, dank der Unsicherheit in gewissen französischen Kreisen vielleicht einen Zweifel hervorrufen könnte.	
DZ-171	General Smuts über Lichnowsky Von noch größerer Wichtigkeit sind die Enthüllungen von Lichnowsky, der an seiner Ueberzeugung festhält, daß weder die britische Regierung noch das englische Volk mit Deutschland in Feindschaft geraten wollte	Lichnowsky behauptet in einer Schrift, der Kaiser habe den Krieg vorbereitet. Da er als Botschafter in London in dieser Schrift gegen seine Verschwiegenheit verstoßen habe wurde er wegen Landesverrat verhaftet. Die Engländer übernehmen seine Version gerne, wie es in diesem Artikel dargestellt wird.	
DZ-172	Strafverfahren gegen Lichnowsky das Erforderliche veranlaßt worden, um zur Ermittlung und Verfolgung dieser Personen ein Strafverfahren einzuleiten	Nach der Veröffentlichung der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky „Meine Londoner Mission 1912-1914“ ist mit Rücksicht auf den Verdacht des Landesverrats, der gegen die an der Veröffentlichung beteiligten Personen besteht, das Erforderliche veranlaßt worden, um zur Ermittlung und Verfolgung dieser Personen ein Strafverfahren einzuleiten	
TR-172	Die italienische Presse zur Rede Czernis	Die Annahme der vier Wilsonschen Grundsätze, die als Beweis zu Verhandlungen für einen allgemeinen Frieden dienen könnten, stehen mit der zunehmenden Konzentrierung gewaltiger militärischer Kräfte an der italienischen Front in offenem Widerspruch.	
06. April 1918, Samstag			
NAZ-174	Die Vorbereitung des Weltkrieges – Aus dem Archiv des russischen Ministeriums des Auswärtigen „Das Protokoll der besonderen Beratung vom 8./21. Februar 1914“ beweist, daß Rußland sich nicht weniger gründlich zum Weltkriege vorbereitet hat, als die anderen Mächte, ob gleich es ihm tatsächlich nicht gelang, seine Annexionspläne zu verwirklichen.	Die ganz geheime Sitzung vom 21. Februar fand fünf Monate vor Beginn des Weltkrieges statt. Auf dieser Sitzung ist der Plan der Eroberung Konstantinopels und der Meerengen ausgearbeitet worden. Dabei wurde in Aussicht genommen, daß diese Operation im Rahmen eines allgemeinen europäischen Krieges vorgenommen werden sollte, und die Rollen Serbiens, Bulgariens, Griechenlands, Rumäniens und anderer Staaten waren im voraus verteilt. Es waren bestimmte Beschlüsse gefaßt worden und das Protokoll der Sitzung wurde Nikolaus II. zur Bestätigung vorgelegt. Auf dem Original befindet sich die eigenhändige, stenotheotype Aufschrift Nikolaus II.: „Die Beschlüsse der Beratung heiße ich in vollem Umfange gut.“	
NAZ-175	Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg In der Sitzung nun vom 21. Februar 1914 standen sich offenbar zwei Meinungen gegenüber: Die eine vertrat die Anschauung, daß im Falle eines europäischen Krieges das Schicksal Konstantinopels und der Meerengen durch die Entscheidungen auf dem westlichen Kriegsschauplatz, also im Kampf gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestimmt werde; die militärischen Teilnehmer an der Konferenz forderten deswegen die Konzentrierung aller Streitkräfte auf die Westgrenze.	Deutschland und seine Verbündeten durften aus solchen Veröffentlichungen eine Beleuchtung der Wahrheit erwarten, daß sie wider ihren Willen in den Krieg hineingerissen wurden, während die Entente vor allem die Enthüllung ihrer wahren Kriegsziele zu befürchten hatte, die, zum Teil vor dem Kriege festgelegt, zum Teil während des Krieges erweitert, der Welt beweisen mußten, daß die öffentlichen Rechtfertigungen des Ententekrieges als eines Kampfes für Recht, Freiheit und Humanität nur Bemäntelungen einer raubgierigen imperialistischen Politik waren. - So sind die Mitteilungen über die Rolle, die der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow bei Ausbruch des Krieges spielte, die Veröffentlichung der Verträge mit Italien und Rumänien, die Abmachungen über Konstantinopel, die Meerengen und die Verteilung Vorderasiens, sowie die Bestätigung des russisch-französischen Geheimvertrages über die Rheingrenze zu Unterlagen einer lückenlosen historischen Beurteilung der politischen und diplomatischen Geschichte des Krieges geworden.	
NAZ-175	Judenpogrome in Rußland. In Kokand wurden 300 Juden getötet und Tausende ausgeplündert. Aus allen kleineren Orten werden Raub und Mord gemeldet.	In Samarkand wird stündlich der Ausbruch von Judenpogromen erwartet. Der Finanzminister der turkestanischen Republik, Herzfeld, der Vorsitzende des zionistischen Bezirksausschusses, wurde in tierischer Weise ermordet.	
DZ-173	Ein neutrales Zeugnis. „England wird Deutschland den Krieg erklären.“ Das englische Kriegsministerium hatte demzufolge schon vor dem 2. August vormittags den bestimmten Entschluß zur Kriegserklärung an	- Zu jener Zeit, als diese Meldung aus London eintraf, hatte einzig Deutschland an Rußland den Krieg erklärt, nachdem Rußland sich weigerte, seine Mobilmachung rückgängig zu machen. Die Kriegserklärung an Frankreich lag noch nicht vor. Der Einmarsch der Deutschen in Belgien war deshalb für England nur ein erwünschter äußerer Vorwand, nicht aber die Ursache seiner Kriegserklärung an Deutschland	

	Deutschland gefaßt.		
DZ-173	Rücktrittsabsichten Czernins? [zurückgetreten am 14. April]	Nach Unstimmigkeiten mit dem Kaiser bezogen auf die Friedensfrage –	
DZ-173	Czernin und Clemenceau. über den Friedensfühler Clemenceaus: „Der Vater des Gedankens ist nicht in Paris, sondern in London, und die Adresse, an die die Anfrage gerichtet ist, ist doch zweifellos nicht Wien... sondern die Adresse ist Berlin.“	„Der Vater des Gedankens ist nicht in Paris, sondern in London, und die Adresse, an die die Anfrage gerichtet ist, ist doch zweifellos nicht Wien (Denn was hätte England und Frankreich an der Westfront von Oesterreich-Ungarn zu fürchten, während weit mehr mit dem sofortigen Abfall Italiens vom Bund zu rechnen war, wenn London und Paris ein Einvernehmen mit Oesterreich, und zwar doch nur auf Kosten der italienischen Ansprüche erzielten), sondern die Adresse ist Berlin. Aber England wollte sich eben nicht so weit demütigen, daß es vor der Offensive im Westen eine Anfrage an Deutschland richtete, die nach Furcht aussah. So wurde denn Frankreich vorgeschoben. Daß diese Anfrage aber von London gestellt worden ist, läßt darauf schließen, wie angsterfüllt man jenseits des Kanals auf den Tag wartete, da die deutschen Kanonen von neuem Offensivfeuer zu speien begannen.“	
DZ-173	Graf Revertera. Armand machte unrealistische Zugeständnisse, wie die Angliederung Bayerns, Schlesiens und Polens an die Habsburgermonarchie, um Österreich für einen Separatfrieden zu gewinnen. Das Staatengebilde sollte den Namen „Confédération Danubienne“ unter habsburgischem Szepter führen.	Ueber die Person des Legationsrates Grafen Nikolaus Revertera, den die offizielle Erklärung als Unterhändler mit Clemenceau Vertrauensmann, dem Grafen Armand, bezeichnete, wird mitgeteilt: Graf Revertera von Salandra war im Jahre 1892 der österreichischen Botschaft in Paris zugeteilt und diente zuletzt bei der österreichischen Botschaft in London. Er wurde im Jahre 1899 in den Ruhestand versetzt. - . Am 7., 8. und 22. August 1917 sowie am 1. Februar 1918 wurde Revertera von Außenminister Ottokar Czernin mit Sondierungsgesprächen im Schweizer Freiburg betraut. Verhandlungspartner Reverteras auf Seite der Entente war Graf Abel Armand, Major der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs.	
DZ-173	Amerika zur Rede Czernins. Als Reaktionär und Zyniker ist Czernin der ebenbürtige Nachfolger Metternichs	Man konnte darauf rechnen, daß die Mittelmächte, nachdem die neue Offensive zum Stehen gekommen war, wieder über den Frieden zu reden beginnen würden, da dies zu ihrer Gewohnheit geworden ist. Daß sie es jetzt wieder tun, deutet darauf hin, daß die Schlacht mißglückt ist.	
DZ-174	192. Kriegswoche. - Von Max Lohan. Ein Mann der guten Grundsätze, vorbildlich für die „Politiker“ der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli, ist also der österreichisch-ungarische Außenminister. * Das Betragen, daß sich gegen Hindenburg die „Frankfurter Zeitung“ leistet, das Blatt, dessen Aufsichtsrat der Vizekanzler von Payer gewesen ist, das Blatt, das als maßgebend für Gesinnung und Gebaren der Mehrheit vom 19. Juli zu werten ist, erinnert an das gleich schandwürdige Benehmen der Reichstagsmehrheit, die dem Fürsten Bismarck zum achtzigsten Geburtstage die Ehrenpflicht eines Glückwunsches verweigert hat. * Die bismarckfeindliche Reichstagsmehrheit - Bismarck pflegte sie als reichsfeindlich einzuschätzen - ist heute hindenburgfeindlich.	Bescheiden sagt Graf Czernin über die Gebietserweiterung seines Staates: „Die geringfügigen Grenzberichtigungen, die wir erhalten, sind keine Annexionen“. Ob „Annexionen“ oder „Grenzberichtigungen“: jedenfalls hat Graf Czernin beim Friedensschluß mit Rumänien sofort erkannt, daß sein und seiner Verständigungspartei Grundsatz: Keine Gebietsaneignung! einer langen Stange im Munde gleicht, mit der sich nicht durch einen engen Waldweg gehen läßt. Er hat seinem treuen Freund und Herzensbruder Kühlmann, dem vormaligen Londoner Botschaftsrat seines ihm einzig belobigenden Botschafters Lichnowsky, noch zur eigenen Stange die seine in den Mund gesteckt und dem Grundsatz zuwider rumänisches Land für sein von ihm vertretenes Reich so viel, als für dessen Lebens- und Zukunftsnotwendigkeiten erforderlich sind, eingeheimst. - Hindenburg, der als Feldherr verfährt wie Bismarck als Staatsmann gehandelt hat, nämlich nie nach unbeweglichen Grundätzen, hat in seiner Antwort auf eine Dankeskundgebung des Reichstages die Unerläßlichkeit dessen unterstrichen, was Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn bestätigt hat. Während aber dieser von der Verzichtsmehrheit des 19. Juli nach wie vor in höchsten Tönen gefeiert wird, ist der Widerhall der Mahnung, die unser Marschall an den Reichstag gerichtet hat: für einen kraftvollen deutschen Frieden einzutreten, der die neuen Blutopfer nicht umsonst gebracht sein läßt, eine – Hindenburghetze. Eine Hauptsachwalterin und besonders berufene Dolmetscherin der Reichstagsmehrheit, die „Frankfurter Zeitung“, das Blatt, das seit Bülow's Kanzlerschaft die ununterbrochene Gunst der Wilhelmstraße genießt, beantwortet die Siegeslosung	

		Hindenburgs für den Reichstag mit Ausfällen gegen unseren Marschall. , die dem Fürsten Bismarck zum achtzigsten Geburtstage die Ehrenpflicht eines Glückwunsches verweigert hat. Das taten dieselben Parteien – Zentrum, Fortschrittler, Sozialdemokraten –, die heute den Regierungsblock bilden, die heute das Schicksal Deutschlands bestimmen wollen, aus denselben Grundsätzen, aus dem nämlichen Willen heraus, der sie verhindert hat, den Fürsten Bismarck zum Ehrentage des 1. April 1895 zu begrüßen.	
DZ-174	„Polnische“ Unverschämtheiten. unseres katholischen Volkes durchtränkte Cholmer Gebiet und das Podlasie der Ukraine abtritt, reißt dabei noch vom Kongreßpolen sogar beinahe ganz polnische Bezirke ab...	. Uns liegt dieser Einspruch jetzt im Wortlaut vor, zugleich ein Aufruf „an unsere Brüder in polnischen Landen, denen der Vertrag von Bresc-Litwki [Brest-Litowsk] mit Losreißung droht.“ Beide Kundgebungen sind wohl das Höchstmaß dessen, was man von der polnischen Unverschämtheit erwarten kann. Sie sprachen von einer „beispiellosen Gewalttat“ und einem „schändlichen Raub“, der an unantastbarem Eigentum begangen sei, und von „unwürdiger Vergewaltigung göttlicher und menschlicher Rechte“. - Dieser Vertrag, der unseren heiligsten Gefühlen und unverjährbaren Rechten Hohn spricht, indem er der Ukraine sogar das ganze, vom Blute der eifrigen Bekenner des katholischen Glaubens, die dafür den Märtyrertod erlitten haben, vom Blute unserer Geistlichen und unseres katholischen Volkes durchtränkte Cholmer Gebiet und das Podlasie der Ukraine abtritt, reißt dabei noch vom Kongreßpolen sogar beinahe ganz polnische Bezirke ab, wie den Bezirk Krasnostaw, der sogar nach der tendenziösen, noch vor dem Kriege an gefertigten russischen Statistik, mehr als 81 v.H. katholischer polnischer Bevölkerung zählt, wie Radzyn mit 78 v.H., wie Konstantynow mit über 77 v.H., Zamosc mit über 77 v.H. solcher Bevölkerung, samt den Städten Zamosc und Szczebrzeszyn, und tritt sie ebenfalls an die Ukraine ab, deren Grenzen nunmehr bis Tarnograd und Bilgoraj (Bezirk mit mehr als 64 v.H. polnischer katholischer Bevölkerung) reichen und unmittelbar oberhalb des Sanflusses beginnen sollen.“	
DVB-10506	Zwei Spieler Lloyd George hat uns am 5. Januar in der Tat ein Friedensangebot gemacht... Oesterreich-Ungarn soll ferner das Trentino aus demselben Rechtstitel an Italien und Galizien an das neue Polen abtreten, dem sich auch Posen anzuschließen hätte. Frankreich soll Elsaß-Lothringen erhalten, Belgien wieder bedingungslos hergestellt werden, wogegen über die deutschen Kolonien die Friedenskonferenz entscheiden soll.	Lloyd George hat uns am 5. Januar in der Tat ein Friedensangebot gemacht, aber wie sah es aus? Rumänien, Serbien und Montenegro sollen wieder hergestellt und auf Grund des „Selbstbestimmungsrechtes“ mit Teilen Oesterreich-Ungarns vergrößert werden, Oesterreich-Ungarn soll ferner das Trentino aus demselben Rechtstitel an Italien und Galizien an das neue Polen abtreten, dem sich auch Posen anzuschließen hätte. Frankreich soll Elsaß-Lothringen erhalten, Belgien wieder bedingungslos hergestellt werden, wogegen über die deutschen Kolonien die Friedenskonferenz entscheiden soll. Der Türkei endlich soll Aegypten, Arabien, Mesopotamien, Syrien und Palästina abgenommen werden; die Mittelmächte sollen hinsichtlich des Rohstoffbezuges nach dem Kriege auf das Wohlwollen Englands verwiesen werden, und endlich durch eine ausgiebige Kriegsentschädigung seitens der Mittelmächte der Friede zu einem Frieden der allgemeinen Völkerveröhnung abgerundet werden.	
DZ-174	Eine Verhaftung im Fall Lichnowsky. ...ist Hauptmann a.D. von Beerfelde, der zur Verbreitung der Broschüre des Fürsten Lichnowsky besonders beigetragen haben soll, in Untersuchungshaft genommen worden	. In juristischen Kreisen wird bestätigt, daß tatsächlich ein Verfahren gegen Herrn von Beerfelde eingeleitet worden ist, da genügend belastendes Material gegen ihn vorliege.	
NAZ-175	Ein neuer Beweis für Englands Kriegswillen. Schon vor der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland, nämlich am Montag, 3. August 1914, des Vormittags traf im Bundeshause in Bern eine Depesche des	Jenes Telegramm des Schweizer Gesandten in London, das heute vielleicht eine gewisse abklärende Bedeutung besitzt, ist in der Nr. 90 des „Schweizer Bauer“ in Bern vom Dienstag, den 4. August 1914, erwähnt mit den Worten: „Wie wir soeben aus gut orientierter Quelle vernehmen, ist heute, Montag vormittag, beim Bundesrat ein Telegramm des Schweizer Gesandten Carlin in London eingetroffen. Es meldet: England wird Deutschland den	

	schweizerischen Gesandten in London, Carlin, ein mit dem Wortlaut: „England wird Deutschland den Krieg erklären.“	Krieg erklären.“	
DVB-10506	Zur Affäre Lichnowsky. derzufolge gegenüber den Enthüllungen des deutschen Botschafters Fürsten Lichnowsky vom schweizerischen Gesandten in London Bachin am Montag den 3. August 1914 vormittags im Bundeshause in Bern folgende Depesche eingetroffen war: England wird Deutschland den Krieg erklären.	vom schweizerischen Gesandten in London Bachin am Montag den 3. August 1914 vormittags im Bundeshause in Bern folgende Depesche eingetroffen war: England wird Deutschland den Krieg erklären. Das englische Ministerium hat demzufolge schon vor dem 2. August vormittags, also vor dem Einmarsche der Deutschen in Belgien und sofort nach der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland den Beschluß zur Kriegserklärung an Deutschland gefaßt.	
07. April 1918, Sonntag			
DZ-175	Botschafter und Botschaftsrat Ja, allerdings, das dumme, ewige Siegen hat unterdessen wieder eingesetzt, und mancher mag anderen Sinnes geworden sein, als er vorher war.	Item: Herr v. Kühlmann ist in jeder Weise mitverantwortlich für das „Mißverständniß“ des Fürsten Lichnowsky vom 1. August 1914, sofern nicht zu gleich mit dessen Drahtung dem „Auswärtigen Amt“ die Meldung zugeing, er – der Botschaftsrat habe Bedenken, was die Tatsächlichkeit und Ernsthaftigkeit des angeblichen Vorschlags Greys anlangt. Soviel gegenüber der Bemängelung der „Frankfurter Zeitung“. Bemerkenswert ist die in diesem Zusammenhang vorgebrachte Klage, Herr v. Kühlmann sei durch die Friedensverhandlungen leider „lange, vielleicht zu lange“, von Berlin ferngehalten gewesen. Ja, allerdings, das dumme, ewige Siegen hat unterdessen wieder eingesetzt, und mancher mag anderen Sinnes geworden sein, als er vorher war. Die „Frankfurter Zeitung“ meint auch, wir verrieten eine Ungeduld, „griffen zu den stärksten Mitteln“, weil wir, „des Erfolgs noch nicht ganz sicher“ seien. Wir sind völlig ahnungslos! Was meint die Frankfurterin eigentlich	
08. April 1918, Montag			
DZ-176	Die Wien-Pariser Friedensbesprechungen. 1 u.2 man müsse diese Entwicklung im Auge behalten, um nicht Gefahr zu laufen, schließlich isoliert für einen Macht- und Siegfrieden einzutreten * Die „Frankfurter Zeitung“ meinte also, man müsse den im Einverständnis mit der Wiener Regierung sich vordrängenden Stimmungen gegen einen deutschen Siegfrieden nachgeben.	Die „Frankfurter Zeitung“ meinte damals, die Entwicklung gehe mehr und mehr zum demokratischen Internationalismus, und man müsse diese Entwicklung im Auge behalten, um nicht Gefahr zu laufen, schließlich isoliert für einen Macht- und Siegfrieden einzutreten. Die „Frankfurter Zeitung“ meinte also, man müsse den im Einverständnis mit der Wiener Regierung sich vordrängenden Stimmungen gegen einen deutschen Siegfrieden nachgeben. Eine nicht die „Eroberung“ oder „Annexion“ Elsaß-Lothringens durch Frankreich zum Gegenstand habende Verhandlung über Elsaß Lothringen wurde also nicht abgelehnt. Nun erfahren wir durch die Agence Havas auch Näheres über die weitere Entwicklung der Wien-Pariser Besprechungen. Am 25. Februar habe Graf Revertera dem Major Armand eine eigenhändige handschriftliche Note überreicht, deren erster Satz gelautet habe: „Im Monat August 1917 waren Pourparlers angeknüpft worden zu dem Zweck, von der französischen Regierung im Hinblick auf den künftigen Frieden Vorschläge an die Adresse Oesterreichs zu erhalten, die geeignet wären, von Oesterreich bei der Berliner Regierung unterstützt zu werden.“ - Im Laufe des Jahres 1917 wurden von Oesterreich-Ungarn mehrere Versuche gemacht, offiziöse Gespräche mit Persönlichkeiten der Entente einzuleiten. Insbesondere wurde im Juni 1917 von der Zweiten Abteilung gemeldet, daß eine österreichische Persönlichkeit, der Graf Revertera, durch Vermittlung eines Schweizer zu wiederholten Malen darauf gedrungen habe, eine private Unterredung mit einem entfernten Verwandten von ihm, dem Major Armand, Offizier in der Zweiten Abteilung, zu haben. - Im Juli 1917 wurde Graf Revertera von einer neutralen Mittelsperson im Namen der französischen Regierung ausgefordert, mitzuteilen, ob er in der Lage wäre, Eröffnungen dieser Regierung an jene Oesterreich-Ungarns entgegenzunehmen. Als Graf Revertera diese Anfrage nach eingeholter Genehmigung noch im Juli 1917	

		bejahte, traf am 7. August 1917 im Auftrage des damaligen französischen Kriegsministers Painlevé und mit Genehmigung des damaligen französischen, Ministerpräsidenten Ribot der Major Graf Armand bei dem mit ihm weitläufig verwandten Grafen Revertera in Freiburg ein. - Richtig ist, daß in der Schweiz zwischen dem Botschafter Graf Mensdorff und dem General Smuts eine von der englischen Regierung im Unterhaus zugegebene Unterredung stattgefunden hat, die aber nicht einige Minuten, sondern in mehreren Zusammenkünften einige Stunden dauerte.	
DZ-176	Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm / Die Wiener Antwort an Clemenceau Im Laufe des Jahres 1917 wurden von Oesterreich-Ungarn mehrere Versuche gemacht, offiziöse Gespräche mit Persönlichkeiten der Entente einzuleiten.	Der französische Ministerpräsident, in die Enge getrieben, sucht dem Lügennetz, in das er sich selbst verstrickt hat, zu entkommen, indem er immer mehr und mehr Unwahrheiten anhäuft und sich nicht scheut, nunmehr auch die völlig falsche und unwahre Behauptung aufzustellen, daß ich irgendwelche gerechte Rückerwerbungsansprüche Frankreichs auf „Elsaß-Lothringen“ anerkannt hätte. - liegt mir doch daran, Dich bei dieser Gelegenheit erneuert der vollständigen Solidarität zu versichern, die zwischen Dir und mir, zwischen Deinem und meinen Reichen besteht. Keine Intrige, keine Versuche, von wem immer sie ausgehen mögen, werden unsere treue Waffenbrüderschaft gefährden. Gemeinsam werden wir den ehrenvollen Frieden erzwingen.	
DZ-176	Der russische Botschafter in Berlin	Joffe ist zum Botschafter in Berlin ernannt worden	
DZ-176	Zur Verhaftung des Hauptmanns von Beerfelde	Besprechung des Artikels des „Vorwärts“ zum Fall Beerfelde	
DZ-176	Ein Protest Lichnowskys	Abdruck seiner Broschüre in der jungsozialistischen Zeitung „Politiken“ – in Stockholm	
DZ-176	Der „Vorwärts“ als Sachwalter Beerfeldes.	Mit auffälligem Wohlwollen widmet der „Vorwärts“ dem Hauptmann von Beerfelde, gegen den ein Verfahren wegen Anstiftung zum Landesverrat eingeleitet ist, einen ganzen liebevollen Leitartikel. - siehe auch 10.04.18 – VOW 98 -	
09. April 1918, Dienstag			
DZ-178	Helfferrich über Krieg und Krieganleihe England hat sich nicht mit territorialen Eroberungen jenseits der Meere begnügt. Es hat den Versuch gemacht, alle Fäden, die uns mit dem Ausland verbinden, abzuschneiden.	Wir sollen ein für alle Mal eingeschnürt und eingekapselt werden in unsere Kontinentale Beschränktheit und damit endgültig unseren bescheidenen Platz finden in dem System der angelsächsischen Weltherrschaft Gegen diese Gefahr ist nur ein Kraut gewachsen. Und dieses Kraut heißt Sieg.	
10. April 1918, Mittwoch			
VOW-98	Fall v. Beerfelde - Der Hauptmann vom Generalstab als Landesverräter. . Das Volk sieht die Strafe, aber es fleht nicht das Verbrechen, und weil es die Strafe sieht, wo kein Verbrechen ist, wird es schon darum kein Verbrechen sehen, wo die Strafe ist. Marx in der „Rhein. Zeitung“ 1843	Der Hauptmann im Zusammenhang mit dem Fürsten Lichnowsky angeklagt, freigesprochen, verhaftet weil er einen Vorgesetzten beschuldigt - Im übrigen aber: ein Junker, der sich auch nach der vollständigen Entjunkerlichung seiner Denkweise seine Zivilcourage bewahrt hat.	
VOW-98	Troelstra über Aussichten und Aufgaben einer internationalen Konferenz. Wenn diese Konferenz zu einer Art Gerichtshof gemacht werden soll, dann wird sie ergebnislos bleiben und es ist dann vielleicht besser, sie überhaupt nicht abzuhalten.	„Ich bin der Meinung, daß die Internationale zusammenkommen muß. Aber die Ergebnisse dieser Zusammenkunft hängen von gewissen Bedingungen ab. - - Wenn dagegen die Delegationen mit dem festen Entschluß kommen, eine positive sozialistische Arbeit zu verrichten, so glaube ich, daß das Proletariat seinen Einfluss bei den Friedensunterhandlungen wird geltend machen können. Mir kommt es vor allem darauf an, daß das Prinzip des Völkerbundes in das Friedensstatut aufgenommen wird.“	
DZ-181	Kaiser Karl und Elsaß-Lothringen. Clemenceaus neueste Erwiderung an Czernin. Nämlich Kaiser Karl hat in einem Schreiben im	Wozu denn diesen Lärm, nur um festzustellen, daß alle französischen Regierungen, wie übrigens Frankreich selbst, in der elsass-lothringischen Frage nicht mit sich handeln lassen? Wer mag glauben, daß es des Herrn von Revertera bedurfte, um Graf Czernin Klarheit zu geben in einer Frage, in der der Kaiser von Oesterreich das letzte Wort schon	

	<u>März 1917 seine Zustimmung zu dem gerechten Anspruch Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens eigenhändig gegengezeichnet</u>	gesprochen hat. Nämlich Kaiser Karl hat in einem Schreiben im März 1917 seine Zustimmung zu dem gerechten Anspruch Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens eigenhändig gegengezeichnet. In einem zweiten kaiserlichen Schreiben wurde festgestellt, daß der Kaiser mit seinem Minister einig gehe. Es bedurfte nichts mehr, um Graf Czernin Lügen zu strafen.	
11. April 1918, Donnerstag			
DZ-182	Herrenhaus gegen Reichstag Die Julientschließung des Reichstags ist, wenn auch nicht verursacht, so doch mit zustande gekommen unter dem Einfluß der sogenannten Denkschrift des Fürsten Lichnowsky. * Er geht über sie hinaus, indem er sich Herrn Erzberger besonders vornimmt, „diesen Herrn, der schon so viel auf dem Kerbholz hat, und an einem Diebstahl beteiligt gewesen ist.	Die Julientschließung des Reichstags ist, wenn auch nicht verursacht, so doch mit zustande gekommen unter dem Einfluß der sogenannten Denkschrift des Fürsten Lichnowsky. Schwerlich ohne Wissen und Billigung ihres Verfassers. Der Fürst gehört als erbliches Mitglied dem Herrenhaus an und ist noch im Januar in ihm erschienen. - <u>Wie seine Vorredner legt auch er Verwahrung gegen die Mächeleien der Herren von der berühmten Reichstagsmehrheit mit den Polen, die mit ihnen sogar über die künftigen Grenzen verhandelt haben, ein.</u>	
DRB-179	Das Auswärtige Amt Der Landmann, der prächtiges Getreide wachsen läßt, aber das gewachsene nicht erntet, ist ein Narr. Aber wahrlich, wir Deutsche sind wenig besser, wenn wir uns terrorisieren lassen von einem kleinen Klüngel sozialdemokratischer Demagogen, die das große vaterländische Interesse dem kleinen Partei-Interesse opfern wollen. Kurzsichtiger kann man nicht sein, als sie es sind. Denn kein Stand würde an einer Minderung des deutschen Ansehens in der Welt schwerer zu tragen haben, als gerade der Arbeiterstand.	Man kann die Regierung nicht dringend genug bitten, daß bei den Verhandlungen im Westen alle sentimental Gedanken an Herstellung freundlicher zukünftiger Beziehungen, alle Sorge, wir könnten zu unbescheiden sein, alles Eingehen auf demokratische Vorschläge schlechthin ausgeschlossen werden. Schonung haben unsere Feinde nicht verdient, weder Frankreich noch England; sie sind wie Straßenräuber über uns hergefallen , und mögen nun hinnehmen, was sie verdient haben. - Kann und darf nun endlich das deutsche Volk einen solchen starken Frieden in ruhiger Gewißheit erwarten? Oder müssen alle Patrioten fortdauernd davor zittern, daß, wie vormals zu Blüchers Zeiten, die „Diplomatiker“ verderben, was das Schwert gewonnen hat?	
DRB-179	Ist Elsaß-Lothringen das einzige Friedenshindernis? daß tatsächlich auch England vor Beginn der Offensive als Friedensbedingung die Preisgabe Elsaß-Lothringens von Deutschland gefordert hat.	Man weiß aber auch, daß Oesterreich-Ungarn in der elsässisch-lothringischen Angelegenheit vorbehaltlos zu Deutschland steht , außer es käme dort jene Richtung zur Regierung, die offen die Lösung des Bündnisverhältnisses zu Deutschland anstrebt. Beide Möglichkeiten sind heute nicht wahrscheinlich. - Elsaß-Lothringen allein erschöpft aber den Sinn und das Ziel dieses Krieges längst nicht mehr. Was sich in diesem dreijährigen Ringen immer schärfer abzeichnet, sind weltpolitische Ziele: die Behauptung der uneingeschränkten britischen Weltherrschaft oder die Sicherung der weltpolitischen Ansprüche, die Deutschland erhebt. Die Schlachten, die jetzt in Nordfrankreich geschlagen werden, sind diesen weltpolitischen Zielen untergeordnet. Die deutschen Armeen in Nordfrankreich stoßen gegen die englische Weltherrschaft vor, und die deutschen Unterseeboote, die täglich Tausende von Tonnen von britischem Schiffsraum versenken, nagen an der britischen Weltherrschaft. Um diese geht der Kampf.	
DTZ-183	Wien und Elsaß-Lothringen ...denn Erzberger war nicht nur einer der Haupturheber, wenn nicht der Haupturheber der Verzichtresolution, sondern auch Vertrauter am Wiener Hofe, und jeden Augenblick in der Schweiz. Herr Scheidemann aber tat auf der Reise nach Stockholm in Kopenhagen seine bekannte Äußerung, über Elsaß-Lothringen werde sich reden lassen.	Die österreichisch-ungarische Botschaft zu Berlin stellt, wie einige Blätter zu berichten wissen, entschieden in Abrede, daß Kaiser Karl, wie das französische Ministerium behauptet, in einem Schreiben im März 1917 dem Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen Berechtigung zugebilligt habe. - Dieses Unbehagen war um so größer, als die Ereignisse ausnahmslos den Eindruck bestätigten, daß Herr v. Bethmann Hollweg mit seinen Paladinen von der österreichisch-ungarischen Außenpolitik und von deren Vertreter maßgebend beeinflußt, ja geführt wurde. Diese Führung ging unter der Firma des „Verständigungs“-Friedens auf der für das Deutsche Reich zum Ruin führenden schiefen Ebene der Czernin-Scheidemannschen Bedingungen. - Die bisherigen Veröffentlichungen des Grafen Czernin und Clemenceaus haben, ohne daß in jeder Einzelheit	

		schon unbedingte Klarheit vorhanden wäre, doch gezeigt, daß Graf Czernin seit Jahr und Tag seinen Vertreter in der Schweiz sitzen hatte, und dieser versuchte mit dem Vertreter der französischen Regierung zu einem Ergebnisse auf Kosten der Zukunft des Deutschen Reiches zu gelangen. - Jetzt fällt auch ein neues Licht auf die Verzichtresolution vom Juli 1917 und auf die geheimnisvollen Andeutungen ihrer Väter, man dürfe nicht vergessen, daß auf die Bundesgenossen Rücksicht genommen werden müsse, gerade in Beziehung auf das „Kriegsziel“. Die Rolle Herrn Erzbergers wird in dieser Verbindung von einer freilich auch schon bisher beachteten Seite beleuchtet, denn Erzberger war nicht nur einer der Haupturheber, wenn nicht der Haupturheber der Verzichtresolution, sondern auch Vertrauter am Wiener Hofe, und jeden Augenblick in der Schweiz. Herr Scheidemann aber tat auf der Reise nach Stockholm in Kopenhagen seine bekannte Aeußerung, über Elsaß-Lothringen werde sich reden lassen.	
DTZ-184	Die Wiener Erklärungen Der Krieg ist nicht entstanden, weil Frankreich Elsaß-Lothringen haben wollte und haben will, und der Krieg dauert auch nicht aus diesem Grunde fort, sondern weil die beiden angelsächsischen Mächte dem Deutschen Reiche die Lebensfähigkeit rauben wollen.	Die Erklärung Kaiser Karls und der Wiener Regierung bezeichnen die Behauptungen Clemenceaus bzw. der französischen Regierung als „völlig falsch und unwahr“, als „von Anfang bis zu Ende erlogen“. In Paris wird man nicht umhin können, zu dieser kategorischen Doppelantwort Stellung zu nehmen, vor allem nähere Auskunft über die Behauptung vom angeblichen Briefe bzw. die zwei angeblichen Briefe zu geben, außerdem zu sagen, an wen sie geschrieben und durch wen sie befördert worden sein sollen. - Karl: Dich bei dieser Gelegenheit erneut der vollständigen Solidarität, die zwischen Dir und Mir, zwischen Deinen und Meinen Reichen besteht. Keine Intrige und keine Versuche, von wem se ausgehen mögen, werden Unsere treue Waffenbrüderschaft gefährden	
BBZ-167	Clemenceaus „Aufklärung“ Die Deutschen stehen wieder in Noyon. Hunderttausend Alliierte mögen gefangen, mehr als dreimalhunderttausend außer Kampf gesetzt sein. Von Amiens ist die deutsche Front nur noch 14 Kilometer entfernt, und Clemenceau erklärt, die Deutschen, die sich eines Gebietes in Europa bemächtigt haben das mehr als doppelt so groß ist als Deutschland, erlitten eben eine vernichtende Niederlage!	Und nun beachte man, wie er den Versuch Czernins auslegt! Wenn man ein Schulbeispiel vollkommener Kriegspsychose für einen Staatslenker suchen sollte, nie könnte man ein besseres finden. Clemenceau, der vom wirklichen Empfinden der Völker, ob er nun gegen sie Krieg führt oder sie regiert, keine Ahnung hat, erklärt: Graf Czernin ist beunruhigt über den Enderfolg der Westoffensive, sehr begreiflicherweise.	
BBZ-168	Clemenceaus Lüge – Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm über die Vorgeschichte der Freiburger Zusammenkunft die Aufmerksamkeit von jenen zwei Tatsachen abzulenken, auf welche es in der Rede des Grafen Czernin allein ankommt, das nämlich Herr Clemenceau noch kurz vor Beginn der letzten Offensive im Westen erst eine Annäherung an Oesterreich- Ungarn gesucht und ihm sodann zu wissen gegeben hat, daß Frankreich zu einem Frieden ohne Annexion Elsaß- Lothringens nicht zu haben sei.	Wir halten es für überflüssig, die Unwahrheit jeder einzelnen seiner Behauptungen besonders nachzuweisen, denn wir würden uns damit nur in den Dienst seines offenkundigen Bestrebens stellen, durch eine Erörterung über die Vorgeschichte der Freiburger Zusammenkunft die Aufmerksamkeit von jenen zwei Tatsachen abzulenken, auf welche es in der Rede des Grafen Czernin allein ankommt, das nämlich Herr Clemenceau noch kurz vor Beginn der letzten Offensive im Westen erst eine Annäherung an Oesterreich- Ungarn gesucht und ihm sodann zu wissen gegeben hat, daß Frankreich zu einem Frieden ohne Annexion Elsaß- Lothringens nicht zu haben sei. - Nun sucht Herr Clemenceau die Aufmerksamkeit von diesen zwei Punkten dadurch abzulenken, daß er angeblich politische Aeußerungen in die Diskussion wirft, welche Kaiser Karl brieflich getan haben soll, und welche, wie er behauptet, besagen, daß „er den gerechten Wünschen Frankreichs auf eine Rückerwerbung Elsaß-Lothringens zustimme“, daß ferner sein Minister des Aeußern ebenso denke wie er.	
DZ-183	Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm. - Clemenceau hat gelogen.	Diskussion, wer sagt die Wahrheit, wer lügt – Kaiser Karl oder Clemenceau?	
BBZ-166	Ein neutrales Urteil über Lichnowskys Denkschrift So erwähnt Lichnowsky z. B. die Flotten-Vereinbarungen zwischen Frankreich und Rußland	Als bald kam ein zweiter Bericht, daß diese Verhandlungen bereits begonnen hätten. Charakteristisch für die Ehrlichkeit der englischen Politik war nun hier wieder die Haltung, die Sir Edward Grey in dieser Sache im Unterhaus annahm. Auf die Frage, ob ein Flottenabkommen zwischen	

	nicht einmal mit einem Wort. Mit der französischen Regierung hatte England bereits 1912 eine Uebereinkunft über gemeinsames Vorgehen zur See getroffen.	England und Rußland getroffen sei, antwortete Grey ausweichend, daß England keine bindenden Verpflichtungen für den Fall eines europäischen Krieges übernommen habe. Sehr treffend bemerkte damals der „Manchester Guardian“, daß die ausweichende Erklärung Greys keineswegs die Existenz gewisser verpflichtender Vereinbarungen ausschließe.	
BNN-183	Gegen Erzbergersche „Vorverhandlungen“ Verhandlungen zwischen Reichstagsabgeordneten und polnischen Abgesandten, wie sie unlängst zwischen den Reichstagsabgeordneten Naumann und Erzberger und dem Grafen Ronikier gepflogen worden sind	 Erklärung des Landwirtschaftsministers im Herrenhause, daß die zur Sicherung unserer Grenzen notwendigen Gebietsverschiebungen zwischen Preußen und dem Königreich Polen vorgenommen werden sollen, obwohl dadurch die Zahl der preußischen Staatsbürger polnischer Nationalität vermehrt werden wird.	
DZ-183	Rumänischer Jubel Von der Versöhnung mit Rumänien erntet allerdings ausschließlich die habsburgische Monarchie die Vorteile. Kühlmann, der zwangsläufige Staatsmann ganz nach dem Herzen und dem Willen Erzbergers und Scheidemanns, hat bei dem Bukarester Friedensschluß nach dem Rezepte der Friedensentschließung vom 19. Juli gehandelt und sich mit „moralischen Eroberungen“ begnügt.	Von der Versöhnung mit Rumänien erntet allerdings ausschließlich die habsburgische Monarchie die Vorteile. Kühlmann, der zwangsläufige Staatsmann ganz nach dem Herzen und dem Willen Erzbergers und Scheidemanns, hat bei dem Bukarester Friedensschluß nach dem Rezepte der Friedensentschließung vom 19. Juli gehandelt und sich mit „moralischen Eroberungen“ begnügt.	
12. April 1918, Freitag			
DZ-185	England will nach dem Landkrieg zur See weiterkämpfen! - Von Admiral z. D. v. Grapow. ...mit einem Wort: der Wirtschaftskrieg in verschärfter Form!	...daß der edle Brite den „Schutz“, den er schon während des Krieges den kleinen Nationen auf dem Wasser gewährt, indem er deren Schiffe, wo er sie auf dem Erdenrund nur greifen kann, stiehlt, auch weiter und in noch ausgiebigerer Form gewähren wird. Herr Wilson wird von der Morgangruppe davon überzeugt werden, daß England mit dieser Tätigkeit ein gutes Werk tut, und die „Freiheit der Meere“ durch eine große Rede in eine neue Form pressen. Im Grunde werden sich John Bull und Jonathan unter dem Tisch die Hände reichen und sich ein gutes Geschäft wünschen; denn das ist ihnen beiden die Hauptsache!	
DZ-185	Der Kampf der Kriegsbeschädigten-Verbände. Der Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich (Sitz Essen) hat gestern versucht, auch in Berlin Fuß zu fassen. Daß das nicht gerade mit übermäßigem Erfolge geschah, dafür hatte der sozialdemokratische Bund Sorge getragen	..., der sich jetzt „Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ nennt und durch sein Auftreten in jener bekannten Versammlung der Vaterlandspartei noch in genügender Erinnerung ist	
TR-186	Erzberger und die drei Kanzler Bethmann Hollweg übertrug an Matthias Erzberger zu Beginn des Krieges Vollmachten so unbegrenzter Art, daß sie in der Hand dieses geistig undisziplinierten Mannes zum Unheil für unsere Sache ausschlagen mußten.. * Schon im Januar 1917 hat Erzberger mit Wissen Bethmanns durch Vermittlung eines holländischen Journalisten, der in Berlin wirkt, unseren Feinden in Rotterdam ein Friedensangebot gemacht, das auf einen Frieden um jeden Preis hinauslief und das von der unheilvollen Angst diktiert war, die die ganze Politik Bethmanns gekennzeichnet hat.	Darüber wird später noch zu reden sein. Bethmann und Erzberger haben von Anfang an dem Kriege gegenüber die gleiche Politik getrieben, und enge politische Sympathien fesselten den Kanzler an Herrn Erzberger. Beide hatten denselben leitenden Gedanken, und dieser Gedanke war nicht, wie Deutschland diesen Krieg siegreich durchführen, sondern wie der Kanzler diesen „gräßlichen“ Krieg wieder los werden könne. - Schon im Januar 1917 hat Erzberger mit Wissen Bethmanns durch Vermittlung eines holländischen Journalisten, der in Berlin wirkt, unseren Feinden in Rotterdam ein Friedensangebot gemacht, das auf einen Frieden um jeden Preis hinauslief und das von der unheilvollen Angst diktiert war, die die ganze Politik Bethmanns gekennzeichnet hat. Als Michaelis Kanzler wurde, arbeitete Erzberger auf Grund seiner Vollmachten immer noch als unbeschränkter Herrscher. Für ihn bestanden keine Grenzen; er selbst wurde an den Grenzstationen fast wie	

		ein reisender Souverain behandelt und was mit seinem leicht gehandhabten Stempel versehen war, passierte ohne weiteres und ohne jede Zensur die Grenze. So geschahen Dinge, so erschienen Artikel im Auslande, die selbst den langmütigen Herren im A. A. die Haare zu Berge stehen ließen. - Michaelis konnte, wie ein rheinischer Zentrumsabgeordneter schrieb, Erzberger persönlich nicht leiden, aber er wagte nicht, seine Vollmachten anzutasten. - Hertling ist nun endlich der Kanzler, der mit Erzberger gebrochen hat. Erzberger wird vom Kanzler nicht mehr empfangen.	
TR-186	Französische Behauptungen über die Kaiserin Zita. Kaiser Karl und seine Gemahlin für einen Sonderfrieden Oesterreichs, Bulgariens und Bayerns (!) einen Plan ausgearbeitet gehabt hätten	„La Croix“ behauptet, daß der Kaiser Karl und seine Gemahlin für einen Sonderfrieden Oesterreichs, Bulgariens und Bayerns (!) einen Plan ausgearbeitet gehabt hätten. „Es war namentlich die Kaiserin Zita, die die Initiative zu den Unterhandlungen über einen Sonderfrieden ergriffen hatte und diese Unterhandlungen mit Herz und Seele förderte	
13. April 1918, Samstag			
TR-187	Kaiser Wilhelms Antwort an Kaiser Karl.	Empfange Meinen herzlichsten Dank für Dein Telegramm, worin Du die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten über Deine Stellung zu den französischen Ansprüchen auf Elsaß-Lothringen als völlig haltlos zurückweist und aufs neue die Solidarität der Interessen betontest, die zwischen uns und unseren Reichen besteht. I	
Tr-188	Der Wortlaut des angeblichen Briefes Kaiser Karls. - Eine Wiener Gegenerklärung. Kaiser Karl:bitte ich Dich, geheim und nichtamtlich Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde. * Damals war Wien der Vergasungsherd für den Willen zum Durchhalten auch in Deutschland, und die berühmte Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli ist Wiener Ursprungs. Die Vermittlung übernahm Herr Erzberger	Frankreich seinerseits hat eine Widerstandskraft und einen prächtigen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die staunenswerte traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Opfermut des gesamten französischen Volkes. Ebenso ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obwohl wir augenblicklich Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit der Ansichten oder Ansprüche mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich in Verbindung mit denjenigen, die in der ganzen Monarchie herrschen, ganz und gar auf immer die Rückkehr des Kriegszustandes verhindern werden, für welchen keine Verantwortung auf mir ruht. In Anbetracht dessen und, um diesen Empfindungen einen bestimmten Ausdruck zu geben, bitte ich Dich, geheim und nichtamtlich Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde. Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wieder hergestellt werden unter Wahrung seines gesamten afrikanischen Besitzstandes unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste wird bekommen können. Serbien wird in seiner Unabhängigkeit wiederhergestellt werden, und als Unterpfand unseres guten Willens sind wir geneigt, ihm einen billigen und natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere zu gewährleisten, wie auch weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. - Nach dem ich Dir also meine Gedanken auseinandergesetzt habe, bitte ich Dich Deinerseits, nachdem Du mit diesen beiden Mächten	

		unterhandelt hast, die Meinung, in erster Linie diejenige Frankreichs und Englands in dieser Hinsicht mir zu erklären, und so das Terrain für eine Verständigung vorzubereiten, auf Grundlage deren amtliche Vorbesprechungen eingeleitet und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt werden können. *** Damals war Wien der Vergasungsherd für den Willen zum Durchhalten auch in Deutschland, und die berüchtigte Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli ist Wiener Ursprungs. Die Vermittlung übernahm Herr Erzberger, auf dessen Wiener Reisen und Berichte wir damals eingehend hinwiesen, natürlich nur um die übliche Ablehnung in der „Germania“ und das Schweigen oder Angreifen der Mehrheitspresse zu ernten. <u>- Er wird auch wohl die Brüder seiner Gemahlin, die als belgische Offiziere des Roten Kreuzes in diesem Kampf um Oesterreichs und Deutschlands Existenz auf seiten der Feinde stehen, in Zukunft weniger mit seinem Vertrauen beschenken, als bisher,</u>	
DTZ-187	Warum so schweigsam?	Briefe an die Brüder der Kaiserin von Oesterreich, an ihre Mutter. Die Brüder gehören bekanntlich dem belgischen (!) Roten Kreuz als Offiziere an. Sie sind, wie uns seit langem bekannt ist, wiederholt in Wien oder der Umgegend gewesen zum Besuche ihrer Kaiserlichen Schwester, und dann durch Kaiserliche Automobile an die italienische Grenze zurückgebracht worden. Wir müssen gestehen, daß die Eigenschaft der Brüder der Kaiserin von Oesterreich als Offiziere des belgischen Roten Kreuzes in den Augen des deutschen Volkes und seiner Lenker schon an und für sich peinlich war und sein muß, ganz besonders, weil keinerlei Notwendigkeit dafür bestand, noch besteht, und dieses ihr Wirken in dem nicht nur dem Deutschen Reiche, sondern auch Oesterreich-Ungarn feindlichen Lager nur durch Neigung bzw. Parteinahme zu erklären ist. Das offen auszusprechen, halten wir nicht nur für Pflicht, sondern für selbstverständlich, denn in diesem Riesenkampfe steht wirklich Höheres auf dem Spiele als Familienbeziehungen, und die lückenlose Fortsetzung ihrer intimen Betätigung. - Wir haben vor einigen Tagen ausgeführt, wie von einem gewissen Zeitpunkte des vergangenen Jahres an durch den Grafen Czernin und demzufolge auch durch Herrn von Kühlmann und die den beiden Diplomaten ergebene Presse mit einem auffallenden und im Grunde durchaus unpassenden Pathos hinsichtlich Elsaß-Lothringens Deutschlands Absicht und deren Berechtigung: die Reichslande zu behalten, erklärt wurde. Zugleich aber hieß es aus jener ganzen Atmosphäre heraus, und das verlangte auch immer stürmischer die Hungerfriedensmehrheit des Deutschen Reiches: die deutsche Regierung müsse nun endlich unmißverständlich erklären, daß sie die „völlige Wiederherstellung“ Belgiens wie vor dem Kriege unter allen Umständen wolle. Möglicherweise ist das österreichische Interesse an diesem Punkte auch durch die erwähnte Zugehörigkeit der Brüder der Kaiserin von Oesterreich bedingt gewesen. Das Vorhandensein starker belgischer Sympathien ist jedenfalls unbestreitbar; und das Bedürfnis, Sympathien zu betätigen, hauptsächlich, wenn man sich Erfolg davon verspricht, dürfen wir wohl als allgemein recht üblich und als eine im vorliegenden Falle nicht gerade besonders verwegene Kombination bezeichnen.	
DTZ-187	Die Unterredungen zwischen Armand und Revertera. - im August 1917	Clemenceaus Spiel mit den beiden Zeitpunkten, nämlich dem 10. und 18. November 1917, ist nur allzu offenkundig. Er will erst am 17. November durch eine vom 10. November datierte Note eines Mittelmannes von den	

		Annäherungsbestrebungen erfahren haben.	
DTZ-188	Kaiser Karls Brief verfälscht. Ich hätte Meinen ganzen persönlichen Einfluß zu Gunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht	Zu dem von Herrn Clemenceau veröffentlichten Briefftext erklärt das k. u. k. Ministerium des Aeußern über Allerhöchsten Befehl, daß Seine k. u. k. Apostolische Majestät seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahr 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben hat, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt, eine Vermittlung beim Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzuleiten und die ihm gemachten Mitteilungen weiter zu geben, sowie Gegenerklärungen zu veranlassen und entgegenzunehmen. Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthielt bezüglich Elsaß-Lothringens folgende Stelle: Ich hätte Meinen ganzen persönlichen Einfluß zu Gunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht	
DTZ-188	Der Brief - Graf Czernin - Herr Erzberger. Vor einigen Tagen wiesen wir in dem Aufsätze „Wien und Elsaß-Lothringen“ [s.o. 11.4.1918 DTZ-183.] auf die Zusammenhänge der Wiener Politik, im besonderen des Grafen Czernin, der so gütig war, für das Deutsche Reich ein maßgebendes Verzichtprogramm aufzustellen, mit der deutschen Verzichtresolution vom Juli 1917 hin, insbesondere auf die Rolle Herrn Erzbergers, der auch Vertrauter am Wiener Hof gewesen sei. * Wien suchte sich den Abgeordneten Erzberger mit genialer Intuition aus, um das Wiener Kriegsziel in Berlin durchzusetzen.	Vor einigen Tagen wiesen wir in dem Aufsätze „Wien und Elsaß-Lothringen“ auf die Zusammenhänge der Wiener Politik, im besonderen des Grafen Czernin, der so gütig war, für das Deutsche Reich ein maßgebendes Verzichtprogramm aufzustellen, mit der deutschen Verzichtresolution vom Juli 1917 hin, insbesondere auf die Rolle Herrn Erzbergers, der auch Vertrauter am Wiener Hof gewesen sei. - Der Abgeordnete Erzberger hat diesen Briefe in der Fraktion und im Reichsausschusse der Zentrumsparthei zur Verlesung gebracht mit dem Bemerkten: er sei dazu von autoritativer Seite ausdrücklich ermächtigt worden. - wollen heute nur noch hinzufügen, daß jener Brief des Grafen Czernin an den Kaiser von Oesterreich den treuen Händen des Abgeordneten Erzberger übergeben worden ist, damit dieser betriebsame und damals sehr mächtige Mann die Politik des Grafen Czernin im Deutschen Reiche durchsetze. Graf Czernin wünschte zum Herbst 1917 Frieden, nach dem die russische Gefahr für Oesterreich-Ungarn durch das Deutsche Reich und dessen aufopfernde Hilfe gebrochen worden war. Graf Czernin verkündete seine „neue Weltordnung“, deren Verwirklichung das Deutsche Reich zu Verkümmern und Ruin verurteilt hätte. Graf Czernin bzw. Wien suchte sich den Abgeordneten Erzberger mit genialer Intuition aus, um das Wiener Kriegsziel in Berlin durchzusetzen.	
DZ-187	Kaiser Karl und Elsaß-Lothringen [Der Brief Kaiser Karls an Frankreich]	Mein lieber Sixt Frankreich seinerseits hat eine Widerstandskraft und einen prächtigen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die staunenswerte traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Opfermut des gesamten französischen Volkes. Ebenso ist es mir besonders angenehm zu sehen, daß, obwohl wir augenblicklich Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit der Ansichten oder Ansprüche mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich in Verbindung mit denjenigen, die in der ganzen Monarchie herrschen, ganz und gar auf immer die Rückkehr des Kriegszustandes verhindern werden, für welchen keine Verantwortung auf mir ruht. - bitte ich Dich, geheim und nichtamtlich Herrn Poincare, dem Präsidenten der französischen Republik, mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde. Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wieder hergestellt werden unter Wahrung seines gesamten afrikanischen Besitzstandes unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste wird bekommen können Nachdem ich Dir so meine Gedanken auseinander gesetzt habe, bitte ich Dich Deinerseits, nachdem Du mit diesen beiden Mächten unterhandelt hast, die Meinung, in erster Linie diejenige Frankreichs und Englands in dieser Hinsicht mir zu erklären, um so das Terrain für eine Verständigung vorzubereiten, auf Grundlage deren amtliche Vorbesprechungen	

		eingeleitet und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt werden können	
DTZ-187	Graf Thun gegen Fürst Lichnowsky. Jeder ernst denkende Mensch muß über die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky ein für diesen niederschmetterndes Urteil fällen	Jeder ernst denkende Mensch muß über die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky ein für diesen niederschmetterndes Urteil fällen. Behauptet er doch, daß der Neid auf seine möglichen politischen Erfolge in London die Regierungen Berlin-Wien bewogen habe, eine der Erhaltung des Friedens entgegengesetzte Politik zu betreiben	
DTZ-187	„Freiheit, die ich meine.“ - Eine gesprengte Kriegsbeschädigten-Versammlung. So mußte kurzerhand in dem Toben der Schluß erfolgen. Die Sozialdemokratie aber hatte ihren Lorbeeren von Jena, Mannheim, Stuttgart usw., die sie sich beim Niederbrüllen der Vaterlands-Partei erworben hat, ein weiteres Blatt hinzugefügt	Seine Rede wurde aber andauernd durch die anwesenden Sozialdemokraten unterbrochen. Als Gegner trat Genosse Heilmann auf. Nach dessen längerer Rede wollte außer der Rednerreihe Herr Adorf das Wort zu tatsächlichen Berichtigungen nehmen, wogegen die sozial demokratischen Kriegsbeschädigten aber einen wüsten Lärm erhoben. Die Haltung der sozialdemokratischen Kriegsbeschädigten wurde so drohend, daß der überwachende Polizeioffizier dem Letter anheimgab, die Versammlung zu schließen, um sie nicht aufzulösen. So mußte kurzerhand in dem Toben der Schluß erfolgen. Die Sozialdemokratie aber hatte ihren Lorbeeren von Jena, Mannheim, Stuttgart usw., die sie sich beim Niederbrüllen der Vaterlands-Partei erworben hat, ein weiteres Blatt hinzugefügt. Was man dann in der Sprache unserer Demokratie „Kampf mit geistigen Waffen“ nennt	
DTZ-188	Hertling und Erzberger Hertling ist nun endlich der Kanzler, der mit Erzberger gebrochen hat. Erzberger wird vom Kanzler nicht mehr empfangen.	Hertling, wie alle vornehm denkenden höhergestellten Zentrumsleute, hat eine angeborene starke persönliche Abneigung gegen Erzberger, und sie billigen auch sachlich seine Politik nur in beschränktem Maße. Seine Art, Politik und Geschäft zu betreiben, ist ihnen gar zuwider, und das ist ja auch kein Wunder, Hertling ist nun endlich der Kanzler, der mit Erzberger gebrochen hat. Erzberger wird vom Kanzler nicht mehr empfangen.	
DZ-187	193. Kriegswoche - Sieg der Hindenburg-Ludendorff-Offensive – Bankrott der Friedensoffensive – Englands Niederlage, letztes Aufgebot Lloyd Georges – Clemenceaus Lügen – Die Friedensentschließung des 19. Juli verflüchtigt sich – Erzberger der Erzverführer und Hauptschuldige – Nur die Hindenburg-Ludendorffsche Schwertepolitik gilt noch – Kundgebungen für den Frieden mit Kriegskostenentschädigung: Herrenhaus, Verband Sächsischer Industrieller, Finanzminister von Seydewitz – Erneute Ablehnung des gleichen Wahlrechts – Der Wille der Krone. In der letzten Kriegswoche ist der Zusammenbruch der englischen Millionenheere in Frankreich unabwendbar geworden und nur noch eine Frage der Zeit.	In der letzten Kriegswoche ist der Zusammenbruch der englischen Millionenheere in Frankreich unabwendbar geworden und nur noch eine Frage der Zeit. Nie hat sich grimmiger, blutiger eine unverantwortlich leichtfertige Behauptung gerächt, als die Sir Edward Greys am Beginn des Weltkrieges: Daß die Teilnahme am Krieg England nicht viel mehr kosten werde, als die Nichtbeteiligung. „We shall suffer but little more than we shall suffer even if we stand aside.“ So viel kostet der Krieg England, daß nicht mehr und nicht weniger als seine Weltmachtstellung jetzt auf dem Spiele steht. - Vor ihnen aber muß sich nunmehr doch die Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 verflüchtigen. Die noch ein klein wenig Scham und Reue kennen, oder die dem Schimpf, an ihr teilzuhaben, rechtzeitig noch entgehen möchten, rücken jetzt schleunigst davon ab, verleugnen sie oder drehen und deuteln solange daran herum, bis daraus ihr Gegenteil wird. Selbst die Führerrolle des Erzverführers und Hauptschuldigen Erzberger läuft sichtlich ab. Der Reichskanzler, sein ehemaliger Parteigenosse, hat ihm den Rücken gekehrt - Was anders aber besagt denn diese Regierungsvorlage als die offene Verneinung desselben Willens der Krone, der heute für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen beansprucht wird, der sich aber vor zwanzig Jahren wiederholt auf das allerentschiedenste und feierlichste nicht nur für die Beibehaltung, sondern für die bessere, den Schutz der Arbeitswilligen sicherer gewährleistende Ausgestaltung des § 158 eingesetzt hat! Diesen nunmehr gänzlich zu beseitigen schickt sich die Regierung an. Die Regierungsvorlage, die vor zwanzig Jahren dem Willen der Krone gemäß im Reichstage eingebracht wurde, um die im § 158 gegebenen Bestimmungen wirksamer zu gestalten, wurde damals ohne Ausschlußberatung „verscharrt“, wie sich die Sozialdemokratie ausdrückte. Jetzt soll diese „Verscharrung“ des Willens der Krone noch einmal vorgenommen werden, nur um den Willen der Sozialdemokratie zu befriedigen. Das eine Mal soll der Wille der Krone gelten, das andere Mal nicht. Angesichts	

		solchen Widerspruches wird sich der Regierungsblock wohl selber sagen, daß es sich empfiehlt, den Willen der Krone ganz außer Spiel zu lassen, solange die Wahlrechtsvorlage, die den Willen der Krone verwirklichen soll, und gleichzeitig die Vorlage zur Aufhebung des §158, die den Willen der Krone verleugnen soll, zusammen auf der Tagesordnung stehen.	
14. April 1918, Sonntag			
DZ-188	Czernin-Erzbergersche Politik Daß diese „autoritative Seite“ nicht in Berlin zu suchen war, braucht nicht betont zu werden.	„Für die Einbringung der Verzichtentschließung des Reichstages vom 19. Juli und für ihre Annahme ist ein Brief schlechthin maßgebend gewesen, den Graf Czernin an Kaiser Karl gerichtet hat. Graf Czernin erklärte in diesem Briefe, Oesterreich wolle und müsse unter allen Umständen bis zum Winter 1917 Frieden haben. Der Abgeordnete Erzberger hat diesen Brief in der Fraktion und im Reichsausschusse der Zentrumspartei zur Verlesung gebracht mit dem Bemerken: er sei dazu von autoritativer Seite ausdrücklich ermächtigt worden.“	
DTZ-189	Wieder die „Resolution“ Als hier und da auch das Wort von der Möglichkeit eines österreichisch-ungarischen Sonderfriedens fiel, erlaubten wir uns die Bemerkung, daß Oesterreich-Ungarn in Wirklichkeit gar nicht in der Lage sein würde, einen Sonderfrieden zu schließen, selbst wenn es das wolle.	Als im vergangenen Jahre die Verteidiger der Verzichtresolution der Reichstagsmehrheit stolz-bescheiden und sorgenvoll andeuteten: man müsse sich als maßvoller Deutscher der nüchternen Ueberlegung doch sagen, daß das Deutsche Reich nicht allein stehe, sondern auf seine Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen habe. Als hier und da auch das Wort von der Möglichkeit eines österreichisch-ungarischen Sonderfriedens fiel, erlaubten wir uns die Bemerkung, daß Oesterreich-Ungarn in Wirklichkeit gar nicht in der Lage sein würde, einen Sonderfrieden zu schließen, selbst wenn es das wolle. - Man bedenke, was es bedeutet, wenn der Abg. Erzberger mit einem Briefe des Grafen Czernin an den Kaiser von Oesterreich und vom Grafen Czernin „autorisiert“ diesen Brief im Deutschen Reichstage bekannt macht, um die Verzichtresolution durchzudrücken, damit Wohlgefallen in Wien zu erregen und in weiterer Folge eine Woge von Kleinmut, Mißvergnügen und Zweifel am Siege, ein steigendes Mißtrauen gegen die Oberste Heeresleitung, kurz eine Stimmung zu verbreiten, welche noch immer, wenn dauernd, der Vorbote des Zusammenbruchs und der Niederlage gewesen ist. Der Abg. Erzberger und seine politischen Gesinnungsgenossen, wie Herr Scheidemann u. a. m. und damals auch Herr von Payer, aber machten nicht halbe Arbeit, sondern erklärten frisch weg weiter, man müsse jeden irgendwie gearteten Frieden – der offizielle Euphemismus dafür war die „Verständigung“ – annehmen und erstreben: der U-Boots-Krieg sei ein Fehler, die Kriegsführung verfüge nicht mehr über die nötigen Rohstoffe, der Hinzutritt Amerikas zu unseren Feinden bedeute den Zusammenbruch usw. Nachher hat der Abg. Erzberger verschiedentlich erklärt: die Resolution habe, „gut gewirkt“. Es wäre dankenswert, wenn er gerade in diesem Augenblick sich darüber äußern möchte, wie er diese gute Wirkung verstanden wissen will. Oder meinte er nur, daß die Resolution in Wien gut gewirkt habe?	
DZ-188	Personalunion mit dem König von Preußen. den Wunsch auszusprechen, daß aus Livland, Estland, Kurland, den vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlich geschlossener monarchisch konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet und an das Deutsche Reich durch Personalunion mit dem König von Preußen angeschlossen werde,	„Der Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Oesel beschließt: ... und den Deutschen Kaiser zu bitten, diesen Wunsch der baltischen Bevölkerung huldvoll zu genehmigen und dessen Verwirklichung herbeizuführen,	
DZ-188	Wann wird im Innern Tag! Befreit von der moskowitzischen Knute wurde Polen, das wohl Grund hätte, Deutschland dankbar zu sein. Befreit wurde die Ukraine. Befreit vor allem die alten deutschen Kulturgebiete an der	Dafür lockte die goldene Flöte des englischen Rattenfängers die letzten der Zuschauer jenseits der Meere, nicht mehr zum Waffengang, sondern zum Wirtschaftskampf gegen Deutschland. Aber weder sie, noch die der Ohnmacht erpreßten Waffen, noch der große Lügner Wilson, unser heuchlerischster Feind seit Beginn des	

	Ostsee bis nach Reval hinauf! Die entthronten Kleinkönige aber von Belgien, von Serbien, Montenegro und Rumänien können nachdenken über Pflichtvergessenheit und Verrat!	Krieges, werden das Verhängnis abwenden!	
	Unbegreiflich oder unglaublich? (Von unserm Mitarbeiter.)	Es ist nicht zu leugnen, daß die Familie, der die Kaiserin Zita entstammt, mit ihren Neigungen nicht auf der Seite des deutsch-österreichischen Bündnisses steht, sondern daß sie durch ihre verwandtschaftlichen Beziehungen mit den Entente-Staaten diesen auch politisch sehr nahe steht. Dieser Umstand hat sich in dem Falle, um den es sich hier handelt, als geradezu verhängnisvoll erwiesen. Die Familie Parma dürfte wohl auf dem Standpunkt stehen, daß die Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen nicht unbegründet seien, und sie wird vielleicht auch ein Interesse haben, dieser Ansicht Ausdruck zu geben und zu wünschen, daß Oesterreich-Ungarn sich diesen Standpunkt zu eigen mache.	
15. April 1918, Montag			
DVB-10515	Der Kaiserbrief. *** Eine amtliche Erwiderung. *** Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm. Es gibt verrottete Gemüter. In der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, um das Gesicht zu wahren, verfällt Kaiser Karl in das Stammeln eines in Verwirrung geratenen Menschen. * * * Der Kaiserbrief Eine amtliche Erwiderung Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm	Folgendes offizielles Communiqué wird ausgegeben: Es gibt verrottete Gemüter. In der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, um das Gesicht zu wahren, verfällt Kaiser Karl in das Stammeln eines in Verwirrung geratenen Menschen. Er ist nun darauf angewiesen, seinen Schwager der Fälschung zu beschuldigen, indem er mit eigener Hand einen lügenhaften 2. Text des Dokumentes herstellt. Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Aeußern, Jules Cambon, mitgeteilt worden, welcher eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen, dem Ministerpräsidenten übergeben hat. Der Prinz hat sich hierüber mit Ribot selbst in einer Weise unterhalten, welche keinen Sinn gehabt hätte, wenn der Text nicht jener gewesen wäre, der von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist. --- Prinz Sixtus von Bourbon, dessen dem Kaiser bekannter Charakter eine Fälschung ausschließt, wurde derselben ebensowenig beschuldigt wie irgendeine andere spezielle Persönlichkeit, da vom k. u. k. Ministerium des Aeußern nicht festgestellt werden kann, wo die Unterschreibung des falschen Briefes erfolgt ist. --- Der Kaiser hat an den Deutschen Kaiser folgende Depesche abgesendet: „Die Anschuldigungen Herrn Clemenceaus gegen Mich sind so niedrig, daß Ich nicht gesonnen bin, mit Frankreich über die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind Meine Kanonen im Westen. * * * Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Aeußern, Jules Cambon, mitgeteilt worden, welcher eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen, dem Ministerpräsidenten übergeben hat. Der Prinz hat sich hierüber mit Ribot selbst in einer Weise unterhalten, welche keinen Sinn gehabt hätte, wenn der Text nicht jener gewesen wäre, der von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist.	
DZ-189	Die französische Darstellung Das Originaldokument, dessen Text die französische Regierung veröffentlicht hat, wurde in Gegenwart Jules Cambons, des Generalsekretärs des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten, der vom Minister entsandt war, dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, der eine Kopie desselben mit Genehmigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übermittelt hat.	Es gibt Leute, deren Gewissen verdorben ist. Kaiser Karl verfällt, in der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, das Gesicht zu wahren, darauf, zu schwatzen wie ein Irrfinniger. Jetzt ist er gezwungen, seinen Schwager fälschlich zu beschuldigen, indem er eigenhändig einen lügnerischen Text konstruiert. *** Mit Ribot selbst hat sich der Prinz darüber in Ausdrücken unterhalten, die keinen Sinn gehabt hätten, wenn der Text nicht der wäre, wie er von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist	

DZ-190	Czernin-Clemenceau	Mailänder Blättern zufolge wird, wie die Schweizerische Depeschen-Agentur berichtet, der Streitfall Czernin-Clemenceau in politischen Kreisen lebhaft erörtert. Der Deputierte Ciriani reichte beim Kammersekretariat eine Interpellation ein, die Aufschluß verlangt, inwieweit die Regierung über die Friedensunterhandlungen unterrichtet sei und angesichts der Notwendigkeit einer diplomatischen Einheitsfront die Opportunität der Veröffentlichung der entsprechenden Dokumente zur Erörterung gestellt	
DZ-189	Kühlmann im Hauptquartier	Kühlmann begibt sich heute abend zum Vortrag beim Reichskanzler ins Große Hauptquartier.	
DZ-189	Neue englische Dum-Dum-Geschosse bei den Engländern	Dieses, dem Aussehen nach von einer normalen Patrone nicht zu unterscheidende Geschöß ist also seiner Wirkung nach dem bisher festgestellten feindlichen Dum Dum-Geschöß mit abgeschnittener Spitze völlig gleich.	
DZ-189	Czernin Entlassungsgesuch genehmigt	Der Minister des k. und k. Hauses und des Aeußern hat heute Sr. k. und k. apostolischen Majestät seine Demission unterbreitet	
DZ-190	Der Rücktritt des Grafen Czernin verdient in Deutschland die Kunde von dem Rücktritt des Grafen Czernin begrüßt zu werden, wie wenn die überraschend erbauliche Nachricht austauchte, Erzberger sei endlich in der Versenkung verschwunden, wohin er so lange schon gehört	Mit derselben Art von Gefühlen der Erlösung, nur mit etwas verstärkten, verdient in Deutschland die Kunde von dem Rücktritt des Grafen Czernin begrüßt zu werden, wie wenn die überraschend erbauliche Nachricht austauchte, Erzberger sei endlich in der Versenkung verschwunden, wohin er so lange schon gehört - Zwischen dem Grafen Czernin und dem besagten Erzberger besteht natürlich ein erheblicher Abstand und Wertunterschied: jener war der Hauptträger der Friedensoffensive, der Urheber der Politik der Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 – Erzberger nur der Haupthandler der Politik, die am Ballplatz in Wien und in getreuer, beinahe untätiger Gefolgschaft in der Wilhelmstraße in Berlin verfolgt wurde, seitdem im Dezember 1916 Graf Czernin an die Stelle des Grafen Burian getreten war.	
DZ-190	Drei Gründe für den Rücktritt des Grafen Czernin	1. Die Haltung Czernins gegenüber den Polen, 2. sein Passus in seiner letzten Rede gegen die Tschechen 3. die Aufrollung der Affäre Clemenceau.	
DZ-190	Deutsche Lazarette absichtlich von der Entente beschossen. durch das Rote Kreuz deutlich erkennbar	Nordwestlich Ecoust-St. Hein wurde ein deutsches Lazarett, dessen Zelte zweifelsfrei für Luft- und Erdbbeobachtung durch das Rote Kreuz deutlich erkennbar waren, vom Feinde planmäßig beschossen	
DVB-10515	Enthüllungen Trotzkijs. Auch Kerenskij habe eine Fortsetzung des Kampfes für unmöglich gehalten	Bei dieser Gelegenheit wies Trotzki darauf hin, daß auch der frühere Ministerpräsident Kerenskij eine Fortsetzung des Kampfes für unmöglich gehalten habe. Aus den Geheimakten im Schranke des früheren Ministers Naratow, zu dem er den Schlüssel besitze, gehe einwandfrei hervor, daß bereits Kerenskij kurz nach seiner Amtsübernahme an die Ententemächte die Aufforderung gerichtet habe, Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten einzuleiten.	
17. April 1918, Mittwoch			
DVB-10517	Der Kaiserbrief. Friedensangebot Oesterreich- Ungarns im März 1917	Die „Action Française“ bedauert, daß die Entente das Friedensangebot Oesterreich- Ungarns im März 1917 nicht angenommen habe.	
DVB-10517	Lichnowskys Memorandum im Dienste der Entente. mindestens 3 Millionen Exemplare verbreitet	hat das englische Kriegskomitee das Memorandum des Fürsten Lichnowsky als Flugblatt unter dem Titel „Schuldig“ veröffentlicht. Von den Eisenbahnbuchhandlungen sollen mindestens drei Millionen Exemplare verbreitet werden.	
18. April 1918, Donnerstag			
DVB-10518	„Eine Verschiebung der inneren Front.“ - Neuer Umschwung in Deutschland. Schmerzerfüllt muß das edle Blatt konstatieren, daß „jede ruhige und gesunde Politik durch die militärischen Ereignisse unmöglich gemacht wird“. Ja, das verdamnte Gesiege!	Nicht mit Unrecht betont das „Berliner Tageblatt“, daß auf dieser Grundlage ein Verständigungsfriede, wie ihn dessen Verfechter bisher auffaßten, allerdings nicht mehr möglich sei.	
DT-90	Eine bedeutsame Tagung der Zentrumsparthei. - Von Martin Spahn. Kritik an Erzberger – aber keine Änderungen	Bericht über eine Tagung des rheinischen Teil des Zentrums, die wohl Kritik an Erzberger übten, aber keine Änderung herbeiführten	

DT-90	Herr Wilson, der Feind Deutschlands wir Deutschen haben nur zu oft Gelegenheit gehabt, Herrn Wilson als unseren entschiedensten Feind kennen zu lernen * im Namen des Pazifismus verlangt er die Vernichtung des deutschen Staates.	Graf Czernin leitete seine letzte große Rede damit ein, daß er Herrn Wilson allerhand Verbindliches sagte, indem er namentlich seine Ehrlichkeit und Friedensliebe rühmte und ihn als den Träger großer Gedanken darstellte. Danach schien er immer noch Herrn Wilson für einen geeigneten Friedensvermittler zu halten. In Deutschland wird er mit einem solchen Vorschlag wenig Zustimmung finden, denn wir Deutschen haben nur zu oft Gelegenheit gehabt, Herrn Wilson als unseren entschiedensten Feind kennen zu lernen. Es ist etwa ein Jahr her, daß er eine Botschaft an den Kongreß richtete, in der er seinem Herzen Luft machte und seine wahre Meinung über uns kundgab. Er schildert uns darin als ein geknechtetes Volk, das aus der Zahl der Völker von Ehre gestrichen werden mußte; unsere Regierung schmäht er als Autokratie und als Amokläufer, d. h. als irrsinnige Mörder; im Namen des Pazifismus verlangt er die Vernichtung des deutschen Staates. Man muß in der Tat Herrn v. Harnack recht geben, wenn er sagt, daß dies die unverschämteste, anmaßendste und heuchlerischste Kundgebung sei, die seit den Tagen Napoleons I. das Oberhaupt einer Großmacht an ein anderes gerichtet habe. Wie bekannt, war die Botschaft nur eine Einleitung für die Kriegserklärung, die kurz darauf erfolgte. - Amerika wurde gleich von Beginn des Krieges an durch die gemeinsamen Interessen auf die Seite Englands getrieben. Beide Staaten sahen in Deutschland den gefährlichsten Gegner für ihre Industrie, dessen Vernichtung ihnen den größten Vorteil bringen mußte. Sie befolgten auch beide dieselbe Methode, indem sie unter dem Deckmantel des Schutzes für die kleinen Völker, des Kampfes für Freiheit und Gerechtigkeit ihre wirklichen Pläne verhüllten. Zuerst blieb Herr Wilson neutral, was ihn aber nicht hinderte, durch Munitionslieferung an die Entente uns möglichst großen Schaden zuzufügen. Dadurch wurde aber die Verbindung mit England um so fester.	
DT-196	„Der weinerliche Spießbürger.“ - Ein sozialdemokratisches Zeugnis über den „Vorwärts“. In der ganzen Welt ist der Eindruck der deutschen Siege ungeheuer, und wie ein Beben geht es über die Erde. Was sich hier vollendet, ist mehr als ein militärischer Erfolg, es ist eine weltpolitische Umwälzung allergrößten Formats.	In der ganzen Welt ist der Eindruck der deutschen Siege ungeheuer, und wie ein Beben geht es über die Erde. Was sich hier vollendet, ist mehr als ein militärischer Erfolg, es ist eine weltpolitische Umwälzung allergrößten Formats. Das hat selbst das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie begriffen, und nachdem es vor kurzem erst noch die deutschen Siege als das einzige Hindernis zum Frieden bezeichnet hatte, schreibt es jetzt umgekehrt, nur der baldige völlige Sieg Deutschlands biete den Weg zum Frieden. – Was allerdings später abgestritten wird, daß der „baldige völlige Sieg Deutschlands biete den Weg zum Frieden“.	
DT-196	England war zum Kriege bereit Der frühere Lordkanzler Haldane: daß uns eine große Gefahr von Deutschland drohe, nicht in erster Linie eine Kriegsgefahr, sondern eine Gefahr, die auf Deutschlands organisatorischer Kraft und auf seinem Unterricht beruht. Die kriegerische Kraft Deutschlands, eine Folge seines Unterrichtssystems	Lord Haldane zum englischen Zustand der Armee: Es ist der größte Unsinn, wenn einige behaupten, daß wir nicht zum Kriege bereit gewesen seien. Innerhalb der Grenzen dessen, was wir hinsichtlich unseres Anteils an diesem etwaigen Kriege für erforderlich hielten, waren wir vollkommen gerüstet, und unsere Aus- und Inlands-Armee standen bereit. - Er betont, daß von Deutschland ein große Gefahr drohe, „die auf Deutschlands organisatorischer Kraft und auf seinem Unterricht beruht. Die kriegerische Kraft Deutschlands, eine Folge seines Unterrichtssystems“ - Er hebt hervor: Es ist der größte Unsinn, wenn einige behaupten, daß wir nicht zum Kriege bereit gewesen seien. Innerhalb der Grenzen dessen, was wir hinsichtlich unseres Anteils an diesem etwaigen Kriege für erforderlich hielten, waren wir vollkommen gerüstet, und unsere Aus- und Inlands-Armee standen bereit. - Das Unterrichtssystem an den Schulen müsse verbessert werden, und bringt Deutschland als Beispiel: Das Beste an dem Fisherschen Entwurf ist die Einführung der Schulpflicht bis zum 14. Jahre und der Fortbildungsschulpflicht bis zum 18. Jahre. Der Gedanke	

		der Fortbildungsschule stammt von Professor Kerschensteiner in München.	
DT-196	Der Brief Kaiser Karls Wie die Turiner „Stampa“ aus Rom zu melden weiß, soll der Brief Kaiser Karls an seinen Schwager Sixtus in der Vierverbandskonferenz am 19. April 1917 in St Jean de Maurienne in Savoyen, an der die Ministerpräsidenten Lloyd George, Ribot und Boselli teilnahmen, besprochen worden sein.	Das Original des kaiserlichen Briefes war mit Bleistift geschrieben, und Prinz Sixtus hat, nachdem er den Brief dem Präsidenten mitgeteilt hatte, diesem eine Abschrift davon gegeben, die sich mit einem Begleitschreiben in dem Ministerium des Aeußern befindet. -	
DZ-196	Graf Czernin und Erzberger	daß im Sommer 1917 und späterhin nicht nur Abschriften, sondern auch das Original des Briefes in Deutschland kursierten, und zwar, wie ausdrücklich betont werden muß, zu dem Zweck, die Friedensentschließung des Reichstags schmackhafter zu machen und die Stimmung in Deutschland im Czerninschen Sinne zu beeinflussen	
19. April 1918, Freitag			
DZ-197	Englands Kriegserklärung der Schweizer Gesandte in London am 2. August 1914 an den Schweizer Bundesrat ein Telegramm abgesandt hatte, daß den Satz enthielt: „England wird Deutschland den Krieg erklären.“	Eine beachtenswerte Auseinandersetzung hat dieser Tage zwischen zwei Schweizer Zeitungen stattgefunden. Das „Zofinger Tageblatt“ hat vor einiger Zeit berichtet, daß der Schweizer Gesandte in London am 2. August 1914 an den Schweizer Bundesrat ein Telegramm abgesandt hatte, daß den Satz enthielt: „England wird Deutschland den Krieg erklären.“ - Die Tatsache müsse also festgehalten werden, daß weder das deutsche Ultimatum an Belgien erlassen war noch der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland herrschte, als das englische Ministerium den Entschluß zur Beteiligung am Kriege gefaßt habe	
NAZ-198	Die französische Presse und der Kaiserbrief Clemenceau habe nur Bruchstücke der Wahrheit bekanntgegeben	, die Parlamentsausschüsse müßten volle Klarstellung verlangen, sonst werde das Land selbst sich dazu genötigt sehen.	
VOW-107	Die Kaiserbriefaffäre in Frankreich. - Wo blieben die Folgen? Nach einer Behauptung, die die französische Regierung aufgestellt hat und gegen alle Wiener Widersprüche aufrecht erhält, hat Kaiser Karl am 31. März 1917 die Franzosen beschworen, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und hat ihnen versprochen, auf der Friedenskonferenz für ihre Ansprüche auf Elsaß-Lothringen einzutreten	- der Brief Kaiser Karls sei sofort, nachdem ihn Poincaré erhalten, den übrigen Alliierten zur Kenntnis gegeben worden. In einer kurz darauf folgenden interalliierten Konferenz sei in gemeinsamer Uebereinstimmung beschlossen worden, dem Brief keine Folge zu geben.	
DT-198	Der gefälschte Kaiserbrief. - Eine seltsame Hofgeschichte. „Ich werde die Ansprüche Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens Meinen Verbündeten vortragen, und Mich nach Kräften bemühen, sie zu vertreten.“	Der Kaiser, der nicht genügend Vertrauen zu seinem Französisch hatte, hat die Uebersetzung des Briefes dem französischen Beichtvater der Kaiserin anvertraut. Dieser fügte aus eigener Machtvollkommenheit ein einziges Wort ein, das den Sinn des Schreibens durchaus verändert. In dem Konzept des Kaisers hatte nämlich folgender Satz gestanden: „Ich werde die Ansprüche Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens Meinen Verbündeten vortragen, und Mich nach Kräften bemühen, sie zu vertreten.“ Der Geistliche setzt vor das Wort „Ansprüche“ das Wort „gerechtfertigte“, und so ging der Brief nach der Schweiz ab. Clemenceau durfte daraufhin mit Recht sagen, er wisse, daß der Kaiser von Oesterreich hinsichtlich Elsaß-Lothringens den Standpunkt Frankreichs anerkenne	
NAZ-198	Der U-Bootkrieg vor dem Hauptausschuß. England wird mit zäher Verbissenheit Widerstand leisten und den Krieg zu gewinnen suchen, um seine Weltmachtstellung zu erhalten.	Abg. Noske (Soz.): Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß Deutschland sehr stark ist und wir zuversichtlich einem guten Ausgang des Krieges entgegensehen können. Nichts destoweniger hat der Reichstag Grund, an seiner Auffassung festzuhalten, den Krieg auf dem Wege der Verständigung zu beenden - England wird mit zäher Verbissenheit Widerstand leisten und den Krieg zu gewinnen suchen, um seine Weltmachtstellung zu erhalten.	

	* England hat uns da ein Beispiel gegeben, indem dort die Broschüre Lichnowskys in Tausenden von Abdrucken verbreitet worden ist.	Abg. Dr. Kapp (kons.) Wir müssen unsern U-Bootbau beschleunigen, ohne Rücksicht auf das Ende des Krieges, schon um gegen Amerika den Krieg fortsetzen zu können. Englands Stellung im Mittelmeer haben wir durch unsere U-Boote in der Hand. Abg. Frhr. v. Gamp (Deutsche Fraktion): Sämtliche kompetenten Marinebehörden sind der Ansicht gewesen, daß im März 1916 der uneingeschränkte U-Bootkrieg hätte aufgenommen werden können.	
VOW-107	U-Boot-Debatte im Hauptausschuß.	Staatssekretär v. Capelle: Jedenfalls sei man auf einen langen Krieg völlig vorbereitet. Noske (Soz.): Der Reichstag müsse nach wie vor mit Entschiedenheit darauf hinarbeiten, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen. Dieser Gedanke darf aber in der Flotte nicht propagiert werden.	
20. April 1918, Samstag			
DZ-200	Das steuerlose Schiff. - Von unserm Wiener Vertreter Es ist zweifellos, daß Graf Czernin nicht nur der Politik der Donaumonarchie eine gewisse Unabhängigkeit verleihen wollte, sondern daß er auch darüber hinaus den Ehrgeiz zu haben schien, die Führerschaft in der Diplomatie des Vierbunds an sich zu bringen. Das kam vor allem in den Friedensverhandlungen mit Rußland, aber auch in seiner Haltung gegenüber dem Präsidenten Wilson zum Ausdruck, dem er nicht oft genug versichern konnte, daß er in seinen Vorschlägen eine Grundlage für die Herbeiführung eines allgemeinen, dauern den Friedens erblicke.	- Für die Deutschösterreicher kamen von der Betätigung des Grafen Czernin als Leiter des auswärtigen Amtes eben in erster Linie zwei Punkte in Betracht, nämlich daß er für die Pflicht Oesterreich-Ungarns, dem verbündeten deutschen Reiche die Treue zu halten, mit einer Wärme eingetreten war, die sich sehr vorteilhaft von den diplomatisch abgewogenen Worten seiner Vorgänger unterschied, und daß er das, der Entente in die Hände arbeitende und dadurch den Krieg verlängernde Treiben der tschechischen und südslawischen Parteien mit einer Schärfe brandmarkte, die man von einem österreichischen Minister nicht erwarten könnte, seitdem Kramarsch und Genossen der kaiserlichen Gnade teilhaftig geworden waren.	
DZ-200	Kaiser Karl und Lammasch Kaiser Karl habe vor einiger Zeit Prof. Lammasch zu sich berufen und ihm die Kabinettsbildung angetragen. Das Programm der Regierung Lammaschs wäre gewesen: Friedensschluß und große Reformen im Innern der Monarchie, aus der man Bundesstaaten autonomer Völker hätte machen wollen.	- Das Genfer Blatt dürfte seine Information aus den Genfer Kreisen schöpfen, die bis in die letzten Tage vor dem Offensivbeginn an die Möglichkeit eines Friedensschlusses glaubten. Tatsächlich spielte die Aufteilung der Donaumonarchie in autonome Königreiche eine große Rolle, wobei es interessant ist, daß man auf seiten der Entente gewillt war, die durch den Verlust des selbständig werdenden Kroatiens geschwächten Ungarn auf Kosten der Rumänen zu entschädigen. Italien sollte durch Albanien abgefunden werden. Aber auch die Erklärung Triests zum Freihafen wurde erörtert.	
DRB-196	Das Zentrum und die Erzbergerei ...daß jener Schwächeanfall einer um ihre Nervenkraft gekommenen unter Erzbergerschen und Scheidemannschen Einflüsse haltlos gewordenen Mehrheit der Volksvertretung im Reiche heute überwunden sei.	Spahn spricht in dem Artikel eine offene, scharfe und ungeschminkte Sprache. Er stellt fest, daß die letzte Ursache eines Zwiespaltes zwischen der Zentrumsfraktion im Reichstage und so vielen treuen Parteigenossen der war, daß die Partei sich von Elementen führen ließ, die weder dazu berufen waren, noch den Auftrag hatten. Hier liege die Wurzel des Uebels. Nur wenn hierin zuverlässig Wandel geschaffen werde, könne die Partei wieder genesen und zur alten Kraft kommen.	
DT-92	Neutrale Politik im Weltkrieg	Beispiel Spanien und Schweden. Schweden dem das Ende der Neutralität den Verlust seiner Schiffe und das Joch Englands brachte.	
DZ-200	Der russische Vertreter in Berlin.	ist nunmehr auch der russische Vertreter Joffe in Berlin ein getroffen.	
DT-201	Rußlands neue Vertretung in Berlin	Adolf Joffe ist neuer russischer Botschafter in Deutschland und wird sein möglichstes tun, die Revolutionsvorbereitungen in allen möglichen Bereichen der deutschen Sozialisten zu unterstützen.	
21. April 1918, Sonntag			
NAZ-202	Der erste Monat der deutschen Offensive./ Die zusammengebrochenen Sturmangriffe In dieser Zeit erlitten die Engländer, Franzosen und Portugiesen eine schwere Niederlage nach der anderen und ließen über 117.000 Gefangene in deutscher Hand. Die Geschützbeute übersteigt die gewaltige Zahl von 1550. Die Zählung der vielen Tausende genommener Maschinengewehre ist	Am 21. April ist seit Beginn der deutschen Offensive ein Monat verstrichen. - Die blutigen Verluste der Engländer betragen bereits am 5. April über 500.000 Mann. Sie haben sich während des zweiten großen deutschen Angriffes an der Lys ins Ungeheure gesteigert. Hierzu kommen die schweren Blutopfer der Portugiesen und vor allem der Franzosen, die überall an den Brennpunkten des Kampfes in dichten Massen die schwer bedrohte britische Lage wieder herstellen mußten. Besonders beiderseits der Somme, an	

	noch nicht abgeschlossen. Ueber 200 Tanks mußte der Feind den deutschen Angreifern überlassen. Ein weiterer beträchtlicher Teil seiner Panzerwagen wurde zusammengeschossen.	der Avre, südlich der Oise, bei Coucy-le-Chateau und in Flandern ließen die Franzosen viele Tausende liegen und wurden zu immer weiterem Einsatz ihrer bisher zurückgehaltenen Reserven und zum schleunigen Antransport der nach Italien abgegebenen Hilfskräfte gezwungen.	
NAZ-202	Reibungen zwischen England und Frankreich?	Wir glauben noch nicht an die Gerüchte, daß zwischen England und Frankreich im Zusammenhang mit der Defensive Reibungen entstanden sind, wenn wir auch davon hörten, daß man in London bereits mit der Möglichkeit rechnet, daß England den Krieg allein aber dann doch zusammen mit Amerika, werde fortsetzen müssen.	
DZ-201	Der englisch-deutsche Verständigungsvertrag des Fürsten Lichnowsky. – Von Justizrat Dr. Wenz Zweibrücken. Der Vertrag, den Lichnowsky so wichtig geheimnisvoll andeutet, ist ein Muster neuer deutscher „Diplomatenkunst“. Wahrscheinlich hätte er einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, wenn das deutsche Volk wieder einmal vor eine vollendete Tatsache gestellt worden wäre. Schon deshalb, weil er „europäisches“ Land, deutsche Erde, als Tauschgegenstand benutzt hätte, nämlich Lothringen und Luxemburg.	Herr v. Kühlmann war damals noch nicht „zwangsläufig“ auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingestellt! - Aber den Löwenanteil bei diesem Verträge hätte England in Asien bekommen. Syrien war für Frankreich vorgesehen, Palästina, Arabien und Mesopotamien für England. Also – man beachte – genau das nämliche Ziel der Ueberlandverbindung von Aegypten nach Indien das nämliche Bestreben, den Indischen Ozean zum englischen Meer zu gestalten, das England jetzt im Weltkrieg mit so offensichtlicher Zähigkeit verfolgt! Kleinasien selbst war als deutsches Einflußgebiet gedacht! Damit hätte das heimtückische Heuchlervolk zugleich Feindschaft zwischen Deutschland und der Türkei auf unabsehbare Zeiten erreicht. Und die deutschen Unterhändler, Fürst Lichnowsky und sein Botschaftsrat, Herr v. Kühlmann, hätten da von nicht einmal etwas gemerkt, wären dankbar gewesen für die Brosamen, die von Englands Tische fielen. - Um die Zustimmung Frankreichs und Belgiens zu erreichen, wofür England sich verbürgt hätte, hätte Deutschland Lothringen mit Metz an Frankreich abtreten, Luxemburg aus der Zollvereinigung entlassen und seine Angliederung an Belgien zugestehen, außerdem an Frankreich, Belgien und Portugal näher zu vereinbarende Geldsummen herausbezahlen müssen! - Das würdige Kleeblatt Frankreich, England, Belgien hätte dann, wenn der Krieg im Jahre 1916 ausgebrochen wäre, wie es plante, die Eingangspforte nach Deutschland durch Luxemburg längst besetzt, das Einfalltor durch Lothringen sperrangelweit offen gehabt.	
DZ-201	Kühlmanns Erkrankung	ein Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes einstweilen nicht bevorstehe. Einstweilen nicht: also steht der Wechsel in Sicht	
22. April 1918, Montag			
DZ-203	Zur Psychologie des Parmabriefs. Damals sind offenbar von Wien noch mehr unbequeme Schreibereien in die Welt hinausgegangen, und Clemenceau ist jetzt nur mit einer Kostprobe davon vor die internationale Öffentlichkeit getreten	Einigermaßen richtig beurteilte man die Lage wohl allein in Washington, wo man im Hinblick auf die mutmaßliche Gemütsverfassung gerade auch in der Wiener Hofburg den richtigen Augenblick für den Riesenbluff der Kriegserklärung an Deutschland als gekommen erkannte. Eine gleichzeitige Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn erfolgte nicht, worüber sich die sogenannte politische Welt nicht genug wundern konnte: man zog es vor, den amerikanischen Botschafter einstweilen in Wien zu belassen und dort das Eisen zu schmieden, solange es heiß war. An einflußreichen Verbündeten fehlte es dabei nicht; auch lasteten die Ernährungsschwierigkeiten auf dem Reich, und <u>Erzberger tuschelte</u> , daß es mit der Widerstandskraft Deutschlands nun auch so gut wie Mathaei am Letzten sei. - Und Wilson hat sein Ziel damals nur beinahe erreicht, so richtig gewählt der Augenblick seines Losschlagens ohne Zweifel war	
DZ-203	Sonnino über den Friedensfühler	Bei der Zusammenkunft in St. Jean de Maurienne am 19. April 1917 haben wir mit unseren Verbündeten in den allgemeinen Richtlinien die Versuche Oesterreich-Ungarns geprüft, bei einer der anderen der alliierten Mächte einen Sonderfrieden zu erlangen, und befinden uns in voller Uebereinstimmung. Man beurkundete in einer besonderen	

		schriftlichen Verhandlung, daß es unzweckmäßig sei, in Verhandlungen einzutreten, dies hätte bei der damaligen Lage eine schwere Gefahr mit sich gebracht und die Festigkeit des Bündnisses gefährdet. Uebrigens hat sich die italienische Regierung niemals unmittelbar oder mittelbar in irgend einer Weise an einer ähnlichen Fühlungnahme mit dem Feinde beteiligt.	
DZ-203	Die „Liga zur Erzwingung des Friedens“. - Eine Denkschrift der holländischen Regierung.	Der Plan eines Staatenbundes wird vor von der Regierung weiter verfolgt; dieses Problem, insbesondere der Vorschlag einer Liga zur Erzwingung des Friedens, wird jetzt in dem Ausschuß beraten, der seinerzeit zur Vorbereitung einer dritten Friedenskonferenz ernannt wurde	
NAZ-203	Die Vereidigung der polnischen Minister.	Heute vormittag fand im Königlichen Schlosse die Vereidigung der polnischen Minister und des Zivilkabinetts statt.	
DZ-203	Herr von Schoen und Frankreich/ Bezugsblatt BTB Nr.33 vom 19.01.1915 Aus all dem – lautet die Schlußfolgerung – ergibt sich überzeugend, daß Frankreich, wollte es ernstlich den Frieden, reichlich Gelegenheit geboten war, an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken. Es habe diese Gelegenheiten unbenutzt gelassen.	Die norwegische Zeitung „ Tidens Tegn “ hat in ihrer Ausgabe vom 7. April behauptet, der ehemalige deutsche Botschafter in Paris, Exzellenz v. Schön, habe bei seinem Weggang aus Paris bei Kriegsausbruch ausdrücklich bestätigt, die französische Regierung habe alles, was in ihrer Kraft stehe, getan, um den Krieg zu vermeiden. Wir sind von Exzellenz von Schön zu der Erklärung ermächtigt, daß Exzellenz v. Schön weder in Paris noch sonst jemals eine derartige Aeußerung getan, vielmehr stets, zuletzt im „ Berliner Tageblatt “ vom 19. Januar 1915 , betont hat, daß Frankreich, da wo es zur Vermeidung des Krieges dringend geboten war, nämlich in Petersburg, den Hebel nicht eingesetzt und dadurch die Mitschuld an der Katastrophe auf sich geladen habe.	
23. April 1918, Dienstag			
DZ-204	Der Beichtvater der Kaiserin Zita der Verfälscher?	der Brief zum Uebersetzen ins Französische dem Beichtvater der Kaiserin, einem französischen Jesuiten, übergeben. Es kann nun heute als fast zweifellos festgestellt angesehen werden, daß die Verfälschung des Briefes schon bei der Uebersetzung ins Französische erfolgt ist	
DZ-204	Nochmals: Der englisch-deutsche Verständigungsvertrag des Fürsten Lichnowsky. [zu 21.04.1918, DZ 201: Der englisch-deutsche Verständigungsvertrag des Fürsten Lichnowsky.]	NAZ: Diese Angaben beruhen auf freier Erfindung - sie entstammen den Mitteilungen, die der englische Afrikaforscher Harry Johnston auf einer Tagung der Royal Geographical Society in London am 24. Februar 1915 bekanntgegeben hat und die dann im Aprilheft der Gesellschaft veröffentlicht worden sind. Der halbamtliche Artikel hätte also sagen müssen: der genannte Engländer, der früher Gouverneur in Britisch-Zentralafrika und Uganda gewesen war, hat Behauptungen ausgestellt, die angeblich auf freier Erfindung beruhen. - daß Deutschland als Gegenleistung gegen die von England gemachten Landzugeständnisse in Afrika sich habe verpflichten sollen, deutsches Gebiet, nämlich Lothringen mit Metz, an Frankreich abzutreten, ferner Luxemburg aus der Zollvereinigung zu entlassen und seine Angliederung an Belgien zuzugestehen, endlich an Frankreich, Belgien und Portugal näher zu vereinbarende Geldsummen auszahlungen.	
NAZ-206	Die Zerstörung der Kathedralen Nordfrankreichs. - Von Professor Dr. phil. ing. h. c. Dehio	Es liegt Größe darin, wie die heutige Generation der Franzosen sich nicht schont um der folgenden Geschlechter willen, wie sie unendliche Opfer an Gut und Blut darbringt, damit das künftige Frankreich mächtiger und glänzender in der Welt dastehe. - die verschwundenen, zerstörten und der Zerstörung Gefahr laufenden Kathedralen Nordfrankreichs	
DZ-204	Alldeutsche Sittenrichter	„Herr Claß behauptet also, daß in den wichtigsten Aemtern wie im Reichstag sich Persönlichkeiten befinden, die sittlich ungeeignet sind und als „Schädlinge“ qualifiziert werden müssen. In dieser Verallgemeinerung ist diese Nachsage geradezu ungeheuerlich. Man darf wohl Herrn Claß auffordern, die Persönlichkeiten, die er im Auge hat, deutlicher zu bezeichnen.“ - Wir finden, daß das „Berliner Tageblatt“ sich dabei unbefangener und überraschter stellt, als es dürfte; denn – unterrichtet, wie es sich selbst gerne zu geben pflegt, –	

		weiß es längst, auf wen die Ausführungen des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes ganz offenbar zunächst gemünzt sind. - Der Kanzler zeigte die „+Deutsche Zeitung“ aufgrund dieses Artikel wegen Verunglimpfung an	
DZ-205	Der Wille der Krone und der Wille der Sozialdemokratie Wie bei der Wahlrechtsvorlage handelt es sich bei den beiden, sozialpolitischen Vorlagen ausschließlich darum, die sozialdemokratischen Machtbedürfnisse zu befriedigen, sozialdemokratische Willensgebote zu vollstrecken.	Das gleiche Wahlrecht für Preußen, eine ausgesprochen sozialdemokratische Programmforderung, soll die parlamentarische Machtstellung der Sozialdemokratie ins Ungemessene erhöhen, und die beiden bevorstehenden Gesetzentwürfe haben den unverhehlbaren Zweck, den sozialdemokratischen Organisationen eine Stärkung zu verschaffen, die ihnen die Alleinherrschaft über die Arbeitermassen gewährleistet und sicherstellt. - die Krone hat sich für das gleiche Wahlrecht „in feierlichster Form gewissermaßen engagiert“ - Der den ausdrücklichen Willen der Krone vollziehende Gesetzentwurf des Jahres 1889 wurde, wie erwähnt, ohne Ausschußberatung abgelehnt, und zwar nach einer beispiellos wüsten Hetze gegen jeden, der den dem Willen der Krone entsprechenden Grundgedanken des Entwurfes anzuerkennen und zu vertreten gewagt hatte. Heute aber soll die Tatsache, daß der Gesetzentwurf zur Aufhebung des §153 das gerade Gegenteil des Willens der Krone bedeutet, dadurch noch unterstrichen werden, daß diese Vorlage ebenfalls ohne Ausschußberatung angenommen wird. So verlangt es die Sozialdemokratie. Der „Vorwärts“ schreibt: „Für die sozialdemokratische Partei kann es jetzt nur einen Weg geben, die Regierungsvorlage möglichst ohne jedes Amendement und ohne jede Ausschußberatung schlechtweg anzunehmen.“ Und in der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist dasselbe mit den Worten zu lesen: „Der Reichstag wird die Vorlage hoffentlich ohne jede Kommissionsberatung annehmen.“ Andere Blätter, der Reichtagsmehrheit erwarten dasselbe.	
24. April 1918, Mittwoch			
DZ-207	Kühlmann gegen „Deutsche Zeitung“	gebärdet sich die ihm ergebene Presse einerseits außer sich vor Freude über den Strafantrag, den der Reichskanzler wegen unserer Äußerungen über Kühlmanns Persönlichkeit wie seine Tätigkeit gegen uns gestellt hat	
DZ-207	Der Frieden mit Rumänien Kann man sich da wundern, wenn Spötter sagen: Die Deutschen kämpfen und bluten pour le roi de Pologne und für die rumänischen Juden, – was aber bleibt für Deutschland an praktischen Erfolgen übrig?	Es wirkt eigenartig, wenn unsere Diplomaten, die doch die Emanzipation der rumänischen Juden für keine „interne Angelegenheit Rumäniens“ halten, die Königsfrage hinter diese Ausrede verstecken.	
25. April 1918, Donnerstag			
DZ-209	Wilsons Bluff	Soll man die amerikanische Kriegsführung in der Tat ernst nehmen? Natürlich soll man es. Sicher ist sicher. Aber man soll der Öffentlichkeit doch auch nicht ganz vorenthalten, was gegen den Ernst dieser Kriegsführung spricht. Schon, um den Miesmachern, die als freiwillige oder bezahlte Agenten der bekannten internationalen hohenzollernfeindlichen Einflüsse unter uns arbeiten, ihr Geschäft nicht allzu leicht zu machen. - Man erzählt uns, es seien fünfundzwanzig; das ist aber nicht richtig; wir haben Schiffe in Auftrag gegeben, auch etliche für fremde Rechnung im Bau begriffene für unsere Zwecke zu Ende gebaut; an für uns vom Stapel gelaufenen Schiffen sind jeden falls nur zwei fertig geworden.	
DZ-209	Einheitsfront und Einheitswille. – Von Generalleutnant Keim.	Die Ernennung des Generals Foch zum Generalissimus der gesamten Ententestreitkräfte mag den stolzen Engländern nicht besonders behagt haben, vor allem dem Marschall Haig nicht. Daß sie sich fügten spricht für ihren Wirklichkeitssinn, der begreift, daß Einheit in der Kriegführung mit die Grundlage des Erfolges bildet - Unsere Feinde hatten jedoch nach dieser Richtung hin von Hause aus den Vorteil einer politischen Einheitsfront, insofern sie die Vernichtung Deutschlands als gemeinsames Kriegsziel aufstellten. England verstand im	

		Rahmen desselben dort die wirtschaftliche Abschnürung Deutschlands einschließlich des Raubes seiner Kolonien, Frankreich die Eroberung Elsaß-Lothringens mit dem was drum und dran hängt, Rußland die Eroberung Galiziens und Ostpreußens als „Mindestforderung“, Italien erstrebte Südtirol, Dalmatien und Illyrien, Japan endlich Kiautschou. - General Foch ist Militärdiktator, obgleich ihm große militärische Erfolge bis jetzt gar nicht zur Seite stehen.	
DZ-208	Die schweren Verluste der Franzosen.	Ungeheure Verluste, hatte das französische Infanterie-Regiment 63 am 31. März bei Mesnil St. Georges. Hals über Kopf eingesetzt, wurde es kurz nach dem Einsatz durch vernichtendes flankierendes Maschinengewehrfeuer gefaßt	
26. April 1918, Freitag			
DZ-211	Die Furcht vor der deutschen Tapferkeit.	daß die am Abend des 12. April in Helsingfors gelandeten Deutschen keine richtigen Deutschen, sondern Weiße Gardisten seien. Diese Täuschung der Roten Gardisten durch ihre Führer soll notwendig gewesen sein, weil die Roten Angst hatten, gegen die Deutschen zu kämpfen,	
27. April 1918, Samstag			
DZ-212	Unser Kampf „Lakaienkatsch“, „Alkoven-Geheimnisse“ und was sonst noch sind die Mittel, mit denen nach dem „Vorwärts“ und dem „Berliner Tageblatt“ die „Deutsche Zeitung“ Herrn von Kühlmann zu Fall bringen will	Bericht zu dem Aufsatz vom 23. April „ Alldutsche Sittenrichter “, in dem das Verhalten des Staatssekretärs Kühlmann einer harten Beurteilung unterzogen wird. Die DZ steht zu ihrer Aussage und zu dem, was deswegen auf sie zukommt.	
DZ-213	Eine Kundgebung der Parteiführer für Herrn von Kühlmann.	Kritik an dem Vorgehen der Parteiführer unter deren Sprecher Paasche, Herrn Kühlmann voll zu unterstützen	
DZ-213	195. Kriegswoche – von Max Lohan Von Revolution pflegt zwar die heutige Regierungssozialdemokratie, deren Ansprüchen die Arbeitskammern im wesentlichen angepaßt sind, zurzeit nicht mehr gern öffentlich zu reden. Aber losgelöst hat auch sie sich von dem revolutionären Willen keineswegs. Es braucht nur an den letzten großen Ausstand erinnert zu werden; und wenn auch während des Krieges der Umsturzgedanke gedämpft ist, nachher wird er in alter Stärke wieder aufleben	Für die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten in den Arbeitskammern wird ungefähr auch jetzt noch das zutreffen, was einmal ein sozialdemokratisches Blatt über die parlamentarische Tätigkeit der Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage gesagt hat: „Die Agitation zum Fenster hinaus ist nicht bloß Hilfsmittel, um unsere Mitberatung an Gesetzen erfolgreicher zu machen, sondern diese Beratung, dieser zähe tagtägliche Kampf um jeden Paragraphen ist selbst, gleichwie die Agitationsreden, mir ein Hilfsmittel zur Vorbereitung der Revolution.“ - Aber die Wirklichkeit wird wohl leider nur allzu sehr der Befürchtung Recht geben, daß die Arbeitskammern als neue Stützpunkte der sozialdemokratischen Gewerkschaften mehr berufen sein werden, die sozialen Gegensätze zu verstärken als sie zu mildern	
29. April 1918, Montag			
DRB-211	Das Verhältnis zwischen Engländern und Franzosen	Englische und französische Kriegsgefangene wollen getrennt untergebracht werden um Kämpfe zu vermeiden	
DRB-212	Warum schüttelt das Zentrum den Abg. Erzberger nicht ab?	Streit zwischen Erzberger und Kanzler. Erzberger habe in Wien gegen den Kanzler intrigiert. Das Zentrum trennt sich trotz Unmut über Erzberger, nicht von ihm	
DZ-216	<u>Zum englisch-deutschen Verständigungsvertrag</u> Uebrigens spricht auch Dr. Rudolf Kiellen, der bekannte schwedische Professor an der Universität Uppsala, in seiner Schrift: „Die politischen Probleme des Weltkrieges“ gleichfalls von dem Vertrag und erwähnt dabei u. a. ebenfalls Lothringen, Entlassung Luxemburgs aus dem Zollverein und Gestaltung von dessen Angliederung an Belgien, Geldentschädigungen an Frankreich, Belgien und Portugal als Gegenleistungen Deutschlands für die englischen Zugeständnisse.	Mit einer seltenen Fixigkeit ist die halbamtliche Ablehnung gekommen, die ich vorausgesehen habe. Uebrigens leidet das „Dementi“, wie es in einzelnen Zeitungen abgedruckt ist, an einer sehr wesentlichen Ungenauigkeit. Während einige Zeitungen richtig Lothringen mit Metz als eine der Gegenleistungen Deutschlands angeben, ist anderswo zu lesen Elsaß-Lothringen. In meinem Aufsatz kommt das Wort Elsaß überhaupt nicht vor. Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß die halbamtliche Ablehnung das Vorhandensein des Vertrags selbst nicht ableugnet, vielmehr dessen amtlichen Titel wiedergibt, der in meinem Aufsatz nicht gebraucht war. Ferner wird auch der ganze Inhalt des Vertrags, wie er von mir im Umriß wiedergegeben ist, bemängelt. Er kann aber nicht bemängelt werden. - Auf die Wendung: „die Angaben beruhen auf freier Erfindung“ sollte sich die halbamtliche Dementiermaschine Musterschutz verleihen lassen. Sie ist so leicht und bequem	

		und klingt so niederschmetternd! Aber solche Dinge erfindet man nicht. - Wenn also jemand frei erfunden hätte, dann wäre es im Februar 1915 der Engländer Harry Johnstone gewesen. Das kann aber wieder nicht gut sein. Denn Harry Johnstone hat damals vor einer gelehrten Gesellschaft, der Royal Geographical Society, gesprochen. Er hat damals keine politische Rede gehalten. Er wußte aber andererseits alle Einzelheiten des Vertrags, weil er als früherer hoher Beamter der britischen Kolonialverwaltung, als Gouverneur von Zentralafrika und Uganda, dabei mitgewirkt hatte. Er hatte gar keine Ursache, seinen gelehrten Zuhörern einen Bären aufzubinden. Auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen für Frankreich hatte sich damals England noch nicht versteift. - Der Vertrag war unter den Diplomaten fertig. Es ist klar, daß Frankreich, Belgien und Portugal die kolonialen Gebiete, die sie an Deutschland hergeben sollten, nicht umsonst abtraten. Das wäre aber ohne die europäischen und Geldleistungen Deutschlands bei Belgien und Portugal ganz der Fall gewesen. Und Frankreich ist nicht so bescheiden, daß es sich mit Syrien allein begnügt hätte. Es muß also auch über diese Gegenleistungen unter den Diplomaten Einigung erzielt gewesen sein, eben in dem von Johnstone angegebenen Sinne.	
30. April 1918, Dienstag			
DZ-217	„Man kann Deutschland nicht besiegen“	Und doch wird die Stunde kommen, da ein zweiter Lord Chatham, der 1773 dem Unterhause die Unmöglichkeit, Amerika zu besiegen, bewiesen hat, den jetzigen Beherrschern Englands sagen wird: Man kann Deutschland nicht besiegen	
DZ-217	Marokko und die deutschen Siege	Frankreich ist in Marokko auch kriegsmäßig unterwegs, da die Marokkaner sich entschieden gegen die französische Kolonialmacht wehren.	
DZ-217	Englischer Notschrei nach Indien	England fordert Indien auf, sich stärker am Kriegsgeschehen zu beteiligen	
DZ-218	Eine Prophezeiung Treitschkes über England.	Man sagt zu viel, wenn man das heutige England dem Holland des 18. Jahrhunderts vergleicht; in dem großartigen Getriebe ihres sozialen Lebens zeigt die Nation noch immer eine gewaltige Tatkraft, und es kann leicht geschehen, daß sie noch einmal, wenn sie sich in den Lebensinteressen ihres Handels verletzt glaubt, die Welt in Erstaunen setzt durch entschlossene Kühnheit. Aber der Gesichtskreis ihrer Staatsmänner ist allerdings ganz eng, ihre Weltanschauung altväterisch beschränkt und verstockt konservativ geworden - so hat die britische Nation. jeder, aber auch jeder, jungen und zukunftsreichen Macht, die sich in der Welt erhob, nur gehässige Feindschaft erwiesen. Sie schwärmte für die Ruchlosigkeit der nordamerikanischen Sklavenhalter - Und nach allen solchen gehäuften Proben von den beschränkten Vorurteilen der britischen Staatskunst sollten wir Deutschen diesen Staat als den hochherzigen Verteidiger der Völkerfreiheit und des europäischen Gleichgewichtes bewundern?“	
Anhang Februar-April 1918			
NZZ-1674 17.12.1918	Ein englischer General über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefaßt werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht.	Das beweise wieder einmal, daß eine Armee nicht kämpfen könne, ohne das Volk hinter sich zu haben. Da der Mut des deutschen Volkes zermürbt gewesen sei, seien Armee und Marine zusammengebrochen. - [Bezug siehe 25.03.1918 – NAZ-154]	
DT-12 15.01.1918	Verständigungsfrieden und Machtfrieden - Von Freiherrn von Jedlitz und Neukirch, Mitglied des Hauses der	Selbst der „Vorwärts“ liebäugelt, obwohl er die einzelnen Friedensbedingungen Wilsons selbst für indiskutabel erklärt, doch mit dem Gedanken von Friedensverhandlungen auf der Grundlage der	

	Abgeordneten In den neutralen Ländern hat sich nur ein Teil der Presse das unbefangene Urteil bewahrt, daß Lloyd-Georges und Wilsons Friedensreden in Wirklichkeit Kriegsansagen sind.	Wilsonschen Vorschläge. Zur Beschönigung wird darauf hingewiesen, daß Wilson erklärt, dem deutschen Volke nicht schaden zu wollen. Dieser Satz erscheint allerdings in eigentümlichem Lichte, wenn man damit die konkreten Friedensvorschläge Wilsons vergleicht; Vorenthaltung unserer Kolonien, Abtrennung nicht nur des Reichslandes sondern auch der ehemals polnischen Landesteile einschließlich Danzigs. Denn nur so ist Wilsons These betreffs Polens zu verstehen. - Der unter skrupelloser Ausnützung der Kriegsnotwendigkeiten im Reichstage und bedingungsweise auch bei der Regierung durchgedrückte Scheidemannfriede ist ihr A und O. Die Friedensvorschläge der angelsächsischen Machthaber versetzen sie nun in die Lage des Lohgerbers, der seine Felle fortschwimmen sieht. Von einem Verständigungsfrieden kann zurzeit nur in bezug auf Rußland die Rede sein, nicht aber gegenüber unseren anderen Feinden, namentlich nicht gegenüber England und den Vereinigten Staaten. - Gegenüber Feinden mit solchem Kriegsziel ist der Natur der Sache nach ein Verständigungsfriede ausgeschlossen, hier kann nur von einem Machtfrieden als Frucht unseres Sieges die Rede sein.	
März 1917	Die Sixtus Mission im März 1917 Helmut Rumpel, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis (1965) <u>Es war Kaiser Karl, der die Initiative zu den Friedensgesprächen mit Frankreich ergriff, indem er seine Schwiegermutter Maria Antonia von Braganza ersuchte, ihre Söhne Sixtus und Xavier nach Wien einzuladen.</u> * Karl: So wie ich jede Militärkonvention mit Deutschland auf das Entschiedenste zurückgewiesen habe, so muß ich auch jeden Handelsvertrag, der uns in intimere Beziehungen zu Deutschland bringt, perhorreszieren. [...] Ein eklatanter militärischer Sieg Deutschlands wäre unser Ruin. * Friedenssondierungen – Penfield/Czernin, Revertera/Armand, Lammasch/Herron, Mensdorff/Smuts (auf die er noch am ehesten Hoffnungen setzte), Pacelli/Kaiser Karl, Skrzyński/Kerr	Kaiser Karl: Er trug sich von Kriegsbeginn an mit dem Gedanken einer Verfassungsreform, und er war insbesondere entschlossen, so rasch und so gut wie möglich zu einem Frieden für die Monarchie zu kommen. - Nach dem Friedensschritt der Mittelmächte vom 12. September [Dezember] 1916 und dem <u>Vermittlungsversuch Thomas Woodrow Wilsons vom 18. Dezember 1916</u> waren die Wege der offiziellen Diplomatie erschöpft. Kaiser Karl und sein Außenminister und Vertrauensmann, Graf Ottokar Czernin, waren aber entschlossen, die Friedensaktion fortzusetzen. - Der Kaiser anerkannte also keineswegs die Rückforderungsansprüche Frankreichs als grundsätzlich gerecht. <u>Die schlussendlich absichtlich unbestimmt stilisierte Formulierung <i>les justes revendications relatives à l'Alsace-Lorraine</i> ist so zu verstehen, dass Kaiser Karl die Ansprüche Frankreichs gegenüber dem Bundesgenossen Deutschland unterstützen wollte, sofern und soweit sie gerechtfertigt waren.</u> - Die Parmas waren jedenfalls davon überzeugt, dass über einen „Sonderfrieden“ verhandelt wurde. Auf Grund der Vorgeschichte hegten sie darüber keinen Zweifel. Im August 1914 waren sie sich in Gesprächen mit dem Thronfolgerpaar in Wien darüber einig geworden, dass ein Anwachsen der preußischen Militärmacht für die Sicherheit Frankreichs wie für die Selbständigkeit des Habsburgerreiches in gleicher Weise bedrohlich sei, und dass eine politische Neuordnung der Monarchie, eine Loslösung von Deutschland und eine Verbindung mit Frankreich anzustreben sei. - Czernin war überzeugt, dass ein Friede	

		angesichts der italienischen und französischen Eroberungsgier nicht zu erreichen war. <u>Deshalb ging er zu den zahlreichen Friedenssondierungen – Penfield/Czernin, Revertera/Armand, Lammasch/Herron, Mensdorff/Smuts (auf die er noch am ehesten Hoffnungen setzte), Pacelli/Kaiser Karl, Skrzyński/Kerr – auf Distanz.</u>	
NAZ-138 16.03.1918	Der letzte Sprung des alten Löwen – von Bernhard Shaw	Seit Jahrhunderten schon sinnt der Löwe auf das eine Ziel: niemand soll größer sein zu Lande als England, niemand so groß wie England zur See. - England, gleich viel ob zu Recht oder zu Unrecht, jedenfalls ganz und gar England, in seiner angeborenen Verderbtheit und Gewalttätigkeit, wie auch in seiner angeborenen Größe und seinem Ruhm, war echt englisch aus dem Kampf hervorgegangen und hielt das Gleichgewicht der Macht in seiner Hand. Hundert Jahre lang wußte kein Engländer mehr, was es heißt, vor der Möglichkeit eines feindlichen Einfalls zu erbleichen. Zwei Generationen hindurch lag der Löwe, sonnte sich und witterte keinen Feind, den ein Schlag seiner Tatze nicht hätte niederschlagen können. - Da brüskiert Frankreich unversehens Deutschland, heißt Deutschland sich aus Marokko scheren und zwar sofort. Deutschland blickt auf den Löwen und sieht ihn sprungbereit, mit zitterndem Schweif. Die Uebermacht ist zu groß: Kränkung im Herzen geht Deutschland zurück, zum ersten Mal brüskiert seit Aufgang seines Sternes. - Da bringt ein glücklicher Stern, der dem Löwen fast immer geleuchtet hat, den Fürsten Lichnowsky als deutschen Botschafter nach London. Es war nichts Böses, wenn man ihm sehr freundlich tat, denn der Fürst ist ein charmanter Mann mit einer sehr charmanten Frau. Da war denn auch unser Sir Edward Grey, auch ein charmanter Mann, stets bereit auf Teeegesellschaften ganz offen über den Frieden zu sprechen, mit ganz Europa, wenn's sein mußte. - Und Lichnowsky hatte noch so viel weniger Ahnung von Löwenmoral, daß er meinte, Grey selbst sei der Löwe - Dem Fürsten Lichnowsky erschien Grey täglich größer als Staatsmann und charmanter als Mensch; täglich wurde er fester in seiner Ueberzeugung, daß des Löwen Herz sich von Grund auf gewandelt hatte, und daß der Löwe allgemach wirklich und richtig freundlich wurde. Und Grey hielt Lichnowsky vielleicht für einen Toren, war aber deshalb nicht weniger nett zu ihm.	
Juni 1918			
	Reichstagsprotokolle 1918 – 179. Sitzung 24.06.1918	Rede Staatssekretär von Kühlmann und Graf Westarp	
Juli 1918			
04. Juli 1918, Donnerstag			
DVB-10593	Englands Anwälte	In der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Haas gestern einen Aufsatz, in dem er aus einer Reihe von Äußerungen der Pariser Presse seit Anfang Juni den Schluß zog, daß in Frankreich tatsächlich eine ernste Friedensbereitschaft sich feststellen lasse, weshalb die Mittelmächte sich beeilen sollen, ihre Friedensziele öffentlich darzulegen. Daß diese Auffassung just in einem Wiener Blatte vertreten wird, ist um so drolliger, als wir hier aus erster Hand die Proben französischer Friedensbereitschaft erhalten haben: die im „Temps“ anfangs Juni erschienene Aufforderung der Entente an den österreichischen Polenklub, das Budget zu verweigern, und die impertinenten verleumderischen Gerüchte, die bezahlte und nichtbezahlte Agenten der Entente über das Kaiserhaus verbreiten. - Daß man aber in Frankreich an keinen Verständigungs-	

		oder Vergleichsfrieden denkt, kann der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Haas einem Pariser Briefe des Berner „Bundes“ entnehmen. - um erkennen zu lassen, daß man in Paris nicht an Verhandlungen denkt, sondern nur an ein Ende des Krieges, dem die völlige Niederlage der Mittelmächte vorauszugeben habe. - Die letzte Reuter-Antwort auf die Rede Kühlmanns war von der Hoffnung diktiert, durch die politische Offensive gegen Oesterreich-Ungarn dessen Niederbrechen zu erzwingen, und Lord Cecil lehnte im englischen Unterhause jede Erörterung der jüngsten Aeußerungen des Grafen Burian ab, und zwar mit der Begründung, daß zunächst die Ostfriedensverträge annulliert werden müssen. Und warum? Weil sie England nicht passen. Die Westmächte waren außerstande, Rußland militärisch Hilfe, zu bringen. Sie verlangten, daß Rußland den Krieg fortführen soll, ließen es aber ebenso im Stiche, wie sie Serbien und Rumänien ihrem Schicksale überlassen hatten, trotzdem aber erlaubten sie ihm nicht, Frieden zu schließen, und als er doch geschlossen wurde, erklärten sie ihn für ungültig. Das besagt noch nichts, um ihn zu annullieren, müssen sie Deutschland und Oesterreich-Ungarn dazu zwingen, und da sie das militärisch nicht imstande sind, stellen sie als neueste Vorbedingung für die Eröffnung von Friedensverhandlungen die Annullierung der Ostfriedensverträge. Die sozialdemokratische Presse wird sich viel darauf zugute halten, daß die englische Regierung auf diese famose Idee gekommen ist. Sie haben ja gegen diese Friedensverträge opponiert, und sie werden jetzt triumphierend verkünden: Seht ihr, daß wir recht mit unserer Warnung hatten, daß diese Sonderfriedensverträge ein Hindernis für den allgemeinen Frieden sein werden! Gewiß haben sie recht, wie alle, die in diesem Kriege die Interessen der englischen und amerikanischen Kapitalisten vertreten, und das tut die Sozialdemokratie bewußt oder unbewußt. - Oesterreich würde aufgelöst werden, da kein ernster Mensch an die Föderation eines deutschen, tschechisch-slowakischen, südslawischen und auf ein Viertel reduzierten ungarischen Staates denken kann; die Türkei würde zertrümmert und die sich an ihrer Stelle bildenden Kleinstaaten in die englische Interessensphäre und die englische Abhängigkeit fallen; England würde in Belgien wiederum seine Angriffsbasis gegen Deutschland erhalten, das um die Provinz Posen verkleinert würde, ohne die Ostpreußen unhaltbar wäre; England hielte dagegen Palästina und Aegypten, denn von ihrer Wiederherstellung ist in dem sozialdemokratischen Bekenntnis nicht die Rede, dafür aber würden Deutschland die Kolonien im tropischen Afrika genommen, während die englischen und französischen Kolonien im nicht-tropischen Afrika bei England und Frankreich blieben, kurz, alle Völker und Völkchen, die nach dem Sprachgebrauche der Entente unter dem Joche der Mittelmächte seufzen, sollen nach Seitz und Ellenbogen befreit werden kraft ihres Selbstbestimmungsrechtes; dagegen wird dieses nicht den ehemals zu Rußland gehörenden Randvölkern, vor allem nicht den Deutschen der Ostseeprovinzen zugestanden, damit sie mitsamt Rußland desto sicherer dem englischen und amerikanischen Unternehmertum ausgeliefert werden; nicht zugestanden wird ferner von den Herren Seitz und Ellenbogen das Selbstbestimmungsrecht den vielen Millionen, die unter englischer Herrschaft stehen, nicht zugestanden vor allem den von England geknechteten Irländern, damit dieses nach wie vor Europa beherrsche, sämtliche großen Welthandelsstraßen kontrolliere und Indien mit Aegypten zum Europa	
--	--	---	--

		erdrosselnden Gürtel zusammenschließen kann. Und einen solchen Frieden nennen die Seitz und Ellenbogen keinen Siegfrieden, und für einen solchen Frieden, der die angloamerikanische Kapitalistenklasse zur weltbeherrschenden machen soll, für einen solchen Frieden, der auch die ausschweifendsten Pläne des englischen Imperialismus verwirklichen würde, arbeiten die Führer der „deutschen“ Sozialdemokratie in Oesterreich. Ob Dummheit oder Schlechtigkeit sie zu Agenten Englands machen, überlassen wir dem Denken des Lesers.	
DVB-10593	Eine Erklärung Lansings zur Slawenfrage	die amerikanische Regierung nehme den „Standpunkt ein, daß alle Zweige der slawischen Rasse vollkommen von der deutschen und österreichischen Herrschaft befreit werden müssen.“	
DVB-10593	Die „Wiederaufrichtung Polens“ in englischer Sicht	Mit bemerkenswerter Offenherzigkeit deckt die „Morning Post“ die Gründe auf, aus denen man in England für Polen ein so angelegentliches Interesse bezeugt. Sie erkennt in der „Wiederaufrichtung Polens“ eine außerordentlich erwünschte Gelegenheit, Deutschland um seine östlichen Gebiete zu bringen und ihm in den Polen und den übrigen slawischen Völkern eine starke wirtschaftliche und politische Konkurrenz zu schaffen, deren sich England in seinen Bestrebungen bequem bedienen könnte. - Ein unabhängiges und völlig wiedervereinigtes Polen würde Europa und die Welt von der drohenden preußischen Herrschaft befreien.	
VOW-181	Die Offensive der Wahrheit	Sie Sozialisten (Scheidemann) wünschen ein en „Schluß in Ehren“ des Krieges. - Der Wunsch des deutschen Volkes nach einem schleunigen „Schluß in Ehren“ ist heute so stark, daß verständiges Entgegenkommen von der anderen, feindlichen Seite ihn ohne weiteres zum Durchbruch bringen müßte. Auch heute noch – oder, vielleicht richtiger gesagt, heute wieder – hätten die Gegner Gelegenheit, zu einem guten Frieden zu gelangen, einem Frieden, der nicht von der Kriegskarte diktiert, sondern auf das Gleichgewicht der auf beiden Seiten summierten Kräfte, der militärischen und wirtschaftlichen, gestellt ist. - Der „Schluß in Ehren“ für alle, wie ihn die Sozialdemokratie fordert, entspricht also den Interessen der Gegner mindestens in genau eben dem Maße wie unseren eigenen.	
VOW-181	Rede Scheidemanns im Reichstag/ Ledebour von den Unabhängigen- Sozialisten (mit Drohung der Revolution)	Ich bin darauf gefaßt, daß man mir sagen wird: England habe damit begonnen, den Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen, indem es die Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich zu machen suchte. Das ist richtig, und ein Wort der Entschuldigung gibt es auch jetzt nicht für diese Art der Kriegsführung - Es gibt nur eine Stimmung, die sich in dem Wort zusammenfaßt: Schluß! Schluß in Ehren selbstverständlich – darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit, – Schluß ohne Beeinträchtigung Deutschlands, aber Schluß. - Wir fordern von ihr, daß sie Belgiens Recht auf Selbständigkeit unumschränkt anerkennt und alles tut, was der schnellen Herbeiführung des Friedens dient, ohne Deutschlands Lebensinteressen preiszugeben. Eine Regierung, die solche weitausschauende Friedenspolitik triebe, würden wir freudig unterstützen; einer Regierung, die nach vier Kriegsjahren noch immer nicht über den Belagerungszustand hinwegkommt, können wir den Etat nicht bewilligen. Es ist höchste Zeit, die Volksbedürfnisse zu erkennen und danach entschlossen zu handeln. Das ist kein leicht hing gesprochenes Wort, <u>sondern eine tiefenste Mahnung und Warnung</u> - Scheidemann polemisiert gegen die Oberste Heeresleitung Ledebour: Sollten die bestehenden Einrichtungen in Rußland unter dem Schutz der deutschen Truppen gestürzt werden, sollte es wirklich zu einer Vergewaltigung der russischen Arbeiter und Proletarier kommen, so wäre es die	

		heiligste Pflicht aller deutschen Proletarier, alle Machtmittel anzuwenden, um ein solches Verbrechen zu verhindern. Kein deutscher Proletarier dürfte durch Herstellung von Munition die helfende Hand zu solchen Verbrechen bieten. (Beifall b.d. U.Soz.) <u>Die deutschen Proletarier aller Richtungen müßten wir dann zur Revolution aufrufen</u>	
05. Juli 1918, Freitag			
DTZ-339	Der „Vorwärts“ und Scheidemanns Offensive der Partei-Wahrheit.	. Deutsches Weltherrschaftsstreben und Eroberungskrieg auf der einen Seite, Kühlmanns Weisheit auf der anderen bilden zusammen mit den daran geschlossenen Angriffen auf das Große Hauptquartier die Kernpunkte der Scheidemannschen Rede - Nach dem Bericht des „Vorwärts“ nämlich gibt Scheidemann die Möglichkeit eines durch militärische Entscheidung herbeigeführten Friedens zu; was er bestreitet, ist die Möglichkeit, daß durch militärische Entscheidung ein Weltfrieden in sozialdemokratischem Sinne herbeigeführt werden könne.	
DTZ-339	Scheidemann und der „neue Burgfrieden“	Man muß seit dem Mittwoch die Hoffnung aufgeben, daß die Partei des Herrn Scheidemann für politische Vereinbarungen ein geeigneter Kontrahent ist. Herr Scheidemann weiß doch wohl, daß im Herbst v. J. der neue Burgfriede auf Gegenseitigkeit geschlossen worden ist, d. h. unter der Voraussetzung, daß die Sozialdemokratie ihre Oppositionsstellung aufgibt. Die Aufhebung des §153 der Gewerbeordnung, die Schaffung von Arbeitskammern sind in das Programm nur unter der Bedingung aufgenommen worden, daß die Partei des Herrn Scheidemann der neuen Regierung keine Schwierigkeiten macht. Der Burgfriede hat ja nicht lange gehalten. Man hätte aber doch wohl erwarten können, daß die sozialdemokratische Partei auf einen Angriff verzichten würde, wie Herr Scheidemann ihn sich am Mittwoch geleistet hat.	
DT-155	Scheidemann - Dämmerung.	Scheidemann und Payer im Duell – Scheidemann droht Payer mit dem Ende der Regierungsunterstützung durch die Mehrheitsparteien	
DTZ-339	Aus Wilsons Kampf gegen das Deutschtum	daß in Städtenamen, wie Germantown und Berlinsville, die Worte German und Berlin durch Liberty und Victoria ersetzt werden sollen, da diese Namen die Loyalität und Liebe für das alte Vaterland dartun sollten. - Die bekannte deutsche Zeitung „Germania Herold“ hat ihren Namen in „Milwaukee Herold“ gewandelt. - Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Boykott genügt längst nicht mehr, die freie anglikanisch-indianische Seele verlangt stärkere Reize. Da hinein gehört die von Amts wegen erfolgte Beschlagnahme deutschen Vermögens, gehört das echt amerikanische Teeren und Federn, und was sonst noch zu den Vergnügungen der kulturbegleitenden Untertanen des ethischen Präsidenten gehört	
BBZ-310	Wilson's Kriegsziele.	Vier Punkte für einen Frieden: 1. Vernichtung jeder Willkür und Macht 2. Regelung aller Fragen sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist 3. Einwilligung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander sich von denselben Grundsätzen der Ehre und der Achtung vor dem Gewohnheitsrechte der zivilisierten Gesellschaften leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten 4. Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen	
DT-339	Eine Rede Wilsons.	daß wir nicht allein stehen, sondern mit anderen Völkern	

		zusammenarbeiten, um nicht nur uns, sondern auch ihnen die Früchte der Freiheit zu sichern. - Auf der einen Seite stehen die Völker der halben Welt, nicht nur diejenigen, die in den Kampf verwickelt sind, sondern auch die anderen, die unter der Unterdrückung leiden, aus der sie sich mit eigener Kraft nicht befreien können. Ihnen gegenüber steht eine isolierte Gruppe von Regierungen, die ein gemeinsames Ziel haben, und von denen noch jede ihren eigenen egoistischen Zielen nachjagt. In den Händen dieser Regierungen sind ihre Völker wie Wachs. Sie verfügen über Gut und Blut ihrer Untertanen, so wie sie über das Leben und Eigentum aller anderen Völker verfügen würden, die in ihre Hände fallen sollten. Solches Regierungssystem gehört der Vergangenheit an, solche politischen Auffassungen stehen in krassem Widerspruch zu unseren Ansichten. Die Vergangenheit und die Zukunft liegen miteinander im Todeskampfe, wobei die Völker der Welt zermalmt werden. Es kann keine Kompromisse geben, wir können unsere Ziele nicht erreichen, es durch, daß man darüber debattiert. Unsere Ziele können nur verwirklicht werden, wenn alle denkenden Völker der Welt sich die Forderung nach der Wiederherstellung der Gerechtigkeit und der menschlichen Freiheit zu eigen machen. Die Herrscher von Preußen haben Kräfte geweckt, von denen sie wenig wußten, Kräfte, die einmal geweckt, ihre Ufer überschweben und immer wieder an die Oberfläche treten können.	
TR-339	Die Munitionsladung der „Lusitania“ erneut bewiesen	Bei der Zeugenvernahme erklärte ein Angestellter der Bethlehem Stahlwerke, daß mit der „Lusitania“ nach Anweisungen der Cunard-Linie vierzöllige Schrapnellhülsen befördert wurden. Die Hülsen hätten Kugeln, aber noch keine Pulverladung enthalten	
BNN-388	Der Kühlmann-Prozeß. - Ausschluß der Öffentlichkeit.	Die „Deutsche Zeitung“ wurde angeklagt, AA Staatssekretär von Kühlmann beleidigt und zum Rücktritt aufgefordert zu haben	
DT-155	Der englische Arbeiterkongreß. – Von Dr. Paul Lensch, Mitglied des Reichstags.	Jede „Verständigung“ wäre ihnen eine Verständigung mit dem leibhaftigen Gottseibeiuns, was für jeden frommen englischen Arbeiter, welcher religiösen Sekte er auch angehören mag, vollkommen unmöglich wäre. - Von einem gewissen melodramatischen Interesse war das Auftreten Kerenskis, des Exnapoleons aus Rußland. Ihn in erster Linie trifft die Verantwortung für die völlige Auflösung, der sein Land jetzt preisgegeben ist. Er zog vor jetzt genau einem Jahre das Gold der Entente, für das er als Bezahlung die russische Offensive vom 1. Juli lieferte, einem billigen Frieden mit den Mittelmächten vor. Jetzt schiebt er die Schuld auf die Bolschewiki und sucht Rußland von neuem in den Krieg hineinzuzerren – ein Versuch, der, wenn er irgendwie gelänge, das über Rußland hereingebrochene Unglück nur noch vergrößern könnte. Zugleich aber ist die Anwesenheit Kerenskis in London ein deutlicher Anhalt dafür, daß die englische Regierung ihn für ihre russische Politik benutzen will. Wie eifrig sie in Rußland wühlt, ist bekannt genug. <u>- Dem holländischen Sozialdemokraten Troelstra war von der englischen Regierung der Paß verweigert worden, lediglich aus dem Grunde, weil er vorher mit Scheidemann verhandelt hatte.</u> Der Kongreß, der Troelstra ausdrücklich eingeladen hatte, nahm diesen Faustschlag ohne weitere Beschwerde hin. Nach der Tagung sandten einige berufene Mitglieder und Gäste, wie Henderson und Branting, Thomas, Renaudel, Longuet und Huysmans, eine schön stilisierte Depesche ab, indem sie Troelstra zu seinem Mißgeschick ihr tiefstes Beileid ausdrückten.	
DT-339	Churchill redet wieder.	Nachdem er erklärt hatte, daß dieser Krieg ein Krieg der Zivilisation gegen die wissenschaftliche Barbarei sei, sagte Churchill, daß entweder das eine oder das andere System siegen müsse, aber wir können dem deutschen Volke versichern, daß wir ihm die fundamentalen Rechte nicht vorenthalten wollen, die wir für uns selber beanspruchen. - Wir wollen keinen Ausgleich hinsichtlich unseres	

		Hauptzieles, keinen Frieden, bevor der Sieg errungen ist, kein Abkommen mit einem Verbrecher, der seine Taten nicht bereut hat. Die Deutschen sollen besiegt werden und sie sollen wissen, daß sie besiegt worden sind.	
BTB-399	„Kein Frieden vor dem Sieg!“ - Churchills Rede –	„Dieser Krieg ist der Kampf zwischen Bildung und wissenschaftlicher Grausamkeit. Es kann nur das eine oder das andere System siegen, aber wir können den Deutschen versichern, daß wir für uns selbst keine fundamentalen Rechte beanspruchen, die wir nicht auch Deutschen gönnen. Wie groß unser Sieg auch sein möge, deutsche Volk wird durch die Grundsätze geschützt werden, die wir verfechten. - Kein Kompromiß hinsichtlich unseres Hauptzieles! Kein Frieden vor dem Sieg! Keine Uebereinkünfte mit Missetätern, die keine Reue spüren! Deutschland soll besiegt werden und soll wissen, daß es besiegt ist!“	
DTZ-339	Vergebliche Anstrengungen. – Italiens Kampf	Vergebliche Taktik der Italiener gegenüber den Österreichern an der Piave	
TR-339	Die Munitionsladung der „Lusitania“ erneut bewiesen.	Bei der Zeugenvernahme erklärte ein Angestellter der Bethlehem Stahlwerke, daß mit der „Lusitania“ nach Anweisungen der Cunard-Linie vierzöllige Schrapnellhülsen befördert wurden. Die Hülsen hätten Kugeln, aber noch keine Pulverladung enthalten.	
TR-339	Ein Erzberger-Blatt gegen Kühlmann	Nachdem das Herrn Erzberger sonst so treu ergebene „Deutsche Volksblatt“ (Stuttgart) am 1. Juli den Rücktritt des Staatssekretärs Kühlmann als nach einiger Zeit wahrscheinlich behandelt hat, nimmt es am 2. Juli scharf gegen Herrn v. Kühlmann Stellung. Das geschieht in einem Artikel, der die „bittere Notwendigkeit“ einer politischen Initiative und dabei einer politischen Offensive nachweist. Dieser Artikel geht von der Zustimmung zu einem französischen Urteil aus, worin unsere militärische Ueberlegenheit der diplomatischen Unterlegenheit Deutschlands gegenübergestellt wird. - Nach außen ist politische Offensive klares und bestimmtes Wollen, unverzügliche und weitgreifende politische Ausnutzung militärischer Erfolge, rasches Zupacken aller sich bietenden Friedensmöglichkeiten und Nutzbarmachung aller Stimmungen für das große politische Ziel. Ein solches muß freilich vorhanden sein, gewissermaßen ein politischer Generalstabsplan. Nicht in Friedensangeboten und Friedensreden besteht eine politische Initiative, wohl aber hat sie die Aufgabe, dem militärischen Handeln das politische Handeln, der militärischen Tat unverzüglich die politische Tat entgegenzusetzen. Im Volke muß das absolute Gefühl dafür vorhanden sein, daß sein politisches Geschick in mindestens ebenso festen und sicheren Formen geleitet wird, wie es hinsichtlich seiner militärischen Führung davon fest überzeugt ist.	
TR-339	Kanzler und Staatssekretär.	Besonders interessant ist hierbei die ausdrückliche Feststellung, daß der Reichskanzler schon vor der Rede des Grafen Westarp die Rede Kühlmanns verurteilt hat. Die abgeschmackte Darstellung, als ob Graf Hertling „auf Befehl der Konservativen“ gegen Kühlmann sich gewendet habe, ist damit wohl auch für solche Leute abgetan, die den Grafen Hertling so wenig kennen, daß sie nicht schon aus solcher Kenntnis heraus jene Abgeschmacktheit ohne weiteres als solche erkannten.	
DZ-338	Unser Kampf - Vorbemerkungen, Fußnoten und Grundsätzliches zu einer Kundgebung des halbamtlichen	Wegen Angriffen auf den Staatssekretär von Kühlmann, wurde die „DZ“ angezeigt. - Aber der politische Effekt des Artikels, der in Frage steht, und den ich zu verantworten habe, geht dahin, Herrn v. Kühlmann als einen Schädling zu beseitigen. Wenn ich die Gewähr, die sichere Bürgschaft habe, daß morgen, übermorgen oder in einer absehbaren Zeit Herr v. Kühlmann zurücktritt, dann bin ich sehr gern bereit, dem Privatmann Herrn v. Kühlmann eine Erklärung abzugeben, daß mir jede Beleidigung dieses Privatmannes fernegelegen hat. Aber, wie gesagt, ich muß die Bürgschaft haben, daß die Wirkung des Artikels eintritt.	

06. Juli 1918, Samstag			
DT-341	„Im Namen der polnischen Nation.“	Und was Herr Korfanty „im Namen der polnischen Nation“ zu erklären hatte, paßt ganz ausgezeichnet in den Gesamtrahmen der deutschen Politik: Zum erstenmal in ihrer parlamentarischen Geschichte mußten sie sich dem Etat gegenüber ablehnend verhalten – dieselben Polen, denen die preußische Regierung die Hand zur Versöhnung hinstreckt in der stillen Hoffnung, dadurch Die Verhältnisse in der Ostmark irgendwie im Sinne eines Ausgleichs erleichtern zu können, und denen die deutsche Regierung mit dem September-Erlasse vom Jahre 1916 und den November-Patenten vom Jahre 1917 ein nahezu unbegreifliches Vertrauen bewiesen hat.	
August 1918			
19. August, Montag			
DZ-420	Kriegsbegeisterte Sozialdemokraten.	Branting ist von der amerikanischen Einstellung, kein Krieg sondern Kreuzzug, begeistert	
DZ-420	Eine pazifistische Konferenz in Luzern. - Erzberger -	Erzberger trifft Troelstra in Luzern	
20. August, Dienstag			
DZ-423	England und der Frieden.	Ein Verständigungsfrieden wird im besten Falle also eine Vertagung der Entscheidung sein und nur den Keim neuer Weltkriege bilden. Auch wenn Deutschland niedergeworfen würde, würde nur der erste Weltkrieg zu Ende sein, da das Angelsachsenentum sich bald gegen den zweiten großen und kräftigen Staat wenden wird, der dann noch der Alleinherrschaft der Angelsachsen im Wege steht, gegen Japan. - So lange wird der Krieg dauern, gleichviel ob ihn ein „Friedensvertrag“ unterbricht oder nicht. Der Weltkrieg ist erst dann wirklich zu Ende, wenn entweder die angelsächsische Weltherrschaft für absehbare Zeit hergestellt ist, oder aber mit und neben dem siegreichen Deutschland friedliche und wirklich gleichberechtigte Völker die Welt bewohnen. Das aber kann der Angelsachse nicht dulden. Ist er nur einer unter wirklich Gleichberechtigten, d.h. beherrscht er nicht mehr die See, die Hochstraßen des Wirtschafts-, des Kulturlebens, dann muß auch er arbeiten: und das kann und will er nicht. Der Angelsachse ist entweder der geborene Herrscher, der rücksichtslos alle anderen ausbeuten und betrügen kann, oder er ist nichts. Darin liegt die Lösung des Weltkriegsrätsels.	
21. August, Mittwoch			
DZ-423	Also doch!	Nun hat aber der Blockademinister Lord Robert Cecil gelegentlich einer mündlichen Antwort im Unterhause, ..., am 24. Juli Mitteilungen gemacht, ... daß dieser Vertrag einer militärischen Hilfeleistung zwischen Frankreich und England tatsächlich bestanden hat. Dem Blockademinister ist dieser Vertrag etwas so Selbstverständliches gewesen, daß ihm diese Bemerkung gelegentlich der mündlichen Antwort im Unterhause entschlüpft ist, ohne sich darüber klar zu sein, daß damit das ganze, von England mühsam ausgebaute Kartenhaus vom Schutz der belgischen Neutralität zusammenstürzte. Ja, Cecil ist in seinen Erklärungen sogar noch weiter gegangen, indem er hinzufügte, daß der Vertrag ohne Austausch von Ratifikationen wirksam wurde.	
DZ-424	Polnische Mindestforderungen.	Sicherung der Erhaltung der jetzigen Westgrenze Polens, Anerkennung der Bug-Linie als Grenze im Osten, Zuteilung von gewissen litauischen Territorien an Polen gegen eventuelle Abtrennung von drei Bezirken im Gouvernement Suwalki an Litauen, der Zutritt zur Ostsee durch Neutralisierung des Weichselunterlaufs und der entlang dieses Unterlaufs führenden Eisenbahnlinie, sowie die Anerkennung Danzigs als Freihafen	
DZ-424	Solf gegen Balfour.	Dieselbe Gesinnung, die den großen Gedanken des Völkerbundes durch die gleichzeitige Forderung des Handelskrieges gegen Deutschland entwertet und zu einer	

		Spottgeburt gemacht hat. „Können wir Euch nicht militärisch vernichten, so vernichten wir Euch durch den Völkerbund - Die „New York Times“ schreibt: „Deutschlands Beteuerung, daß es nicht die Absicht hat, Belgien zu behalten, hat weder Interesse noch Wert. Die Alliierten werden Deutschland aus Belgien und Frankreich vertreiben.“ Hierzu sagt Lord Northcliffe („Evening News“ vom 16. Juli 1918): „Wir sind hochofregut, eine so klare und klingende Stimme aus Amerika zu vernehmen. So soll man sprechen: Deutschland soll vernichtet werden, im Sinne der „New York Times“. Wir meinen vernichtet durch blutige und absolut unheilvolle Niederlage auf dem Schlachtfelde, so daß von Deutschland nichts übrig bleibt, als die Knochen seiner toten Soldaten in Frankreich und Belgien. Es gibt keinen anderen Weg.“ - Jede Verfassung ist England recht, die Rußland als Kriegsmaschine tauglich erhält. Und würde Iwan der Schreckliche auferstehen und Rußland zu neuem Kampfe zusammenschweißen, würde er den Engländern ein willkommener Bundesgenosse im Kreuzzug für Freiheit und Recht sein. - „Soll man Deutschland die Kolonien zurückgeben und dadurch Deutschland Unterseebasen auf allen großen Handelsstraßen der Welt und dadurch den Welthandel zu Deutschlands Verfügung stellen?..“	
23. August, Freitag			
DZ-428	Eine englische Stimme zur Rede Solfs. - Holländische Stimmen.	daß die Kolonien nicht an ein Deutschland, wie es jetzt ist, zurückgegeben würden, sondern an ein Deutschland, das bereit sei, sich an dem friedlichen Kulturwerk aller Nationen zu beteiligen. - Deutschland erst mit einem Wirtschaftskrieg zu drohen und dann zu erklären, daß es seine Kolonien für immer verlieren werde, bedeutet so viel, wie Deutschland seiner Zukunft berauben - Aber das Faustpfand im voraus zu einem bleibenden Besitz zu erklären und den Wirtschaftskrieg als System unabhängig von dem, was der Friede bringen wird, anzukündigen, das muß das deutsche Volk zum äußersten bringen und alle versöhnliche Gesinnung verdrängen.	
DZ-428	Moskau vor großen Ereignissen.	Der Kreml, in dem sich zur Zeit außer Lenin nur noch ein kleiner Teil der Volkskommissare aushält, ist von einem dreifachen Schützengrabensystem umgeben. Der Zutritt durch den starken Bewachungskordon, der von lettischen, finnischen und chinesischen Regimentern gestellt wird, ist niemandem ohne besondere Genehmigung gestattet. Die in der Nähe des Kreml befindlichen Häuser sind geräumt, um ein Festsehen eventueller Angreifer zu verhindern.	
DZ-428	Ein Schandfleck auf dem Schilde Englands.	Es handelt sich hier um einen verbrecherischen Raubzug der Verbandsmächte, die ohne Not ein friedliches, aus tausend Wunden blutendes Land überfielen und in einer ihnen angeborenen imperialistischen Eroberungssucht sich anschickten, im Osten weite Gebiete des russischen Reiches sich anzueignen und gegen Deutschland eine neue Front zu bilden. Für eine solche Politik, die auch noch den am Boden liegenden Wehrlosen überfallen und ausplündere, könne es vor der Geschichte keine Entschuldigung geben, und darum bleibe ihr Eingreifen im Osten ein Schandfleck, den keine Macht der Erde vom Schilde der Verbandsmächte wegwischen könnte.	
DZ-428	Die Jahrhundertfeier der badischen Verfassung. - Die Rede des Prinzen Max von Baden.	Die Vergangenheit hat gezeigt, welch kostbares Gut das badische Volk an seinem Verfassungsleben besitzt. Sie hat das schöne Wort des Vaters Eurer Königlichen Hoheit wahrgemacht, daß zwischen Fürstenrecht und Volksrecht kein Gegensatz besteht.	
25. August, Sonntag			
BTB-433	Wie Deutsche sprechen sollen. Von Bernhard Dernburg, Staatssekretär a. D.	Damit ist die Faust- oder Kompensationstheorie endgültig aufgegeben und die deutsche Politik zu der standhaften und rechtschaffenen Auffassung und zurückgekehrt, daß, soweit die Reichsleitung gewußt hat, Belgien als ein an dem	

		Streit unbeteiligter Dritter entgegen bestehenden Verträgen in Mitleidenschaft gezogen worden ist	
28. August, Mittwoch			
BTB-438	Der Weg zum Frieden. Von Georg Gothein, Mitglied des Reichstags.	Von vornherein wäre es für alle Teile besser gewesen, wenn nach dem russischen Zusammenbruch die Regelung der Verhältnisse des Ostens nicht zwischen den Mittelmächten einerseits und Rußland und Rumänien andererseits erfolgt wäre, sondern wenn dies dem Weltfriedensvertrag überlassen geblieben wäre. Bei der militärischen Lage war dabei die Unversehrtheit der deutschen und österreichischen Grenzen doch so wie so gegeben. Es ist im wesentlichen die Schuld Englands und Frankreichs, daß sie, um den Krieg fortzusetzen, sich dem widersetzt haben. Aber auch wir haben uns durch die Brest-Litowsker Verträge den Frieden mit den Westmächten und Amerika wesentlich erschwert. In unserem eigenen Interesse wie in dem der davon betroffenen Ostvölker werden wir gut tun, das dort Zustandegekommene nur als Provisorium anzusehen und die definitive Regelung dem Weltfriedensvertrag zu überlassen. - Gerade weil Deutschland so stark, weil es militärisch nicht zu überwinden ist, kann es diesen Weg gehen den Weg wahrer Staatskunst und wahrer Menschlichkeit.	
30. August, Freitag			
BTB-442	Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge.	Der Rahmen ohne Bild wird langsam gefüllt	
31. August, Samstag			
BTB-444	Die Retter der „Krone“. Ein neues Flugblatt des Bundes der Kaisertreuen.	Das Flugblatt stellt sich später als ein Propagandablatt der Feinde heraus	
BTB-445	Lord Cecil über Deutschland	Die „Mittelalterlichen“, die „der Ansicht huldigen, daß die Weltherrschaft jeder Macht gehöre, die ihren Willen mit Blut und Eisen erzwingen könne“, seien heute noch ausschlaggebend, nötigten dem Volke ihre Ziele, ihre Politik, ihre Wünsche auf	
BTB-445	Cecils Aeufßerungen über die Möglichkeit einer Verständigung. Die „zwei Deutschland“.	Schickt eure kaiserliche Regierung in den Ruhestand und laßt die Sozialisten ihre Demokratie mache, dann können wir über Frieden reden – Die Forderung der Engländer für einen Frieden -Zwischen Vertretern dieser entgegengesetzten Standpunkte kann keine Verständigung erzielt werden. Dies sieht man auch in Deutschland ein, wo im Hinblick auf Gedanken und Gefühle eine tiefe Kluft zwischen den Alldeutschen und dem einsichtigen Teil des Volkes besteht, der verstanden hat, den Geist der Zeit zu erfassen und die mittelalterlichen Ideen zu verwerfen. - Dr. Solf hat erklärt, daß Deutschlands Feinde keinen Frieden durch Unterhandlungen wünschen; er hätte hinzufügen müssen, solange die Deutsche Politik von mittelalterlichem Geist diktiert wird.	
BTB-445	Die Antwort des Reichskanzlers	Kriegspsychose zeigt sich daher bei sämtlichen am Kriege beteiligten Völkern, aber sie tritt je nach der Eigenart der letzteren verschieden auf. Bei unseren Feinden tritt sie auf in Form eines an Wahnsinn grenzenden Hasses gegen die Zentralmächte, vor allem gegen Deutschland, ein Haß, der durch eine ununterbrochene Kette der ungeheuerlichsten Verleumdungen genährt wird und sich in Schmähungen alles dessen Luft macht, was uns wert und heilig ist.	
02. September, Montag			
BBZ-410	Kein Krieg mehr, sondern ein Kreuzzug.	für die Entente handelt es sich nicht mehr um einen Krieg, sondern um einen Kreuzzug	
DRB-443	Preußen Deutschlands „Getreuer Eckard“.	Die Rolle Preußens in der Geschichte Deutschlands	
DRB-442	Stresemann an Lansdowne.	Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und seine Situation	
DZ-447	Also nicht! K. Freiherr von Gebattel, General der Kavallerie z. D.	Aber die Leute dieser Presse dürfen sich nicht darüber wundern, wenn unsere Oeffentlichkeit darauf hingewiesen wird, daß die Rufer im Streite auch in diesem Falle, die ein ernstes zu Ruhe und Friede mahnendes Wort mit giftigem Hohne abtaten, Alljuden waren – Alljuden genau so, wie in	

		all den Fällen, die Hader und Unruhe in unser Volk brachten.	
DZ-447	Sedan - Zeitgemäße Betrachtungen von Heinrich Clay.	Und während die an der Front sterben und der Blutverlust unseres Volkes wächst, während die wirtschaftlichen Opfer für den Krieg sich ins Ungeheuerliche steigern, so daß treu besorgte Vaterlandsfreunde sich den Kopf zerbrechen, wie verderbliche Nachwehen bei siegreich bestandenem Kriege von unserm Vaterlande ferngehalten werden können, erheben die Allerwelts-Deutschen, die Verzichtleute, die Kosmopoliten, Internationalen und Pazifisten ihr Geschrei nach der Verständigung, nach dem Frieden ohne Landerwerb und Entschädigung, und überhäufen die andern mit Vorwürfen, die das Vaterland durch verstärkte Macht vor der Wiederkehr solcher Lebensgefahr sichern wollen; sie scheuen nicht davor zurück, die „Annexionisten“ für den Ausbruch und die Fortdauer des Krieges verantwortlich zu machen. - Jetzt sind deutsche Kriegsgefangene aus Sibirien zurückgekehrt; sie haben dort erfahren, daß schon im April 1914 sibirische Truppenteile mobil gemacht waren. Ist dies nicht deutlich?	
TR-448	Wer hetzte zum Kriege?	Schade, daß Herr Dr. Thimme, der sich so eifrig um Verwertung Bernhardischer Zitate bemüht und im Verein mit „B.T.“ und „Vorwärts“ alte Zeitungsbände schnüffeln durchwühlt, um dem Auslande unsere Erbärmlichkeit, unseren verdammenswerten militärischen Geist zu beweisen, nicht mit derselben Liebe, wie der einsichtige Sozialist Alwin Sängler, feindliche Zeitungen durchwühlt hat. Dann hätte sein Forschen wenigstens noch Resultate, während seine Zitate aus den „Alldutschen Blättern“, aus Bernhardi usw. recht dürftig sind und gar nichts beweisen, bei den Franzosen dagegen so viel.	
03. September, Dienstag			
BNN – 449	England und die deutsche Demokratie	Der wahre Grund für Englands Feindschaften gegen Deutschland konnte nie jemand unklar bleiben, der im Buch der Geschichte bescheid weiß. Man sollte doch nicht vergessen, daß gerade England im vorigen Jahrhundert vielfach die deutsche Demokratie bis aufs Messer bekämpft hat. Nämlich damals, als Deutschlands rote Demokraten gegen die einzelstaatliche Reaktion, für die Einheit des Reiches und dessen Machtentfaltung kämpften.	
KOL– 104	Graf Hertling über die Lage (siehe auch u.)	Das deutsche Volk mag ruhig sein, man wird es nicht vernichten, nur gut machen muß es allen Schaden. Gegenwärtig kann man mit Deutschland nicht verhandeln. Denn ehe Deutschland nicht geschlagen ist, kann nur ein Waffenstillstand zustande kommen, kein dauernder Friede. Alle Handlungen Deutschlands zeigen, daß dort die Blut- und Eisenpolitik die Oberhand hat. Nur mit der deutschen Nation, die sich vom Pangermanismus gereinigt hat, kann man verhandeln. So geht es weiter – das muntere Wortgeklingel, das die Tatsache vor der Welt verbergen soll, daß England den Krieg fortsetzen will, bis es seinen Raub in sichere Scheuern gebracht hat	
DRB – 444	Wilsons Kriegspolitik	Unter Wilson ist es aber noch ganz anders geworden. Er hat Gesetze machen lassen, die – wenigstens für die Kriegszeit – eine vollständige Diktatur des Präsidenten bedeuten, und man kann gespannt sein, ob das nach dem Kriege wieder anders werden wird. Jetzt kann er machen, was er will, u.a. nach Belieben Soldaten ausheben, und er will ja 5 Millionen Mann einberufen. Alle, die ihm widerstreben, werden rücksichtslos verfolgt und mit drakonischen Strafen belegt. Wilson hat eine leidenschaftliche Natur. Im ganzen Lande feuert er die Wut gegen Deutschland und die Deutschen dermaßen an, daß er damit selbst Lloyd George und Clemenceau weit in den Schatten stellt. - Wirtschaftlich strebt Amerika nach der Beherrschung der Welt und ihrer Unterjochung durch seinen Kapitalismus und seine Industrie. Auf dem Meere bedroht es erfolgreich die bisherige englische Seeherrschaft. Und politisch sind sie schon heute Schiedsrichter in allen weltpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, und werden es immer	

		mehr werden, je länger der Krieg andauert.	
DRB – 444	Der französische Chauvinismus in Blüte	„Echo de Paris“, dessen jahrelange Kampagne für die Eroberung und Annektierung des linken Rheinufer bekannt ist, schreibt in einem sehr scharfen Artikel gegen die französischen Sozialisten, die einen Verständigungsfrieden wollten, das französische Volk wolle von der Politik dieser Schwätzer nichts wissen, es fordere seine Wohlfahrt, die es wohl verdient habe, es werde seine Forderungen auch durchsetzen	
DRB – 444	Wilson an die Arbeiter – Aufruf sich für den Krieg zu wappnen	Ein krasses Beispiel dafür, wie sehr es innerhalb der amerikanischen Arbeiterschaft gärt, bildet der jüngst beendigte Riesenprozeß in Chicago, in welchem mehr als hundert Arbeiterführer wegen ihrer Kriegsgegnerschaft verurteilt wurden. - Die Anschuldigungen des Präsidenten gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bringen nichts Neues. Sie zeigen erneut Wilson als Europäer, der sich in die Verhältnisse unseres Kontinents einmischt, ohne im geringsten die historischen Zusammenhänge und die wahren Ursachen des Weltkrieges in Betracht zu ziehen, teils weil er sie nicht kennt, teils weil er sie nicht kennen will. – Wilson fordert, daß die Regierungen die Diener, nicht die Herren ihrer Völker seien; weiß er, daß es Preußens größter König war, von dem er das Wort entlehnt?	
DRB – 444	Demokratische Irreführung – Kommentar zu einem Bericht im BTB (s.u.)	Nach Herrn Theodor Wolff also würde es nur darauf ankommen, daß wir zum Parlamentarismus übergängen, um in ähnlicher Weise die Liebe und Bewunderung der Welt wie England zu gewinnen. Diese Rechnung ist aber ganz trügerisch. Einmal haben nicht nur englische Staatsmänner, sondern eben auch noch Herve in seinem Blatt betont, daß gar nicht darauf zu rechnen sei, mit einem demokratischen Deutschland säuberlicher zu verfahren als mit dem konstitutionellen. Unsere Staatsform ist an sich den Gegnern ganz und gar Hekuba. Wenn sie ein demokratisches Deutschland wünschen, so ausgesprochener Maßen deshalb, weil sie meinen, dann würde sich die großartige Disziplin und die meisterhafte Organisation, durch die Deutschland groß und stark geworden ist, lockern und die Unüberwindlichkeit Deutschlands damit schwinden. Insofern haben die Gegner ein Interesse an Deutschlands Demokratisierung, nicht aber, weil sie dann Deutschland mehr Sympathie entgegenbringen würden.	
BTB – 450	02.09.1918 - [Theodor Wolff und Englands Macht] – [Demokratische Irreführung]	Dieses Beispiel einer Verfassung, die erst den Untertan zum Staatsbürger, zum Teilhaber am Staate, umschuf, ist in fast allen Ländern dankbar befolgt worden, und alle Völker, deren Entwicklung durch den englischen Freiheitsbegriff und das Selbständigkeitsempfinden des englischen Staatsbürgers beeinflusst wurde, fühlen sich dem Vorbilde geistig verwandt. Der englische Eroberungshunger erscheint weniger anstößig, weil der englische Staatsgedanke erobernd den weitaus größten Teil der zivilisierten Erde gewann. Wir sind abseits geblieben, und wenn unsere Professoren die „innerliche Freiheit“, die seelische Freiheit rühmen, die wir besäßen, so hilft uns das nichts. Denn auf die anderen macht eine Freiheit keinen Eindruck, die man von außen nicht sieht. - Zum Friedensthema hat Herr Dr. Stresemann geäußert, „sobald England mit seinen Verbündeten jemals dem deutschen Volk und seinen Bundesgenossen den Frieden auf der Grundlage einer ehrenvollen Verständigung angeboten hätte“, so hätte „jede deutsche Regierung, unbeschadet der jeweiligen Kriegslage, ein solches feindliches Friedensangebot zur Grundlage von Besprechungen gemacht“. Nur weil die Entente keine Friedensneigung gezeigt habe, habe die nationalliberale Fraktion die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit abgelehnt. - Deutschland hat durch die Rückständigkeit seiner politischen Einrichtungen und seines politischen Geistes sich, zum Unterschiede von England, seine Stellung in der Welt, sein Leben zwischen den Völkern, wirklichkeitsblind	

		erschwert. Ueber alles hinweg, was nicht mehr in diese Zeit paßt, muß das deutsche Volk den Weg der Erneuerung gehen. Dazu braucht es Führer, die einen unbeugsamen Reformwillen haben, sich auf einen Bauplan einigen, den Ereignissen nicht nachlaufen, sondern Schöpfer der Ereignisse sind.	
BTB – 450	02.09.1918 - Graf Hertling und das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 [Kommentar zu Hertling über die Lage]	Bei dieser Gelegenheit sei angefügt, daß das Hauptorgan der bayrischen Sozialdemokratie, die „Münchner Post“, in der dreivierteljährigen Kanzlerschaft Hertlings den völligen Bankrott seiner Politik erkennt und daraus die politischen Konsequenzen gezogen zu sehen wünscht.	
BTB – 450	02.09.1918 - Scheidemann und Troelstra	Zu einer Meldung der „ Neuen Züricher Zeitung “, nach der Scheidemann bei seinem jetzigen Aufenthalt in der Schweiz mit Troelstra, dem holländischen Sozialistenführer zusammenkommen werde, bemerkt der dänische „Sozialdemokrat“, daß seiner Kenntnis zufolge das nicht zutrefte. Scheidemann und Troelstra würden sich bei dieser Gelegenheit nicht treffen, wie sie sich seit Ausbruch des Krieges überhaupt noch nicht gesehen hätten.	
DZ – DZ	Troelstra über den Frieden	Troelstra sprach sich sodann noch über die Einberufung einer allgemeinen sozialistischen Konferenz aller Länder aus, die als Hauptprogramm drei Punkte besprechen sollte: Keine Annexionen, keine Entschädigungspflicht Belgiens, Entschließung der Völker über ihr Schicksal entsprechend den Grundsätzen Wilsons. Die territoriale Frage sei nebensächlich, auch Elsaß-Lothringen. Ueber Belgien müsse eine Einigung erzielt werden. Im allgemeinen soll der Zweck der Konferenz der sein, die Möglichkeit einer großen politischen Aktion der Volksmassen in allen Ländern zu schaffen, dadurch, daß jede Partei im eigenen Lande für einen demokratischen Frieden arbeitet.	
DRB – 444	Eine neue Hetzrede Hughes	England sei durch jene Lehre, welche die Wohlfahrt der Nation nicht genügend berücksichtige, an den Abgrund der Vernichtung gebracht worden. Bestreite jemand, daß die Deutschen in die Industrie des Landes eingedrungen seien und sehr wichtige Industrien in ihre Hände gebracht hätten? Wollten Leute, die an alten Lehren festhielten, die wichtigen Industrien von neuem den Deutschen überliefern?	
DZ – 449	Die Mobilmachung der Volksseele durch die französische Schule (Kommentar zu Paul Rühlmann)	Für alle die Unheilbaren, die noch immer glauben, daß nach Abschluß des „Verständigungsfriedens“ und nach Beseitigung einiger „Mißverständnisse“ die Völkerverbrüderung gleich wieder ihren Fortgang nehmen werde, kommt ein Buch zur rechten Zeit, das uns einen tiefen Einblick in den Abgrund des Hasses gewährt, der uns von Frankreich trennt und der sich nicht schließen wird, wenn wir nicht, ohnmächtig zu Boden geschlagen, alle Demütigungen hinnehmen, die uns dieser Haß seit Jahrzehnten zugeschworen hat. - daß der wahre Inhalt der Revancheidee nicht in der Wiedererlangung Elsaß-Lothringens erschöpft ist; nein, das Hegemoniebedürfnis Frankreichs fordert die Vernichtung Deutschlands. Frankreich, das national reizbarste Land Europas, würde in seinem verletzten Stolz erst Ruhe finden, wenn es die Machstellung wieder erreicht hätte, die es im 17. Jahrhundert besessen hat. Seine Kolonien, deren Vermehrung Bismarck als eine Art Blitzableiter für das Gloirebedürfnis guthieß, gelten ihm nichts, solange Deutschland mächtig ist. Es ist ein Glaubenssatz des modernen Frankreich, das sich mit Bewußtsein als Erbe der alten Gallier geberdet, daß der Umfang Frankreichs durch den Kanal, die Atlantis, die Pyrenäen, die Alpen und den Rhein gebildet werden muß und daß diese Grenzen ihm gleichsam von der Vorsehung oder der Natur bestimmt sind.	
KHZ – 411	England und Amerika gegen Japan	In Moskau sind an unterrichteter Stelle Nachrichten eingetroffen, nach denen sich bestätige, daß ein geheimes englisch-amerikanisches Abkommen gegen Japan bestand.	
KHZ – 411	Cecil gegen Friedensverhandlungen	Die Entente hegt nicht den Wunsch, sich an dem deutschen Volk als Individuum zu rächen oder Deutschlands zukünftige Existenz und Blüte als Nation zu bedrohen; aber sie ist entschlossen, daß Deutschland völlige Genugtuung	

		für das Böse, das es getan hat, in erster Linie gegenüber Belgien, leisten muß. Im übrigen wird die Entente, bis das deutsche Volk klar gezeigt hat, daß es jene Rüstungs- und Weltmachtpolitik verwirft, die unter anderem durch die Hingabe an die unerhörte Militärmaschinerie ohnegleichen zum Ausdruck kam, die es geschaffen hat oder die es seinen Führern für die Terrorisierung Europas zu schaffen gestattete, keine Zeit mit Diskussionen verlieren, die nur vergeblich wären, da sie notwendigerweise nur auf der Grundlage aufgebaut würden, daß der ganze Ursprung der Mißverhältnisse weiterbestehen würde - Man hat bei uns in liberalen und demokratischen Kreisen leider vergessen, daß die erste Agitation für den Bau der deutschen Kriegsflotte von der bürgerlichen Demokratie ausgegangen ist, und als in der Sturmzeit von 1848 die deutschen Demokraten diese Agitation besonders lebhaft betrieben, da erklärte der englische Minister Palmerston, er werde die unter der schwarz-rot-goldenen Flagge fahrenden Schiffe als Seeräuber behandeln.	
KHZ – 412	England gegen Japan	Die Tatsache liegt auch sehr im Rahmen und in der Richtung englischer und amerikanischer Politik, daß politisch Klarblickende bereits gesagt haben, dieser Neuigkeit über das bevorstehende Geheimabkommen hätte es kaum bedurft, um die Richtung der englischen Weltpolitik zu erkennen.	
NAZ – 449	Gegen Balfours Verleumdungen	habe einige Monate später den Nordosten der Ukraine durchstreifen dürfen, nirgends habe ich auch nur die geringste Spur einer Verwüstung durch unsere Truppen wahrgenommen. Im Gegenteil. Unsere Truppen sind von der ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Volke zu Hilfe gerufen worden, haben unter großen Mühen und Entbehrungen diese auch geleistet, wurden von der Bevölkerung als Retter in höchster Not aufgenommen – sind doch selbst in verschiedenen Gemeinden Dankgottesdienste für die Befreiung der Ukraine durch die Deutschen abgehalten - Serbien, Rumänien und Rußland sind an dem Schutze Englands zu Grunde gegangen, Frankreichs Gefilde sind der englischen Verwüstung preisgegeben, Frankreichs und Italiens Volks- und Wirtschaftskraft verbluten sich im Frondienst englischer Machtgelüste.	
NAZ – 450	Amerikas „idealer Annexionismus“	Wir kennen die Ziele Wilsons nicht; mit denen, die er verkündigte, hat er sich teilweise in so scharfen Widerspruch gesetzt, daß wir nicht glauben können, er halte sie heute noch aufrecht. Als der deutsche Reichskanzler bereit war, auf seine vierzehn Punkte einzugehen, als der österreichische Minister sich in ähnlichem Sinne erklärte, da erfuhren sie eine schnöde Ablehnung - Wiederum war das Opfer Wilsons und der Seinen eine kleine Nation: Portugal. Unter dem Vorgeben, eine U-Bootbasis aufrichten zu müssen, besetzte die Kriegsmacht der Vereinigten Staaten die Azoren.	
VOS – 449	Indien unter englischer Herrschaft	die Präsidentin des letzten indischen Nationalkongresses, richtet gegen die englische Verwaltung heftige Anklagen wegen der dauernden Mißhandlungen von etwa einhundert politischen Verdächtigen, die auf einer Insel in der Nachbarschaft von Burma interniert sind, ohne daß irgend eine Anklage gegen sie erhoben wurde. Der Gouverneur von Bengalen leugnet, daß die Internierten gefoltert werden - Im Jahre 1915 sind in Britisch-Indien (außerhalb der sogenannten Eingeborenenstaaten) 537 000 Männer aus politischen Gründen hingerichtet worden.	
VOS – 450	Englische Stimmen zur Verständigung – Brest-Litowsk Frieden=Kriegsmaßnahme	Selbst wenn wir Deutschland zwingen könnten, Elsaß-Lothringen aufzugeben, selbst wenn wir den Frieden diktieren könnten, wären wir doch nicht imstande, dauernd den Frieden zu sichern. Man muß sich nur vergegenwärtigen, daß Deutschlands gesamte Eisenerzeugung 28 Mil. Meter tonnen beträgt, daß davon 21 Mill. To. auf Elsaß-Lothringen fallen. Wer wird so naiv sein, anzunehmen, daß Deutschland den Verlust unter solchen	

		Umständen ruhig hinnehmen würde. Auch darf nicht vergessen werden, daß wir auch in Zukunft neben Deutschland leben müssen. Darum ist ein Verständigungsfrieden der einzige Weg, diesen Krieg zu beenden.	
05. September, Donnerstag			
DZ-452	Die Vorbereitung der Verschwörung/ Die Gesandtschaft als Verschwörer-Zentrale	England organisiert in Moskau einen Umsturzversuch, leitend der englische Konsul Lockhart. - In gleicher Sitzung wurden dem erwähnten Kommandeur gemäß dem Versprechen Lockharts 700.000 Rubel übergeben, um den Aufstand zu organisieren. Am 22. August fand eine neue Zusammenkunft statt, in welcher zu demselben Zweck weitere 200.000 Rubel übergeben und der Plan ausgearbeitet wurde, die Arbeitsräume Lenins, Trozki, Avalows und des Obersten Rates für Volkswirtschaft zu besetzen, sich der dort befindlichen Papiere zu bemächtigen, wobei der englische Offizier Raily, welcher die Verhandlungen führte, hauptsächlich im Auge hatte, das Material zu erhalten, um einen Krieg Rußlands gegen Deutschland zu rechtfertigen, welcher sofort nach dem Umsturz erklärt werden sollte. - In Verbindung mit diesen Daten wurden sowohl in Petersburg wie in Moskau Verhaftungen vorgenommen. Das jetzt der Sowjetregierung zur Verfügung stehende Material bestätigt mit vollkommener Sicherheit das Vorhandensein einer Verschwörung der diplomatischen und militärischen Vertreter auswärtiger Mächte. In den Händen der Außerordentlichen Commission befinden sich eigenhändig von Lockhart unterschriebene Bescheinigungen, dank welchen die Verschwörer den Schutz der britischen Militärmission in Moskau genießen sollten. Es folgt ein Beispiel betreffend den Kapitän Krankalj von den lettischen Schützen. Das Papier trägt offizielles Wappen und Stempel der britischen Mission und Datum vom 18. August. - der amtlich beglaubigte Vertreter Englands hat eine große Verschwörung angezettelt, um die Regierung, bei der er beglaubigt ist, zu beseitigen. Er hat den Kommandeur eines russischen Truppenteils zum Hochverrat zu verleiten gesucht, und das alles mit dem ausgesprochenen Zweck, um durch diese Maßnahme und durch eine Reihe von gemeinen Fälschungen, an deren Ausführung die Engländer nur durch die vorzeitige Entdeckung der Verschwörung gehindert wurden, Rußland von neuem in den Krieg mit Deutschland zu hetzen. - Man wird vergebens in der Geschichte einen zweiten Fall suchen, in dem ein derartiger ungeheuerlicher Bruch aller völkerrechtlichen Sitten zu finden ist. Die Verschwörung in Moskau setzt den Schandtaten, die die englische Politik sich während des Krieges geleistet hat, tatsächlich die Krone auf.	
10. September, Dienstag			
BNN-462	Der Fels der Menschheit	Sollte Lord Cecil als Dolmetsch der feindlichen Wünsche wirklich recht behalten? Sollte es ihm wirklich gelingen oder gar schon gelungen sein, die Deutschen gegeneinander aufzubringen, den durch Sage und Geschichte so berüchtigt gewordenen furor teutonicus neu zum Schaden des deutschen Volkes anzufachen? -weil immer wieder der Hetzer von draußen keine der beiden Parteien zur Ruhe kommen lassen will. Einem wirft er die Lockung hin, daß sich Deutschland nur zu demokratisieren brauche, um als Liebling oder mindestens als Partner der Verständigung in den Armen der Entente aufgenommen zu werden. Der anderen Seite aber raunt er zu, daß er die Vernichtung Deutschlands wolle, und stachelt auf diese Weise die nationale Leidenschaft immer wieder auf - Denn wie jüngst erst die „Times“ eingestand, erwartet man den Sieg, wenn man ihn überhaupt haben kann, von nichts anderem als von der inneren Zermürbung Deutschlands.	

BNN-462	Kriegshetzer Roosevelt	Die deutschen Kolonien dürfen nicht zurückgegeben werden. Ueber die Friedensbedingungen im einzelnen sagte Roosevelt: Serbien und Rumänien müssen zurückerhalten, was Bulgarien ihnen abgenommen hat. Oesterreich-Ungarn und die Türkei müssen zerstückelt werden, indem man die unterjochten Nationalitäten befreit. Die Türkei muß aus Europa verschwinden. Frankreich soll Elsaß-Lothringen zurückerhalten, Belgien wiederhergestellt und entschädigt werden. Die italienischen Teile Oesterreichs müssen an Italien abgetreten werden, die rumänischen Teile von Ungarn an Rumänien. Polen muß ein unabhängiger Staat werden und muß Oesterreichisch- und Russisch-Polen zurückerhalten, ebenso wie Preußisch-Polen und die Küste an der Ostsee. Litauen und Finnland sollen Garantien für ihre Freiheit erhalten, und kein Teil des früheren russischen Gebietes darf unter deutschem Joch bleiben. Der nördliche Teil von Schleswig muß an Dänemark zurückgegeben werden. England und Japan erhalten die Kolonien, die sie eroberten. Armenien wird befreit und Palästina zu einem jüdischen Staat erhoben werden, während die Christen in Syrien ebenfalls befreit werden müssen.	
BNN-462	Vom Zweck des Krieges	Die Firma Krupp hatte seit 1873 in London mit englischen Firmen einen Gesellschaftsvertrag über gemeinsamen Bezug von spanischen Erzen. Diesen Vertrag haben jetzt die englischen Gerichte in allen Instanzen für aufgelöst erklärt mit der Begründung, sein Fortbestehen würde dem Zwecke des von England geführten Krieges, den feindlichen Handel zu krüppeln, zuwiderlaufen und dem Feinde die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen nach dem Kriege erleichtern.	
DT-212	Der Friede von Brest und seine „Zusätze“. Professor Dr. J. Haller (Tübingen).	Staatssekretär Solf hat diesen Friedensschluß mit einem bloßen Rahmen verglichen, der seine Füllung erst nachträglich erhalten sollte. Ein sonderbarer Gedanke! Seit wann macht man denn zuerst den Rahmen und dann das Bild? Es gibt freilich Bilder, an denen der Rahmen das Beste ist, aber da weiß man denn auch, wieviel sie taugen. - In klarer Erkenntnis dessen hatte unsere Oberste Heeresleitung verlangt, daß unter allen Umständen auf Räumung der Ostseeprovinzen von russischen Truppen bestanden werde. In der Wilhelmstraße war man anderer Meinung. Die Forderung wurde überhaupt nicht gestellt, weil man an ihr „den Frieden nicht scheitern lassen wollte“. Man erinnert sich der peinlichen Krisis in der Regierung, die daraus entstand, und die nur mit Mühe beigelegt werden konnte.	
DZ-462	Friedenserörterungen	Als Vorbedingung für die Eröffnung von Friedensverhandlungen wird gefordert, daß Deutschland, freiwillig oder gezwungen, Frankreich und Belgien räumt. - Aber trotz alledem wird gerade jetzt wieder von den Anhängern der Reichtagsmehrheit eine eifrige Friedenspropaganda geführt, die sich zumal in einem heftigen Ansturm gegen die Alldeutschen äußert.	
13. September, Freitag			
BAP – 212	Die finnische Krone für Prinz Friedrich Karl von Hessen.		
KHZ – 429	(zu Friedrich Karl von Hessen)		
DZ – 467	Lord Milner und das englische Geschäft	Es ist die Pflicht der europäischen Alliierten, zu kämpfen, als wenn Amerika nicht hinter ihnen stände. Die amerikanische Kraft kann, so groß sie ist, nur die Entscheidung bringen, wenn sie zu den Kräften der europäischen Alliierten hinzukommt, nicht aber, wenn sie an deren Stelle tritt.	
KHZ – 429	Amerikanische Kulturpropaganda	hat die amerikanische Regierung eine Reihe von schweizerischen Pressevertretern für eine Propagandareise nach Amerika eingeladen: - Es wäre ohne Zweifel im Interesse der Gerechtigkeit, wenn die neutralen Besucher Gelegenheit bekämen, selbst sehen zu können: wie Neger gelyncht werden; wie man Neger auf dem Scheiterhaufen verbrennt; wie man	

		Deutsch-Amerikaner an einen Pfahl bindet und zu Tode martert; wie man Deutsch-Amerikaner, die für den Krieg kein Verständnis zeigen, mit Teer bestreicht und anzündet; wie man Neutrale entgegen den Protesten ihrer Regierung zwangsweise in die Reihen der amerikanischen Armee einreihet; wie man Skandinaviern, Holländern usw. verbietet, ihre Landessprache zu sprechen, und ihre Schulen und Kirchen schließt; wie aus Böswilligkeit die holländische Kirche in Peoria niedergebrannt wurde und wie man versucht hat, den holländischen Pfarrer dieser Kirche zu erhängen; wie namhafte amerikanische Gelehrte ihres Lehramts enthoben werden, weil sie Wilsons Kriegspolitik nicht restlos billigen;	
NAZ – 469	Holländer im amerikanischen Heer	schwedische Bürger in Amerika zum Kriegsdienst gezwungen werden, bemerkt der „Niederländer“, daß dies auch Holländern gegenüber der Fall sei. Dies sei umso bedauerlicher, als nach holländischem Gesetz der Bürger, der unter fremder Flagge diene, seine Nationalität verliere. Tatsächlich würden in Amerika alle Männer ohne Unterschied der Nationalität genötigt, immer ein Registrierungspapier bei sich zu führen, da jeder Polizist jederzeit Einsicht verlangen könne.	
VOS – 469	Das Kriegsmaterial der „Lusitania“	hat das amerikanische Bundesgericht dahin entschieden, daß die „Lusitania“ auf ihrer letzten Fahrt keine Munition an Bord hatte. - hat ein doch sicherlich auch für die Amerikaner unverdächtig Zeuge, nämlich die britische Gesandtschaft in Bern, am 17. Mai 1915 in einer offiziellen Mitteilung an die Presse gesagt: Es wird nicht abgeleugnet, daß das Schiff Kriegsmaterial an Bord führte. Durch diese amtliche Erklärung gestand die englische Regierung ein, ihre Kriegsmaterialtransporte in verwerflicher Weise durch die Beförderung von neutralen Zivilisten, Frauen und Kindern auf demselben Dampfer gedeckt zu haben. Obendrein war den Passagieren entgegen den deutschen Warnungen, versichert worden, daß ihnen keine Gefahr drohe	
BAP – 212	Kaiserrede an die Kruppschen Arbeiter	Nunmehr ist es mit zu meiner Freude endlich gelungen, hierher zu kommen in die Werke, die ich seit meiner frühesten Kindheit in ihrer Entwicklung beobachten konnte und deren Besuch mich immer wieder erfüllt hat mit der höchsten Bewunderung deutscher Wissenschaft, Erfindungsgabe und Tatkraft. Es gilt heute, dem Kruppschen Direktorium, den Werksleitern und Arbeitern und Arbeiterinnen meinen Kaiserlichen Dank auszusprechen, für die geradezu überwältigende Art und Weise, in der die Kruppschen Werke dem deutschen Heere und seinem Obersten Kriegsherrn zur Verfügung gestanden haben und weit über menschliches Ermessen und Hoffen hinaus das Material geliefert haben, das die Armee im Laufe der steigenden Anforderungen in diesem gewaltigsten aller Kriege von ihr hat verlangen müssen. - Im Dezember des Jahre 1916 habe ich ein offenes klares, unzweideutiges Friedensangebot im Namen des Deutschen Reiches und meiner Verbündeten den Gegnern übergeben. Hohn und Spott und Verachtung ist die Antwort gewesen.	
BTB – 468	Die Stuttgarter Rede Payers (Kommentar)	Kommentar: Abgesehen von der Ausnahmestellung, die die Ostfragen in der Rede einnehmen, ist sonst alles ziemlich einheitlich durchdacht. Herr v. Payer sagte innen- und außenpolitisch der Rechten und den Alldeutschen, ohne es direkt auszusprechen, einen Kampf bis aufs Messer an. Jetzt, in dieser Stunde einer neuen inneren Krise, heißt es biegen oder brechen. Maßgebend für die Stimmung des deutschen Volkes, betonte er mit starkem Nachdruck, sei die Behandlung der preußischen Wahlrechtsvorlage. Was er dabei zum Ausdruck brachte, muß jeden Zweifel an dem festen Willen der Regierung durchzugreifen, schwinden lassen, sofern sie sich auch der Faktoren vergewissert hat, die außerhalb der eigentlichen Regierungssphäre liegen. Das scheint nach den gestrigen, sehr bestimmten Worten des Vizekanzlers, erfreulicherweise der Fall zu sein. Herr v. Payer wies darauf hin, daß die Regierung schon dann zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten werde, wenn	

		aus der Kommission des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht nicht hervorgehe.	
BTB – 468	Die Stuttgarter Rede Payers – Der Wortlaut der Rede	Wortlaut der Rede: Daß unsere Feinde an militärischer Technik und Erfahrung, an Genialität und Tatkraft der Führung, an Tüchtigkeit und Ausbildung der Soldaten, an Leitungsfähigkeit der Offiziere uns überlegen seien, werden unsere Feinde selbst nicht im Ernst glauben, so sehr ihre letzten Erfolge ihnen haben den Kamm schwellen lassen. In der Hauptsache setzen sie jetzt daher ihre Hoffnungen auf das Eingreifen der Vereinigten Staaten, und wer wollte verkennen, daß vor allem die Mitwirkung der amerikanischen Truppen an der Front eine schwere und wohl noch steigende Belastung für uns bedeutet. Unsere Feinde vergessen aber dabei, daß wenn die Amerikaner jetzt zu Hunderttausenden an der Front eintreffen, wir vorher Millionen von Russen, Serben und Rumänen außer Gefecht gesetzt haben, die von neuem für die Zwecke der Entente zur Verfügung zu gewinnen, erfolglos ein wird. - Für Deutschland können wir sicher sagen, daß es unbeirrt von allen Meinungsverschiedenheiten in diesem Wettkampf an Ausdauer und innerer Kraft nicht unterliegen wird, soviel Mühe sich auch unsere Feinde geben, Uneinigkeit zwischen uns zu säen.	
BTB – 469	Lloyd George über die Voraussetzungen des Friedens	Das britische Reich und die Länder der Alliierten sind jetzt alle ein Völkerbund von freien Nationen. Jedes andere Land würde willkommen sein und wenn Deutschland nach dem Kriege die fluchwürdigste Treulosigkeit seiner Herrscher zurückweist, dann würde das Volk der Vorherrschaft des Militarismus in dem großen Völkerbund willkommen sein. Aber die einzige sichere Grundlage ist nur ein vollständiger Sieg. Wir könnten den Deutschen nicht erlauben, uns einen erniedrigenden Frieden aufzuzwingen, der unsere nationale Frage schändet. Wir werden weder von selbst einen Brester Frieden annehmen noch ihn unseren Feinden aufzwingen.	
VOS – 469	Lloyd George gegen jeden Vergleich	Soll am Kriegsende dem Feinde ein gerechter und dauerhafter Frieden auferlegt werden, so besteht die erste und unerläßliche Bedingung darin, daß die Zivilisation ihre Macht zur Geltung bringt, um dies zu erreichen. Der Sieg ist eine unentbehrliche Bedingung für einen gerechten Frieden. Die Macht des preußischen Militarismus muß nicht nur zertrümmert werden, sondern das deutsche Volk muß wissen, daß, wer das Gesetz schändet, unvermeidlich bestraft wird. Wird dies nicht verwirklicht, so wird der Krieg nicht der Vergangenheit angehören und seine Schrecken werden zurückkehren, wenn nicht noch vergrößert werden. - Lloyd George will nicht diskutieren, er will diktieren.	
14. September, Samstag			
KHZ – 432	Die geknechteten Inder gegen Roosevelts Heuchelei		
KHZ – 431	Offizielle Kriegserklärung der Entente an Rußland?		
WZ-211	Roosevelt gegen Völkerbund	Roosevelt fürchtet, daß der kommende Friede die Vereinigten Staaten durch die Phrase „Apostel des Völkerbundes“ hypnotisiert vorfinden werde und daß die Vereinigten Staaten infolgedessen dazu verleitet werden könnten, ihre militärischen Rüstungen preiszugeben.	
15. September, Sonntag			
WZ-212	Vorschlag für Friedensschluß Ein Vorschlag der österreichisch- ungarischen Monarchie zur Einleitung von Vorverhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten	Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher geschlossen, alle Kriegführenden, Freund und Feind, auf einen von ihr gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen.	
WZ-212	Über die Lage der italienischen Gefangenen	Den großartigen Bemühungen von deutscher Seite sei es tatsächlich gelungen, von der gewaltigen Armee der Kriegsgefangenen aller Nationen ansteckende Krankheiten fernzuhalten. Es wurden sogar Schulen für italienische Analphabeten eingerichtet	
WZ-212	Feindliche Stimmung gegen die Entente	Rußland: So berichtet sie Zeitung „Bewaffnetes Volk“ von	

		einer Anzahl von Versammlungen von Formationen der Baltischen Flotte, die den Beschluß faßten, „die französischen und englischen Räuber aus dem Lande zu vertreiben“. - Der Kommissar Lissowsky bezeichnete die Engländer als Meister des Betruges und der Bestechung.	
WZ-212	Die Czechen in Ostsibirien		
16. September, Montag			
WAP-212	[Indische Nationalisten an die ägyptische Nationalpartei]	An diesem Tage, da England entgegen aller Gerechtigkeit und im Widerspruche mit feierlichen Verträgen Ägypten in Besitz nahm, sind wir Inder, die wir aus Erfahrung wissen, daß der Brite niemals auch die feierlichsten Verträge hält, sobald sein Eigeninteresse dem entgegensteht, und die jahrhundertlanges Elend, Herabwürdigung, Armut und Hunger gelehrt hat, was englische Herrschaft bedeutet, von tiefstem Mitgefühl erfüllt für die Anstrengungen der ägyptischen Patrioten zur Befreiung vom fremden Joch.	
WAP-212	Armeeumtriebe der Entente.	Entente will russische Uraldivision kaufen	
17. September, Dienstag			
WZ-213	Entsendung portugiesischer Arbeiter nach Frankreich.	Mehrere tausend portugiesische Arbeiter werden demnächst nach Frankreich abgehen, für das amerikanische Heer hinter der Front zu arbeiten	
WAP-213	Wilson und die Kongreßwahlen.	Es ist wenig, wenn wir sagen, daß nie zuvor ein Präsident offen das Recht in Anspruch genommen hat, zu bestimmen, wer in den Kongreß gewählt werden soll und wer nicht. Wilson scheint sich in dem Kongreß eine Körperschaft einsetzen zu wollen, die jenen Parlamentsmitgliedern zur Zeit Georgs II. entspricht, die als des Königs Freunde bekannt waren. Der Präsident scheint nicht nur eine Bestrafung für Vergangenes im Sinne zu haben, er möchte eine Art moralischen Terrorismus für die Zukunft einführen.	
WAP-213	Vorschlag wegen dauernder Neutralisierung Deutschlands.	„New-York Tribune“: Mit Deutschland kann es weder Frieden noch Krieg geben. - . Die Militärmacht Deutschland muß für immer gebrochen werden. Die alliierten Nationen würden ihm den Status eines dauernd Neutralen garantieren, der unbewaffnet wäre. Das übrige hängt davon ab, wie weit man sich auf das moralische Gefühl der Welt verlassen kann, ihm eine endgültige Strafe aufzuerlegen. Man kann 65 Millionen Deutsche nicht einschließen, aber ausschließen. Wenn die Bevölkerung der alliierten Länder spontan beschließt, Deutschland von jedem Verkehr auszuschließen, das heißt, es für eine Reihe von Jahren auszuschalten, so wäre kein wirtschaftlicher Boykott nötig.	
18. September, Mittwoch			
Excelsior-2860 deutsch/ französisch	Am 10. August trafen sich Deutschland und Österreich, um ihr Friedensmanöver zu versuchen.	Herr Beneš, der angesehene Generalsekretär des Tschechoslowakischen Nationalrats, äußerte sich zu der durch Österreichs Friedensappell geschaffenen Situation wie folgt: Die österreichische Note habe uns nicht überrascht, sagte er. Seit einem Monat verfügten wir über detaillierte Informationen über die Bedingungen, unter denen die Friedensoffensive vorbereitet wurde. Am 10. August fand in der Hofburg eine große Versammlung statt. Die Erzherzöge, die führenden Politiker, die deutschen Delegierten sowie die bayerischen und sächsischen Delegierten nahmen daran teil. Die nervöse Versammlung beriet über die Art und Weise: „Wie würden wir Frieden anbieten, und wer würde ihn anbieten?“ Man entschied, daß die friedliche Offensive von Österreich ausgehen sollte. Doch kaum hatten sie sich geeinigt, löste die englische Erklärung zur Anerkennung der Tschechoslowaken einen Donnerschlag aus.	
Excelsior-8620 deutsch/	EINE NOTE VON GRAF BURIAN AN DEN APOSTOLISCHEN NUNZIUS	Im Geiste der Versöhnung, der ihre Note vom 12. Dezember 1916 inspirierte, hat die k.u.k. Regierung beschlossen, sich an alle kriegführenden Staaten zu wenden und sie einzuladen, durch einen vertraulichen und	

französisch		unverbindlichen Meinungs austausch einen für alle ehrenvollen Frieden vorzubereiten.	
Excelsior-8620 deutsch/ französisch	Wiener Vorschläge in London und Washington eingereicht	LONDON, 17. September. Die österreichisch-ungarische Note, die gestern Morgen in den Zeitungen erschien, wurde heute vom schwedischen Gesandten, der die österreichisch-ungarischen Interessen in Großbritannien vertritt, dem Auswärtigen Amt übergeben. WASHINGTON, 17. September. Die österreichische Note wurde von der schwedischen Gesandtschaft empfangen und umgehend dem Außenministerium zugestellt.	
WAP-214	Die Anerkennung der Czecho-Slovaken	Japan hat offiziell die czecho-slovakische Armee als kriegführenden Verbündeten anerkannt	
VOS-478	Im Lichte des Auslands. von Emil Schiff.	Ebenso hält man den Beweis für erbracht, daß Deutschland durch die Schwierigkeiten der Ernährung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besiegt werden kann.	
VOS-477	Die Balfour Rede. von Georg Bernhard.		
VOS-477	Balfour über die Note. [Burians]		
19. September, Donnerstag			
Le Temps-20603 deutsch- französisch	TÄGLICHES BULLETIN - ERKLÄRUNG VON HERRN CLEMENCEAU	In einem Satz, der die gesamte Geschichte unseres Landes umfasst, stellt Herr Clemenceau die Wahrheit wieder her: „Ohne erkennbaren Grund, ohne den Anschein eines Vorwands, ohne auch nur vor der Unwahrscheinlichkeit von Lügen haltzumachen, stürzte sich der traditionelle Angreifer der alten Raubzüge auf unser Territorium, um seine großen Plünderungen wieder aufzunehmen.“ „Hinter diesen Worten stehen so viele Erinnerungen, die von Zeitalter zu Zeitalter gestaffelt sind: die germanischen Stämme, die Gallien plünderten, und die unersättlichen Barbaren, die das Römische Reich überwältigten, Kaiser Otto IV. bei Bouvines und Kaiser Karl V. vor Metz, Johann von Werth in der Picardie und der Herzog von Braunschweig in Lothringen, die Armeen des ersten Moltke, die nach der Ems-Depesche in den Krieg zogen, und die des zweiten Moltke, die unter dem Vorwand, französische Flugzeuge hätten Bomben in der Nähe von Nürnberg abgeworfen, in unser Land einmarschierten – wie viel Verwüstung hat unser Boden im Laufe der Geschichte erlitten, wie viel Aggression! Wir brauchen Garantien.“ - Die uns vorgeschlagenen Lösungen sind überflüssig: Präsident Wilson und Herr Balfour haben dies gezeigt. Sie würden kein Licht ins Dunkel bringen, weil das Licht bereits gefallen ist. Sie würden nichts versöhnen, weil sie gerade dazu vorgeschlagen werden, die verfluchten Mächte zu retten, die den Krieg entfesselt haben und dem Frieden im Wege stehen.	
Le Temps-20603 deutsch- französisch	FRANKREICHS ANTWORT	Kein Tag vergeht ohne Kriegsgefahr. Kein Tag vergeht ohne die raffinierte Brutalität der Tyrannei. „Der eiserne Handschuh“, „trockenes Pulver“, „das geschärfte Schwert“ waren die Schlagworte des germanischen Friedens, unter der ständigen Bedrohung durch Katastrophen, die eine unerbittliche Hegemonie unter den Menschen etablieren würden. Wir durchlebten schrecklich langsame Stunden inmitten der schlimmsten Gewalttaten und der noch demütigenderen Annäherungsversuche niederträchtiger Heuchelei, die uns die freiwillige Annahme des Jochs vorschlugen, das uns allein vor der universellen Katastrophe retten würde. Wir ertrugen alles und warteten schweigend auf den unvermeidlichen Tag, der uns gebührte. - Und ohne erkennbaren Grund, ohne den Anschein eines Vorwands, ohne auch nur die Unwahrscheinlichkeit von Lügen zu beachten, stürzte sich der traditionelle Angreifer alter Raubzüge auf unser Gebiet, um seine großen Plünderungen wiederaufzunehmen - Unsere verwüstete Landschaft, unsere durch Minen und Feuer, durch planmäßige Plünderung zerstörten Städte und Dörfer, die raffinierten Misshandlungen selbst der bescheidenen Obstgärten der französischen Bauern, all die Gewalt der Vergangenheit, wiederbelebt zum abscheulichen Vergnügen des betrunkenen Viehs, Männer, Frauen und Kinder, die in die Sklaverei verschleppt wurden	

		– das hat die Welt gesehen, das wird sie nicht vergessen.	
POS-439	Englische Kolonial-Greuel.	Englands Methode zu kolonisieren	
POS-439	Raub gegen Verständigung.	Die Haltung der Entente	
WZ-215	Die Antwort der Vereinigten Staaten	Lansing US: Sie hat wiederholt und mit voller Aufrichtigkeit die Bedingungen mitgeteilt, auf Grund deren die Vereinigten Staaten den Frieden erwägen würden, und sie wird keinem Vorschlage für eine Konferenz über eine Angelegenheit Folge geben, über die sie ihre Stellung klar auseinandergesetzt hat.	
Excelsior- 2860 v.18.09.1918 deutsch/ französisch	Der Präsident der Vereinigten Staaten verweist die Wiener Regierung auf die von ihm festgelegten 14 Prinzipien.	Die amerikanische Regierung hat mehrfach klar und deutlich dargelegt, unter welchen Bedingungen sie Friedensgespräche in Erwägung ziehen würde. Sie wird keinen Vorschlag für eine Konferenz zu einem Thema in Erwägung ziehen, zu dem sie eine so offene Position und Entscheidung eingenommen hat. - Gestern präsentierte sich Herr Clemenceau im Senat wie immer in der deutschen Frage: energisch und klarsichtig, wie schon als Minister zur Zeit der Desertionen in Casablanca 1908 und wie noch 1911 nach dem Putsch in Agadir. „Das Schicksal der Waffen wird entscheiden“, sagte Herr Clemenceau, nachdem er unsere Siege gefeiert, unsere Soldaten gepriesen und die Verbrechen des Feindes verurteilt hatte. - Dies sind die präzisen und absoluten Bedingungen [die 14 Punkte], die Präsident Wilson im Namen der 110 Millionen Einwohner der Vereinigten Staaten festgelegt hat. Mit neuer Kraft hat der Führer der großen Republik soeben erneut bekräftigt, daß die Mittelmächte dies durchmachen müssten, um Frieden zu erlangen.	
WZ-215	Die Erklärung Lansings	Die Erklärung Lansings wurde eine Stunde nach Empfang des österreichisch-ungarischen Vorschlags abgegeben	
WZ-215	Besprechung der österreichisch-ungarischen Friedensvorschläge	US-Senat: Die kurze Zurückweisung des Präsidenten Wilson wird dem schwächlichen Gerede jeden österreichisch-ungarischen Friedensangebotes, das Deutschland wünscht, ein Ende machen.	
WZ-215	Die Antwort des Präsidenten Wilson	Die „Times“ schreiben: Wilsons überzeugende Antwort auf die Einladung des Grafen Burian ist, wie sie sein sollte und wie zweifellos auch die Antwort der Entente sein wird. Wenn Deutschland selbst kommt und das fertige Urteil der Alliierten und der Vereinigten Staaten über die Ergebnisse des Krieges annimmt, das Deutschland in der Antwort der Alliierten auf die deutsch-österreichisch-ungarische Friedensnote vom Dezember 1916 mitgeteilt wurde, dann wird es für die Alliierten angemessen sein, ihre Ansichten hinsichtlich der Friedenskonferenz anzusprechen. Der abgewiesene Vorschlag deckt sich im wesentlichen mit der Note vom Jahre 1916, nur daß die Unterschrift Deutschlands fehlt. Der neue Vorschlag wurde ebenso sicher von Berlin diktiert wie die Operationen an der Westfront vom Hauptquartier.	
WZ-215	Presse – „Vossische Zeitung“	Es ist merkwürdig, daß fast alle englischen Zeitungsstimmen, ebenso wie Balfour, ganz nebenher eine Tatsache abtun, daß es sich um eine österreichisch-ungarische Note handelt. Balfour polemisiert dauernd gegen Deutschland und tut, als ob Österreich-Ungarn an keiner Kriegshandlung beteiligt gewesen sei. England bemüht sich ersichtlich fortgesetzt, Deutschland als das große Friedenshindernis seinem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen vor Augen zu führen.	
WZ-215	Presse – „England“	Northcliffes „Daily Mail“ schreibt: [.....] Es ist kein Versuch, Frieden zu bekommen, sondern die Alliierten zu entzweien. Darin wird Deutschland sich täuschen. Wenn Deutschland den Frieden wünscht, so würde es selbst und nicht seine Puppe Österreich-Ungarn darum bitten und sich den Bedingungen anbequemen, welche die Alliierten als notwendige Voraussetzung jeder Friedensbesprechung festgelegt haben.	
WZ-215	Berlin: Interfraktionelle Verhandlungen	Die Sozialdemokraten sind für den Eintritt in ein solches Ministerium, jedoch nur unter besonderen Voraussetzungen und unter bestimmten Garantien zu haben.	

WZ-215	Eine Rede Clemenceaus.	Während eines halben Jahrhunderts erlitt das friedliche Frankreich unwürdige Verletzungen seitens des Feindes, der es uns nicht verzieh, aus dem Schiffbruch das Bewußtsein des Rechtes unverjährbarer Ansprüche auf Unabhängigkeit in Freiheit gerettet zu haben. Kein Tag verging ohne eine Kriegsdrohung, ohne irgendeine bewußte Brutalität der Tyrannei. Die gepanzerte Faust, das trockene Pulver und das geschliffene Schwert waren die germanischen Friedensworte. Wir haben diese furchtbaren langsamen Stunden durchlebt unter den schlimmsten Vergewaltigungen und Zumutungen, die noch demütigender wurden durch eine niedrige Heuchelei, die uns zur Annahme eines freiwilligen Joches bewegen sollte, die uns allein vor dem allgemeinen Zusammenbruche bewahren könne.	
WZ-215	Kommentar zu Clemenceaus Rede	Nur die schon hinreichend bekannten Phrasen von Sieg, Haß und Wiedervergeltung sind es, die immer wiederkehren und die das französische Volk über die verhängnisvolle Lage hinwegtäuschen sollen, in die es von seiner Regierung gestürzt ist. - Clemenceau gibt hiebei eine Umschreibung und eine Umkehrung des Begriffes der Revanche, was in dem Munde des Mannes, der wie kein anderer für die Revanche gewühlt und gearbeitet hat, besonders erstaunlich klingt und eigentlich nicht einmal seine eigenen Landsleute überzeugen sollte. Mit dem rollenden Pathos des Volksredners geht er über die Geschichte seines eigenen Volkes hinweg, das von jeher das Eroberungsvolk Europas gewesen ist, um Deutschland, das sich stets gegenüber dem ehrgeizigen westlichen Nachbar in der Abwehr befunden hat, als den traditionellen Angreifer zu bezeichnen. In der Beschimpfung Deutschlands überschlägt sich dieser Mann, der nie ein Maß gekannt hat, bis zur Schamlosigkeit, und das Unwürdige der Sache wird noch dadurch erhöht, daß der versammelte Senat den niedrigen Verleumdungen seinen Beifall klatscht.	
BTB-479	Clemenceaus Rede im Senat. Ablehnung aller Verhandlungen.		
BTB-479	Zur Rede Clemenceaus. Ein offiziöser Kommentar.		
DZ-478	Clemenceaus Rede	Ohne stichhaltigen Grund, ja ohne den Schein eines Vorwands, hat der traditionelle Angreifer sich auf unser Gebiet gestürzt, um seine großen Verwüstungen wieder aufzunehmen.- - Mit dem rollenden Pathos des Volksredners geht er über die Geschichte seines eigenen Volkes hinweg, das von jeher das Eroberervolk Europas gewesen ist und Deutschland, das sich stets gegenüber den ehrgeizigen westlichen Nachbarn in der Abwehr befunden hat, als den traditionellen Angreifer zu bezeichnen.	
Excelsior-2860 – 18.09.1918 französisch/deutsch	Der französische Premierminister erklärt, daß es keine Möglichkeit mehr für einen Austausch zwischen Verbrechen und Recht gebe	Törichterweise hatte es geglaubt, der Sieg würde alles vergeben. Unsere verwüsteten Länder, unsere Städte, unsere Dörfer, zerstört durch Minen, durch Feuer, durch planmäßige Plünderung, durch raffinierten Missbrauch; all die Gewalt der Vergangenheit, wiederbelebt für die abscheulichen Freuden des betrunkenen Viehs, Männer, Frauen, Kinder, die in die Sklaverei verschleppt wurden – das hat die Welt gesehen, das wird sie nicht vergessen!	
BTB-479	Feindliche Pressestimmen. Eine zustimmende französische Antwort.		
BTB-480	Ein Erlaß Hindenburgs an des Feldheer.		
BTB-479	Weitere neutrale Urteile.	Rotterdam/ Basel	
POS-439	Die amtliche Antwort Amerikas.		
WAP-215	Ablehnung der österreichischen Note	Die brüske Ablehnung der österreichisch-ungarischen Note durch Wilson und die hochmütige Abweisung durch Balfour wußte Herr Clemenceau noch zu überbieten. - In der Beschimpfung Deutschlands überschlägt sich dieser Mann, der nie ein Maß gekannt hat, bis zur Schamlosigkeit,	
WZ-215	Kriegsziel Englands in englischer Presse	Allein die Idee, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und eine Friedenslinie zu finden, wird entschieden von den Alliierten abgelehnt und zurückgewiesen. Amerika verweist	

		auf die 14-Punkte Wilsons als Grundlage für einen Frieden. England lehnt das Ansinnen Graf Burians ebenso ab, den Worten Balfours und der Presse entnehmend. Balfour erwähnt in seiner Rede vor der Presse in London mit keinem Wort den Ursprung und den Urheber der Note – Wien. Sein Bezug gilt einzig und allein Deutschland	
DZ-478	Zur vlämischen Frage. Von Hans Heller.	Unsere Stellungnahme zur Belgischen Frage bei Friedensschluß zielt nicht auf Belgien, jenes Machwerk einer Diplomatenversammlung, sondern auf Flandern. Flandern unabhängig! Sein Platz neben uns ist dann gesichert, von Zwang in irgendwelcher Form kann gar nicht die Rede sein. Diese Lösung, die den Bestrebungen der führenden Vlämen entsprungen ist und ihnen darum weitgehend entspricht,	
DZ-479	Scheidemann hetzt.	In den schärfsten Ausdrücken wendet er sich gegen die Wahl des Schwagers des Kaisers zum finnischen König, die er als skandalös bezeichnet und fordert von der Mehrheit des Reichstages, sie dürfe keinen Zweifel darüber lassen, wie gründlich sie den „östlichen Mummenschanz“ beurteile.	
20.09.1918, Freitag			
WZ-216	Eine offizielle Erklärung der italienischen Regierung.	muß die italienische Regierung darauf hinweisen, daß der österreichisch-ungarische Vorschlag dahinzielt, ein Trugbild von Friedensverhandlungen zu schaffen ohne wirklichen Inhalt und ohne jede Wahrscheinlichkeit für einen praktischen Ausgang. Die kürzlichen Erklärungen deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsmänner, welche jede Gebietskonzession ausschließen und die ungerechten Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest als endgültig festlegen wollen, machen jede nützliche Eröffnung von Friedensverhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinigten Staaten haben ihren lebhaften Wunsch nach einem gerechten Frieden genügend bekanntgegeben und gleichzeitig auch die wichtigste Grundlagen, auf denen dieser Friede aufgebaut werden soll.	
VOW-259	Parlamentarismus und Sozialdemokratie. Von Friedrich Stampfer.	siehe dazu Kommentar POS 445 „Kriesentreiberei“ 22.09.18	
VOW-259	Zuvor Anerkennung der italienischen Ansprüche.	Der langen Rede kurzer Sinn ist also der, daß Italien an seinen Eroberungsabsichten festhält. Diese gehen über den Anspruch auf die italienisch sprechenden Gebiete Oesterreichs erheblich hinaus, wie die daneben erhobene Forderung auf weitere Grenzsicherungen unzweideutig erkennen läßt.	
VOW-259	Ein Erlaß Hindenburgs.	Die österreichisch-ungarische Regierung hat allen Kriegführenden vorgeschlagen, zur Herbeiführung des Friedens zu unverbindlichen Besprechungen in einem neutralen Lande Vertreter zu entsenden. Die Kriegshandlung soll dadurch nicht unterbrochen werden. Die Bereitschaft zum Frieden widerspricht nicht dem Geiste, in dem wir den Kampf für unsere Heimat führen. Schon im Dezember 1916 hat der Kaiser, unser oberster Kriegsherr, mit seinen Verbündeten den Feinden den Frieden angeboten. Mehrfach hat seitdem die deutsche Regierung Ihre Friedensbereitschaft bekundet. Die Antwort aus dem feindlichen Lager war Spott und Hohn. Die feindlichen Regierungen peitschten ihre Völker und Heere weiter auf zum Vernichtungskampf gegen Deutschland.	
WZ-216	Der Luftkrieg	Feindliche Flugzeuge griffen im August das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet, das Industriegebiet an der Saar und offene Städte wie Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt am Main, Trier u.s.w. an. - Die fortgesetzten englischen Bombenwürfe auf Brügge - In der Stadt herrscht tiefste Erbitterung über die britische Brutalität, die planmäßig flamisches Leben und Eigentum vernichtet	
WZ-216	Die österreichisch-ungarische Note. Die Antwort der Vereinigten Staaten.	Sie hat wiederholt und mit vollstem Freimut die Bedingungen festgestellt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen Friedensschuß in Erwägung ziehen würden; sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat. Lansing	

WZ-216	Eine offizielle Erklärung der italienischen Regierung. / Blätterstimmen aus dem feindlichen Ausland	Wenn der vom Wiener k. und k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau veröffentlichte Text genau ist, so muß die italienische Regierung darauf hinweisen, daß der österreichisch-ungarische Vorschlag dahin zielt, ein Trugbild von Friedensverhandlungen zu schaffen ohne wirklichen Inhalt und ohne jede Wahrscheinlichkeit für einen praktischen Ausgang. Die kürzlichen Erklärungen deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsmänner, welche jede Gebietskonzession ausschließen und die ungerechten Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest als endgültig festlegen wollen, machen jede nützliche Eröffnung von Friedensverhandlungen unmöglich.	
WZ-216	Protest gegen Neutralitätsverletzungen englischer Flugzeuge.	Englische Flugzeuge fliegen über Holland	
WZ-216	Stumpfsinnige Sturmbocktaktik	Wir sehen auf der englischen Gesamtfront einen schulterweisen frontalen Angriff mit Anwendung der Wilsonschen Lehre: Gewalt, Gewalt und äußerste Gewalt. Das ist jene stumpfsinnige Sturmbocktaktik, die den Engländern bisher so ungeheure Verluste und nie einen richtigen Erfolg gebracht hat	
WZ-216	Die Universität Dorpat [Estland] an Kaiser Wilhelm.	Der Rektor der Professorenschaft der Universität Dorpat haben anlässlich der Eröffnungsfeier der Universität ein Dankes-Telegramm an Kaiser Wilhelm gesandt	
WZ-216	Schweden - Absage der Manöver.	wegen spanischer Grippe – 21.029 erkrankte	
WZ-216	Rußland. - Die Lage in St.Petersburg.	Anarchie. Mord, Straßenraub, Brände, Plünderungen	
WZ-216	Die Haltung Wilsons	Schwedische Presse: „ Aftonbladet “, dessen Chefredakteur über Einschreiten des amerikanischen Gesandten angeklagt wurde, weil er vor einiger Zeit Amerika als Friedenshindernis hingestellt hatte, bemerkt nun, daß die Ereignisse die Richtigkeit dieser Behauptung bestens beweisen.	
Excelsior-2862 deutsch/ französisch	Belgische Regierung lehnt deutsches Friedensangebot ab		
21.09.1918, Samstag			
POS-443	Der Vernichtungswille. Von unserem Berliner Vertreter.	Clemenceaus Rede läßt aber andererseits keinen Zweifel darüber, daß mit den gegenwärtigen Staatsmännern der Verbandsmächte, sofern sie von solchem Geiste beseelt sind, ein Verhandeln über Friedensmöglichkeiten gänzlich ausgeschlossen ist. - Was die Feinde wollen, hat derselbe Lodge in derselben Rede sehr deutlich zum Ausdruck gebracht: „Es ist unsere Absicht, Deutschland in buchstäblichem Sinne des Wortes an die Kette zu legen.“	
WZ-217	Zur Note des Grafen Burian	Amerika verlange Unterwerfung und Annahme sämtlicher Ententebedingungen, es hülle sich jedoch spinxartig bezüglich der Einzelheiten in Schweigen - Deutlicher werde Balfour, der mit verblüffender Ungeniertheit proklamiere, daß Deutschland keine Kolonien und Flottenstützpunkte mehr haben dürfe. - Die Entente wolle überhaupt von keinem Verständigungsfrieden etwas wissen, sondern verlange einfach die Annahme ihrer Friedensbedingungen.	
WZ-217	Rußland. - Proteste gegen den bolschewikischen Terror.		
WZ-217	Rußland. - Die Beteiligung der Entente an den Verschwörungen.	So haben sich die französische und die englische Gesandtschaft durch Zahlung bedeutender Summen an den Unternehmungen der Kadetten beteiligt, deren Hauptzentrum sich in St.Petersburg befand und über das ganze Nordgebiet erstreckte. Aus dem Archiv der czecho-slovakischen kommunistischen Partei geht weiter hervor, welche Summen die englischen und französischen diplomatischen Vertreter gezahlt haben sowie wer die Empfänger sind. Von der französischen Regierung wurden 111,888,000 Rubel ausbezahlt, außerdem wurde von dem englischen Konsul eine hohe Summe ausbezahlt	
WZ-217	Schwedische Presse zu Wilsons und Balfours Antwort auf das österreichische Angebot	Der Machtfriede, den die Entente Deutschland und Österreich-Ungarn aufzwingen will, ist weit schlimmer als der Brester Friede. Dieser ist in seinen wesentlichen Teilen	

		eine Kulturtat, ein Rettungswerk. Finnland, das Baltikum und Polen, vielleicht auch die Ukraine sind für den Westen gerettet worden. Das müßte auch die Entente und besonders England, des Zarenreiches traditioneller Gegner, einsehen und anerkennen und nicht dem Retter einen Frieden aufzwingen, den es selbst verurteilt. Belgien ist schon im wesentlichen gerettet, insofern Deutschland sich bereit erklärt hat, es abzutreten, und was Elsaß-Lothringen angeht, so der weitaus überwiegende Teil Deutschlands eine Verlängerung des Krieges selbst auf Jahre hinaus der Aufgabe der Reichslande vorziehen. Hält die Entente an dieser Forderung fest, dann sind auf lange Zeit hinaus keine Friedensunterredungen und kein Friede möglich.	
WZ-217	Schweizer Presse zu Österreichs Friedensangebot	Die Kriegsziele der Entente bedeuten das Todesurteil für die kommenden Generationen und führen ein schleichendes Gift in die Adern der Zukunft. Amerika verlange Unterwerfung und Annahme sämtlicher Ententebedingungen, es hülle sich jedoch spinxartig bezüglich der Einzelheiten in Schweigen, nachdem es sich auf frühere vieldeutige und einander widersprechende Orakel berufen hätte. Deutlicher werde Balfour, der mit verblüffender Ungeniertheit proklamiere, daß Deutschland keine Kolonien und Flottenstützpunkte mehr haben dürfe. Es sei eine offene Ungeheuerlichkeit, daß sich England zum Richter aufwerfe und die deutschen Kolonien vermittle scheinheiliger Entrüstung zu erwerben wünsche	
DZ-483	Zur angeblichen Krise.	Man sucht durch das „Berliner Tageblatt“ und andere Organe die Frage des inneren Zusammenschlusses unter dem Gesichtspunkt zu behandeln, sich dem kaudinischen Joch einer Anerkennung der Friedensresolution zu fügen.	
DZ-483	Französisches und englisches Geld gegen die Bolschewisten.	Im ganzen sind von der französischen Regierung 111.888.000 Rubel und außerdem eine hohe Summe von dem englischen Konsul gezahlt worden.	
DZ-483	216. Kriegswoche. Von **	Der deutsche Zeitungsleser, der am Sonntag morgen wie gewöhnlich sein Blatt aufschlug, ist nicht wenig erstaunt gewesen, von einer neuen Friedensoffensive Oesterreichs zu lesen - Zwei Fragen: Hat die deutsche Regierung darum gewußt? Die Oesterreicher sagen: ja, die Deutschen sagen: nein. - das gesamte feindliche Ausland heute einmütig der Ueberzeugung ist, daß dieses Friedensangebot der Ausfluß des Zusammenbruchs der Mittelmächte sei und daß es nur darauf ankomme, noch in einem letzten Sturm den letzten Widerstand zu brechen, um Deutschland den Frieden zu diktieren	
22.09.1918, Sonntag			
POS-445	Ein Friedensangebot	Wieder einmal haben die Mittelmächte ihre Bereitwilligkeit dem Krieg ein Ende zu machen, bekundet. Der Schritt Burians ist diesmal besonders ernst zu nehmen, da seine Note sich direkt an die Adresse der kriegführenden Mächte wendet. Aber das Echo ist das alte; statt Eingehen auf die Friedensabsichten nur schroffe Ablehnung, flammende Kriegs- und Siegesreden, ungebrochener Kriegswille, maßlose Forderungen, deren Erfüllung der Selbstvernichtung gleichkäme. Sie wollen nicht.	
WZ-218	Die österreichisch-ungarische Note – Die Beantwortung durch die französische Regierung.	der französische Minister des Äußern mit einer an den schweizerischen Gesandten in Paris gerichteten Zuschrift vom 19. September den Empfang der Note der österreichisch-ungarischen Regierung vom 14. September bestätigt und hierin bemerkt hat, die französische Antwort auf die Eröffnungen des Grafen Burian sei in der am 17. September vor dem Senat gehaltenen Rede des französischen Ministerpräsidenten Herrn Clemenceau enthalten, deren Text dem französischen „Journal Officiel“ vom 18. d.M. zu entnehmen sei.	
WZ-218	Presse - Schweiz	Die Staatsmänner der Entente wollen nichts mehr von einem Verständigungsfrieden wissen.	
WZ-218	Presse - Dänemark	Was sagt uns denn diese Absage und welche Motive liegen ihr zugrunde, wenn nicht das eine, nämlich, daß die Zentralmächte auf jeden Fall zerschmettert werden sollen. Laßt uns nur diese Barbarenreiche in Scherben und Stücke	

		schlagen. Laßt uns sie nur für unübersehbare Zukunft vernichten, damit wir selbst davon Nutzen ziehen können! Ist nicht dies das einzig Positive, was hinter der sinnlosen Absage auf den Vorschlag zu vernünftiger Friedensunterredung liegt? Ja wahrhaftig es ist so	
POS-445	Krisentreiberei.	SPD Gemeinde zur Macht und Regierungsumgestaltung. Man wird es vielmehr der anderen Seite nicht verargen können, wenn sie geneigt ist, Machtgelüste und das Streben nach radikaler Demokratisierung des Staatswesens als bestimmend bei dem ganzen Treiben anzusehen.	
DZ-484	Die Krisentreiberei	Ueber Die Haltung der Zentrumsmehrheit schreibt das führende rheinische Zentrumsblatt: Es ist richtig, eine kleine Gruppe unter den Freisinnigen und unter den Nationalliberalen will Hertling stürzen. Es ist betäubend, aber leider Tatsache, daß auch ein Zentrumsabgeordneter mit bei der Partie ist.	
DZ-484	Gegen die Kanzlerstürzer	Die „Köln. Volksztg.“ bestätigt, daß tatsächlich kleine Gruppen unter den Freisinnigen und Nationalliberalen den Reichskanzler stürzen wollen, und daß auch ein Zentrumsabgeordneter (natürlich Erzberger. Die Schriftltg.)	
DZ-484	Zustimmung zur Ablehnung Wilsons	der frühere Präsident Taft: Die Entschließung erklärt ferner, die Liga habe sich zu einem Frieden verpflichtet, der die Vernichtung des deutschen Militarismus und die Schaffung einer Liga der freien Völker ins Werk setzt. Die Resolution schließt: „An einer Besprechung mit einem uneroberten Deutschland teilzunehmen, käme dem Eingeständnis gleich, daß unser Vorhaben mißglückt ist.“	
DZ-484	Der Payersche Friede	1. Herausgabe der besetzten Gebiete Frankreichs, also in Sonderheit Briey und Longwys, 2. Herausgabe Belgiens ohne Belastung und ohne Vorbehalt unter offizieller Preisgabe der Vlamen, 3. Bedingungsloser Verzicht auf jede Kriegsentschädigung. „Trotz alledem“ werden auch den Feinden Friedensbedingungen in Gestalt „positiver Forderungen“ auferlegt: 1. Völkerbund, 2. Internationales Schiedsgericht, 3. Abrüstung zu Lande und zu Wasser, 4. Schutz der kleinen Völker. - „Ich wollte nur zeigen, daß auch ein Verständigungsfrieden, so schwer auch die Wirkungen des Krieges unsere Zukunft belasten werden, weder etwas Demütigendes für uns hat, noch eine Periode des Elends und Jammers für uns herbeiführen wird!“ In Wahrheit hat Herr v. Payer darüber gar nichts gesagt, der Satz ist also lediglich eine rhetorische Floskel, eine oratorische Suggestivphrase.	
DZ-484	Politische Nachrichten	Erzbergers neue Schrift „Der Völkerbund, der Weg zum Frieden“	
23.09.1918, Montag			
WAP-218	Fliegerangriffe auf deutsche Lazarette.	1. Am 13. Juni fand ein Angriff von zwölf feindlichen Flugzeugen auf das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Trier statt. Die Zahl der Opfer betrug 7 Tote und Verwundete. 2. Am 21. Juni wurden die Lazarettanlagen im Vesetale angegriffen. 3. Am 15. Juli erfolgte ein Angriff auf das Krankenhaus in Offenburg . 4. Am 22. Juli griffen 50 feindliche Flugzeuge am hellen Tage die Lazarettanlagen bei Mont-Notre-Dame an. Es wurden 30 Personen getötet und 70 verwundet, darunter der Freiburger Arzt Dr. Goßler, ein französischer Arzt, eine große Anzahl von Schwestern sowie französische, amerikanische und deutsche Verwundete. 5. Am 1. August wurden bei einem Angriff auf Dueren die Provinzialblindenanstalt und eine Schule getroffen. 6. Bei einem Angriff am gleichen Tage auf das	

		Kriegslazarett in Loby bei Conflans wurden 2 Personen getötet und 67 verwundet, darunter 13 schwer. 7. Am 11. August wurden bei dem Fliegerangriff auf Montmedy Nachmittags etwa 40 Bomben auf die deutlich mit dem Genfer Roten Kreuz gekennzeichnete Lazarettanlage abgeworfen. Von den Kranken und Verwundeten wurden 6 getötet und 21 verletzt, außerdem fünf in der Nähe des Lazarettes spielende Kinder teilweise schwer verwundet.	
WAP-218	Beim Bombenangriff auf Mainz die Johannis-Kirche erheblich beschädigt	In der Nacht vom 16. zum 17. September wurde beim Bombenangriff auf Mainz die Johannis-Kirche erheblich beschädigt.	
WAP-218	Der Unterseebootkrieg.	Im Atlantischen Ozean versenkten unsere Unterseeboote 35.000 Bruttoregistertonnen.	
WAP-218	Amerikanische Lügen	Das Blatt hebt es als besonders ungeheuerlich und albern hervor, daß der deutsche Generalstab die Bolschewikenrevolution gefördert haben soll. Daß diese „Dokumente“ nur ein schlechter amerikanischer Witz sein können, müßte jeder auf den ersten Blick erkennen. Zweifellos seien sie dem politischen Leben Amerikas entlehnt, aber wenig geschickte Fälschungen, die nur Lachen hervorrufen müßten. Die Absicht damit sei natürlich, Haß gegen die Bolschewiken in Amerika zu erregen, aber gleichzeitig Amerikas Eingreifen in den Krieg zu rechtfertigen. Hierzu seien diese „Dokumente“ jedoch um so weniger geeignet, als sie sich allzu deutlich als schlecht nachgeahmte Fälschungen erwiesen.	
WAP-218	Die Behandlung der gefangenen Amerikaner.	Sie meinten, in den von den Zeitungen täglich verhetzten Vereinigten Staaten würde kein Mensch glauben, wie menschlich die Deutschen ihre Gefangenen behandeln.	
WAP-218	Frankreich – Eine Rede des englischen Botschafters.	Unser Ziel, fuhr Lord Derby fort, und unsere beste Absicht ist, den deutschen Militarismus zu vernichten, der eine Bedrohung nicht nur für die Welt, sondern auch für Deutschland selbst darstelle.	
WAP-218	Hygienische Grenzmaßnahmen.	Ausbruch der in Frankreich herrschenden Cholera-, Dysenterie- und Flecktyphusepidemien	
POS-446	Graf Burian über die Aufnahme der Friedensnote.	Wenn Wilson nun die Note so eilig beantwortet hat und dann mit solcher Hast betont, daß er an seinem Programm und seinen Punkten absolut festhalte, so kann das nur geschehen sein, weil er nicht wünschte, daß England und Frankreich ihm mit ihrer Antwort und ihren besonderen Wünschen dazwischen kommen. - Für den Augenblick hat meine Note jedenfalls das eine erreicht – und das war einer ihrer Nebenzwecke – daß die Lage auf der Gegenseite in eine helle Beleuchtung gerückt wurde. Sie hat uns manches erkennen lassen, was wir vielleicht ahnten, aber doch nicht so genau sahen. Wenn meinem Schritte auch der Erfolg versagt war, den Weg zum Frieden schon jetzt zu eröffnen, so wird mich dies nicht hindern, den beschrittenen Pfad weiter zu verfolgen.	
WAP-218	Die Frage der Parlamentarisierung -	Es ist kein Geheimnis, daß innerhalb der Mehrheitsparteien Bestrebungen im Gange sind, die eine andere Richtung einschlagen wollen und auf die Einführung des Parlamentarismus abzielen. Aber sie gehen von einzelnen Persönlichkeiten und von Gruppen innerhalb der Mehrheitsparteien aus und müßten, um Erfolg zu haben, selbst erst die Mehrheit im Reichstage gewinnen. Ohne das Zentrum gibt es keine Mehrheit und das Zentrum ist bisher noch immer auf dem Standpunkte gestanden, daß es einen solchen Weg nicht mitmachen wird.	
DZ-485	Zur innerpolitischen Lage	Der Plan der Krisenzüchter und Kanzlerstürzer, eine rein parlamentarische Mehrheitsregierung herzustellen, in die auch die Regierungssozialdemokratie ihre Vertreter eintreten lassen kann, scheint an dem Gegenwillen der Gröberschen Zentrumsmehrheit zu scheitern. Es ist also allem Anschein nach noch nicht ganz so weit, wie der Hauptdrahtzieher Erzberger und seine Verschwörerschaft in ihrem allzu schwatzhaften Uebereifer gewähnt hatten.	

POS-446	Die Krisengerüchte.	Im „Vorwärts“ heißt es: Wenn die Sozialdemokratie in die Regierung eintritt - und dieser Tag kann kommen - dann tut sie es, um den Frieden herbeiführen zu helfen.	
DZ-485	Scheidemann gegen die „Scharfmacher der Kriegsverlängerung“.	Scheidemann leidet zurzeit an sehr schlechten Stimmungen, dergestalt, daß er am liebsten alle, die nicht seiner Verzichtspolitik bedingungslos zustimmen, hängen lassen möchte. - Der österreichische Vorschlag forderte die Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen, d.h. die Wiederanknüpfung von Beziehungen zur menschlichen Vernunft. Kein Wunder also, daß er alle Kriegsphantasten, alle Eroberungsschwätzer und Vernichtungspolitiker an Schreibtisch und Stammtisch, kurz alle, die gehängt zu werden verdienen, gegen sich hat. Desto sicherer hat er die Soldaten aller Fronten, die blutenden Völker aller Länder und Weltteile für sich, und darum muß er, wenn nicht schon jetzt, so doch bei seiner zweiten oder dritten Wiederholung zum Ziel kommen	
DZ-485	Belgien und die Friedensfrage.	die belgische Regierung ihren Standpunkt bezüglich der allgemeinen Friedensbedingungen und der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten nur in vollständigem Einvernehmen mit den Alliierten festsetzen wird	
DZ-485	Das Gelbbuch über den französisch-russischen Vertrag	In diesem Gedankengang hat Frankreich alles dem Kampf gegen Deutschland geopfert. Es hat seine Dispositionen getroffen, um fünf Sechstel seiner Truppen erster Linie, im ganzen 65 Divisionen, in den Kampf gegen Deutschland stellen zu können. Mit diesen 65 Divisionen wird es Deutschland gründlich angreifen, so daß diese Macht keine ihrer Kräfte von Westen nach dem Osten werfen kann, um Rußland zu bedrohen. Wenn Rußland sich auf den gleichen Standpunkt stellt, wird es vor Oesterreich nur die unumgänglich notwendigen Kräfte lassen und den ganzen Rest nach Deutschland werfen. Wenn diese Vorwegnahme getätigt ist, wird Rußland noch über ungefähr 11 Armeekorps (33 Divisionen) verfügen. Diese Kräfte, verbunden mit den 65 Divisionen der französischen Armee, werden mächtig genug sein, namentlich wenn sie zur rechten Zeit ankommen, um der deutschen Armee die Spitze zu bieten. Alles muß geschehen, um die für den Kampf gegen Deutschland bestimmten Elemente der russischen Armee so rasch wie möglich in den Kampf zu werfen. Die elf Korps dieser Armee müssen infolgedessen so gewählt und ihr Versammlungsort so bestimmt werden, daß der Vormarsch leicht ist, und daß die deutschen Truppen in kürzester Zeit erreicht werden können.	
DZ-486	Süddeutsche Sorgen	Nun, die Berliner sind Kühlmann ja glücklich los geworden dafür treibt er jetzt sein Unwesen hierzulande, natürlich ganz im Sinne seiner geistig politischen Sippschaft in der Presse und im Reichstag. Er wandert umher und redet auf die Leute ein, daß wir den Krieg nicht gewinnen könnten; wir müßten sehen, um jeden Preis Frieden zu schließen. Wer Kühlmanns politische Gefährlichkeit in Berlin noch nicht erkannt hatte, bekommt jetzt hier die Augen geöffnet, und wir sind wirklich der „Deutschen Zeitung“ dankbar, daß sie das ihrige dazu beigetragen hat, diesen Menschen ohne politisches Rückgrat unschädlich zu machen. Aber weiß man in Berlin, was Kühlmann hier fest als Bazillus der Entmutigung anrichtet? - Also möge Hertling gehen und durch Fehrenbach ersetzt werden, dem Erzberger neben Scheidemann so gütig sein werde, als Staatssekretär behilflich zu sein. - Von Erzberger braucht man nicht mehr zu reden; man kennt ihn hinreichend und wundert sich nicht, wenn man ihn im schrecklichen Berlin einmal wieder zu sehen bekommt, daß er einer der wenigen ist, der in solcher Zeit an Gewicht nichts einbüßt, vielleicht noch zunimmt, das ist freilich auch ein diplomatischer Befähigungsnachweis, aber mehr persönlich-egoistischer Natur, auf welchem Gebiete der Biedere ja nie rückständig gewesen ist. Aber sonst – politisches Todesahnen überkommt einen bei dem	

		Gedanken, daß dieser sehr südliche Süddeutsche noch höher steigen werde.	
DZ-486	Graf Burian über die Wirkungen, seiner Friedensnote.	Graf Burian ist also mit seiner Note zufrieden. Er hat von ihr zunächst nicht mehr erwartet, als daß sie Gelegenheit schaffe, etwas tiefer in die Dinge hineinzusehen. Dieses „Tiefer“ soll darin besonders bestehen, daß die Wilson, Balfour und Clemenceau sich angeblich „mit nervöser Hast“ beeilt haben, die Note zu beantworten, um so die Wirkungen, die sie von ihr vermutlich befürchten, abzuschwächen. Die vermeintliche nervöse Hast in der Beantwortung der Burianschen Note läßt sich besser aus der unbändigen Genugtuung erklären, womit drüben die Führer das abermalige Friedensangebot als ein unfehlbares Zeugnis der Schwäche und als weite Stärkung ihrer Siegeszuversicht begrüßt haben. Diese Wirkung übersieht Graf Burian; aber nur auf sie kommt es an.	
24.09.1918, Dienstag			
DZ-488	Die Feinde und Elsaß-Lothringen	Es ist richtig, daß die angelsächsischen Mächte mehr oder weniger offen dem Ziel zustreben, Deutschland seiner Kolonien, seines Welthandels, seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit zu berauben. Gerade dieses Ziel aber glauben sie dauernd nur dadurch erreichen zu können, daß sie Deutschland auch die Möglichkeit nehmen, sich nach dem Kriege wieder zu entwickeln und etwaige Verluste durch Arbeit und Energie auszugleichen. - Zu dieser politischen Berechnung tritt eine wirtschaftliche: Elsaß-Lothringen in französischer Hand, also in der Hand der künftigen Dependence [Zweigstelle] Englands und Amerikas, bedeutet deren Kontrolle über die Rohstoffe der deutschen Eisenindustrie und die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von dem gefürchteten deutschen Kalimonopol. Erst mit dem Verlust Elsaß-Lothringens würde das niedergeworfene und bestrafte Deutschland ungefährlich gemacht. Elsaß-Lothringen gehört also sehr wohl „in den Interessentenkreis“ der angelsächsischen Mächte.	
WZ-219	Die österreichisch-ungarische Note.	Das „Journal des Debats“ meint, eine solche Geste sei zwar bequemer und geistvoller als eine Antwort, die sich gleichzeitig an die Regierung und die Völker Österreich-Ungarns hätte wenden sollen. Der gelungene Streich erfreue die, die glauben, es genüge, ein feindliches Manöver mit Verachtung zu beantworten, doch unterstreiche die Geste die Manövrierunfähigkeit der Entendiplomatie	
WZ-219	Parlamentarische Konferenzen -	In politische eingeweihten Kreisen nimmt man mit ziemlicher Bestimmtheit an, daß der Ausbruch einer Regierungskrise trotz verschiedener Pressetreibereien derzeit nicht zu befürchten sei.	
DZ-488	U.A.w.g. - Eine Gewissensfrage an alle, die es angeht.	Drittens: Unter den von der Reichtagsmehrheit und ihrer Presse für diese Aemter in Vorschlag gebrachten Personen finden sich solche, die nicht nur sachlich, sondern auch persönlich vollkommen ungeeignet sind, im Dienste der Krone und des deutschen Volkes vor dem In- und Ausland zu stehen. Nun fragen wir: Was sollen wir tun, um einerseits zu verhindern, daß derartig ungeeignete Leute an oberste Stellen kommen und um andererseits zu vermeiden, daß wir uns wieder denselben Angriffen aussetzen, wie sie im Falle Kühlmann gegen uns erhoben worden sind?	
DZ-488	Das sozialdemokratische Mindestprogramm (s.u. VOW-263)	Dieses Programm könnte, soweit es die Kriegszielpolitik betrifft, Wilsons Billigung und vielleicht auch die Lloyd Georges ernten, falls es diese nicht ermutigt, nunmehr ihrerseits ihre Friedensforderungen noch weiter beträchtlich zu erhöhen. Belgien soll wiederhergestellt und entschädigt werden, wie es unsere Feinde verlangen. Damit werden wir für die am Kriege Schuldigen erklärt, vor den Augen der ganzen Welt als Verbrecher am Völkerrecht gebrandmarkt.	
VOW-263	Sozialdemokraten in die Regierung? Bedingungen des Eintritts.	1. Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 2. vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, 3. die Friedensschlüsse	

		von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluß 4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht, 5. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen 6. sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlung und Preßfreiheit eingeschränkt werden, die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewendet werden	
WAP-219	Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages. -	Siehe 25.09.1918 „Reichstag – Hauptausschu0	
25.09.1918, Mittwoch			
WZ-220	Reichstag – Hauptausschuß. DZ-DRB-TR-NAZ-BTB-VOS	Rede Hertling – Wir haben Frieden mit Rußland und mit Rumänien, und wenn auch die Verhältnisse in dem ehemaligen russischen Reiche noch nicht geklärt sind und die Zukunft unsicher erscheint, so ist doch für uns die frühere Bedrohung von zwei Seiten in Wegfall gekommen, und ein beträchtlicher Teil unserer vormaligen Ostarmee kann jetzt im Westen verwendet werden. Die österreichisch-ungarische Armee hält weite Strecken italienischen Gebietes besetzt und behauptet dort tapfer ihre Stellungen. In Frankreich aber weisen unsere Truppen die von den Franzosen, Engländern und Amerikanern unternommenen und durch moderne Kampfmittel aller Art unterstützten Vorstöße zurück. - Wir haben den Krieg vom ersten Tag an als einen Verteidigungskrieg geführt. Nur um unserer Verteidigung willen sind wir in Belgien eingerückt. - Nachträglich haben wir das aus den belgischen Archiven ersehen, wie bedenklich es längst vor Ausbruch des Krieges um die belgische Neutralität bestellt war. Und hatten wir nicht vor unserem notgedrungenen Einmarsch Belgien die Friedenshand geboten und uns bei Zusage der Neutralität anheischig gemacht, für die durch unsere militärischen Maßregeln entstandenen Schäden aufzukommen? Wir haben das gleiche Angebot zum zweiten Male nach der Einnahme von Lüttich gemacht. Aber die belgische Regierung wollte nichts davon wissen und schloß sich dem Bund unserer Feinde an. - Wir wissen es besser. Vorbereitet wurde der Weltkrieg schon vor Jahren durch die bekannte Einkreisungspolitik König Eduards. In Frankreich entstand eine ausgedehnte Kriegsliteratur, die in militärischen Fachblättern wie in Einzeldarstellungen auf den bevorstehenden Krieg mit Deutschland hinwies. - In der feindlichen Bevölkerung ist ein Haß gegen die Mittelmächte, insbesondere gegen Deutschland, entfacht, der alle Besonnenheit aufhebt, jedes gerechte Urteil erstickt. Sie haben alle die jüngste Rede Clemenceaus gelesen, die, reich an fanatischen Haß und Rohheit der Gesinnung, alles bisher Geleistete zu übertreffen schien. - General von Wrisberg: Der Feind rechnet mehr als je auf unseren inneren Zusammenbruch. Zeigt die Heimat ein starkes Gesicht, so gibt sie damit unserer Front eine unüberwindliche Stärke. Kapitän zur See Brueninghaus – Die militärische Lage zur See läßt sich kurz in die wenigen Worte zusammenfassen: Unsere Sache steht gut. Staatssekretär des AA Hintze –Die Haltung der deutschen Regierung zum Frieden ist in verschiedenen Aufforderungen zur Kenntnis der ganzen Welt gebracht worden. Wir haben diese Friedensaufforderungen, unsere Bereitschaft zum Frieden, die darin ausgesprochen ist, aufrechterhalten, trotz der zum Teile spöttischen, zum Teile hohnvollen Abfertigungen, die wir von unseren Feinden daraufhin erfahren haben - Die Revolution wird in Rußland beeinflußt durch das Vorgehen unserer Feinde, der Entente und Amerika. Vizekanzler Payer	
WZ-220	Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung. – Schweizer Kommentar	Auch der einfache Arbeiter oder Bauer findet, daß die Handlungsweise des Herrn Wilson eher einem Autokraten oder despotischen Negerkönig entspreche als einem	

		Staatsoberhaupt, das mit den Waffen in der Hand Völker einer alten Kultur die Demokratie aufzwingen will. In dem als undemokratisch verschrienen Deutschen Reiche wäre ein solch undemokratischer Regierungsakt einfach unmöglich gewesen.	
WZ-220	Großbritannien. - Der „Economist“ über den geplanten Boykott deutscher Waren. –	Der deutsche Vorrang im Handel müßte dadurch eingeholt werden, daß die Engländer die guten Eigenschaften der Deutschen nachahmen sollten.	
26.09.1918, Donnerstag			
VOW-265	Der Hauptausschuß gegen den Kriegsminister	Reden Gröber – Scheidemann: Angesichts der immer drohender sich erhebenden Militärdiktatur muß es heißen: Fort mit den Nebenregierungen! - Mit Reförmchen und Konzessionen ist nichts mehr zu bessern, <u>wir brauchen einen Systemwechsel</u>, Einkehr und Umkehr. Fischbeck, VP: Das Gebot der Stunde ist es, die Regierung auf eine demokratische Grundlage zu stellen, Wir wünschen die Schaffung eines Völkerbundes, der allein künftige Kriege verhüten kann. <u>Damit zeigt man der Welt, daß Deutschland nicht auf dem militaristischen System beharrt. Die Aufstellung eines solchen Kriegszieles wird Verständnis finden</u>, dazu aber ist nötig, daß die Regierung sich Vertrauen erwirbt. <u>Auf diese Weise allein stärkt man die innere Front.</u> <u>Der Kanzler hatte recht, als er sagte: Es geht ums Ganze und dabei im Herrenhaus darauf hinwies, daß die Krone gefährdet sei</u>	
WZ-221	Hauptausschuß des Reichstages. DZ-DRB-DT-NAZ-BTB-VOS	Zusammenfassung Rede Scheidemann, ausführlicher s.o.	
WZ-221	Der Erzbergersche Völkerbundsentwurf.	Der „Manchester Guardian“ bemerkt über den Erzbergerschen Völkerbundsentwurf: Die Deutschen werden ihre Ansprüche in Rußland aufgeben, Elsaß-Lothringen freigeben und Belgien wieder herstellen und entschädigen müssen, ehe sie von einem Zugeständnis sprechen können, das den Charakter einer Bevorzugung (mit Rohstoffen) haben würde und mehr wäre als das, worauf ihnen ein Völkerbund Anspruch geben würde.	
WZ-221	Die österreichisch-ungarische Note. TR-DZ-DRB-NAZ	Neuartige diplomatische Gepflogenheiten führt Clemenceau in den völkerrechtlichen Verkehr ein durch die Art, wie er dem Schweizer Gesandten gegenüber die Note des Grafen Burian zu beantworten beliebte.	
WAP-221	Zur Rede des Grafen Hertling. -	Der Kanzler und seine Hunnen holen ihre Schaffelle hervor und versuche, wie Pazifisten auszusehen. Man verspricht uns einen Reichstag, der sich allen Annexionen und Entschädigungen widersetzen werde und in einen Völkerbund eintreten wolle. Reichstagsgerede bindet jedoch niemand und sicher nicht den Generalstab. Dieser Reichstag nahm eine Resolution gegen Annexionen und Entschädigungen an – die Folge davon war der Vertrag von Brest-Litowsk. Wenn es den Deutschen ernst ist, brauchen sie nur nach Deutschland zurückzukehren, alles Gebiet, das sie gestohlen haben, einschließlich des Elsaß, zu verlassen und für den Kriegsschaden zu zahlen, den sie angerichtet haben.	
WAP-221	Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung. - Eine Kundgebung der Kaufmannschaft zu Bremen.	Der erneute Versuch Österreich-Ungarns, dem unmenschlichen Blutvergießen der Völker der Erde ein Ende zu bereiten, ist von unseren Feinden unter der Führung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in leichtfertiger Übereilung zurückgewiesen worden. Präsident Wilson hat sich in den demokratischen Einrichtungen seines Volkes von jeher als der schroffste Autokrat der Gegenwart erwiesen. Ruhm und Gewalt ist sein Grundsatz	
WAP-221	Kommentar zu Reden im Hauptausschuß	das Vertrauen, daß man schließlich doch noch zu einem Vergleiche mit den Feinden gelangen werde. - An der Aufrichtigkeit der Erklärung Hertlings, daß Deutschland nur	

		einen Verteidigungskrieg führt, dessen ausschließliches Ziel die Beschützung des Vaterlandes ist, braucht man nicht zu zweifeln. - Herr von Payer scheint sich also dem Standpunkte der deutschen Sozialdemokratie zu nähern, die in ihrer Erklärung über die Bedingungen für ihr Eintreten in die Regierung u.a. die Forderung aufstellen, daß die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden dürfen.	
WZ-221	Der Unterseebootkrieg. -	Der „New-York-Times“ vom 14. August zufolge waren seit Erscheinen eines Tauchbootes in den amerikanischen Gewässern vom 18. Mai bis 13. August insgesamt 31 Schiffe versenkt worden.	
VOW-265	Eine Zentrumsstimme zur Krise. Gegen Stein – für Hertling.	Wir denken, die gestrige Aussprache müßte auch den Reichskanzler selbst davon überzeugt haben, daß eine jüngere, entschlossener, weniger am Alten hängende Kraft notwendig ist, um die Ordnung zu schaffen, die das Land in so schwerer Zeit braucht!	
VOW-265	Anglo-französische Rubelmillionen für die Tschechoslowaken.	Millionen für die Tschechoslowaken von Frankreich und England	
27.09.1918, Freitag			
WZ-222	Unterseebootkrieg und Kolonien.		
WZ-222	U-Boote für Chile landen in England		
WZ-222	Reichstag - Hauptausschuß. -		
WZ-222	Blätterstimmen zu den Reden Hertlings und Payers. -	TR-BBZ	
WZ-222	Der Ernst der Krise	VOW	
WZ-223	Blätterstimmen zu den Reden Hertlings und Payers. -	NAZ-BTB-VOS	